



Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2012



Sächsischer

Verfassungsschutzbericht 2012

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
I Verfassungsfeindliche Zielsetzungen	8
1. Rechtsextremismus.....	8
2. Linksextremismus	12
3. Islamismus und Ausländerextremismus.....	14
II Erscheinungsformen des Extremismus mit Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen	16
1. Rechtsextremismus.....	16
1.1 Personenpotenzial.....	16
1.2 NEONATIONALSOZIALISTEN	20
1.3 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und ihre Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)	30
1.3.1 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD).....	30
1.3.2 JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)	55
1.4 Subkulturelle Rechtsextremisten.....	65
1.5 Rechtsextremistische Musikszene.....	69
1.5.1 Rechtsextremistische Konzerte	69
1.5.2 Rechtsextremistische Musikgruppen (einschließlich Bandprojekte).....	71
1.6 Rechtsextremistische Vertriebe	78
1.7 Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren	84
1.8 Ausblick zum Rechtsextremismus	87
1.9 Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen.....	89
1.9.1 Landkreis Bautzen.....	89
1.9.2 Chemnitz (Stadt)	93
1.9.3 Dresden (Stadt).....	96
1.9.5 Landkreis Görlitz.....	104
1.9.6 Landkreis Leipzig	108
1.9.7 Leipzig (Stadt).....	113
1.9.8. Landkreis Meißen.....	115
1.9.9 Landkreis Mittelsachsen.....	119
1.9.10 Landkreis Nordsachsen.....	123
1.9.11 Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge	126

1.9.12	Vogtlandkreis.....	129
1.9.13	Landkreis Zwickau	133
1.9.14	Entwicklungsprognose der Landkreise.....	135
2.	Linksextremismus	136
2.1	Personenpotenzial.....	136
2.2	AUTONOME	139
2.3	ROTE HILFE e.V. (RH).....	155
2.4	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA).....	158
2.5	Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse.....	161
2.6	Linksextremistische Publikationen	170
2.7	Ausblick zum Linksextremismus	172
2.8	Regionale Beschreibung linksextremistischer Bestrebungen	174
2.8.1	Linksextremisten in Leipzig.....	174
2.8.1.1	AUTONOME.....	175
2.8.1.2	Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse	179
2.8.1.3	Sonstige linksextremistische Bestrebungen.....	179
2.8.2	Linksextremisten in Dresden.....	179
2.8.2.1	AUTONOME.....	180
2.8.2.2	Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse	183
2.8.2.3	Sonstige linksextremistische Bestrebungen.....	184
2.8.2.4	Exkurs: Der 13. Februar als Höhepunkt linksextremistischer Aktivitäten in Sachsen.....	184
2.8.3	Linksextremisten in Chemnitz	187
2.8.3.1	AUTONOME.....	187
2.8.3.2	Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse	188
2.8.3.3	Sonstige linksextremistische Bestrebungen.....	189
2.8.4	Linksextremisten außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz.....	189
3.	Islamismus und Ausländerextremismus.....	192
3.1	Personenpotenzial.....	192
3.2	Islamismus – Salafistische Bestrebungen.....	193
3.3	ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK).....	198
4.	Hintergründe/Phänomenübergreifende Betrachtungen.....	206
4.1	Die Beteiligung von Angehörigen der verschiedenen extremistischen Phänomenbereiche an der Debatte um die rechtsextremistische Terrorzelle NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU)	206

4.2	Extremisten zwischen Mitte der Gesellschaft und Gegenkultur	213
4.2.1	Rechtsextremismus.....	213
4.2.2	Linksextremismus	225
4.2.3	Salafismus	228
4.2.4	Fazit und Ausblick.....	228
5.	Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund.....	232
5.1	Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund	232
5.2	Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund	234
5.3	Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund	236
III Spionageabwehr,		
Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben		237
1.	Spionageabwehr	237
1.1	Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste.....	237
1.1.1	Chinesische Nachrichtendienste	237
1.1.2	Russische Nachrichtendienste.....	238
1.1.3	Nachrichtendienste aus dem arabischen Raum.....	239
1.2	Wirtschaftsspionage/Wirtschaftsschutz.....	240
1.3	Proliferation.....	241
2.	Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben	242
2.1	Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimschutz) und Sabotageschutzüberprüfungen.....	242
2.2	Materieller Geheimschutz.....	244
2.3	Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagungs- oder Ausschlussgründen	244
IV Verfassungsschutz.....		246
1.	Verfassungsschutz auf einen Blick.....	246
2.	Glossar der Verfassungsschutzbehörden	253

3. Gesetze	264
Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG).....	264
Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz)	282
Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10).....	298
Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG)	300
V Stichwortverzeichnis	319
VI Abkürzungsverzeichnis	324
VII Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder	327

Vorwort



Markus Ulbig
Sächsischer Staatsminister des Innern

Liebe Leser,

die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik ist im Wandel. Mit der Aufklärung der beispiellosen Mordserie um die rechtsterroristische Vereinigung NSU wurden Defizite bei allen Sicherheitsbehörden in Deutschland sichtbar. In unserem Land konnten Menschen aus rassistischen Motiven heraus ermordet werden und niemand hat auf einen rechtsterroristischen Hintergrund geschlossen. Niemand konnte diese Taten verhindern oder rechtzeitig aufklären. Das hat grundlegend an den Sicherheitsbehörden zweifeln lassen. Eine Menge Kredit wurde verspielt. Es ist dringend erforderlich, dieses verlorene Vertrauen wiederzugewinnen.

Über das „Wie?“ ist eine kritische öffentliche Diskussion entbrannt. Es gibt viele Positionen. Bis hin zur Frage, ob wir einen Verfassungsschutz überhaupt noch brauchen. Oft wird dabei vergessen: Ohne den Verfassungsschutz hätten wir in den letzten 20 Jahren kein so differenziertes Bild von extremistischen Bestrebungen zeichnen können, wie es unabhängig vom NSU-Gesamtkomplex heute vorliegt. Ich bin überzeugt, auch in Zukunft können wir auf die Arbeit des Verfassungsschutzes nicht verzichten – genauso wenig, wie auf die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaften. Wichtig ist aber, dass wir aus den Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit die richtigen Schlüsse ziehen.

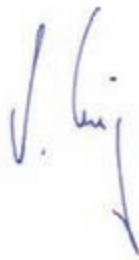
Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat sich einer umfangreichen Aufgaben- und Organisationskritik unterzogen. Schon kurz nach der Aufdeckung des NSU wurden die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern verbessert. Das neue Gemeinsame Abwehrzentrum (GAZ) von Verfassungsschutz und LKA, das Operative Abwehrzentrum Extremismus (OAZ) sowie das Gemeinsame Extremismus und Terrorismus Abwehrzentrum des Bundes und der Länder (GETAZ) stehen dafür beispielhaft. Außerdem ist Sachsen das erste Land, in dem von einer unabhängigen Kommission konkrete Reformvorschläge auf den Tisch gelegt wurden. Eine Vielzahl dieser Vorschläge ist bereits umgesetzt. Das Landesamt für Verfassungsschutz wächst schrittweise in die neuen Strukturen und Arbeitsabläufe hinein. Das zeigt schon heute Wirkung in der täglichen Arbeit. Unter anderem konnte die Präventionsarbeit mit landesweiten Vorträgen und Workshops im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden.

Besonders wichtig ist mir persönlich aber auch, dass uns ein Philosophiewechsel beim Verfassungsschutz gelingt. Er muss bürgerfreundlicher, er muss serviceorientierter werden. Wir brauchen keinen Geheimdienst, der geheimes Wissen verwaltet. Wir brauchen einen modernen Nachrichtendienst, der sein Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Schließlich ist die Arbeit des Verfassungsschutzes kein Selbstzweck. Er soll, wie der Name sagt, die Verfassung schützen – als „Frühwarnsystem“ einer wehrhaften Demokratie. Das funktioniert aber nur, wenn den Menschen im Land dabei eine zentrale Rolle zukommt. Nur mit einer aktiven und aufgeklärten demokratischen

Gesellschaft lässt sich unser freies und offenes Gemeinwesen vor seinen Feinden schützen.

Es sind noch viele Schritte zu gehen. Ein Philosophiewechsel geschieht nicht von heute auf morgen. Aber er ist in vollem Gange und er findet seinen Ausdruck auch im vorliegenden Verfassungsschutzbericht. Erstmals gibt es für alle Landkreise Extremismuslagebilder. Damit kann die Präventionsarbeit vor Ort besser unterstützt werden. Außerdem werden zusätzlich zur Analyse des Ist-Zustandes auch Ausblicke auf potenzielle Entwicklungen gegeben. Das hilft vor allem den Entscheidungsträgern in den Kommunen. Sie können damit auf gefährliche Entwicklungen frühzeitig eingehen.

Der Verfassungsschutzbericht 2012 zeigt einen Verfassungsschutz im Umbruch. Er ist ein weiterer, aber gewiss nicht der letzte Schritt zu einem modernen, transparenten und bürgerorientierten Nachrichtendienst.



Markus Ulbig
Sächsischer Staatsminister des Innern

I Verfassungsfeindliche Zielsetzungen

1. Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist weltanschaulich, organisatorisch und in seinem äußeren Erscheinungsbild ein vielgestaltiges Phänomen. Er stellt kein ideologisch einheitliches Gefüge dar, sondern weist unterschiedliche Ausprägungen nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologieelemente auf. Vorherrschend ist dabei stets die Auffassung, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse bestimmen den Wert eines Menschen. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

Folgende Ideologiefragmente stellen rechtsextremistisches Gedankengut dar, welches von den verschiedenen Strömungen im deutschen Rechtsextremismus in zum Teil unterschiedlicher Gewichtung vertreten wird:

I „Volksgemeinschaft“ als Souverän zu Lasten der Freiheitsrechte des Einzelnen

Der Staat wird als eine ethnisch-rassistisch homogene „Volksgemeinschaft“ angesehen. Der vermeintlich einheitliche Wille des Volkes soll dabei von staatlichen Führern intuitiv umgesetzt werden („Völkischer Kollektivismus“). In einem so verstandenen autoritären Staat würden damit wesentliche Kontrollelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen auszuüben, oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition, fehlen.

I Fremdenfeindlichkeit, auch in Form von Rassismus und Antisemitismus

Nach der Vorstellung von Rechtsextremisten soll das deutsche Volk vor der Integration „rassisch minderwertiger Ausländer“ und vor einer „Völkervermischung“ bewahrt werden. Es wird befürchtet, dass die „Rasse“ des deutschen Volkes infolge einer „Durchmischung mit fremdem Blut“ untergehen würde.

Die Ausgrenzung jener Menschen, die nicht dem rassistischen Ideal der Rechtsextremisten entsprechen, widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, welcher in unserer Verfassung garantiert ist. Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Antisemitismus ist ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Strömungen. Er tritt in unterschiedlichen Varianten religiöser, kultureller sowie rassistischer Ausprägung auf. Häufig werden dabei Theorien wie die Behauptung einer „jüdischen Weltverschwörung“ oder einer jüdisch dominierten Weltwirtschaft verbreitet.

I Revisionismus

Unter Geschichtsrevisionismus versteht man die Leugnung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen

und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Auch werden der Holocaust und andere Verbrechen der Nationalsozialisten insbesondere durch eine Gleichsetzung mit Handlungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges relativiert. Die Leugnung des an den europäischen Juden begangenen Völkermords erfüllt den Straftatbestand der Volksverhetzung. Revisionisten im engeren Sinne propagieren eine verfälschende Geschichtsbetrachtung, indem sie anstreben, die Erkenntnisse der seriösen Geschichtswissenschaft von einem vermeintlich wissenschaftlichen Standpunkt aus zu widerlegen.

Von Gebietsrevisionismus ist die Rede, wenn Rechtsextremisten die Anerkennung der deutschen Gebietsverluste, die aus den beiden Weltkriegen resultierten, verweigern oder sogar weitere Gebiete – entgegen den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland seit 1918 beziehungsweise seit 1945 eingegangen ist – für Deutschland zu beanspruchen.

Revisionistische Positionen bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen.

I Fehlende Distanz zum historischen Nationalsozialismus

Durch ihre Äußerungen zeigen Rechtsextremisten häufig – zumindest mittelbar – eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Vermeintlich positiv zu bewertende Handlungen der historischen Nationalsozialisten werden überbetont oder beschönigt. Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime werden diffamiert. Auch glorifizieren Rechtsextremisten nationalsozialistische Funktionsträger aus dieser Zeit, z. B.

Rudolf Heß, den ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers. Darüber hinaus lehnen sie sich zum Teil eng an Sprache und Programmatik dieser Zeit an.

I Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Unter Rechtsextremisten kommt es vielfach zu einer Verunglimpfung des demokratischen Verfassungsstaats und seiner Repräsentanten. Deutsche Politiker werden dabei als korrupte Handlanger ausländischer, insbesondere US-amerikanischer Interessen, diffamiert und es wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, die Probleme des Landes lösen zu können. Rechtsextremisten streben auf diese Weise an, sich als alleinige Wahrer der Interessen des deutschen Volkes darzustellen und den politischen Gegner als Verräter zu diskreditieren.

Zielsetzungen der rechtsextremistischen Spektren/Bereiche

Im Einzelnen untergliedern sich rechtsextremistische Bestrebungen im Freistaat Sachsen in:

- I** die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) als rechtsextremistische Partei,
- I** nicht parteilich gebundene Rechtsextremisten, insbesondere NEONATIONALSOZIALISTEN und subkulturell geprägte Rechtsextremisten,
- I** sonstige Gruppierungen.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Die rechtsextremistische Partei zielt in ihrer politischen Agitation darauf ab – trotz gelegentlicher vermeintlicher Bekenntnisse zum Grundgesetz und trotz ihrer Beteiligung an den Wahlen – wesentliche Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Sie strebt

die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung in Form einer „Volksgemeinschaft“ an. Darunter versteht sie eine ethnisch-rassistisch homogene Gruppe von Menschen, welche auf Grund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“¹ entsteht, und die die Rolle eines staatlichen Souveräns übernehmen soll. Die Propaganda der NPD beinhaltet einen dementsprechend übersteigerten, den Gedanken der Völkerverständigung missachtenden Nationalismus und eine menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit:

„Letzten Endes ist doch genau das das Wichtigste und Beste, was wir für uns, unsere Ehen, unsere Familien und für Volk und Heimat tun können: schöne deutsche Kinder in die Welt setzen!“²

Ausländer werden als minderwertig und kriminell dargestellt. Entsprechende Diffamierungen werden auch im Rahmen des gegenwärtigen Widerstands der NPD gegen die Ansiedlung von Asylbewerberheimen laut.

Die NPD greift für die Verbreitung ihrer verfassungsfeindlichen Propaganda oft soziale und wirtschaftliche Themen auf. Dabei werden zum Teil sozialistische Thesen unter nationalistischem Vorzeichen übernommen. Der demokratische Rechtsstaat sowie seine Repräsentanten und Einrichtungen werden von der NPD vielfach diffamiert, um das Vertrauen in die demokratische Staatsform zu untergraben.

Nicht parteilich gebundene Rechtsextremisten

Der Bereich der parteilich ungebundenen Rechtsextremisten ist kein homogenes Gebilde, sondern ein Sammelbecken unterschiedlicher Gruppierungen. Zu ihnen zählen:

NEONATIONALSOZIALISTEN, wie die FREIEN KRÄFTE,

- neonationalsozialistische KAMERADSCHAFTEN,
- subkulturell geprägte KAMERADSCHAFTEN und Szenen sowie rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttäter.

Die NEONATIONALSOZIALISTEN dominieren das rechtsextremistische Spektrum außerhalb des Parteienbereichs. Auch zahlenmäßig bilden sie die größte Szene innerhalb des rechtsextremistischen Milieus. Sie unterscheiden sich von den subkulturell geprägten Rechtsextremisten insbesondere durch ihren Organisationsgrad und den Versuch, ihre Ideologie kontinuierlich zu verbreiten. Im Vordergrund stehen politische Aktivitäten sowie die Organisation von rechtsextremistischen Demonstrationen oder Propagandaaktionen. Dabei orientieren sie sich ideologisch an einem totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild der Nationalsozialisten. Die Durchführung von „Zeitzeugenvorträgen“, bei denen Zeitzeugen des Naziregimes von ihren Erfahrungen im Kampf für den Nationalsozialismus berichten, wird zum Anlass für eine glorifizierende Darstellung der Ereignisse jener Zeit genutzt.

Die „deutsche Rasse“ wird als Elite dargestellt, alles Andersartige als minderwertig diffamiert.

1 Internetseite der NPD, Beitrag „National-revolutionäre Gesundheitspolitik“.

2 Rundbrief des RING NATIONALER FRAUEN (RNF), der Frauenorganisation der NPD vom September 2012; FRAUEN (RNF), der Frauenorganisation der NPD vom September 2012.

■ *„Wir alle hier verkörpern das Gesunde, das Starke, das Wehrhafte. Wir verkörpern den Widerstand, wir sind in der Lage uns standhaft den Fäulnissen der heutigen Zeit entgegen zu stellen. Der Widerstand, wie er sich heute hier zusammengefunden hat, ist die letzte Anhäufung gesunden deutschen Lebens. Wir verachten das Schwache, wir verabscheuen alles Kranke da draußen, denn wir sind die Zukunft. Leben heißt Kampf.“³*

Ein anderes Beispiel, das auf das von Rechtsextremisten befürchtete Aussterben der „deutschen Rasse“ abzielt:

■ *„Doch gleichzeitig hat man bevölkerungspolitische Erwägungen nicht nur ignoriert, sondern das Wachstum des deutschen Volkes durch den gepredigten Konsumglauben an Wohlstand und Vergnügen so behindert, dass der Bestand des deutschen Volkes heute äußerst gefährdet ist. Man hat nicht einmal den Wert des zukünftigen Steuerzahlers und Lastenträgers anerkannt, geschweige denn den biologischen Wert deutscher Kinder.“⁴*

In den letzten Jahren wurde die von Nationalsozialisten propagierte „Volksgemeinschaft“ stärker in den Vordergrund gestellt. Im Rahmen der so genannten „Volkstodkampagne“ sowie auch der im vergangenen Jahr ins Leben gerufenen „Werde unsterblich“-Kampagne wird das deutsche Volk als „Rassegemeinschaft“ verstanden, die es zu retten gelte. Dem deutschen Volk gehöre hiernach an, wer zur sogenannten „arischen Rasse“ zähle.

Neonationalsozialistische Bestrebungen wählen insbesondere die Person Adolf Hitlers zum Vorbild, orientieren sich aber auch an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Gedanken. Insbesondere wenn NEONATIONALSOZIALISTEN als AUTONOME NATIONALISTEN (AN) agierten, wird ein antikapitalistischer Ansatz verfolgt, der in jüngerer Zeit auch von weiten Teilen der NEONATIONALSOZIALISTEN übernommen wurde.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind weniger organisiert und nicht in der Lage, kontinuierlich politische Arbeit zu leisten. Sie zeichnen sich durch Spontaneität und Aktionismus aus. Von anderen Jugendlichen grenzen sie sich in ihrer Orientierung bewusst und provokativ ab. Ihre Weltanschauung ist gekennzeichnet von extremer Fremdenfeindlichkeit, sehr stark ausgeprägtem Rassismus und Antisemitismus sowie von der Verherrlichung von Elementen des Nationalsozialismus, insbesondere seiner Führungspersonen und Symbole.

Hauptsächlich rechtsextremistisch disponierte Jugendliche aus dem subkulturellen Milieu fühlen sich zu solchen oft lockeren Strukturen und Kleingruppen – in der Regel zwischen 10 und 20 Personen – hingezogen. Ihre Aktivitäten sind vorrangig auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten oder Demonstrationen konzentriert. Von subkulturell geprägten rechtsextremistischen KAMERADSCHAFTEN gehen auf Grund ihrer Gewaltbereitschaft erhebliche Gefahren aus, denn häufig sind sie an Straftaten mit rechtsextremistischem, insbesondere fremdenfeindlichem Hintergrund, beteiligt. Teilweise werden Jugendliche über die subkulturelle Szene für den ideologischen Rechtsextremismus rekrutiert.

3 Internetseite SPREELICHTER, Beitrag: „Leben heißt Kampf“, derzeit nicht mehr abrufbarer „Audiomitschnitt der Eröffnung des Kampfsportturniers des Widerstandes“ am 27. November 2010 im Großraum Dresden.

4 Internetseite <http://www.verdictum.info>.

2. Linksextremismus

Linksextremisten streben die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An ihrer Stelle wollen sie eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“ anarchistische Gesellschaft etablieren. Ihr politisches Handeln richten sie dementsprechend an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus. Damit treten sie für eine Diktatur über die Mehrheit ein, die auch mit einer Bevormundung Andersdenkender einhergehen würde. Die von Linksextremisten häufig genannten Werte „Gleichheit“, „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ stellen sich bei genauerem Hinsehen als Synonyme für die Zerstörung demokratischer Errungenschaften (z.B. die Gewaltenteilung), vor allem aber für die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte dar. Dies betrifft z.B. die Beseitigung des Rechts auf Eigentum.

Linksextremisten bringen sich in gesellschaftliche Proteste ein und versuchen, diese für ihre extremistischen Ziele zu instrumentalisieren. Teilweise schließt ihre Agitation auch die Anwendung von Gewalt ein.

Zielsetzungen der linksextremistischen Spektren/Bereiche

AUTONOME

AUTONOME bilden den weitaus größten Teil des gewaltbereiten linksextremistischen Potentials. Sie orientieren sich oftmals an diffusen anarchistischen oder kommunistischen Ideologiefragmenten. Ihr Selbstverständnis ist von Anti-Einstellungen („antifaschistisch“, „antikapitalistisch“, „antirassistisch“,

„antimilitaristisch“, „antirepressiv“) und von der Vorstellung eines selbstbestimmten Lebens frei von jeglicher staatlicher Autorität geprägt. Sie verzichten meist auf feste Strukturen und Hierarchien.

Die Anwendung von Gewalt wird von AUTONOMEN als legitimes Element zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele angesehen und gerechtfertigt. Diese Gewalt richtet sich gegen Sachen, kann aber auch Personen wie tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, Polizeibeamte und andere Repräsentanten staatlicher Einrichtungen zum Ziel haben. Eine typische Form autonomer Gewalt sind Straßenkrawalle.

Die sächsische autonome Szene ist überwiegend „antideutsch“ ausgerichtet. Damit steht sie im Gegensatz zu vielen traditionell „antiimperialistisch“ eingestellten Gruppierungen der bundesweiten Szene. Etwa seit dem Jahr 2010 stellt sich allerdings die Unterscheidung zwischen beiden Lagern schwieriger dar. Die anfangs strikte Abgrenzung zueinander wurde aufgegeben und sie näherten sich in ihrer Außenwirkung zunehmend an. Antideutsche AUTONOME lehnen die Existenz einer deutschen Nation ab. Sie befürchten, dass Deutschland wieder eine Hegemonie in Europa anstrebt. Ein Erstarren Deutschlands würde aus ihrer Sicht unweigerlich zu einer Wiederholung der mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbundenen Geschichte führen. Deshalb fordern „Antideutsche“ auch „Nie wieder Deutschland!“. Die Ansicht „antiimperialistisch“ eingestellter Gruppierungen, wonach Israel als kapitalistische und imperialistische Besatzungsmacht zum Nachteil des

palästinensischen Volkes handelt, wird von den „Antideutschen“ als antizionistisch und antisemitisch verurteilt.

Anarchisten

Seit dem Jahr 2011 gewinnen anarchistische Tendenzen innerhalb der sächsischen autonomen Szene zunehmend an Bedeutung.

Anarchisten sind im Freistaat Sachsen in der „FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION“ (FAU) aktiv, die der „INTERNATIONALEN ARBEITER ASSOZIATION“ (IAA) angeschlossen ist. Ziel dieser so genannten „anarchistischen Gewerkschaft“ ist es, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden und eine herrschaftslose, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zu errichten. Ihr zentrales Agitationsfeld ist der antikapitalistische Kampf.

Orthodox-kommunistische Bestrebungen

Solche Bestrebungen sind vorwiegend in Parteien organisiert. Sie bekennen sich zur Theorie von Marx, Engels und Lenin und den Thesen vom Klassenkampf sowie der Diktatur des Proletariats. Vertreter dieser Strömung sind der Auffassung, dass die gegenwärtige

kapitalistisch verfasste Ordnung die gesellschaftlichen Widersprüche nicht zu lösen vermag, sondern diese stetig vertieft. Insofern könne sie der Menschheit keine Zukunftsperspektive bieten. Ihre Anhänger verfolgen deshalb die Absicht, eine sozialistische und später eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Als Grundlage der von ihnen angestrebten Umgestaltung sehen sie die Abschaffung der bestehenden Eigentumsverhältnisse und der gesellschaftlichen Ordnung an. Dies soll durch revolutionäre Aktionen herbeigeführt werden.

Orthodox-kommunistische Parteien und Vereinigungen sind bemüht, bestehende soziale Konflikte thematisch aufzugreifen, ideologisch umzudeuten und im Sinne ihrer revolutionären Strategie zu nutzen. Außerdem versuchen sie, durch grundsätzliche Kritik an den „herrschenden Verhältnissen“ ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näher zu kommen.

Die parlamentarische Demokratie wird von orthodox-kommunistischen Bestrebungen abgelehnt. Eine Beteiligung an parlamentarischen Wahlen kommt nur unter strategischen Gesichtspunkten in Betracht.

3. Islamismus und Ausländerextremismus

Gruppierungen von Ausländern werden als extremistisch beurteilt, wenn sich ihre Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Die Verfassungsfeindlichkeit einer ausländerextremistischen Zielsetzung kann sich auch daraus ergeben, dass sich diese wider den Gedanken der Völkerverständigung oder auf die Anwendung von Gewalt bzw. darauf hinzielende Vorbereitungshandlungen richtet.

Wesentliche gemeinsame Merkmale ausländerextremistischer Bestrebungen sind:

- das Ziel, die in den jeweiligen Herkunftsländern herrschende Gesellschaftsordnung, zunehmend aber auch darüber hinaus z. B. in Deutschland, abzuschaffen und sie durch eine zu ersetzen, die der Ideologie der jeweiligen extremistischen Organisation entspricht,
- die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen,⁵
- Äußerungen und Aktivitäten, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

Im Einzelnen lassen sich ausländerextremistische Bestrebungen untergliedern in

- islamisch-extremistische (d. h. islamistische),
- linksextremistisch-separatistische,
- extrem nationalistische.

Islamistische Organisationen zielen darauf, die westlichen, freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen durch ein auf Koran und Scharia (islamisches Rechts- und Wertesystem) basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Nach ihren Vorstellungen regelt der Islam alle Lebensbereiche einer Gesellschaft. Insofern könne auch alle staatliche Herrschaft nicht dem menschlichen Willen entspringen, sondern gehe einzig von Gott (Allah) aus. Eine Trennung von Staat und Religion widerspricht daher ihrer Auffassung von einer Staats- und Gesellschaftsordnung und wird als unislamisch verurteilt. Innerhalb des Islamismus gibt es zur Errichtung der angestrebten „islamischen“ Herrschaft unterschiedliche Strategien. Dabei sind Organisationen aktiv, die Terrorismus ausüben, solche, die Gewalt befürworten jedoch aus unterschiedlichen Gründen selber keine Gewalt zur Erreichung ihres Ziels einsetzen und schließlich Organisationen, die Terror und Gewalteininsatz verurteilen. Letztere setzen mit ihren ideologischen Vorstellungen auf eine allmähliche Durchdringung der Gesellschaft. Auch sie streben die Abschaffung der grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Dazu gehört z. B. die Abschaffung der Volkssouveränität, des

⁵ Von einer Gefährdung der auswärtigen Belange spricht man dann, wenn durch die Bestrebungen das friedliche Zusammenleben der Völker oder die Beziehungen zu anderen Regierungen beeinträchtigt werden. Ausländerextremistische Organisationen verbinden mit ihrer Propaganda u. a. die Verunglimpfung der jeweiligen Heimatregierung.

Mehrparteiprinzip und des Rechts auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Linksextremistisch-separatistische Ausländergruppierungen streben nach der revolutionären Zerschlagung der jeweiligen Staatsordnung in ihren Herkunftsländern die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems an. Einige dieser Gruppierungen verfolgen dabei ethnisch motivierte Unabhängigkeitsbestrebungen.

Extrem nationalistische Ausländerorganisationen vertreten ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen oder

Personen anderer Nationalität die Gleichwertigkeit abspricht.

Die meisten der linksextremistisch-separatistischen bzw. extrem nationalistischen Ausländerorganisationen nutzen die Bundesrepublik Deutschland, um von hier aus gewaltsame Aktionen in ihrem jeweiligen Heimatstaat vorzubereiten, etwa durch Aufrufe zu Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel. Solche Bestrebungen gefährden durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Sie richten sich zudem gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

II Erscheinungsformen des Extremismus mit Auswirkungen auf den Freistaat Sachsen

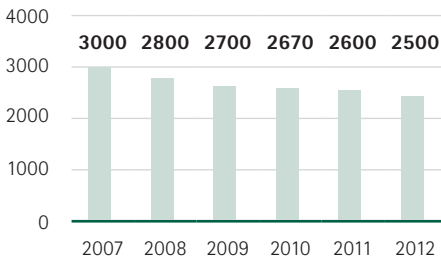
1. Rechtsextremismus

1.1 Personenpotenzial

Überblick in Zahlen⁶

Das Personenpotenzial der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen ist 2012 wie in den Vorjahren zurückgegangen. So ist die Anzahl der Rechtsextremisten auf ca. 2.500 gesunken, gegenüber etwa 2.600 im Jahr 2011. Es wurde damit ein Tiefpunkt erreicht, der nur in den Jahren 1995 und 1996 unterboten worden war.

Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Eine Ursache für den Rückgang ist vor allem der sich kontinuierlich fortsetzende

Mitgliederverlust bei der NPD. Dieser war auch 2012 u.a. dem Konflikt mit neonationalsozialistischen Kräften geschuldet. Ein Teil der NPD-Anhänger sah seine Interessen nach der Wahl von Holger APFEL zum NPD-Bundesvorsitzenden im November 2011 und nach der Wahl von Mario LÖFFLER zum neuen sächsischen NPD-Landesvorsitzenden im Januar 2012 immer weniger von der Partei vertreten. Sie waren dabei nicht bereit, eigene ideologische Positionen aufzugeben und kritisierten den Kurs der NPD, der ihnen nicht radikal genug erschien. In der Folge sank die Zahl der sächsischen NPD-Mitglieder um rund 8%. Dem Landesverband gehörten damit im Jahr 2012 ca. 700 Mitglieder an (2011: ca. 760). Nicht alle der aus der NPD ausgetretenen Personen haben sich jedoch anderen rechtsextremistischen Bestrebungen, wie z.B. den Neonationalsozialisten, angeschlossen.

Eine gegensätzliche Entwicklung war in den vergangenen Jahren im Bereich der NEONATIONALSOZIALISTEN zu beobachten, deren Zahl kontinuierlich anstieg. Sie behaupteten im Jahr 2012 ihre Stellung als zahlenmäßig bedeutendstes Lager im

Bereich des Rechtsextremismus in Sachsen. Ihre Anhängerzahl verharrte mit ca. 1.000 Personen auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

(2011: 850). Die Mitgliederzahl der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen blieb hingegen unverändert bei ca. 20 Personen.

Trotz des Rückgangs der Gesamtzahl der Rechtsextremisten geht von der Szene wegen des hohen Anteils der NEONATIONALSOZIALISTEN immer noch eine beträchtliche Gefahr aus.

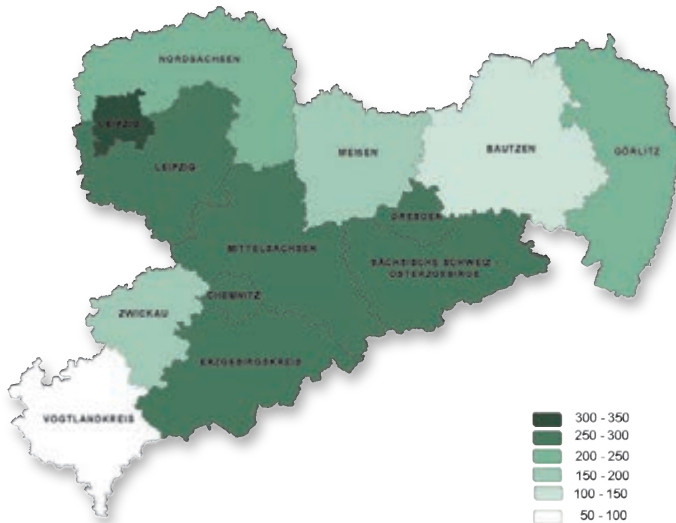
Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten⁷ im Freistaat Sachsen wird für den Berichtszeitraum auf ca. 800 Personen geschätzt (2011: ebenso). Zu diesem Spektrum zählen insbesondere Angehörige der neonationalsozialistischen und der subkulturellen Szenen aber auch vereinzelt Mitglieder der NPD.

Das Potenzial der subkulturell geprägten Rechtsextremisten – diese Szene unterliegt einer ständigen Fluktuation – ist 2012 erneut gesunken. Ihm wurden ca. 800 Personen zugerechnet

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen (insgesamt: ca. 2.500) [2011: 2.600/bundesweit 2011: 23.400]⁸

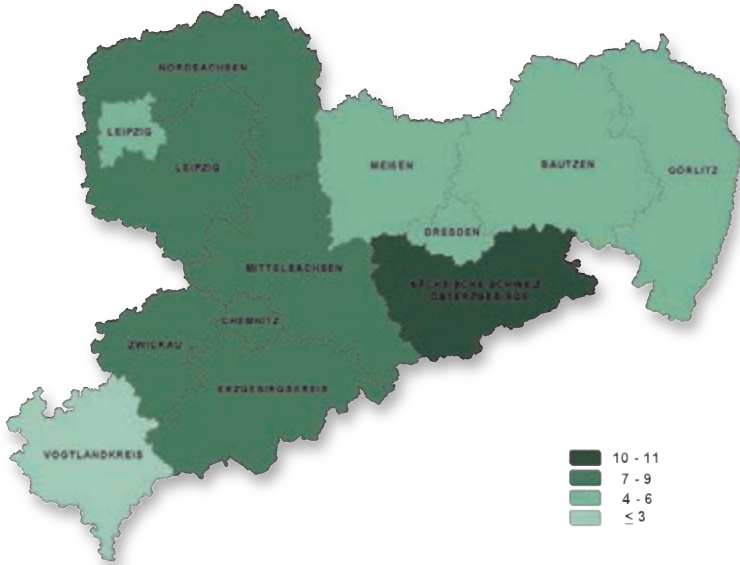
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	NEONATIONALSOZIALISTEN	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN	SONSTIGE ORGANISATIONEN
2012: ca. 700 2011: ca. 760	2012: ca. 1.000 2011: ca. 1.000	2012: ca. 800 2011: ca. 850	2012: ca. 20 2011: ca. 20

Regionale Verteilung der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen – absolut

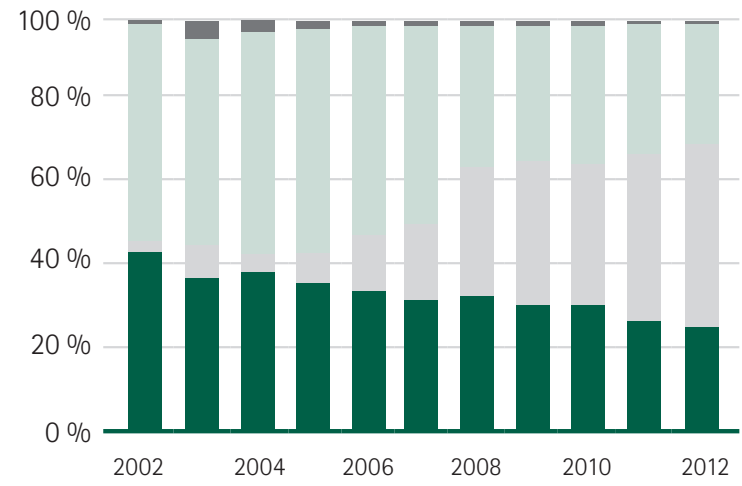


⁷ Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen.
⁸ Die angegebenen Werte sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelkenntnisse vor. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitgliedschaften.

Regionale Verteilung der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



Entwicklung der Verteilung von Rechtsextremisten in Sachsen seit 2002



- rex. Parteien
- Neonationalsozialisten
- subkulturelle
- sonstige

Organisatoren der Demonstrationen von Rechtsextremisten in Sachsen 2011



Organisatoren der Demonstrationen von Rechtsextremisten in Sachsen 2012



1.2 NEONATIONALSOZIALISTEN

Historie und Strukturentwicklung

Personenpotenzial stagniert auf hohem Niveau

NEONATIONALSOZIALISTEN sind überwiegend in festere kameradschaftsähnlichen Strukturen organisiert. Die Szene vermeidet es jedoch, ihre Strukturen als Kameradschaften zu bezeichnen. Stattdessen werden bevorzugt wechselnde Begriffe wie FREIE KRÄFTE, NATIONALER WIDERSTAND, NATIONALE SOZIALISTEN oder aber Eigennamen wie z.B. REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ) gewählt, die oft einen auf einen Ort bzw. eine Region hinweisenden Namenszusatz haben. Sie haben in der Regel eine Führungsperson, einen relativ stabilen Mitgliederstamm und agieren vordergründig regional begrenzt. Die Führungspersonen sind jedoch überregional vernetzt. Dadurch besteht auch eine entsprechende Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit im Freistaat Sachsen sowie auch in angrenzenden Bundesländern.

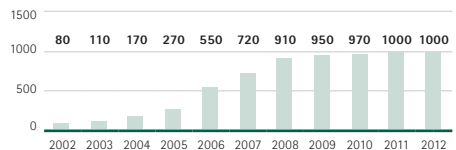
Im Gegensatz zu den subkulturellen Rechtsextremisten legen NEONATIONALSOZIALISTEN ein erhöhtes Augenmerk auf eigene politische Aktionen. Sie treffen sich regelmäßig zu politischen Schulungen bzw. zur Planung politischer Aktivitäten oder nehmen an rechtsextremistischen Veranstaltungen teil. Öffentlichkeitswirksame Aktionen gingen allerdings im Jahr 2012 stark zurück. Stand noch im Jahr 2011 die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen im Vordergrund, so kam es 2012 vorwiegend zu regionalen Propagandaaktionen wie Klebeaktionen und Farbschmierereien. Man wollte anonym bleiben und sich nicht staatlichem Handeln aussetzen.

Dieser Rückzug in die Anonymität und in verstärkte Konspirativität führte auch zu einem Rückgang der Anzahl regionaler rechtsextremistischer Internetpräsenzen im Jahr 2012. Auf den verbliebenen Internetseiten wurden häufig lediglich weltanschauliche Aufsätze veröffentlicht, kaum mehr jedoch die Beschreibungen eigener Aktionen.

Höhepunkt des Rückzugs aus der virtuellen Öffentlichkeit stellte die Abschaltung des rechtsextremistischen Internetportals FREIES NETZ MITTE im Juli 2012 dar. In diesem Portal hatten Rechtsextremisten bzw. Personenzusammenhänge aus verschiedenen Regionen eigene rechtsextremistisch ausgerichtete Internetpräsenzen gebündelt. Auch diese zuletzt verlinkten einzelnen Internetpräsenzen sind nicht mehr abrufbar.

Das Potenzial der NEONATIONALSOZIALISTEN blieb im Jahr 2012 mit ca. 1.000 Personen stabil auf Vorjahresniveau. Sie konnten damit zwar erstmals seit über zehn Jahren die Anhängerzahl nicht weiter steigern. Allerdings war die Anzahl der NEONATIONALSOZIALISTEN seit dem Jahr 2007 um ca. 280 Personen angestiegen, während die Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen in diesem Zeitraum um ca. 500 Personen zurückging. Dies verdeutlicht die Dominanz der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen

Personenpotenzial der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen



Beispielhaft werden die folgenden neonationalsozialistischen Gruppierungen bzw. Strukturen genannt:

NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC)	Chemnitz
FREIE KRÄFTE DRESDEN (FKD)	Dresden
FREIE KRÄFTE LEIPZIG	Leipzig
AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE	Erzgebirgskreis
BOOT BOYS GÖRLITZ	Landkreis Görlitz
NATIONALE SOZIALISTEN GEITHAIN	Landkreis Leipzig
NATIONALE SOZIALISTEN KOHRENER LAND	Landkreis Leipzig
NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA	Landkreis Bautzen
FREIE KRÄFTE in Mittelsachsen	Landkreis Mittelsachsen
FREIE NATIONALISTEN FREIBERG	Landkreis Mittelsachsen
NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (verboten)	Landkreis Mittelsachsen
FREIE KRÄFTE aus Eilenburg	Landkreis Nordsachsen
FREIE KRÄFTE in Nordsachsen	Landkreis Nordsachsen
FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ/OSTERZGEBIRGE	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
FREIE KRÄFTE ZWICKAU/NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU	Landkreis Zwickau
REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ)	Vogtlandkreis

Neonationalsozialistische Strukturen im Freistaat Sachsen



Entwicklungen – Aktivitäten

Verunsicherung und kaum öffentliche Wahrnehmbarkeit

Die NEONATIONALSOZIALISTEN, die gefährlichste Teilmenge unter den Rechtsextremisten, konnten ihr Personenpotenzial im Freistaat Sachsen bei ca. 1.000 Personen stabil auf dem Niveau des Vorjahres halten. Dies ist insofern bedeutsam, als die Zahl der Rechtsextremisten insgesamt sowohl im Freistaat Sachsen als auch bundesweit sank.

Dennoch konnten sich die NEONATIONALSOZIALISTEN im Jahr 2012 nicht mehr so öffentlichkeitswirksam in Szene setzen wie im Jahr zuvor. So war eine regelrechte Demonstrationsmüdigkeit zu beobachten. Es kam nicht nur zu einem Rückgang der Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen, es fehlte vielmehr schon an der Bereitschaft, solche Veranstaltungen zu planen und zu organisieren. Im Ergebnis gingen im Berichtsjahr lediglich zwölf von insgesamt 37 rechtsextremistischen Demonstrationen auf das Konto der NEONATIONALSOZIALISTEN. Dagegen hatten sie im Jahr 2011 mit 34 von insgesamt 47 solcher Veranstaltungen noch die Demonstrationshoheit in der rechtsextremistischen Szene Sachsens inne.

Deutlich sichtbar war der Demonstrationrückgang bei den im Rahmen der „Werde unsterblich“-Kampagne⁹ durchgeführten Aktionen. Den lediglich zwei kleineren Demonstrationen im Jahr 2012 – sie fanden am 25. März in Colditz (Landkreis Leipzig) und am 26. Mai in Leisnig (Landkreis Mittelsachsen) statt – stehen acht im Vorjahr gegenüber. Eine Ursache für diese rückläufige Tendenz liegt in den

Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei im Januar 2012, welche wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz stattfanden. Sie trafen die Szene offenbar weitgehend überraschend und führten zu einer erheblichen Verunsicherung. Die noch in den Vorjahren propagierte Strategie, statt angemeldeter Demonstrationen auf unangemeldete „Spontanaktionen“ auszuweichen, kam nahezu gänzlich zum Erliegen.

Auch die groß angelegte Strategiesuche mit dem Ziel, anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 2012 eine Großdemonstration mit mehreren tausend Teilnehmern organisatorisch zu bewältigen, führte nicht zum Erfolg. Fehlende Absprachen im Vorfeld verhinderten das Vorhaben, eine für den 18. Februar angemeldete Demonstration erst im letzten Moment abzusagen und den politischen Gegner ins Leere laufen zu lassen. Dennoch werteten die Veranstalter den „Trauermarsch“ im Jahr 2012, zu dem sich ca. 1.600 bis 1.700 Rechtsextremisten in der Stadt versammelt hatten, als Erfolg. Anders als in den Vorjahren sei es ihnen zumindest gelungen, die Demonstration durchzuführen.

Zahlreiche Vereinsverbote in anderen Ländern, wie beispielsweise des AKTIONSBÜNDNISSES MITTELREIN, der WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG und des NATIONALEN WIDERSTANDES DORTMUND verstärkten die Verunsicherung der sächsischen NEONATIONALSOZIALISTEN. Bundesweit kann sogar von einer regelrechten Handlungsunfähigkeit der Szene gesprochen werden. Folgende Szenereaktionen auf die Vereinsverbote wurden laut:

„Die Betroffenen. Es sind keine Kriminellen. Sie haben niemanden ermordet, niemanden

⁹ Siehe Verfassungsschutzbericht 2011, S. 13 ff. und 76 ff.

vergewaltigt und kein schlimmeres Unrecht gegenüber anderen Menschen getan.“¹⁰

„Ihr einziges ‚Verbrechen‘ lautet: Sie stehen im Widerstand gegen einen korrupten Staat mit noch viel korrupteren Funktionären und heuchlerisch grinsenden Demokraten, denen man nicht einmal mehr den Wetterbericht glauben könnte. Man wirft ihnen vor eine Internetseite zu betreiben, die in regelmäßigen Abständen Blogs zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht, den Menschen in diesem Land davon kündigt, dass hier ein politisches System zu Gange ist, welches nicht auf Dauer mehr existieren wird, weil es innerlich morsch, überlebt und lebensfeindlich ist.“¹¹

In der Folge richteten sich die Aktivitäten der parteiungebundenen Szene auf die Stärkung des szeneeigenen Zusammenhalts und auf Identität stiftende Ereignisse. Es wurden verstärkt interne Veranstaltungen und Vernetzungstreffen von Führungskräften durchgeführt, wobei die überregionale Vernetzung und der Erfahrungsaustausch im Vordergrund standen. Dabei dürfte ein Themenschwerpunkt der Austausch über die Schaffung und den Erhalt „Nationale(r) Zentren und Objekte“¹² gewesen sein.

„Nationale Objekte sind Knotenpunkte unserer Agitation und damit Schaltzentralen unserer Arbeit, da durch sie eigene Milieus und Strukturen abseits von zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen, und unter Umständen gesellschaftspolitische Räume besetzt werden

können. Jene Räume zeichnen sich als wichtige Bausteine unserer Arbeit aus, da die lokale und regionale Arbeit intensiviert werden kann und weitere Vernetzungen stattfinden können.“¹³

Eigene Räumlichkeiten seien nutzbar als Begegnungsstätten, Lagerraum, Probenraum, Veranstaltungsraum, für Sportaktivitäten und als soziale Knotenpunkte. Man müsse

„(...) – im Nachgang einer internen Festigung – nach draußen, (...) um sich vor Ort für unsere Landsleute als Ausgangspunkt für einen gelebten Sozialismus zu manifestieren.“¹⁴

Vernetzungstreffen dienen der Suche nach Stabilität und neuen Strategien für die Szene, die zunehmend konspirativer agiert. So ist z. B. die öffentliche Berichterstattung über Szeneaktivitäten abseits des politischen Kalenders (z. B. Heldengedenken am Volkstrauertag) deutlich seltener geworden. Die an den Vernetzungstreffen beteiligten Führungskader der verschiedenen Strukturen fungieren als Multiplikatoren in ihren örtlichen Strukturen.

In der ersten Jahreshälfte wurden in Görlitz (Landkreis Leipzig), im Muldental (Landkreis Leipzig) und in Delitzsch (Landkreis Nordsachsen) Fußballturniere organisiert. Diese dienten auch der Vermittlung politischer Inhalte, die vor allem jüngere Personen zum Engagement in der Szene motivieren sollen.

Mit der zunehmenden Ausrichtung nach innen gelang es parteiungebundenen Rechtsextremisten

¹⁰ „Trotz Verbot nicht tot: WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG durch demokratischen Innenminister verboten“, Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG.

¹¹ „Trotz Verbot nicht tot: WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG durch demokratischen Innenminister verboten“, Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG.

¹² „Leitthema: „Nationale Zentren und Objekte“, DER AKTIVIST Ausgabe 3-2012.

¹³ „Leitthema: „Nationale Zentren und Objekte“, DER AKTIVIST Ausgabe 3-2012.

¹⁴ „Leitthema: „Nationale Zentren und Objekte“, DER AKTIVIST Ausgabe 3-2012.

auch, in den letzten Jahren inaktive Strukturen in Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) und Görlitz (Landkreis Görlitz) wiederzubeleben. Zudem traten in der Öffentlichkeit neue neonationalsozialistische Gruppierungen auf. Neu bekannt gewordenen Gruppierungen ist es dagegen häufig nicht gelungen, sich dauerhaft zu etablieren. Sie lösten sich häufig nach kurzer Zeit wieder auf und zeigten keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten.

Ideologie/Politische Zielsetzung der NEONATIONALSOZIALISTEN

Die NEONATIONALSOZIALISTEN greifen auf die Ideologie der „NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI“ (NSDAP) zurück. So streben sie ebenfalls eine Staatsform an, die im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf einer „Volksgemeinschaft“ basieren soll.

Nach dem Verständnis der historischen Nationalsozialisten aus der Zeit des Nazi-Regimes mussten die Angehörigen dieser „Volksgemeinschaft“ dabei der „arischen Rasse“ angehören und sich zur Weltanschauung des Nationalsozialismus bekennen. Die Begriffe „Staat“ und „Staatsgebiet“ wurden durch „Volk“ und „Lebensraum“ ersetzt, wobei mit „Lebensraum“ das Territorium des ethnisch definierten Volkes gemeint war. Die heute agierenden NEONATIONALSOZIALISTEN nehmen ebenfalls auf dieses Gedankengut Bezug. Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ ist nach ihrem Verständnis mit einem biologistischen Weltbild verbunden, das fremde Kulturen und damit auch Menschen mit Migrationshintergrund ausschließt.

„Das deutsche Volk selbst ist ein Konglomerat aus unterschiedlichen, aber miteinander verwandten Rassen, von denen jedoch alle zum europäischen Lebensraum und zur übergeordneten weißen Großrasse gehören.“¹⁵

„Für uns als Europäer wird zweifelsohne die Fähigkeit zur geistigen Kulturschöpfung, zum Ackerbau und zur Lagerwirtschaft, zur wissenschaftlichen Untersuchung und zum technischen Fortschritt von einer höheren Bewertung zeugen als die Fähigkeit zur Antilopenjagd mit Holzspeeren, zum mehrstimmigen Gesang und zur Schmerzresistenz bei für uns obskuren Selbstverstümmelungsbräuchen (...)“¹⁶

„Wenn wir nun als politisch motivierte Kämpfer im 21. Jahrhundert vor der Tatsache stehen, dass unser Volk innerhalb von nur wenigen Generationen durch Massenzuwanderung und Rassenvermischung, durch Negativauslese und Verdummung sowie durch körperliche und seelische Degeneration in seinem Bestand als über lange Zeiträume hinweg gewachsene organische Gemeinschaft bedroht ist (...)“¹⁷

„Denn erst, wenn eine lebensgesetzlich richtige Politik sämtliche schädlichen Einflüsse eindämmt, welche eine Entartung des Volkscharakters, d. h. den Verlust seiner Identität zur Folge haben und Maßnahmen ergreift, um die gesunden und positiven Anlagen innerhalb des Volkes bei gleichzeitiger Pflege des völkischen Erbgutes zu vermehren, so kann man von einer identitären Politik sprechen.“¹⁸

¹⁵ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG.

¹⁶ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG.

¹⁷ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG.

¹⁸ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG.

„(...) denn eine Mischbevölkerung aus arabisch-afrikanisch-europäischen Mulatten wird in 100 Jahren mit Sicherheit nicht das Erbe vergangener deutscher Kulturschöpfer fortsetzen, da eine Veränderung im genetischen Bestand automatisch auch eine Veränderung des seelisch-geistigen Zustandes mit sich bringt, der sich am Ende in einem veränderten Ausdruck von Kultur und Lebensgefühl bemerkbar macht.

Ist dieser Punkt erreicht, so hat das deutsche Volk seine Identität verloren.“¹⁹

Dementsprechend ist ein ethnisch homogener Staat erklärtes Ziel der NEONATIONALSOZIALISTEN.

„Die Machthaber in der BRD versuchen den Begriff ‚Volk‘ bewusst umzudeuten. Denn wenn man nämlich durch die Staatsangehörigkeit auch automatisch Volksangehöriger wird, ist das Problem ‚Volkstod‘ für sie gelöst, solange nur Zuwanderer kommen und die möglichst viele Kinder haben.“²⁰

Militanz – Gewaltbereitschaft

Die neonationalsozialistische Szene weist grundsätzlich eine starke Affinität zu Waffen und zu sonstigen Militaria auf. NEONATIONALSOZIALISTEN verzichten jedoch vor allem aus taktischen Gründen auf öffentliche Aufrufe zur Gewalt zwecks Durchsetzung von politischen Zielen. Doch schon durch die Anlehnung an die NS-Ideologie finden sich in ihrem Weltbild Einstellungsmuster, die eine Neigung zur Gewaltanwendung belegen. Bei Hausdurchsuchungen, die die Polizei im Rahmen von

Ermittlungsverfahren bei NEONATIONALSOZIALISTEN durchführte, wurden immer wieder Waffen gefunden.

NEONATIONALSOZIALISTEN kennzeichnet zudem die geradezu kultartige Verehrung eines kriegerischen Ideals.

„Die Geburt, mit der das Leben beginnt, und der Tod, der es endet, sind Kampf, wie auch das Leben, dass zwischen ihnen liegt, nur ein einziges Ringen des Menschen mit sich und der Umwelt ist. Diesen Kampf führt der Mensch nicht für sich alleine, sondern auch für seine Familie, seine Sippe und sein Volk, um diese zu schützen und zu erhalten. Für den nordischen Mann wird der Kampf so zur Pflicht und zur Ehre.“²¹

„Nie ist es ganz undeutscher Haß oder gierige Neid gewesen, die ihn die Waffen haben ergreifen lassen, immer hat der Deutsche nur zur Verteidigung des Vaterlandes, seiner Freiheit, seiner Ehre und seines Glaubens die ihm aufgezwungenen Kriege durchgeführt und als Sieger ist er in seiner ritterlichen Großmütigkeit fast stets um die Früchte seines Sieges betrogen worden.

Es gibt kein eindrucksvolleres Bild hierfür als den Umfang der Grenzen Deutschlands um das Jahr 1000 und um das Jahr 1937. All diese Kämpfe haben unzählige Blutsopfer, und zwar gerade der wertvollsten, besonders kämpferisch eingestellte Männer gefordert.“²²

Rechtsextremisten belassen es dabei nicht bei einer theoretischen Betrachtungsweise. So sind in der neonationalsozialistischen Szene auch Kampfsportarten populär. Anhänger der Szene

¹⁹ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG.

²⁰ „Die Demokraten und der ‚Volksbegriff!“, Internetseite PINSELSTRICHE.

²¹ „Leben heißt auch kämpfen!“, Internetseite PINSELSTRICHE.

²² „Leben heißt auch kämpfen!“, Internetseite PINSELSTRICHE, Fehler im Original.

beteiligen sich – auch aus politischer Motivation heraus – an entsprechenden Turnieren, sowohl als Zuschauer als auch als Teilnehmer.

Bereits Ende November 2010 fand unter dem Motto „LEBEN HEIßT KAMPF“ ein Kampfsportturnier der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen statt. In der später im Internet veröffentlichten Eröffnungsrede zu dieser Veranstaltung heißt es:

„Der Kampf, den wir führen, der uns prägt, der unser Leben schon seit Jahren bestimmt und bis ans Ende bestimmen wird, ist kein Kampf gegen einzelne Personen. Kein Kampf gegen einzelne Missstände, kein Kampf für Anpassungen oder Reformen. Es ist der Kampf um das Ganze, der Kampf gegen Willkür und gegen Unterdrückung. Der Kampf gegen Heuchelei, Materialismus und Dekadenz. Es ist der Kampf des Idealismus gegen den Materialismus. Der Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung, der Kampf um unsere Zukunft. Der Kampf um die Existenz eines Volkes. Was sich heute noch abstrakt anhören mag, wird in nicht allzu ferner Zukunft ein Gesicht bekommen.“²³

Dieses Zitat verdeutlicht, dass es den NEONATIONALSOZIALISTEN um mehr geht, als nur um Körperertüchtigung und gegenseitiges Kräftemessen. Vielmehr soll Einigkeit im Kampf für eine neue Gesellschaftsordnung, die in der so genannten „Volksgemeinschaft“ besteht, demonstriert und zur Durchsetzung ideologischer Ziele auch persönlicher Einsatz gezeigt werden. In der angestrebten Volksgemeinschaft haben Schwäche und Krankheit keinen Platz. Dabei spielen die Förderung und Erhaltung von

Gesundheit und Leistungsfähigkeit eine wichtige Rolle.

Ein für Ende 2011 in Sachsen angekündigtes „Kampfsportturnier des Widerstandes 2011“ wurde zwar kurzfristig abgesagt. Das große scheininterne Interesse an dieser Veranstaltung ließ sich jedoch an regen Diskussionen in von Rechtsextremisten genutzten Internetforen ablesen.

Im Jahr 2012 gab es Hinweise auf eine Beteiligung von Rechtsextremisten an nicht extremistischen Kampfsportturnieren. So fand am 29. September 2012 in Schildau eine Kampfsportveranstaltung statt, deren ca. 400 Gäste nach Einschätzung der Polizei ihrem Erscheinungsbild nach vorrangig der „rechten Szene“ zugerechnet wurden. Bereits im Vorfeld des geplanten Turniers unter dem Motto „Sachsen kämpft“ waren den Behörden Hinweise auf die Beteiligung von Rechtsextremisten bekannt geworden.



Flyer aus dem Internet.

²³ Ursprünglich veröffentlicht auf der Internetseite SPREELICHTER, Beitrag: „Leben heißt Kampf“ - „Audiomitschnitt der Eröffnung des diesjährigen Kampfsportturniers des Widerstandes“ am 27. November 2010 im Großraum Dresden. Erneut veröffentlicht auf der Internetseite PINSELSTRICHE als Einleitung zum Beitrag „Leben heißt auch kämpfen!“ am 20. August 2012.

AUTONOME NATIONALISTEN (AN)

Die AUTONOMEN NATIONALISTEN (AN) hatten sich in den zurückliegenden Jahren als Sonderform der FREIEN KRÄFTE im Freistaat Sachsen etabliert. Im Berichtsjahr gab sich mit den AUTONOMEN NATIONALISTEN AUE eine neue Gruppierung in Sachsen zu erkennen.



Transparent bei einer Demonstration am 17. Juni 2012 in Dresden.

Solche Gruppierungen, die die Selbstbezeichnung AUTONOME NATIONALISTEN verwenden, sind in Bezug auf ihre öffentlichen Aktivitäten seit einigen Jahren meist nicht mehr von anderen NEONATIONALSOZIALISTEN zu unterscheiden. Fast alle neonationalsozialistischen Gruppen treten bei ihren Aktionen wie diese AN auf, deren Erscheinungsbild sich an das der linksextremistischen AUTONOMEN anlehnt (z.B. schwarze Kleidung, Sonnenbrillen, Baseball-Mützen etc.).

Auch wenn die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der neonationalsozialistischen Szene in Sachsen im Jahr 2012 aus taktischen Gründen

stark zurückgegangen sind, so hat sich die Szene dennoch der hohen Aktionsorientiertheit der AN angepasst. Andere NEONATIONALSOZIALISTEN haben zudem die in der Vergangenheit besonders von den AN artikulierten Ideologieelemente – neben dem klassischen neonationalsozialistischen Gedankengut insbesondere den Antikapitalismus und Antiamerikanismus – aufgegriffen und thematisiert. Insoweit hat das Phänomen der AN die Aktionsformen und das öffentliche Erscheinungsbild der neonationalsozialistischen Szene in Sachsen stark beeinflusst.

Verhältnis der NEONATIONALSOZIALISTEN ZUR NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) bzw. deren Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

NEONATIONALSOZIALISTEN haben in den vergangenen Jahren häufig aus taktischen Erwägungen gemeinsam mit der NPD agiert. Jedoch verschärfte sich das schon lange angespannte Verhältnis weiter, und gerade die Neonationalsozialisten sahen ihre an die NPD geknüpften Erwartungen nicht erfüllt. Das führte ab Anfang 2012 zu Austritten aus der sächsischen NPD.

Eine Ursache dafür waren Führungswechsel bei der Bundes-NPD und beim sächsischen NPD-Landesverband. Der seit Ende 2011 amtierende NPD-Bundesvorsitzende APFEL hatte sein Amt als Landesvorsitzender in Sachsen im Januar 2012 abgegeben. Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge Mario LÖFFLER wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Mit diesen Führungswechseln nahm die Unzufriedenheit in der Partei zu. Die von APFEL propagierte künftige Ausrichtung der Partei auf eine „seriöse Radikalität“ wurde deutlich kritisiert.

„Während man unter Udo VOIGT und seinem Propagandisten Uwe MEENEN noch Kreuzworträtsel mit dem Lösungswort „Adolf“ ausfüllen durfte und der Parteichef höchstselbst in Lederkluft und Motorrad „Gas geben!“ als politischen Wegweiser ausgab, darf man unter Holger APFEL nun von den Bemühungen einer prodeutschen Bewegung lesen. Die Radikalen sollen gehen der Rest darf kommen. Während nachts die Unsterblichen durch die Städte und die LKA-Beamten Wochen darauf durch die Wohnungen ziehen, hat sich bei den Nationaldemokraten eine neue deutsche Mentalität breitgemacht: Distanzieren, Verbiegen und Ableugnen.“²⁴

In der Folge waren aktive ehemalige FREIE KRÄFTE nicht mehr bereit, ihre eigenen ideologischen Positionen aufzugeben und dem Kurs der NPD weiter zu folgen.

Der ehemalige Kameradschaftsführer und derzeitige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Maik SCHEFFLER versuchte, in einer Stellungnahme auf der Internetseite des NPD-Landesverbandes die Differenzen zwischen NPD und den Parteilosen als Propaganda des „(...) politischen und staatlichen Gegners (...)“²⁵ darzustellen.

„Das erfolgreiche Konzept der ‚Bündelung der Kräfte – NPD und konstruktive Freie Kräfte auf Augenhöhe‘, das wir 2009 ins Leben riefen, war von Anfang an ein Dorn im Auge des politischen und staatlichen Gegners.“²⁶

„Die Wahl Mario Löfflers zum neuen Landesvorsitzenden der NPD in Sachsen scheint nun der passende Vorwand zur Frontbegradigung zu sein. Der Gegner behauptet einen Rückzug der ehemaligen konstruktiven Kräfte aus dem Augenhöhe-Verhältnis zur NPD (...)“²⁷

„Neuester Coup (...) ist die haarsträubende Behauptung, (...) zwischen Fraktionsvorsitzenden Apfel und Fraktionsmitarbeiter Scheffler ist das Tischtuch inzwischen zerschnitten (...) Diese Behauptung ist der Höhepunkt der Desinformation des politischen Gegners. Sie entbehrt jedweder Grundlage, denn gerade unter der Führung von Holger Apfel hat sich in den letzten Jahren eine konstruktiv-kameradschaftliche Basis der Zusammenarbeit entwickelt (...)“²⁸

„Ich stehe loyal zu allen, mit denen ich den Weg der konstruktiven Augenhöhe seit Jahren gehe.“²⁹

„Ich habe mich stets als Mittler zwischen den verschiedenen Interessen gesehen und werde in großen Teilen der Truppen auch heute gern in dieser Funktion angenommen.“³⁰

Diese Stellungnahme wurde auch auf dem rechtsextremistischen Nachrichtenportal ALTERMEDIA veröffentlicht und dort in den Kommentaren kontrovers diskutiert.

„Scheffler hat schon längst den realistischen Bezug zu freien Kräften verloren. Sonst wüßte

²⁴ „Wo die Äpfel von den Bäumen fallen“, Internetseite MAUERBLÜMCHEN. Schreibweise wie im Original.

²⁵ „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Internetseite der NPD Sachsen.

²⁶ „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Internetseite der NPD Sachsen.

²⁷ „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Internetseite der NPD Sachsen.

²⁸ „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Internetseite der NPD Sachsen.

²⁹ „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Internetseite der NPD Sachsen.

³⁰ „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Internetseite der NPD Sachsen.

*er, daß er garnichtmehr als deren Sprecher gesehen wird.*³¹

*„Scheffler – ist das nicht dieser Möchtegern-anführer aller Freien aus Mitteldeutschland, der zuerst der verbonzten Parteiriege den Krieg erklärte, aber nun an Apfels Allerwertesten leckt und seine ehemaligen Weggefährten und Mitstreiter als Agenten und Spalter diffamiert, nur weil sein neuer Chef gerne als gutbetuchter Saubermann dastehen will.*³²

Das Verhältnis der parteiungebundenen NEO-NATIONALSOZIALISTEN zur NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) gestaltete sich im Berichtsjahr spannungsfrei und pragmatisch, zumal sich Personenpotenzial und Aktivitäten der JN mit dem der FREIEN KRÄFTE nahezu deckten. Für die von den JN initiierten Aktivitäten wurden überwiegend Teilnehmer aus dem Bereich der FREIEN KRÄFTE mobilisiert. Wegen ihrer vergleichsweise geringen Mitgliederzahl sind die JN dauerhaft auf die Unterstützung der FREIEN KRÄFTE angewiesen.

³¹ Kommentar zu „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Veröffentlichung bei ALTERMEDIA. Schreibweise wie im Original.

³² Kommentar zu „Wenn einer übers Stöckchen springt“, Veröffentlichung bei ALTERMEDIA. Schreibweise wie im Original.

1.3 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und ihre Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

1.3.1 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1964
Sitz:	Berlin
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 700
Mitglieder 2011 in Sachsen:	ca. 760
Mitglieder 2011 bundesweit:	ca. 6.300 ³³
Vorsitz Bund: Vorsitz Freistaat Sachsen:	APFEL, Holger LÖFFLER, Mario bis Januar 2013 SZYMANSKI, Holger ab Januar 2013
Teil-, Nebenorganisationen:	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN), RING NATIONALER FRAUEN (RNF), KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV)
Publikation:	Deutsche Stimme
Kennzeichen:	

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern 1989 erste Kontakte in die damalige DDR geknüpft und bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Aktivisten am 24. März 1990 in der Messestadt einen Vorläufer der sächsischen NPD unter der Bezeichnung MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

Die Strukturentwicklung und die Mitgliederzahlen der NPD im Freistaat Sachsen waren seit der Gründung starken Schwankungen unterworfen. Hatte die NPD anfangs noch über 400 Mitglieder, die in rund 16 Kreisverbänden (bei damals noch über 40 Landkreisen) organisiert waren, sank die Mitgliederzahl bis 1994 auf unter 100 Personen. Erst nach einer im Jahr 1995 erfolgten organisatorischen Straffung auf sieben Kreisverbände und durch intensive Werbung im Rahmen von „Freundeskreisveranstaltungen“ stieg die Anzahl der Mitglieder wieder an. Hierzu trug auch eine strategische Orientierung auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie beispielsweise Großdemonstrationen

Historie und Strukturentwicklung

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) wurde 1969 gegründet.

³³ Nach Angaben der NPD auf dem Bundesparteitag vom 20. zum 21. April 2013 in Weinheim (Baden-Württemberg) war der Mitgliederrückgang noch stärker als angenommen. Ende 2012 soll die NPD nach eigenen Angaben nur noch über 5.400 Mitglieder verfügt haben.

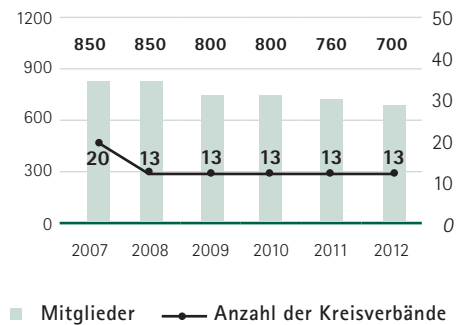
bei. Den Zenit dieser Entwicklung erreichte der sächsische NPD-Landesverband im Jahr 1998 mit ca. 1.400 Mitgliedern und 20 Kreisverbänden. Trotz der Gründung zweier weiterer Kreisverbände im Jahr 1999 sank die Mitgliederzahl stark auf schließlich ca. 1.000 Personen. Der Rückgang war u. a. auf zwei Faktoren zurückzuführen:

Zum einen verzichtete die NPD aus wahltaktischen Gründen auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, um potenzielle Wähler mit dem martialischen Erscheinungsbild von Demonstrationsteilnehmern nicht zu verschrecken. Zum anderen setzten in der Partei interne Diskussionen über einen politischen Kurswechsel zum Sozialismus ein. Die NPD verband Ideologieelemente des Sozialismus und der selbst angestrebten Volksgemeinschaft zu einer These, die sie als „volksbezogenen deutschen Sozialismus“ beschrieb. Erst nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 erholte sich der Mitgliederbestand wieder etwas. Seit dem Jahr 2007 ist die NPD im Freistaat Sachsen flächendeckend in allen sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten vertreten, dennoch stagnierte die Mitgliederzahl zunächst und sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2012 verfügte die NPD in Sachsen nur noch über rund 700 Mitglieder. Die Partei verlor damit seit ihrem Höchststand im Jahr 1998 insgesamt rund 50 % ihrer Mitglieder sowie 30% gegenüber dem Zwischenhoch nach der Sächsischen Landtagswahl 2004 (ca. 1.000 Mitglieder im Jahr 2005).

Seit dem Jahr 2008 verfügt die NPD – nach einer Reduzierung der Anzahl der Kreisverbände entsprechend der Kreisgebietsreform – über 13 Kreisverbände. Damit ist die NPD im Freistaat Sachsen nach wie vor flächendeckend in allen Landkreisen und in den Städten Chemnitz,

Dresden und Leipzig vertreten. Die Partei ist seitdem zunächst bestrebt gewesen, ihre Strukturen durch die Gründung von Ortsgruppen weiter auszubauen. Allerdings wurde dieser Ausbau im Jahr 2012 nicht fortgesetzt. Begleitend zum Mitgliederrückgang lösten sich einige Ortsverbandsstrukturen offenbar wieder auf bzw. wurden mit anderen zusammengefasst.

Mitgliederzahl und Anzahl der Kreisverbände der NPD im Freistaat Sachsen



Mitglieder der NPD sind im Freistaat Sachsen darüber hinaus in der NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) sowie in der KOMMUNALPOLITISCHEN VEREINIGUNG (KPV) organisiert. Der RNF verfügt in Sachsen über vier Regionalgruppen, welche bei NPD-Veranstaltungen, aber auch durch eigene Aktionen in Erscheinung treten. Auch der RNF zeigt hinsichtlich der Mitgliederzahl und seinen Strukturen eine stagnierende Tendenz. Die KPV ist eine bundesweit agierende Organisation mit der Aufgabe, kommunale Mandatsträger der NPD zu schulen.

Mit der DEUTSCHEN STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH mit Sitz in Riesa (Landkreis Meißen) besitzt die NPD ein rechtsextremistisches Versandunternehmen. Neben der Herausgabe des

NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen



Parteiorgan handelt der Verlag auch mit Publikationen, Tonträgern und Devotionalien. Die negativen Geschäftsbilanzen der vergangenen Jahre führten zu einer schwierigen finanziellen Lage des Verlags. Offenbar konnte mit finanzieller Unterstützung der NPD-Sachsen eine Insolvenz noch verhindert werden. So ging aus einer Pressemeldung³⁴ hervor, dass die Partei den Verlag mit einem Kredit in Höhe von 50.000 Euro unterstützt haben soll. Im Dezember 2012 gab die sächsische NPD bekannt, Verlagsanteile in Höhe von 25.000 Euro (10 Prozent des Stammkapitals) erworben zu haben. Neben dem Vertrieb versuchten die Rechtsextremisten auch mit der Durchführung von Veranstaltungen, wie zum Beispiel dem jährlichen

Pressefest (in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern), die finanzielle Lage des Verlags zu bessern. Die NPD nahm bei derartigen Veranstaltungen Eintrittsgelder ein.

Der NPD-nahe Verein BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e.V. gab im Jahr 2012 eine Ausgabe der Publikation „Hier & Jetzt“ heraus und organisierte nach eigenem Bekunden im Sommer eine Seminarveranstaltung.

Die Entwicklung der Altersstruktur in der sächsischen NPD

Die nachfolgenden Grafiken verdeutlichen, wie sich das Mitgliedsalter in der sächsischen NPD

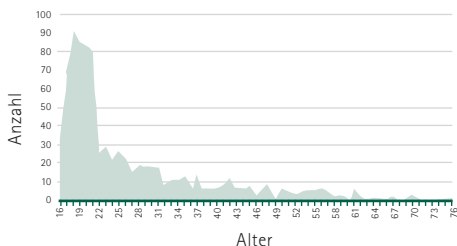
³⁴ Internetseite der Sächsischen Zeitung vom 1. Oktober 2012.



Foto: Katalog der Deutschen Stimme Verlagsgesellschaft mbH.

von 1997 bis 2011 entwickelt hat. Die Grafik für 1997 zeigt, dass ein großer Teil der NPD-Mitglieder in dieser Zeit jugendlichen Alters war.

Mitgliedsalter 1997

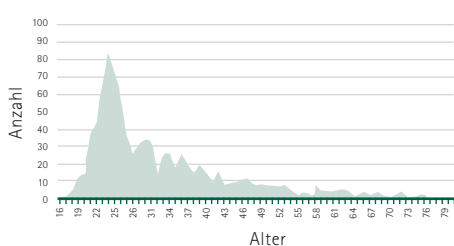


Nachdem zunächst Beschlüsse gefasst worden waren, mit denen man sich von den Neonationalsozialisten zu distanzieren suchte, rückte die Partei hiervon jedoch nach der Wahl Udo VOIGTs zum Bundesvorsitzenden wieder ab. Sie rekrutierte in der Folgezeit vor allem unter aktionsorientierten, rechtsextremistisch dispo- nierten Jugendlichen neue Mitglieder.

Eine Darstellung der Altersstruktur der sächsischen NPD im Jahr 2003 lässt erkennen, dass der Zustrom

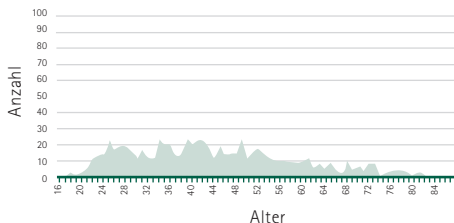
von Jugendlichen in die Partei verebte war. Jedoch blieb ihr trotz sinkender Mitgliederzahl ein großer Teil der jungen Mitglieder erhalten.

Mitgliedsalter 2003



Allerdings verdeutlicht eine Grafik der Altersstruktur aus dem Jahr 2011, dass mittlerweile gerade die jungen Mitglieder, die am ehesten bereit sind, Aktivitäten zu entfalten, die Partei verlassen haben. Parallel zu dieser Entwicklung veränderte sich das personelle Kräfteverhältnis zwischen der NPD und den NEONATIONALSOZIALISTEN in Sachsen zugunsten der NEONATIONALSOZIALISTEN. Dies lässt den Schluss zu, dass viele der ehemaligen jungen NPD-Mitglieder dort ihre politische Heimat suchten.

Mitgliedsalter 2011



Finanzquellen der NPD in Sachsen

Im Rechenschaftsbericht der NPD aus dem Jahr 2010 wird ein finanzieller Verlust des NPD-Bundesverbandes in Höhe von etwa 414 Tausend Euro ausgewiesen. Mit einer positiven Bilanzsumme von rund 136 Tausend Euro trug die NPD in Sachsen zusammen mit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern (rund 311 Tausend Euro) mit dazu bei, dass die Negativbilanz des Bundesverbandes nicht noch höher ausfiel.

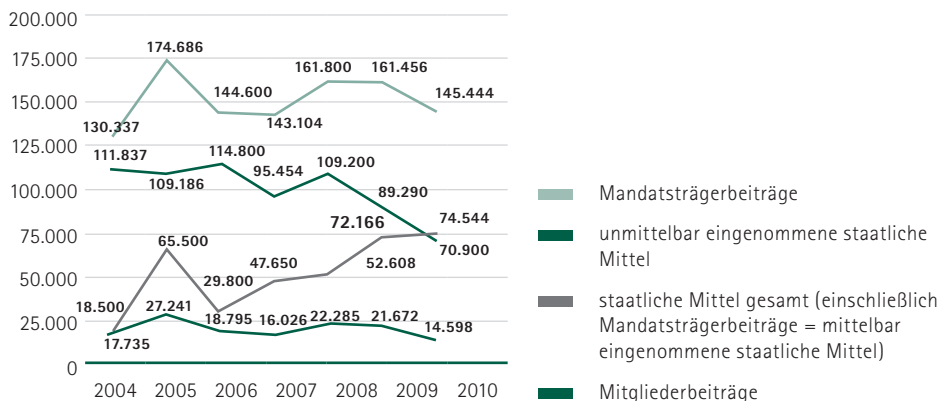
Einnahmen der sächsischen NPD

Die Einnahmequellen der sächsischen NPD setzten sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden sowie staatlichen Leistungen zusammen. Die staatlichen Leistungen flossen der NPD unmittelbar in Form der Wahlkampf-kostenrückerstattung sowie mittelbar über Mandatsträgerbeiträge³⁵ zu.

Die Einnahmen der NPD in Form von unmittelbaren staatlichen Zuschüssen sind seit ihrem ersten Einzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 gesunken. Die Partei kompensiert dies durch eine Steigerung der Einnahmen aus mittelbaren staatlichen Mitteln (Mandatsträgerbeiträge).

Die Beitragseinnahmen zeigen entsprechend den sinkenden Mitgliederzahlen eine negative Tendenz. Auch die Spenden halbierten sich gegenüber dem Vorjahr (2009: rund 111 Tausend Euro) auf ca. 50 Tausend Euro. Zwei der acht Spender von Beträgen über 10.000 Euro stammten aus Sachsen.

Einnahmen der sächsischen NPD



³⁵ Mandatsträgerbeiträge sind Abgaben von Mandatsträgern an die Partei.

Ausgaben der sächsischen NPD

Bis 2005 kann deutlich ein Anstieg der Ausgaben für den Geschäftsbetrieb und die politische Arbeit festgestellt werden. Dies ist auf den Einzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 und der damit verbundenen Erhöhung der Einnahmen zurückzuführen.

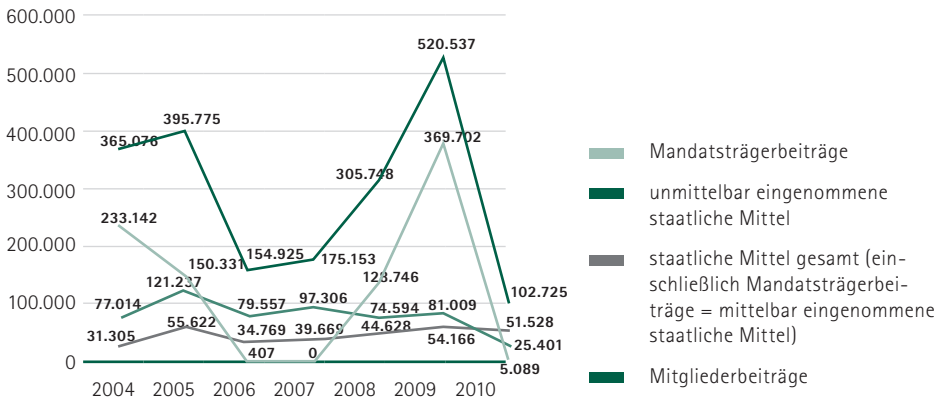
Nach 2007 stieg der Anteil an Ausgaben für Wahlkämpfe im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2008 und 2009 sowie der Landtagswahl 2009 stark an. Sie reduzierten sich jedoch im Jahr 2010 auf ca. 5 Tausend Euro, so dass der Landesverband trotz sinkender Einnahmen eine positive Bilanz im Jahr 2010 aufweisen konnte.

Belastend für die finanzielle Lage der NPD dürfte sich eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig auswirken. Im Dezember 2012 ist die Partei wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichts aus dem Jahr 2007 zu einer Strafe von 1,27 Millionen Euro

verurteilt worden. Die Bundestagsverwaltung hat im Februar 2013 die erste Abschlagszahlung der staatlichen Mittel mit der Zahlungsverpflichtung verrechnet. Nach einem im einstweiligen Rechtsschutzverfahren ergangenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Mai 2013, 2 BvR 547/13, ist eine entsprechende Verrechnung jedoch vorläufig für unzulässig erklärt worden, da die Verfassungsbeschwerde der Partei gegen die Zahlungsverpflichtung nicht offensichtlich unbegründet sei. Ausbleibende Abschlagszahlungen könnten die Wahlwerbemöglichkeiten der NPD im Bundestagswahlkampf indes erheblich einschränken.

Auch wenn die NPD durch diese Strafzahlung finanziell belastet wird, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Partei damit vor dem finanziellen Ruin steht. Mit Spendeneinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und den staatlichen Leistungen stehen Einnahmen zur Verfügung, welche ihre Handlungsfähigkeit aufrecht halten. Dabei kommt den beiden finanzstarken NPD-Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit ihren

Ausgaben der sächsischen NPD



Kompensationsmöglichkeiten durch Mandatsträgerbeiträge besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus hat die Partei zwischen den Wahlkämpfen einen größeren finanziellen Gestaltungsspielraum in Bezug auf finanzielle Ausgaben, da sie die sonst für Wahlkämpfe benötigten Mittel u.a. zurücklegen kann. Beträchtliche finanzielle Einbußen würden sich jedoch bei Stimmverlusten bei bundesweiten Wahlen ergeben.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die NPD strebt nicht die Änderung des bestehenden politischen Systems im Rahmen des Grundgesetzes an, sondern vielmehr dessen Abschaffung. Anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung will die Partei einen autoritär geführten Nationalstaat, in dem sich der Einzelne der Gemeinschaft unterzuordnen hat. In dieser Gesellschaft soll ein Mensch den Schutz der Gemeinschaft nur dann genießen dürfen, wenn er durch seine Abstammung qualifiziert ist, Bestandteil der Gemeinschaft zu sein. Alle Menschen, die nach Ansicht der Rechtsextremisten nicht Bestandteil dieser „Volksgemeinschaft“ sind, werden als Bedrohung der „deutschen Volkssubstanz“ angesehen, solange sie sich in Deutschland aufhalten. Im Gegensatz zum Grundgesetz, in dem die Wahrung der Würde des Menschen als oberstes und unveräußerliches und für jeden gültiges Prinzip verbürgt ist, beschränkt die Partei die Menschenwürde nur auf die Volksgemeinschaft der Deutschen.

Schaffung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft

Die NPD strebt die Schaffung einer nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmten „neuen Ordnung“ in Form einer „Volksgemeinschaft“ an. Sie versteht diese Volksgemeinschaft als eine annähernd „ethnisch homogene“ Gruppe von Menschen, die auf Grund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“³⁶ entsteht.

„Die NPD bekennt sich zur Volksgemeinschaft und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Volksgemeinschaft ist die Voraussetzung für die Solidargemeinschaft und damit für den sozialen Staat, der auch im Grundgesetz gefordert wird. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wiederum ist die Voraussetzung für einen demokratischen Staat.“³⁷

„Entscheidend ist die glaubwürdige Positionierung der NPD als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘. Dieser potentiell nationalrevolutionären Mehrheit im Volk muß klar werden, dass die Volksgemeinschaft in der Globalisierungsära die einzig denkbare Schutz- und Solidargemeinschaft ist; nur sie verbürgt durch emotional unterfütterte Zusammengehörigkeitsgefühle soziale Teilhabe und Sicherheit.“³⁸

Diese auf Basis einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ angestrebte Staatsordnung präsentiert sich als fundamentalistischer Gegenentwurf zum politischen Gemeinwesen in Deutschland.

³⁶ Internetseite der NPD, Beitrag „National-revolutionäre Gesundheitspolitik“.

³⁷ Holger APFEL am 11. Juli 2008, Sächsischer Landtag Plenarprotokoll 4/115, S. 9453.

³⁸ Jürgen GANSEL, „Weckruf an die ‚kleinen Leute‘ im Volk“, Internetmeldung der NPD Sachsen im Februar 2011.

„Sogenannte ‚multikulturelle‘ Gesellschaften sind in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaftsformen, die je nach ihrer ethnokulturellen Zusammensetzung Parallelgesellschaften ausbilden, die für jedes Staatswesen zur Zerreißprobe werden. Die Solidarität einer bestehenden Volksgemeinschaft wird durch die übertriebene Vertretung von Einzel- oder Gruppeninteressen aufgehoben.“³⁹

In einer 2012 neu herausgegebenen Broschüre des Parteivorstandes heißt es dazu:

„Wir sind gegen einen Vielvölkerstaat auf deutschem Boden, weil er – entgegen allen Multikulti-Schwärmereien – den Keim des Kulturen- und Vlkerkrieges in sich trägt. (...) Nur ethnisch geschlossene Gesellschaftskörper mit geringem Auslnderteil sind solidar- und belastungsfähig (...)“⁴⁰.

Diese „ethnisch homogene Volksgemeinschaft“ ist das Kernelement der Weltanschauung der NPD. Aus ihr leitet sich ein völkisches Menschenbild in Gestalt des Vorrangs der Gemeinschaft vor dem Individuum ab. Ist ein Mensch nach diesem Verständnis Bestandteil der „Volksgemeinschaft“, kann er seine Menschenwürde wahren und seine Freiheit beanspruchen, allerdings nur insoweit, wie er der Gemeinschaft nützt. Nach Auffassung der NPD bürgt nur diese Gemeinschaft für Solidarität und Sicherheit.



NPD–Publikation.

„An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zu Gunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten.“⁴¹

„Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft. Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.“⁴²

Hier zeigt sich eine Parallele zum Programm der NSDAP, wonach die

³⁹ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 6.

⁴⁰ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 10.

⁴¹ Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77.

⁴² Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 6.

„Tätigkeit des einzelnen (...) nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen (darf), sondern (...) im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen (müsse).“⁴³

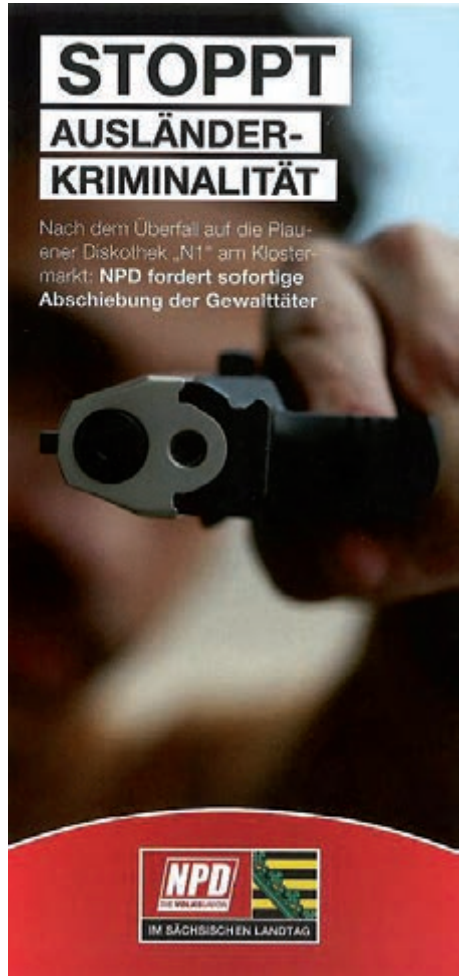
Im Sinne der nationalsozialistischen Lehre verwendet die NPD den Begriff „Volksgemeinschaft“ als eine „auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamen politischen Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes, der Klassen- und Standesgegensätze wesensfremd sind“. Aus dieser ideologischen Basis resultiert die rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit der NPD wie im nachfolgenden Abschnitt dargelegt wird.

Rassistische fremdenfeindliche Ideologie-Elemente

Der Wert eines Menschen bestimmt sich nach Vorstellung der NPD nach der Zugehörigkeit zu einer Ethnie bzw. Nation oder Rasse. Hieraus resultiert eine rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit und der übersteigerte Nationalismus der NPD: Alles, was „fremden Blutes“ ist, wird als Bedrohung der „Volkssubstanz“ angesehen.

Der derzeitige NPD-Bundesvorsitzende APFEL äußerte auf einer Demonstration im Jahr 2001 dazu:

„Wir Nationaldemokraten bekennen uns zum Staatsangehörigkeitsrecht auf der Grundlage völkischer Abstammung. Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, kann für uns ein Deutscher sein.“⁴⁴



Flyer von der ND-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Die Rechtsextremisten grenzen die in ihren Augen „Nicht-Deutschen“ nicht nur aus, sondern sie diffamieren sie als minderwertig und stellen im gleichen Atemzug sich selbst als Elite dar.

⁴³ Programm der NSDAP vom 13. April 1920. Schreibweise wie im Original.

⁴⁴ Rede von Holger APFEL am 1. Mai 2001 in Dresden.

„Die Grundlagen unserer ethnischen Exklusivität, unseres geistig-kulturellen Erbes, aber auch unserer wissenschaftlich-technischen und damit wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind in Gefahr (...) Die Leistungsgesellschaft braucht Leistungsträger. Leistungsträger finden sich aber vermehrt in den zentraleuropäischen Völkern, nicht bei den afrikanischen Hottentotten. Begabungen und Intelligenz sind nun einmal ungleich verteilt – und das deutsche Volk ist eines der begabtesten Völker in der Welt. Für unsere Begabungen haben wir uns auch nicht zu schämen! Im Gegenteil! Deshalb darf es keine Zuwanderung von Dummen und Primitiven in unser Land geben (...).“⁴⁵

„So geht deutsche Intelligenz zunehmend ins Ausland, während ausländische Dummheit mit sozialschmarotzerischen Neigungen ungebremst ins Land kommt. Die deutsche Volkssubstanz wird neben der Auswanderung guter Köpfe durch den andauernden Geburtenboykott der vielen beruflich ‚Gestrandeten‘ geschwächt.“⁴⁶

Ein NPD-Mitglied aus Schleswig-Holstein unterstellte Ausländern sogar sinngemäß, ihre eigenen Erbanlagen – mit Duldung der Politik – mittels des „deutschen Volkes“ verbessern zu wollen.

„Erinnern wir uns, wie die ‚Hamburger Morgenpost‘ dem Herrn Rechtsanwalt Rieger in großer Aufmachung vorwarf, Arier züchten zu wollen. Das will man verhindern. Aber was geschieht zur Zeit? Ein noch deutsches Volk wird von Negriden, Asiaten und Orientalen unterwandert und als Rohstoff für eine Veränderung der eigenen

Erbanlagen genutzt. Und das mit Duldung solcher politisch tätigen Vertreter!“⁴⁷

Die damalige Vorsitzende der NPD-Frauenorganisation „RING NATIONALER FRAUEN“ (RNF) sieht in der Rolle der Frau eine Bewahrerin „des rassischen Erbes“.

„Die Frau sieht ihre Selbstverwirklichung darin, Schicksalsgefährtin des Mannes, Hüterin des Heimes, der Sitte und der Kultur und Bewahrerin des rassischen Erbes zu sein. Das darf man heute ja da schon wieder nicht sagen mit dem rassischen Erbe, weil ja Multi-Kulti heute propagiert wird, aber deswegen ist es für uns ganz besonders wichtig, unser Blut rein zu halten.“⁴⁸

Den zentralen Aussagen des Grundgesetzes zur Menschenwürde und zu Gleichheitsrechten setzt die Partei mit ihren Forderungen nach „Reinhaltung der Rasse“ zum Schutze der „deutschen Volkssubstanz“ rassistisch geprägte Forderungen entgegen. Diese lassen wiederum eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus erkennen.

Zwar bekennt sich die Partei in ihrem Parteiprogramm formal zur Menschenwürde und zur Gleichheit vor dem Gesetz, allerdings konterkariert sie diese Aussage durch Programmpunkte, in denen sie Forderungen nach unterschiedlicher Behandlung von Deutschen und Nichtdeutschen stellt:

„... das ‚Begrüßungsgeld‘ für Neugeborene, das ‚Müttergehalt‘ und das von der NPD geforderte

⁴⁵ Internetseite der NPD-Fraktion Sachsen.

⁴⁶ Internetseite der NPD, Artikel „Der Globalisierungstod des Bürgertums“.

⁴⁷ SCHLESWIG-HOLSTEIN-STIMME, Ausgabe Mai-Juni 2008, Seite 14.

⁴⁸ Videobeitrag auf Volksfrontmedien.org im Juni 2010.

*Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.*⁴⁹

*„Der Staat hat jedem Deutschen zu ermöglichen, durch Arbeit seinen und den Lebensunterhalt seiner Familie aus eigener Kraft bestreiten zu können.“*⁵⁰

*„Eigentum an deutschem Grund und Boden kann nur von Deutschen erworben werden.“*⁵¹

*„Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen.“*⁵²

Forderung nach Wiedereinführung des alten Staatsbürgerschaftsrechts

Vor dem Hintergrund dieser angestrebten „Volksgemeinschaft“ fordert die NPD in ihrem aktuellen Parteiprogramm die Wiedereinführung einer Staatsbürgerschaft, welche ausschließlich an die Abstammung von deutschen Eltern anknüpft (Abstammungsprinzip):

*„Durch massenhafte Einbürgerungen wird das deutsche Staatsbürgerrecht aufgeweicht und das Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, muß das ursprüngliche, auf dem Abstammungsprinzip fußende Staatsbürgerschaftsrecht wieder eingeführt werden.“*⁵³

An diesem Grundsatz will die Partei festhalten, dasonst angeblich das „Alleinstellungsmerkmal“

der Partei verloren ginge. Der damalige sächsische Landes- und heutige Bundesvorsitzende Holger APFEL erläuterte auf einer JN-Veranstaltung im Jahr 2011 den von ihm unter der Bezeichnung „seriöse Radikalität“ propagierten Parteikurs:

*„Eine Abkehr vom Abstammungsprinzip wird es mit mir nicht geben. Ihr werdet niemals aus meinem Munde hören, dass ein schwarzer Fußballspieler im Trikot der bundesdeutschen Nationalmannschaft ein Deutscher sein kann. Wir werden auch künftig den Staat Israel für seine verbrecherische Politik gegenüber den Palästinensern anprangern und jegliche Kollaboration mit den liberalkapitalistischen Blockparteien strikt ablehnen. Denn dieses System hat keine Fehler, es ist der Fehler – und dabei bleibt es!“*⁵⁴

Streben nach Überwindung des gegenwärtigen politischen Systems

Im Zusammenhang mit ihrer fremdenfeindlichen Haltung greift die NPD den Staat in diffamierender Art und Weise an. Sie positioniert sich als Systemalternative und bringt den Willen zur Überwindung des Systems zum Ausdruck. Dabei bemüht die Partei auch die für rechtsextremistische Kräfte typischen verschwörungstheoretischen Erklärungsmuster, wonach die Bundesregierung als Handlanger von Hintergrundmächten ihre Ausländerpolitik darauf ausgerichtet habe, das deutsche Volk zu schwächen bzw. zu vernichten.

⁴⁹ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 7.

⁵⁰ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 8.

⁵¹ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 9.

⁵² Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 11.

⁵³ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 12. Schreibweise wie im Original.

⁵⁴ Internetseite des Bundesvorstandes der JN.



Publikation der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

„Die NPD stellt die Systemfrage, sie will den sozialen, demokratischen und nationalen Volksstaat schaffen und stellt dieses Ideal der etablierten ‚Demokratie-Karikatur‘ namens BRD entgegen.“⁵⁵

„In der Tat wollen wir das liberalkapitalistische System der BRD überwinden und die Fehler dieser repräsentativen Demokratie beseitigen (...)“⁵⁶

Ähnlich äußerte sich der amtierende Bundesvorsitzende Holger APFEL in einem Flugblatt der NPD Sachsen aus dem Jahr 2009:

„Wir sind zur Stelle, wenn die etablierten Volksbetrüger kungeln und mauscheln. (...) Die NPD steht außerhalb des Kartells der etablierten Parteien. Ja, die NPD versteht sich als grundsätzliche Alternative zu den Versagerparteien und ihrem System, das das Volk politisch entmündigt und wirtschaftlich verarmen läßt.“⁵⁷

In einem Videobeitrag aus dem Jahr 2010, in dem die NPD als „knallharte Opposition“ dargestellt wird, die „den herrschenden Politbonzen die Maske vom Gesicht“ reißen würde, offenbart sich der heutige Bundesvorsitzende APFEL als Vertreter von Verschwörungstheorien:

⁵⁵ Broschüre „Heimat bewahren. Freiheit erkämpfen“, Seite 15.

⁵⁶ Der damalige NPD-Parteivorsitzende VOIGT in der DEUTSCHEN STIMME, April 2011, Seite 16.

⁵⁷ Flugblatt des NPD Landesverbandes Sachsen 2009.

„Unser Land wird längst inzwischen von fremden Interessen gelenkt, gelenkt vom internationalen Finanzkapital, das in unseren deutschen Landsleuten ganz offenkundig nur noch eine identitätslose Masse billiger Arbeitskräfte und kaufrauschsüchtiger Konsumidioten sieht. Und formal regiert wird dieses Land von willfährigen Bütteln der neuen Weltordnung, der europäischen Union und vom Zentralrat der Juden.“⁵⁸

Der wissenschaftliche Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Peer Lennart AAE sieht neben dem Volk auch „importierte Muslime“ als Opfer einer Überfremdungspolitik und fordert, dass die „heute herrschenden Systempolitiker“ eines Tages „wegen des Verbrechens der systematischen Umvolkung und Überfremdung bei gleichzeitiger Dezimierung des eigenen Volkes“⁵⁹ zur Verantwortung gezogen werden müssten.

Deutlich ist hier wieder das typische Erklärungsmuster der Rechtsextremisten zur Rechtfertigung ihrer Ausländerfeindlichkeit zu erkennen, wonach die Ausländerpolitik der Bundesregierung im Interesse fremder Mächte darauf ausgerichtet sei, das deutsche Volk durch „Überfremdung“ – die NPD nennt dies auch „Umvolkung“ oder „Verausländerung“ – zu schwächen und willfährig zu machen.

Absage an das Mehrparteienprinzip – Parlamentarismus ist nur Mittel zum Zweck

Anstelle der repräsentativen Demokratie strebt die Partei einen Staat mit plebiszitärem Präsidialsystem an, in dem es kein demokratisches Mehrparteienystem mehr geben soll:

Demokratie heißt Volksherrschaft, während Liberalismus die Herrschaft von Parteien und Interessengruppen meint, deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente sind. Im Liberalismus reißen sich Parteien und Interessengruppen den Staat unter den Nagel und machen ihn zum Schacher- und Kompromißobjekt.(...)

Wir wollen das gemeinwohlschädigende Parteienergime eindämmen und ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation schaffen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. (...) Demokratisch sind wir nicht nur deshalb, weil wir eine wahre Volksherrschaft an die Stelle der liberalistischen Parteien- und Interessengruppen-Herrschaft setzen wollen, sondern auch, weil wir entschieden für eine deutsche Volksherrschaft anstelle einer multikulturellen Bevölkerungsherrschaft eintreten.“⁶⁰

Der so angestrebte „Nationalstaat“ trägt autoritäre Züge und steht im Kontrast zum pluralistischen Weltbild der westlichen Wertegemeinschaft. Auch im Parteiprogramm verdeutlicht die NPD ihre ablehnende Haltung zum geltenden Mehrparteienystem:

„Zentrale Eckpunkte einer politischen Neuordnung sind: die Festschreibung einklagbarer sozialer Grundrechte und der Grundpflichten, die Direktwahl des mit mehr Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidenten der Deutschen durch das Volk und die Stärkung der Gesetzgebung durch Volksentscheide auf allen Ebenen.

⁵⁸ Internetseite der NPD-Fraktion Sachsen im September 2010.

⁵⁹ DEUTSCHE STIMME, Ausgabe September 2011, Seite 10.

⁶⁰ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 51.

*Dadurch wird die gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien zurückgedrängt und das Volk in seinen Rechten gestärkt.*⁶¹

Die Beteiligung am parlamentarischen Willensbildungsprozess ist für die Partei nur Mittel zum Zweck. Die NPD beteiligt sich nicht an parlamentarischer Arbeit, um zur Ausgestaltung der Demokratie beizutragen, sondern um sich finanzielle und informelle Ressourcen zu erschließen und für ihre Zwecke auszunutzen. Der Bundesvorsitzende Holger APFEL führt zu den von der NPD als „Schwatzbude“ verunglimpften Parlamenten aus:

*Ein Parlament ist Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger.“ (...) „Und so nutzen wir die Landtagsbühne als Politikwerkstatt, als Plattform zur Entwicklung politischer Visionen; um uns mit Herrschaftswissen und geistigem Rüstzeug im Kampf gegen die Feinde unseres Landes auszustatten. Und natürlich um unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und ihnen jeden Tag aufs Neue die Maske vom Gesicht zu reißen.“*⁶²

Affinität zum historischen Nationalsozialismus

Auch wenn sich die NPD unter Führung des Bundesvorsitzenden Holger APFEL bemüht zeigt, „rückwärtsgewandte Themen“ zu vermeiden und ihren Funktionsträgern empfiehlt, "sich mit dem Hinweis auf Gegenwartsaufgaben" nicht auf die Themenkomplexe Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus „festnageln“⁶³

zu lassen, zeigt die positive Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945, dass sich die Partei in ihren Staatsvorstellungen am „Dritten Reich“ orientiert.

*„Nur weil es etwas schon im Dritten Reich gab, muß es nicht automatisch schlecht sein. Wir sind keine Partei, die etwas nur deshalb ablehnt, weil es das auch schon zwischen 1933 und 1945 gegeben hat, z. B. echt fortschrittliche Gesetze auf dem Gebiet der Sozial- und Familienpolitik, des Tier- und des Naturschutzes (...).“ Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil sie von Nationalsozialisten erhoben wurde.“*⁶⁴

Die zitierte Forderung findet sich auch im Programm der NSDAP⁶⁵. Offensichtlich hat diese Partei für die NPD eine entsprechende Vorbildfunktion. Dies untermauert der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl RICHTER in einem Thesenpapier zur künftigen Positionierung der NPD:

*„Im Gegensatz zu uns war die NSDAP in Stil, Auftreten und Methoden eine ultramoderne Massenpartei, die es damit konkurrenzlos erfolgreich in die Mitte des Volkes schaffte. Dort müssen wir auch hin!“*⁶⁶

Durch eine Glorifizierung der NSDAP und ihrer Führer demonstriert die Partei ihre Wesensverwandtschaft mit dem historischen Nationalsozialismus.

⁶¹ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 8.

⁶² Internetmeldung der NPD Sachsen im März 2009.

⁶³ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 54.

⁶⁴ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 53.

⁶⁵ Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Punkt 24, 13. April 1928.

⁶⁶ Thesenpapier „Raus aus dem Vergangenheitsghetto – Gegenwart gestalten“ von Karl RICHTER, Juni 2011.

So bezeichnete ein verstorbener NPD-Funktionär und ehemaliges Mitglied der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag das „Dritte Reich“ als „eine Wohlfühl-diktatur mit 95 Prozent Zustimmung“⁶⁷. Nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 äußerte der ehemalige Bundesvorsitzende Udo VOIGT, dass er in Hitler „einen großen deutschen Staatsmann“ sehe. Er verkenne jedoch nicht, dass er (Hitler) „letztendlich die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands trägt.“⁶⁸

Nach dem Vorbild des „Dritten Reiches“ strebt die NPD die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“⁶⁹ an.

„Die Hauptaufgabe der deutschen Nationaldemokratie besteht deshalb in der Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches.“⁷⁰

„Gerade auch der Blick auf den selbst öffentlich nicht länger wegzuleugnenden, sich stärker und schneller vollziehenden Austausch unseres angestammten Volkes gegen Angehörige fremder Kulturen und Religionen auf deutschem Territorium beweist, wie sehr die Souveränität eines Reichskörpers als Bollwerk und Schild von Nöten wäre. (...) Halten wir dieses Vermächtnis aufrecht (...) um den Fortbestand unseres verbliebenen Volkskörpers in kultureller Identität, sozialer Sicherheit und nationaler Souveränität sichern. Ja zu Deutschland – ja zum Reich!“⁷¹

Das von der NPD angestrebte „Reich“ orientiert sich deutlich am „Dritten Reich“. Die Partei versucht dabei, Geschehnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen. So leugnet sie die Schuld der Nationalsozialisten am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Der Angriff auf Polen habe „auf jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“⁷² gedient. Auch hinsichtlich des millionenfachen Massenmordes an den europäischen Juden spricht die NPD verharmlosend von gewissen „Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“⁷³.

Aktivitäten

Bundespartei

Im November 2011 wählten die Delegierten auf einem Bundesparteitag eine neue Führungsspitze. Der neue Parteivorstand beschrieb auf der Veranstaltung, welchen weiteren Weg die NPD unter Führung des neuen Parteivorsitzenden Holger APFEL gehen soll. Vor dem Hintergrund der zuvor weggefallenen 5%-Hürde bei der Europawahl sieht die neue Parteiführung eine „historische Chance“ bei der Europawahl im Jahr 2014 Mandate zu erringen, um „(...) den Bonzen im Europaparlament künftig die Leiven lesen zu können“⁷⁴. Dazu will die Partei in die „politische Offensive“ gehen und ihre Kampagne „Raus aus dem Euro“ forcieren.

Der Parteivorsitzende formulierte gegenüber der Presse als strategisches Ziel der NPD die

⁶⁷ Artikel im „Vogtlandanzeiger“ vom 17. Mai 2006.

⁶⁸ Internetseite der Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

⁶⁹ Internetseite der NPD, Meldung über den „Präsidiumsbeschluss zur V-Mann-Hysterie - Jetzt erst recht!“.

⁷⁰ Europawahlprogramm der NPD 2003, Seite 6.

⁷¹ DEUTSCHE STIMME, Ausgabe Februar 2011, Seite 11. Schreibweise wie im Original.

⁷² DEUTSCHE STIMME, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“, August 2003, S. 20.

⁷³ DEUTSCHE STIMME, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“ von Jürgen GANSEL, Juli 2004, S. 4.

⁷⁴ Internetseite der NPD, Schreibweise wie im Original.

Fraktionsbildung auf europäischer Ebene. Danach würde eine „Hysterisierung“ eine Aufmerksamkeit erzeugen, welche drei Monate später einen Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag sichern würde. Dann würden Brandenburg und Thüringen folgen.⁷⁵

Unter diesem Blickwinkel sind die Aktivitäten der NPD im Jahr 2012 zu sehen. Die neue Parteiführung um APFEL bemühte sich, der Parteiarbeit einen professionelleren Anstrich zu geben. Zwar neigt die Partei dazu, die Reichweite und Wirkung ihrer Aktivitäten in der Öffentlichkeit deutlich zu überzeichnen, jedoch zeigt sich die Vorgehensweise der Führungsriege um APFEL zielstrebig. Im Jahr 2012 waren vereinzelte Bestrebungen der Parteiführung erkennbar, die innerparteiliche Kommunikation zu verbessern. Eine nachhaltige Auswirkung auf die Basis war jedoch nicht spürbar.

Im Januar 2012 organisierte die NPD eine „erste Klausurtagung“ des Parteipräsidiums. Auf der Tagung habe der Parteivorsitzende APFEL die Handlungsfelder der NPD in einem möglichen NPD-Verbotsverfahren, in der Kampagne „Raus aus dem Euro“, in den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und im Saarland, in der Kommunalwahl in Dortmund sowie in der möglichen Neuwahl des Bundespräsidenten gesehen. „Die Kampagne ‚Raus aus dem Euro‘ wird weiterhin das bestimmende Thema in der öffentlichen Darstellung der NPD sein.“⁷⁶ Bei der Tagung stand darüber hinaus „die positive Entwicklung des Erscheinungsbildes und ein Handlungsrahmen für die Zusammenarbeit mit freien Kräften“⁷⁷ zur Diskussion.

Nach dieser Tagung trieb der Parteivorstand nach eigenem Bekunden die „Professionalisierung und Modernisierung“ der NPD weiter voran. Funktionäre der Landes- und Kreisverbände wurden auf „Regionalkonferenzen“ im März z. B. über Aktionsformen „wie die bundesweit ausgerufenen Aktionstage“ oder die im Sommer geplante „Deutschlandfahrt des Parteivorstandes“ informiert. Der stellvertretende Bundesvorsitzende PASTÖRS habe die Teilnehmer über die Zusammenarbeit mit FREIEN KRÄFTEN informiert. Demnach werde man mit konstruktiven „nationalen Gruppen außerhalb der NPD (...) auf Augenhöhe“ zusammenarbeiten. Keine „auch nur punktuelle Basis für eine Zusammenarbeit“ gäbe es jedoch mit „erklärten Parteifeinden“ und Gruppen, welche „Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele nicht ausschließen mögen.“⁷⁸ Den angekündigten „Handlungsrahmen für die Zusammenarbeit mit FREIEN KRÄFTEN“ blieb die Parteiführung der Basis jedoch schuldig. Offenbar konnte sich der Parteivorstand bei diesem heiklen Thema nicht darauf einigen, welche Anhänger der NEONATIONALSOZIALISTEN mit der „seriösen Radikalität“ der NPD vereinbar seien.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Bundespartei stand im ersten Halbjahr 2012 die Beteiligung an den Landtagswahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Wie bereits bei den Landtagswahlen im Jahr 2011 musste die Parteiführung zur Kenntnis nehmen, dass sie kein relevantes Wählerpotenzial in westdeutschen Bundesländern erreichen kann. In Schleswig-Holstein erzielte die Partei nur 0,1% der Wählerstimmen, im Saarland

⁷⁵ Artikel „Braune Kreide fressen“, FAZ vom 1. Dezember 2012.

⁷⁶ DEUTSCHE STIMME, Ausgabe März 2012, Seite 13.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Artikel auf der Homepage der NPD.



Foto: Facebook.



Flyer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

scheiterte die Partei mit ihrem einseitig auf das Motto „Raus aus dem Euro“ zugeschnittenen Wahlkampf mit 1,2% der Stimmen. In Nordrhein-Westfalen trat die NPD in Konkurrenz zur BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW an und hatte mit einem Ergebnis von 0,5% eine weitere herbe Niederlage hinzunehmen. Der Bundesvorsitzende Holger APFEL sah das schlechte Ergebnis in einer „bis zum Irrsinn getriebenen Verleumdungs- und Kriminalisierungskampagne“ nach Bekanntwerden der NSU-Morde begründet. Er kündigte an, dass die Partei neben der Fortführung der Kampagne „Raus aus dem Euro“ ihr Profil als „Anti-Überfremdungspartei noch stärker in den Mittelpunkt stellen“⁷⁹ werde. Diese Wahlergebnisse verdeutlichen, dass es der NPD in den alten Bundesländern nicht gelingt, auf parlamentarischer Ebene relevante Erfolge zu erringen und auch dass ihre „Euro-Kampagnen“ wirkungslos bleiben.

Um sich auch in den aktionsschwächeren Sommermonaten der Öffentlichkeit zu präsentieren und um die Motivierungslage der eigenen Mitglieder aufzubessern, reisten Vertreter des Bundesvorstandes auf einer „Deutschlandfahrt“

im Juli/August durch die Bundesländer. Unter anderem auch in Leipzig führten sie Kundgebungen im Rahmen der „Anti-EU-Kampagne“ durch. Der Auftritt der Funktionäre ging meist in den Protesten politischer Gegner unter. Die NPD selbst bescheinigte dieser Aktion indes einen Erfolg. Bei der „deutschlandweiten Werbefahrt“ habe man viele Bürger erreicht. Die Fahrt endete in Mecklenburg-Vorpommern, wo sich in Pasewalk am 11. August 2012 rund 1.000 Rechtsextremisten zum Pressefest des Verlages der DEUTSCHEN STIMME versammelten. Im Ergebnis stand dem hohen Aufwand dieser Kampagne jedoch ein nur geringer Nutzen gegenüber.

Parallel dazu versuchte der Parteivorsitzende, durch einen diffamierenden Brief an Bundestagsabgeordnete die öffentliche Aufmerksamkeit für die Agitationen der Partei zu erhöhen. In dem Brief diffamierte APFEL jene Politiker, welche für das Gesetz zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stimmten, als „Totengräber von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung“. APFEL bezeichnete dieses Gesetz als ein

⁸⁰ Artikel auf der Facebook-Seite von Holger APFEL.

„lupenreines Ermächtigungsgesetz“. Beigefügt war dem Schreiben eine „Todesbescheinigung für die Demokratie/Rechtsstaatlichkeit in der BRD“. Darüber hinaus veröffentlichte die NPD auf ihrer Internetseite und auf dem NPD-Nachrichtenportal „DS-Aktuell“ die Namen der Abgeordneten.

Im Zusammenhang mit den 2011 bekannt gewordenen NSU-Morden setzte eine erneute Diskussion um ein Verbot der NPD ein. Im November 2012 versuchte die Parteiführung der eigenen Anhängerschaft zu demonstrieren, trotz der Verbotsdiskussion handlungsfähig zu sein. Die NPD stellte beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Feststellung der Verfassungskonformität der Partei. Mit dem Antrag wurde eine größtmögliche Außenwirkung angestrebt. Dies sei kein „PR-Gag“, erläuterte der Parteivorstand in einem Leitbrief des Parteipräsidiums, sondern eine „wirkungsvolle juristische und politische Initiative gegen die Dauerdiskriminierung der NPD“. Damit sei der Gegner unter „Zugzwang“. Selbst ein von den Verfassungsorganen „angestregtes Verbotverfahren“ erscheine jetzt nur noch als „Reaktion des etablierten Parteienkartells“ auf den Schritt der NPD. Diese Wahrnehmung an der Schwelle des Wahljahres 2013 könne „in ihrer politisch-psychologischen Signalwirkung auf die Öffentlichkeit“⁸⁰ kaum hoch genug eingeschätzt werden. Die NPD-Führung stellte diesen Antrag – er wurde im Februar 2013 vom Bundesverfassungsgericht verworfen – im Bewusstsein, selbst nicht antragsberechtigt zu sein. Ihren Mitgliedern stellte die Parteiführung diesen Schritt indes als „Beitrag zur Fortentwicklung des Rechts“ vor und verbuchte es als Erfolg, dass das Bundesverfassungsgericht Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag um Stellungnahme gebeten hat.

Mit diesem Aktionismus will die Parteiführung der Basis offenbar verdeutlichen, dass man nicht bereit sei, das drohende Verfahren passiv zu ertragen – man vermittelt ein aktiv-kämpferisches Bild.

Der Bundesrat fasste am 14. Dezember 2012 den Beschluss, beim Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die Frage der Verfassungswidrigkeit der NPD zu beantragen.

Die Aktivitäten der NPD im Jahr 2012 verdeutlichen die Strategie der Parteiführung:

Im Außenverhältnis kämpft die Partei mit einer Mischung von Provokation und Aktivismus um eine breite öffentliche Wahrnehmung. Das von ihr gezeichnete Bild über die Wirksamkeit ihrer Kampagnen stimmt dabei jedoch selten mit der Realität überein und ist meist positiv überzeichnet. Die Fokussierung auf Anti-Euro bzw. Anti-Europa Positionen leitet sich aus der nationalistischen Ausrichtung der Partei ab. Sie bringt sich damit mit Blick auf die Europawahl 2014 in Stellung. Allerdings verdeutlichten die Ergebnisse der letzten Wahlen, dass die von der Partei initiierten Kampagnen keine nennenswerte Wirkung entfalten. Mit ihrer Anti-Islam-Kampagne (siehe unten) ist offenbar die Absicht verknüpft, ihre fremdenfeindlichen Positionen dem Wähler nahezubringen sowie der eigenen Szene zu demonstrieren, dass sie sich mit dem Kurs des neuen Parteivorstandes nicht von ihrer ideologischen Grundposition entfernt habe.

Im Innenverhältnis zeigte sich die Parteiführung bemüht, gegenüber der eigenen Anhängerschaft Handlungsfähigkeit, Professionalität und Sicherheit zu vermitteln. Sie benutzt die

⁸⁰ NPD-Leitbrief“ 2012-14 vom 15. November 2012.

von ihr initiierten Kampagnen und Provokationen, um an die Mitglieder Motivations- und Mobilisierungssignale zu senden.

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene versucht die Partei, sich unter schwierig gewordenen Umständen weiter als Meinungsführer der „Bewegung“ zu profilieren. Nach den NSU-Morden ist das Verhältnis zu den NEONATIONALSOZIALISTEN durch die reflexartige Distanzierung der NPD von gewaltbereiten Teilen dieser Szene schlechter geworden. Auch können sich die NEONATIONALSOZIALISTEN nicht mit dem von APFEL propagierten Kurs der „seriösen Radikalität“ identifizieren. Für Verstimmung dürften bei den NEONATIONALSOZIALISTEN zudem auch verschiedene Äußerungen von Funktionären der NPD zu einem Thema geführt haben, welches die Szene eigentlich verbindet: Die Abwendung vom Nationalsozialismus hin zu tagesaktuellen Themen.

Im Jahr 2012 zeigte sich, dass sich der Parteivorstand um eine bessere Kommunikation innerhalb der Partei bemüht. Eine positive Motivation der eigenen Anhängerschaft darauf konnte jedoch nicht festgestellt werden. Auch die unter dem Begriff „seriöse Radikalität“ propagierte Erneuerung der Außendarstellung unter gleichzeitiger Beibehaltung der ideologischen Positionen erweist sich offenbar als nicht realisierbar. Die im Frühjahr erkennbaren Ansätze einer Professionalisierung verfolgte der Parteivorstand nicht konsequent weiter, so dass diese keine Wirkung an der Parteibasis entfalteten.

Auch von der Fusion mit der DVU profitierte die NPD weder personell noch bei Wahlen. Mit der Gründung der Partei DIE RECHTE durch ehemalige DVU-Funktionäre und den bekannten Neonationalsozialisten Christian WORCH

entstand vielmehr eine neue Struktur, welche sich zu einer Konkurrenzorganisation für die NPD entwickeln könnte. Es wird jedoch abzuwarten sein, inwieweit es der Parteiführung um WORCH gelingt, Strukturen in den Bundesländern aufzubauen.

Sachsen

Die Veränderungen an der Führungsspitze der NPD und die daraus resultierenden Probleme wirkten sich im Jahr 2012 gravierend auf den sächsischen Landesverband aus. Zugleich wurde aber auch deutlich, dass die NPD vor dem Hintergrund des Fernziels des Wiedereinzugs in den Sächsischen Landtag bestrebt ist, die führende Position dieses Landesverbands innerhalb der Bundes-NPD zu erhalten und die Basis auch in der Zwischenwahlzeit zu aktivieren.

Führungswechsel und Konflikt mit NEONATIONALSOZIALISTEN

Der Wechsel an der Führungsspitze der Bundes-NPD zog auch eine Veränderung im sächsischen Landesvorstand nach sich. APFEL hatte bereits mit der Wahl zum neuen NPD-Bundesvorsitzenden im November 2011 seinen Rückzug von der Spitze des sächsischen NPD-Landesverbandes angekündigt. Bei einem Landesparteitag am 21. Januar 2012 in Ostritz (Landkreis Görlitz) wählten die Delegierten den Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge, Mario LÖFFLER, zum neuen Landesvorsitzenden. APFEL beschrieb seinen Nachfolger als „ein nationaldemokratisches Multitalent mit großer Volksnähe und politischer Integrationskraft“. LÖFFLER selbst soll in seiner Rede auf dem Landesparteitag ausgeführt haben, dass er die NPD als „Sammlungsbewegung aller

⁸¹ Internetartikel auf der Homepage der NPD Sachsen.

heimatbewussten Deutschen“, vom „Rechtskonservativen bis zum Nationalrevolutionär“ sehe und er ein besonderes Augenmerk auf „nationalkonservative Wähler“ richten werde. Die NPD werde „seriös um große Teile des deutschen Volkes werben“ und „radikal an die Wurzeln der Probleme gehen“⁸¹.



NPD-Infostand in Dresden.

Foto: Facebook.

Dieser Führungswechsel an der Bundes- und Landesspitze offenbarte das Spannungsverhältnis zwischen der NPD und Teilen der neonationalsozialistischen Szene und führte zu Mitgliederverlusten bei der NPD in Sachsen. LÖFFLER wurde nachgesagt, ein distanzierteres Verhältnis zu NEONATIONALSOZIALISTEN zu haben. Auf einer von NEONATIONALSOZIALISTEN genutzten Internetseite erschien nach seiner Wahl ein Artikel, in dem ein Bild über die Absichten von Personen aus der neonationalsozialistischen Szene innerhalb der NPD gezeichnet wird:

„In diesen Jahren“ (Anm: 2004) „drängten neben Mario LÖFFLER auch freie Nationalisten in die Partei und ihre Jugendorganisation. Sie übernahmen leitende Aufgaben in der noch von Udo VOIGT

geführten Partei und wollten nur eines niemals werden: so wie die Partei. Die NPD sollte die Kuh sein, die man zaghaft melkt und nicht das goldene Kalb, um das schließlich so viele tanzen sollten. Es wurde beschlossen, sich gegenseitig zu unterstützen. Und doch wurden klare Linien gezogen. Linien, die heute so nicht mehr existieren. (...) Während man unter Udo VOIGT und seinem Propagandisten Uwe MEENEN noch Kreuzworträtsel mit dem Lösungswort »Adolf« ausfüllen durfte und der Parteichef höchstselbst in Lederkluft und Motorrad »Gas geben!« als politischen Wegweiser ausgab, darf man unter Holger Apfel nun von den Bemühungen einer prodeutschen Bewegung lesen. Die Radikalen sollen gehen und der Rest darf kommen.“⁸²

In der NPD aktive ehemalige FREIE KRÄFTE waren offenbar nicht bereit, ihre eigenen ideologischen Positionen aufzugeben bzw. zu verbergen, um in den Genuss von logistischen und finanziellen Mitteln der NPD zu kommen. Nicht nur in Chemnitz verlor die Partei durch diesen Konflikt Anhänger. Auch im Kreisverband Leipzig Land waren Mitglieder und Funktionäre mit der Besetzung an der Führungsspitze unzufrieden. Langjährige NPD-Aktivistinnen, die in der Region Muldentalkreis die NPD aufgebaut hatten, traten aus und wurden vom Landesvorstand zu Verrätern, Spaltern und Saboteuren gestempelt.⁸³

Die Kluft zwischen dieser Szene und der NPD konnte der Vorsitzende LÖFFLER nicht überwinden. Er gab nach nur einem Jahr Amtszeit den Vorsitz ab. Im Januar 2013 wurde Holger SZYMANSKI zu seinem Nachfolger gewählt. Nach wie vor sind in Sachsen nur einzelne Teile der neonationalsozialistischen Szene bereit, mit der NPD zusammenzuarbeiten.

⁸² Auszug von der Internetseite MAUERBLÜMCHEN.

⁸³ Internetseite der NPD. Artikel „NPD-Landesvorstand begrüßt den Rücktritt des Kreisvorstandes im Landkreis Leipzig.“



1. Mai 2012 Bautzen.



Quelle: Internet

Öffentlichkeitswirksame Kampagnen, Demonstrationen

Der sächsische Landesverband versuchte, die Zeit zwischen den Wahlen mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten auszufüllen und die Mitglieder zu aktiverer Parteiarbeit zu animieren. Mit der Auswahl des Anti-Euro-Themas für die eigenen Kampagnen zeigt die Partei, dass sie sich bereits auf die kommenden Wahlen eingestellt hat.

Das bereits erwähnte gestörte Verhältnis zwischen der NPD und Teilen der FREIEN KRÄFTE hatte nicht nur Auswirkungen auf den Mitgliederbestand der Partei. Auch bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen der NPD war das Mobilisierungspotenzial der Partei rückläufig. Zugleich zeigte sich aber auch, dass die Zusammenarbeit zwischen beiden Szenen zumindest bei Demonstrationen in den verschiedenen sächsischen Regionen unterschiedlich ausgeprägt ist:

In Dresden marschierten am 13. Februar 2012 unter der Bezeichnung „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ Mitglieder und Funktionäre der NPD, JN und RNF wie in den Jahren zuvor

gemeinsam mit FREIEN KRÄFTEN auf dem „Trauermarsch“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten. Auf der von den FREIEN KRÄFTEN organisierten Veranstaltung traten zudem NPD-Mitglieder als Redner auf.

Der NPD-Landesverband Sachsen führte am 1. Mai 2012 eine Demonstration in Bautzen unter dem Motto „Wir arbeiten – Brüssel kassiert. Raus aus dem Euro“ durch. An der Veranstaltung nahmen etwa 250 Personen teil. Die erwartete Zahl von 300 Teilnehmern konnte damit nicht erreicht werden. Als Redner traten der NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL sowie der stellvertretende Vorsitzende des sächsischen NPD-Landesverbandes und Landesorganisationsleiter Maik SCHEFFLER auf. Während die NPD die Veranstaltung im Internet als Erfolg feierte und mitteilte, dass „ca. 400 parteigebundene und parteifreie Nationale“ teilgenommen hätten, werfen neonationalsozialistische Kräfte der Partei widersprüchliches Handeln vor. Die Partei positioniere sich zwar offen gegen den Euro und Brüssel, forcieren

⁸⁴ Internetveröffentlichung der FREIEN KRÄFTE.

intern jedoch Aktivitäten, um 2014 den Einzug ins Europäische Parlament zu erreichen.⁸⁴

In Dresden setzte sich die Kooperation zwischen der NPD und den FREIEN KRÄFTEN dagegen fort. Noch im Jahr zuvor hatten die FREIEN KRÄFTE die Vereinnahmung der Demonstration anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 durch die Partei kritisiert. Offenbar waren beide Seiten nunmehr zu Kompromissen bereit. Zwar wurde die Demonstration am 17. Juni 2012 wieder durch die NPD dominiert. Allerdings erhielt auch ein Vertreter der FREIEN KRÄFTE eine Redegelegenheit.

In Chemnitz kooperierten parteigebundene und -freie Rechtsextremisten weniger gut miteinander, wie der jährliche „Trauermarsch“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung von Chemnitz im Zweiten Weltkrieg zeigte. Anstelle des ursprünglichen Anmelders NPD trat später eine „Interessengemeinschaft Chemnitz“ als Veranstalter in Erscheinung. Diese Ummeldung stand im Zusammenhang mit dem Konflikt nach dem Führungswechsel an der Spitze der NPD und den daraus resultierenden Austritten aus der NPD in Chemnitz. Unter den ca. 250 Mitgliedern konnten nur vereinzelt NPD-Mitglieder mit einem Transparent festgestellt werden.

Die Partei drängte im Jahr 2012 in Sachsen immer wieder mit Kampagnen in die Öffentlichkeit, bei denen sie antieuropäische sowie antiislamische Positionen bezog.

Im ersten Halbjahr traten die Rechtsextremisten mit Informationsständen zum Thema „Raus aus dem Euro“ in Erscheinung. Im August und September präsentierten sich Mitglieder der

NPD-Fraktion bei einer „Sachsenrundreise“ in verschiedenen Städten mit Informationsständen.



Bild: Internetseite Materialdienst der NPD.

Im Oktober und November 2012 organisierte der Landesverband in verschiedenen Städten Kundgebungen unter dem Slogan „Einmal Sachsen und zurück – Asylmißbrauch und Islamisierung stoppen“. Für die Austragung ihrer Aktionen wählte die NPD überwiegend die unmittelbare Nähe zu Asylbewerberheimen und Moscheen, die in einer Äußerung des NPD-Bundesvorsitzenden als „Ausgangspunkte der Überfremdung“ und „Schaltzentralen der Islamisierung“ bezeichnet wurden. In einem Internetbeitrag des NPD-Landesverbands Sachsen wurde die Durchführung der Aktionswoche und deren mediale Darstellung ausführlich thematisiert. Darin zog der Landesvorstand mit dem Hinweis „NPD erreicht massenmedial Hunderttausende Sachsen mit ihrer Aktionswoche (...)“ ein „eindeutig positives Fazit...“. Eine nächste sachsenweite Aktionswoche wurde für das Frühjahr 2013 angekündigt, „um wieder einmal die Stimme der schweigenden Mehrheit zu sein“⁸⁵. Vordergründiges Interesse der Partei ist neben der Verbreitung

⁸⁵ Auszug von der Internetseite der NPD in Sachsen.



„Einmal Sachsen und Zurück“.

Foto: Facebook.

fremdenfeindlicher Ideologie auch die Vorbereitung ihrer Wahlkämpfe. So äußerte sich die Partei dahingehend, dass sie wahltaktisch gut beraten sei,

„die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Die populäre Moslemkritik kann so zum Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition werden.“⁸⁶

Diese Aktivitäten wurden jedoch überwiegend nur von Funktionären getragen. Die geringe Beteiligung der Basis an der Kampagne im November und Oktober weist auf eine geringe Motivation der Mitglieder hin und spiegelt einmal mehr das eigenständige, von der Parteibasis getrennte Agieren der sächsischen NPD-Führung wider. Offenbar verfügt sie nicht über ausreichenden Rückhalt bei der Basis. Dem Hang ihrer Basis, Aktivitäten in Zeiträumen

zwischen den Wahlen einzuschränken, hatte die Parteiführung nichts entgegenzusetzen.

Aktivitäten der Kreisverbände

Im Verlauf der Entwicklung der sächsischen NPD kann immer wieder festgestellt werden, dass in Zeiten ohne Wahlen die Bereitschaft der Mitglieder zur Parteiarbeit sinkt. Auch im Jahr 2012 konnten in einigen sächsischen NPD-Parteigliederungen keine regen Aktivitäten beobachtet werden. Das Parteileben beschränkte sich auf interne Mitgliederversammlungen bzw. Stammtischveranstaltungen. Nur einzelne Kreisverbände hoben sich durch ihre Aktivitäten hervor.

Zu den aktiveren Strukturen der NPD zählte der NPD-Kreisverband Dresden. Dieser setzte auch im Jahr 2012 die Kooperation mit FREIEN KRÄFTEN im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen fort. Beispiele für die Zusammenarbeit sind eine Saalveranstaltung am 9. Februar 2012 in Dresden anlässlich der Aktionswoche zum 13. Februar oder

⁸⁶ Auszug von der Internetseite der NPD in Sachsen.

ein gemeinsamer Aufmarsch am 17. Juni 2012 in der Stadt. Darüber hinaus zeigten die Mitglieder des Kreisverbandes öffentliche Präsenz bei weiteren Kundgebungen oder Informationsständen im Dresdner Stadtgebiet.

Auch der NPD-Kreisverband Leipzig ist wegen des von ihm genutzten Szeneobjekts auf der Odermannstraße von Bedeutung. Die Partei nutzt es nicht nur regelmäßig für eigene Veranstaltungen wie Mitgliederversammlungen oder Vortragsveranstaltungen. Sie stellt es auch NEONATIONALSOZIALISTEN für deren Veranstaltungen zur Verfügung.



Odermannstraße 8 in Leipzig.

Foto: LfV Sachsen.

Nach dem Zusammenbruch des NPD-Kreisverbandes Chemnitz durch den Austritt von mehreren Mitgliedern Anfang 2012 initiierten Mitglieder des Kreisverbandes und des RNF im April 2012 in Chemnitz einen Neustart. Sie versuchten, Proteste der Bevölkerung gegen den Umzug eines Sexualstraftäters nach Chemnitz für medienwirksame Auftritte zu instrumentalisieren.

Zweimal organisierten die NPD bzw. der RNF im Juni Kundgebungen in diesem Zusammenhang.

Die Strategie, Bürgerproteste zu nutzen, um sich selbst als „Kümmerer“ zu präsentieren, verfolgten im Jahr 2012 auch Mitglieder des Kreisverbandes Meißen. Als der abgelehnte Haftbefehl gegen einen Tatverdächtigen bekannt wurde, der einen sechsjährigen Jungen in Riesa sexuell missbraucht haben soll, organisierte der Kreisverband eine Eilversammlung, an der sich ca. 400 Personen beteiligten. Im Nachgang resümierte der NPD-Funktionär Jürgen GANSEL:

„Weniger diffuses Unbehagen oder latente Protestneigung führen zur persönlichen Rechts-wende, sondern reale Ängste, Sorgen und Gefährdungen für das eigene(!) Leben und wirtschaftliche Wohlergehen. Die NPD muß deshalb als Schutzmacht gegen die lebenskonkreten Fährnisse wahrgenommen werden, als einzige Kraft, die Volkes Stimme spricht, die sich kümmert, Flagge zeigt, den Finger in gesellschaftliche Wunden legt, den Herrschenden Dampf macht (...)“⁸⁷.

Genau dieser strategischen Vorgabe folgten die Mitglieder des Kreisverbandes Meißen auch, als sie zu einer Kundgebung gegen die geplante Unterbringung von Asylbewerbern in Strehla im Oktober 2012 zusammenkamen oder sich an Bürgerprotesten gegen die Nutzung eines Hotels in Großenhain zur Unterbringung von Asylbewerbern beteiligten.

Ein neues Medienprojekt

Im Frühjahr 2012 entstand unter dem Label BLICKPUNKT SACHSEN eine Medienpräsenz, „um die Schweigespirale der Systemmedien zu

⁸⁷ Auszug aus der Internetseite der NPD in Sachsen.

⁸⁸ Internetseite der NPD Sachsen.

durchbrechen⁸⁹. Unter diesem Namen fasste die NPD insgesamt 13 Regionalausgaben einer Publikation zusammen, welche im Internet abrufbar sind und durch Parteimitglieder als Druckausgabe in Sachsen verteilt wurden. Die einzelnen Regionalausgaben enthalten einen identischen Mittelteil des Landesverbandes. Erste und letzte Seite geben Inhalte der regionalen NPD-Strukturen wieder. In einer Internetmeldung, in der die Partei von einer Gesamtauflagenhöhe von 350.000 Stück berichtet, heißt es zu diesem Medienprojekt:

*„Mit der Steigerung der Auflage um 100.000 Exemplare und der Erweiterung von neun auf nunmehr 13 Einzelausgaben straft die NPD all jene Stimmen Lügen, die einen Abwärtstrend der Nationaldemokraten im Freistaat geradezu herbeireden oder -schreiben wollen. Richtig ist vielmehr: wir können wieder einmal unter Beweis stellen, daß die NPD mehr als je zuvor zu großflächigen publizistischen Offensiven fähig ist, um den Bürgerinnen und Bürgern Sachsens unsere politischen Standpunkte ohne den ‚politisch korrekten‘ Filter der Meinungsin-
dustrie näherzubringen.“⁸⁹*

Zusätzlich zu diesen Regionalausgaben werden von der NPD in Nordsachsen, Meißen und Görlitz drei weitere Publikationen herausgegeben.

Ausblick

Im Winter 2012 wurde bekannt, dass der sächsische NPD-Landesvorsitzende Mario LÖFFLER beabsichtigte, den Landesvorsitz abzugeben. Im Januar 2013 wählten die Delegierten auf einem Landesparteitag einen neuen Landesvorstand, an dessen Spitze der Leiter des parlamentarischen

Beratungsdienstes der NPD im Sächsischen Landtag, Holger SZYMANSKI, steht.



Holger SZYMANSKI.

Foto: Facebook.

Eine Kursänderung der sächsischen NPD nach diesem Führungswechsel ist nicht zu erwarten. Viele der Mitglieder des neuen Landesvorstandes sind als Mitglieder oder Beschäftigte eng mit der sächsischen NPD-Fraktion verbunden und APFEL dürfte weiter die Kontrolle über den sächsischen Landesverband in der Hand haben. Die Fäden der NPD laufen bei der Fraktion zusammen, deren Vorsitzender APFEL ist.

Nach wie vor bestimmt die von APFEL ins Leben gerufene Strategie der „seriösen Radikalität“ das Erscheinungsbild der NPD. Sie wird in den kommenden Wahlkämpfen verstärkt provokativ öffentlich auf sich aufmerksam machen, wobei die vorhandenen logistischen und finanziellen Ressourcen primär bei der Europa- und den Landtagswahlen eingesetzt werden dürften. Die Partei wird jede Gelegenheit nutzen, um sich öffentlich gegenüber dem Wähler als „Kümmerer“ zu präsentieren. Dabei ist zu erwarten, dass sie erneut auf antiislamische bzw. „Anti-Euro“-Kampagnen oder auch auf tagesaktuelle Themen setzen wird. Allerdings kann der Führungsriege um APFEL bislang nicht bescheinigt werden, dass sich der aktuelle

⁸⁹ Internetseite der NPD Sachsen.

Kurs positiv auf die NPD ausgewirkt hätte – im Gegenteil, die Erfolgsbilanz ist für APFEL nach den Wahlen im Jahr 2012 eher negativ. Es ist nicht zu erwarten, dass sich dies im Jahr 2013 ändert.

Darüber hinaus mehren sich seit Anfang des Jahres 2013 Anzeichen, wonach ehemalige enge Weggefährten des ehemaligen Parteivorsitzenden Udo VOIGT bestrebt sind, eine Front gegen die Bundesführung unter APFEL aufzubauen. Berichtet wird von der Gründung so genannter „Freundeskreise Udo VOIGT“. Ehemalige Weggefährten sehen in VOIGT ein einigendes Symbol, da unter seiner Führung auch jene „ewiggestrigen“ Hardliner toleriert wurden, welche jetzt aus der Partei herausgedrängt werden. Sollten sich solche „Freundeskreise“ dauerhaft etablieren, könnte sich ein neuer parteiinterner Machtkampf anbahnen.

Die NPD ist insbesondere bei den bevorstehenden Wahlen auf die Unterstützung der NEONATIONALSOZIALISTEN angewiesen. Allerdings wird sie weiterhin eine Distanz zu gewaltbereiten Vertretern dieser Szene wahren. Auch wenn mit Thomas SATTEMBERG, Maik SCHEFFLER und Paul RZEHACZEK drei Personen im Landesvorstand vertreten sind, die ursprünglich aus der neonationalsozialistischen Szene stammten, ist nicht zu erwarten, dass der Kurs der NPD von diesen Personen dominiert wird. Die NPD wird über sie versuchen, eine Brücke zu kooperationswilligen Vertretern dieser Szene aufzubauen. Dabei ist es unter dem NPD-Landesvorsitzenden SZYMANSKI allerdings eher unwahrscheinlich, dass NEONATIONALSOZIALISTEN, die die Partei aufgrund des von ihr eingeschlagenen Kurses einst verlassen haben, wieder in die NPD eintreten werden.

1.3.2 JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)	
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1969
Sitz:	Riesa (Sachsen)
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 50
Mitglieder 2011 in Sachsen:	ca. 50
Mitglieder 2011 bundesweit:	ca. 350
Vorsitz Bund:	Andy KNAPE
Vorsitz Freistaat Sachsen:	Paul RZEHACZEK
Teil-, Nebenorganisationen:	DER AKTIVIST
Publikation:	Deutsche Stimme
Kennzeichen:	

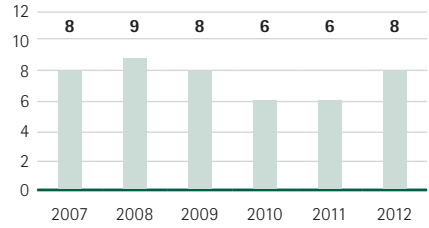
Historie und Strukturentwicklung

Die JN, die Jugendorganisation der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), ist laut Satzung ihrer Mutterpartei deren „integraler Bestandteil“. Neben einem Bundesverband und Landesverbänden in einigen Bundesländern gliedern sich die JN in regional und lokal agierende Stützpunkte.

Nachdem im Freistaat Sachsen im Jahr 1995 erstmals Aktivitäten der JN festgestellt worden waren, wurde im Jahr 1997 in Dresden der erste sächsische JN-Stützpunkt gegründet. Im darauffolgenden Jahr entstand neben weiteren Stützpunkten in Kamenz und Bischofswerda (jeweils Landkreis Bautzen) erstmals ein sächsischer JN-Landesverband, welcher jedoch bereits 1999

nach Zerwürfnissen mit dem Bundesvorstand aufgelöst wurde. Die anschließenden Versuche, einen neuen Landesverband zu gründen, blieben zunächst erfolglos. Vereinzelt neue Stützpunkte in den Regionen Zittau (Landkreis Görlitz) und in der Sächsischen Schweiz (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) entfalteten jedoch kaum Aktivitäten.

Stützpunkte der JN im Freistaat Sachsen



Ab 2004 waren wieder Bestrebungen zu beobachten, Strukturen der JN aufzubauen. Im Mai 2005 wurde in Sachsen erneut ein JN-Landesverband gegründet. In den folgenden Jahren entstanden mehrere JN-Stützpunkte, deren Aktivitäten unterschiedlich stark ausgeprägt waren bzw. sind. Einige Stützpunkte wurden jedoch mittlerweile offensichtlich wieder aufgelöst.

Im Dezember 2012 wurden erneut stärkere Anstrengungen unternommen, die Strukturen der JN in Sachsen auszubauen. Am 1. Dezember 2012 erfolgte im Rahmen eines so genannten „3. Tages der Heimat“ die Gründung des JN-Stützpunktes Dresden. Darüber hinaus wird seit Dezember 2012 im Internet über JN-Strukturen in Geithain

JN-Stützpunkte im Freistaat Sachsen 2012

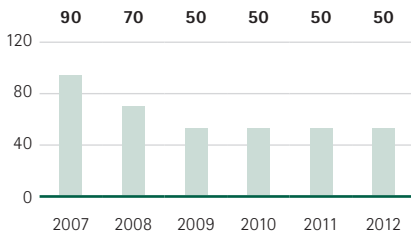


(Landkreis Leipzig) und Werdau (Landkreis Zwickau) berichtet, welche aber nur schwache Aktivitäten entfalten, da sie sich offenbar noch in der Aufbauphase befinden und man dort zunächst vor allem bemüht ist, neue Mitglieder zu gewinnen.

Neben den bereits genannten Stützpunkten sind die JN Sachsen in Wurzen (Landkreis Leipzig), Leipzig, Nordsachsen, der Sächsischen Schweiz sowie im Landkreis Meißen vertreten.

Die Mitgliederzahl der sächsischen JN, die in den Jahren 2006 und 2007 (90 Mitglieder) ihren bisherigen Höchststand erreichte, stagniert seit dem Jahr 2009 bei ca. 50 Personen. Am mitgliederstärksten ist der JN-Stützpunkt Nordsachsen.

Mitglieder der JN im Freistaat Sachsen



Ideologie/Politische Zielsetzung

Die JN sind wie ihre Mutterpartei eine rechtsextremistische Organisation, deren Ziel die Errichtung einer nationalistischen Volksgemeinschaft ist. Die grundgesetzlich verankerten Freiheits- und Gleichheitsrechte sollen dabei außer Kraft gesetzt werden. In vielen

Bereichen offenbart sie ihre Demokratiefeindlichkeit unverhohlener als die NPD.

„...Kultur-...Tradition-...Nationalismus-...Sozialismus-...Volksgemeinschaft-...Das sind im Kern die Grundlagen...unserer Weltanschauung. (...) Ihr, die ihr heute in unseren Reihen steht, lehnt dieses System ab und steht für einen sozialistischen Nationalismus.“⁹⁰

Zur Verwirklichung dieses Ziels soll sich der Einzelne unterordnen.

„Es gilt für jeden einzelnen Kader nicht nur die Grundfesten unserer Weltanschauung zu verstehen, sondern auch zu lernen, sich für die Gemeinschaft und Gefolgschaft aufzuopfern.“⁹¹

„Unser Ziel ist die Volksgemeinschaft, in der jeder Deutsche, seinen Fähigkeiten entsprechend an seinen Platz gelangt, um seine Persönlichkeit im Sinne des Ganzen zu entfalten. Der Einzelne vermag nichts im Vergleich zu einem ganzen Volk.“⁹²

Wie ihre Mutterpartei bedienen sich die JN typischer, in der rechtsextremistischen Szene verbreiteter verschwörungstheoretischer Erklärungsmuster.

„Das System arbeitet seit Jahrzehnten daran, Euch neue Identitäten zu geben. Durch Umerziehung, Gehirnwäsche und Neuausrichtung.“⁹³

⁹⁰ Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN. S. u.: Beitrag Kampagne der JN Sachsen „Identität Sachsen“.

⁹¹ Internetseite des JN-Bundesvorstandes.

⁹² Internetseite des JN-Bundesvorstandes.

⁹³ Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.

„Stets war die Zerstörung der Kultur und damit der Eigenart ein Hauptbestandteil bundesdeutscher Politik.“⁹⁴

In diskriminierender Weise äußern sich die JN über Homosexuelle und verdeutlichen damit ihren menschenverachtenden Charakter.

„Den Höhepunkt machen heute ganze Paraden aus, die, anstatt den deutschen Arbeiter zu ehren, die Schwulen- und Lesbenliebe feiern. Zwielfichtige Gestalten, die Dank der Gleichstellung und Gleichschaltung Aller heute ungeniert Normalität für sich einfordern dürfen, haben die Straßen deutscher Städte erobert.“⁹⁵

Die öffentliche Berichterstattung der JN offenbart deren gebietsrevisionistische Ansichten. So endete ein Internetbeitrag zur „Schlesienfahrt der JN 2012“ wie folgt:

„Zurück bleiben unvergessliche Erinnerungen. (...) An gelebte Kameradschaft und tief empfundene Gemeinschaft. Erinnerungen an junge, kräftige Deutsche, die sich aufmachen, einen Teil ihres Reiches kennenzulernen. Unvergessene Heimat im Osten.“⁹⁶

Mit elitären Selbstdarstellungen streben die JN eine Vorreiterrolle innerhalb der nationalen Bewegung an. So äußerte Andy KNAPE vor seiner Wahl zum JN-Bundesvorsitzenden:

„Mir ist es wichtig, daß wir eine schlagkräftige Jugendorganisation formen, die weltanschaulich

und politisch einheitlich ausgerichtet ist und einen entscheidenden Einfluß auf die gesamte nationale Bewegung nimmt. (...) Was wir für die Zukunft benötigen, sind aufrichtige und engagierte Mitstreiter, aus denen sich Macher entwickeln, damit wir eine politische Dominanz herausbilden können.“⁹⁷

Die JN ist weiterhin, insbesondere in Bezug auf die Jugendarbeit bestrebt, den „vorpolitischen“ Raum zu besetzen.

„Die JN ist ein sehr gutes Instrument, um im vorpolitischen Raum effektiv und zielgerichtet seine Arbeit zu leisten und gestalterischen Einfluß auf die Jugendkultur unseres Landes zu nehmen.“⁹⁸

Die JN propagieren öffentlich, eine Gegenkultur als Abgrenzung zur „grauen Masse feiger Jasager“⁹⁹ schaffen zu wollen und vermitteln ein entsprechendes elitäres Bild von ihren Mitgliedern.

„Wir fallen auf. Auch ohne Uniform oder Abzeichen auf der Brust. Also muß etwas an uns anders sein. Liegt es an unserem Gang? Unserer aufrechten Haltung? Der Art, wie wir miteinander reden? Oder der ordentlichen Kleidung, die wir tragen? (...) Haben die Menschen das Leuchten in unseren Augen gesehen? Haben sie gar gespürt, daß sich diese Jugend nach etwas sehnt, etwas sucht? (...) Wir wollen naturnah leben, brauchen nicht den Luxus, der vermeintlich so wichtig für unser Leben ist (...) Hier steht eine andere Jugend! (...) Hier sind Jungen und Mädels, die darauf drängen neue Ziele zu erreichen und gemeinsam an ihnen zu arbeiten.“¹⁰⁰

⁹⁴ DER AKTIVIST, Ausgabe 2-2012, S. 34 (Schreibweise wie im Original).

⁹⁵ DER AKTIVIST, Ausgabe 2-2012, S. 34. Schreibweise wie im Original.

⁹⁶ Internetseite des JN-Bundesvorstandes.

⁹⁷ DEUTSCHE STIMME Oktober 2012, S. 18. Schreibweise wie im Original.

⁹⁸ DEUTSCHE STIMME Oktober 2012, S. 18. Schreibweise wie im Original.

⁹⁹ DEUTSCHE STIMME Oktober 2012, S. 18.

¹⁰⁰ DEUTSCHE STIMME Oktober 2012, S. 18. Schreibweise wie im Original.

Die Selbstbeschreibung der JN als Gruppierung idealistischer, natur- und heimatverbundener „Jungen und Mädels“ zielt auf die Verharmlosung ihrer menschenverachtenden Ziele sowie auf die Gewinnung neuer Mitglieder. Durch teilweise klischeehafte Darstellung sind die JN bestrebt, sich als ideologisch gefestigt zu präsentieren und von der übrigen Jugend positiv abzuheben.

Die JN hält weiterhin an ihrem Ziel, dem Aufbau einer Elite innerhalb der rechtsextremistischen Szene, fest, obwohl sie diesbezüglich in den vergangenen Jahren kaum Erfolge vorweisen konnte. Daher wird künftig lediglich mit einem überschaubaren Mitgliederzuwachs und Strukturausbau zu rechnen sein.

JN-Bundesverband

Auf ihrem 39. Bundeskongress am 27. Oktober 2012 wählten die JN einen neuen Bundesvorstand. Die Veranstaltung wurde in Kirchheim (Thüringen) durchgeführt und stand unter dem Motto „Wir schreien, wenn alle schweigen“. Der einzige Kandidat und bisherige stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Andy KNAPE wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Michael SCHÄFER, der bisherigen JN-Vorsitzende, wurde Beisitzer.



Fünf der acht Mitglieder des neuen JN-Bundesvorstandes präsentierten sich vor ihrer Wahl im Internet (v.l.n.r.: Pierre DORNBRACH, Julian MONACO, Andy KNAPE, Patrick KALLWEIT, Sebastian RICHTER).

Da vier der Mitglieder des JN-Bundesvorstands in der sächsischen NPD-Landtagsfraktion mitarbeiten und die Bundesgeschäftsstelle der JN mittlerweile nach Riesa verlegt wurde, ergeben sich weitreichende Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten durch die Mutterpartei und insbesondere durch ihren Fraktions- und Bundesvorsitzenden Holger APFEL. Darüber hinaus ist auf Grund des trägen Zustands der sächsischen JN damit zu rechnen, dass die Mitglieder des JN-Bundesvorstands vor Ort direkten Einfluss auf den sächsischen Landesverband nehmen werden. Nachdem es Maik SCHEFFLER, stellvertretender Landesvorsitzender der sächsischen NPD, entgegen den Erwartungen der Partei bisher nicht gelang, die Strukturen der JN Sachsen weiter auszubauen, ergeben sich mit der räumlichen Nähe des JN-Bundesvorstands neue Möglichkeiten, die weitere Entwicklung der sächsischen JN voranzutreiben. Zudem resultiert aus dem Anstellungsverhältnis einiger JN-Vorstandsmitglieder in der NPD-Landtagsfraktion eine Hierarchie, aus der ein gewisser Erfolgsdruck und eine regelmäßige Rechenschaftslegung folgen dürften.

JN als Kadenschmiede

Der JN Bundesverband ist bemüht, seine Funktionäre bundesweit einheitlich zu ideologisieren und auszubilden, um diese als Multiplikatoren in den regionalen Strukturen einzusetzen.

„Es gehört zu den großen Vorteilen einer bundesweit vernetzten Organisation wie der JN, dass sie ihren Mitgliedern einen einheitlichen Weg vorgeben und so ein geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit sicherstellen kann.“¹⁰¹

Dabei werden u.a. weltanschauliche Grundlagen, Nationalismus, Menschenführung und

¹⁰¹ Internetseite des JN-Bundesvorstandes.

Rhetorik, aber auch die Organisation von (Groß-) Veranstaltungen sowie Kenntnisse zum Auftreten am Infostand und im Bürgergespräch vermittelt.

Neben bundesweiten Schulungen, wie beispielsweise dem „2. Kaderwochenende 2012“ vom 21. bis 23. September 2012, wollen die JN auch mit regionalen Gruppen des so genannten NATIONALEN BILDUNGSKREISES (NBK) ihre Schulungsarbeit ausbauen.

Darüber hinaus sind innerhalb der Ausbildung der JN sportliche Aktivitäten, insbesondere die Ausübung des Kampfsports, von Bedeutung. Dabei sollen Disziplin, Härte und Kampfgeist trainiert sowie das Gemeinschaftsgefühl der JN-Mitglieder gestärkt werden. Häufig werden sportliche Aktivitäten durch die JN dokumentiert, um sie anschließend werbewirksam einzusetzen.

JN-Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“

Unabhängig von der Kampagne „Identität Sachsen“ versucht der JN-Bundesverband seit Ende des Jahres 2012 mit einer Kampagne unter dem Titel „Identität – Werde, wer du bist“ bundesweit öffentliche Aufmerksamkeit zu erwecken. Ein weißer Handabdruck – das Erkennungszeichen der Kampagne – soll ein Zeichen der Abwehr gegen all jenes sein, das nach Beschreibung der JN die Identität zerstöre.

Auf den Flyern der Kampagne werden überwiegend JN-Funktionäre, wie beispielweise Andy KNAPE, Julian MONACO, Michael SCHÄFER und Patrick KALLWEIT abgebildet. Darüber hinaus variieren die Flyer verschiedene Schlagworte bzw. Parolen wie „Weil Freiheit ein Fundament braucht.“, „Familie ist Revolution.“ oder „Weil Geld und Konsum nicht alles sind.“.



Flyer der Kampagne
„Identität – Werde, wer du bist“.

Während die Kampagne der Bundes-JN vor allem bei Facebook beworben wird, sollen die Aufkleber der Kampagne nach Internetangaben bereits in mehreren Bundesländern, wie z.B. Hessen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg vor allem an Schüler und Studenten verteilt worden sein.

Mit der bundesweiten Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“ beabsichtigte der JN-Bundesvorstand, sich nach seiner Neuwahl im Oktober 2012 „mit neuen Ideen und neuem Material“ zu präsentieren und den Bekanntheitsgrad von JN-Funktionären zu steigern. Stilistisch ist die Kampagne darauf angelegt, Interesse bei Jugendlichen zu wecken sowie an deren Idealismus und Engagement zu appellieren. Dabei wird, vergleichbar mit der von Neonationalsozialisten

initiierten so genannten „Volkstodkampagne“¹⁰², ein Bedrohungsszenario dargestellt, wonach die eigene Jugend und Kultur durch „Islamisierung und die komplette Verblödung durch US-amerikanische Konsumimperialisten“ gefährdet sei.

Sowohl die Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“ des JN-Bundesverbandes als auch die Kampagne „Identität Sachsen“ des JN-Landesverbandes Sachsen nutzen den vordergründig nicht ideologisch besetzten Begriff der „Identität“. Ausgehend von der Annahme eines fortschreitenden Identitätsverlustes der Deutschen propagieren die JN den Erhalt der Heimat und der Traditionen sowie indirekt den Erhalt der deutschen Rasse.

Aktivitäten Landesverband Sachsen

Trotz der Neugründungen von Stützpunkten und gleichbleibender Mitgliederzahl waren die Aktivitäten der JN Sachsen im Berichtsjahr rückläufig. Der bereits im Jahr 2011 beobachtete Trend zur Durchführung regionaler szeneeinterner Aktivitäten mit Freizeitcharakter setzte sich weiter fort. So organisierten die sächsischen JN erneut Sonnenwendfeiern, Sportveranstaltungen und Ausflüge, an denen sich auch Vertreter der FREIEN KRÄFTE beteiligten.

Öffentlichkeitswirksam traten die JN im Berichtsjahr lediglich mit vereinzelt Verteil- bzw. Plakatklebeaktionen, insbesondere in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig in Erscheinung; Demonstrationen gingen jedoch von ihnen nicht aus. Dennoch beteiligten sie sich an öffentlichen Versammlungen ihrer Mutterpartei, wie beispielsweise am 1. Mai 2012 in Bautzen sowie am 17. Juni 2012 in Dresden. Das Nachlassen der Aktivitäten der JN Sachsen im Jahr 2012 ist vor

allem auf das überwiegend verhaltene Engagement ihrer Mitglieder zurückzuführen.

Sächsische JN wählt neuen Landesvorstand

Auf ihrem Landeskongress am 6. Oktober 2012 in Leipzig wählten die sächsischen JN einen neuen Landesvorstand. Nachdem der bisherige Vorsitzende für diese Funktion nicht mehr kandidierte, wurde der Stützpunktleiter der JN-Nordsachsen, Paul RZEHACZEK, neuer Landesvorsitzender. Zum Stellvertreter wurde Jens GATTER, NPD-Kreisrat in Nordsachsen und Gemeinderatsmitglied in Liebschützberg, gewählt.



JN-Landesvorsitzender Paul RZEHACZEK.

Foto: Internetseite des JN-Bundesverbandes.

¹⁰² Im Rahmen der „Volkstodkampagne“ thematisierten Rechtsextremisten in den vergangenen Jahren bundesweit den „Volkstod der Deutschen“. Dabei kam es zu einer Reihe unangemeldeter Aktionen.

Die sich bereits im Jahr 2011 abzeichnende rückläufige Entwicklung des sächsischen JN-Landesverbands führte dazu, dass beim Landeskongress 2012 ein allgemein verhaltener Zweckoptimismus überwog. Die Vorstandswahl zeigte einmal mehr, dass den sächsischen JN nur wenige Personen angehören, die in der Lage sind, sich engagiert und kontinuierlich für die Umsetzung der eigenen Ziele einzusetzen.

Kampagne der JN Sachsen „Identität Sachsen“

Im Mai 2012 riefen die JN Sachsen im Internet im Rahmen ihrer Kampagne „Identität-Sachsen“ zu verschiedenen szeneeinternen Aktivitäten auf. So veranstalteten sie unter dem Motto „Tag der Heimat“ Ausflüge zum Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, in die Sächsische Schweiz und nach Dresden.

Die JN knüpften mit dieser Kampagne an den innerhalb der rechtsextremistischen Szene häufig genutzten Begriff der „Identität“ an. Dabei werden die Unterschiede zwischen den Deutschen und anderen Völkern in den Vordergrund gestellt und auf die Wichtigkeit des Bewusstseins der „Identität als Deutsche“ hingewiesen. Mit der Kampagne wurde dazu aufgerufen, sich von „bloßen Verbrauchern und Wirtschaftssklaven“¹⁰³ abzugrenzen, die nach Auffassung der JN ihre Identität verkannt hätten, und sich stattdessen der „heimattreuen Widerstandsbewegung in Sachsen“¹⁰⁴ anzuschließen.

Im Rahmen der Kampagne führten die JN Plakatklebeaktionen durch und verteilten Flugblätter.



Flugblatt. Quelle: Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.



Plakat. Quelle: Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.

¹⁰³ Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.

¹⁰⁴ Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.



„2. Tag der Heimat“ der JN Sachsen.



Fotos: Internet

„Jede Stadt in Sachsen, jedes Bauwerk und jedes Stück Boden ist ein Teil unserer Identität, ein Stück von der Geschichte unseres Volkes, dessen Blutslinie sich Dutzende von Generationen zurückverfolgen lässt und dessen Gegenwart heute durch uns bestimmt wird...Identität bedeutet also zu wissen, woher man stammt, wer man ist und vor allem, welche Aufgaben man sich für die Zukunft stellen muss, damit dieses Wesen nicht im Orkus der Weltgeschichte verloren geht, sondern in den Nachkommen unseres Volkes weiter lebt.“¹⁰⁵ (Auszug aus dem o. a. im Internet veröffentlichten Flugblatt)

In einem Internetbeitrag auf einer eigenen Kampagnenseite berichteten die JN über den „2. Tag der Heimat“ am 15. September 2012 in der Sächsischen Schweiz. Bei einer Wanderung zum Großen Zschirnstein und einer Klettertour auf den Wackelstein wurde das sichtbare Mitführen einer JN-Fahne anhand von Fotos dokumentiert.

An der Aktion, an der sich zwischen 15 und 20 Personen beteiligten, nahmen neben Vertretern der FREIEN KRÄFTE auch bekannte JN-Funktionäre wie der damalige JN-Bundesvorsitzende

Michael SCHÄFER sowie der neue Vorsitzende der JN-Sachsen Paul RZEHACZEK teil.

Ein „3. Tag der Heimat“ wurde am 1. Dezember 2012 veranstaltet.



Zu der Veranstaltung reisten ca. 60 Personen aus Sachsen und aus Brandenburg an. Im Anschluss an einen gemeinsamen Stadtrundgang wurde der JN-Stützpunkt Dresden gegründet. Als Redner traten der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Dresden, Jens BAUR, der Landesvorsitzende der JN Sachsen, Paul RZEHACZEK, der stellvertretende Bundesvorsitzende, Julian MONACO, sowie der Bundesbildungsleiter der JN und JN-Stützpunktleiter Lausitz (Brandenburg), Pierre DORNBRACH, auf.

¹⁰⁵ Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.

JN im Internet

Die Selbstdarstellung im Internet hat für die JN seit Jahren eine große Bedeutung, da deren Aktionen und Veranstaltungen anderenfalls nicht oder nur eingeschränkt öffentlich wahrnehmbar sein würden. Auf verschiedenen Internetseiten werden zum Teil inhaltsgleiche Beiträge eingestellt, um eine möglichst weitreichende Aufmerksamkeit zu erzielen. Damit sollen Aktionismus und die Gemeinschaft der JN demonstriert werden. Die JN versuchten dabei, sich vor allem als heimatverbundene, geschichts- und traditionsbewusste Organisation zu präsentieren.

Ihre Internetbeiträge stellen die JN Sachsen auf einer Unterseite der Homepage des JN-Bundesverbands sowie auf Internetseiten der NPD ein. Darüber hinaus werden anlassbezogen eigene Internetseiten eingerichtet, wie beispielsweise zur Kampagne „Identität Sachsen“¹⁰⁶. Auf verschiedenen Facebookseiten einzelner Strukturen mobilisieren die JN zu Aktionen bzw. berichten im Nachgang darüber.

Verhältnis der JN Sachsen zu den FREIEN KRÄFTEN und zur NPD

Die JN und die FREIEN KRÄFTE sind seit Jahren eng miteinander verbunden. Es bestehen vielfach personelle Überschneidungen und gute Verbindungen einzelner Führungspersonen der JN zur parteiungebundenen rechtsextremistischen Szene. Wie bereits in den vergangenen Jahren beteiligten sich Vertreter der FREIEN KRÄFTE an Veranstaltungen der JN oder es wurden gemeinsame Veranstaltungen, wie

beispielsweise ein Fußballturnier am 23. Juni 2012 in Delitzsch (Landkreis Nordsachsen), durchgeführt. Die langjährigen Bemühungen der JN, neue Mitglieder aus den Reihen der FREIEN KRÄFTE zu rekrutieren, führten auch im Berichtsjahr kaum zum Erfolg.

Das Verhältnis der JN Sachsen zur Mutterpartei stellte sich im Berichtsjahr äußerlich als weitgehend konfliktfrei dar. Die Intensität der Verbindungen und der Zusammenarbeit der sächsischen JN- und NPD-Strukturen ist regional unterschiedlich ausgeprägt. Die Anzahl der gemeinsamen Veranstaltungen war insgesamt rückläufig. Unabhängig davon werden die JN als Bindeglied zwischen ihrer Mutterpartei und den FREIEN KRÄFTEN von der NPD gebraucht. Die JN verstehen sich selber eher als elitärer Teil einer Bewegung denn als Teil einer Partei. Sie werben dabei bevorzugt um jugendliche Mitglieder, woran auch die NPD Interesse hat. Insofern ist künftig eine Unterstützung des Ausbaus von JN-Strukturen durch die NPD zu erwarten. Allerdings birgt die starke Bindung der JN an das neonationalsozialistische Spektrum auch eine Gefahr für die NPD, da eine entsprechende Unterstützung dieses Spektrums der eigenen Strategie der „Seriösen Radikalität“ widersprechen kann.

Die „Schulhof-CD“ der JN

Ende 2012 veröffentlichten die JN eine CD mit dem Titel „Die Zukunft im Blick“. Es handelt sich dabei um die 9. Auflage der so genannten „Schulhof-CD“, die die rechtsextremistische Szene seit 2004 herausgibt.

¹⁰⁶ Siehe vorangegangener Abschnitt.



„Schulhof-CD“.

Die aktuelle „Schulhof-CD“ enthält sowohl Musik bekannter rechtsextremistischer Bands und Liedermacher als auch Propagandavideos der JN. Vor allem Jugendliche sollen auf die JN aufmerksam gemacht werden und für die rechtsextremistische Ideologie gewonnen werden. Bis zu ihrer Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) am 7. März 2013 wurde die CD mehrfach verteilt. Seitdem wurden keine weiteren Verteilaktionen der CD bekannt.

1.4 Subkulturelle Rechtsextremisten

Die subkulturell geprägte Szene ist Bestandteil der parteiungebundenen Rechtsextremisten. Sie zeichnet sich größtenteils durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus, die maßgeblich zu den rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten beiträgt. Die Anhänger sind nur selten in einer festen Struktur organisiert, wie z.B. bei der TERROR CREW MULDENTAL (Landkreis Leipzig). In ihrem von rassistischen und

Ausblick

Das bisherige Agieren von Paul RZEHACZEK als Stützpunktleiter der JN-Nordsachsen lässt nicht erwarten, dass er in seiner weiteren Funktion als JN-Landesvorsitzender die sächsischen JN aus ihrer derzeitigen Randexistenz führen kann.

Im Hinblick auf anstehende Wahlen dürfte die NPD ein besonders hohes Interesse an einem gut organisierten und funktionsfähigen JN-Landesverband haben. Insofern ist von der Mutterpartei eine Unterstützung des Strukturaufbaus der JN in Sachsen zu erwarten. Daraus resultierend ist mit einer Zunahme von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der JN in Sachsen zu rechnen. Die NPD kann dabei von der direkten Anbindung einiger JN-Bundesvorstandsmitglieder an die sächsische NPD-Landtagsfraktion profitieren.

Die organisatorische Einbindung von Strukturen der FREIEN KRÄFTE dürfte den sächsischen JN auch künftig nur in geringem Maße gelingen. Sie wird auf Grund ihrer vergleichsweise geringen Mitgliederzahl weiterhin auf das regionale Mobilisierungspotenzial der FREIEN KRÄFTE angewiesen sein.

antisemitischen Positionen geprägten Weltbild finden sich auch neonationalsozialistische Elemente. Überwiegend entfaltet dieses Personenpotenzial aber kaum eigene politische Aktivitäten. Im Vordergrund steht die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten und an internen Veranstaltungen. Der Szene gehören zudem Veranstalter von rechtsextremistischen

Konzerten und rechtsextremistische Musikgruppen an.

Die Bereitschaft zu selbstständiger und zielgerichteter politischer Arbeit ist in dieser Szene nur in geringem Maß vorhanden, auch wenn einzelne Äußerungen Anderes vermuten lassen. Aus veröffentlichten Interviews gehen u. a. die der Szene innewohnende Menschenverachtung und auch ihr permanenter Rassismus hervor. Unter positiver Bezugnahme auf die in Deutschland verbotenen „BLOOD&HONOUR“-Organisation (B&H) – so durch die Verwendung der Zahl 28, die für den zweiten und achten Buchstaben des Alphabets steht – heißt es in einem Fanzine¹⁰⁷:

„Aber ich werde nie aufhören nationalistische Musik zu spielen, weil ich denke, dass es eins der perfektesten Werkzeuge ist um junge Menschen zu erreichen und denen die Wahrheit näher zu bringen. Ich führe eine neue frische Division 28 in Schweden und ein Ziel ist es Konzerte und Events zu organisieren und Schweden zurück auf die nationale Karte zu bringen. (...) Ich liebe auch die deutsche Skinhead Szene (WP¹⁰⁸)! (...) Obwohl sie von den Ro..., Pol... etc. unterdrückt wurden (...) Ich denke das härteste Land ist Deutschland aufgrund der Gesetze und Unterdrückungen gegen Nationalisten. (...) England ist toll. Ich habe nur für 28 da drüben gespielt (...) dass wir wirklich alle zusammenhalten und gegen den roten Abschaum stehen! (...)

„Wo stehst du politisch gesehen?‘ ;Ha, ha da wo isch schon immer stand!‘ ;Und das wäre?‘ (Lacht) White Power! White Pride!.“ (STEELCAPPED BISSON, Großbritannien)

An anderer Stelle in der Publikation wird Folgendes ausgeführt:

„Für euch Kindertanzsitzpinkler sind wir zu nationalrevolutionär im sozialen sinne hehehe. (...) denn der Ausverkauf unseres Volkes und all seiner Werte sind uns nicht egal. (...) Und da der mittelschlecht gebildete Ottonormalbürger des Öfteren der Ansicht ist unsere Gedanken, unsere Musik und auch wir selbst seien bzw. gehören verboten passt das mit dem Name auch was den tieferen Sinn betrifft (...) Also, Ein Volk, ein Reich und eine Region! (...) Wir sind aber auch nicht böse drüber das wir jetzt eine 100%ige Skinband geworden sind.“ (VERBOTEN, Sachsen)

Bei einem in demselben Fanzine veröffentlichten Interview mit der sächsischen Band SELBSTSTELLER wird auch über den Titel einer indizierten CD der Band gesprochen. Unter anderem heißt es:

„Ganz einfach, wenn im Grundgesetz (...denn eine Verfassung hat das Wirtschafts- & Verwaltungskonstrukt brd nicht...), jedem Bürger freie Meinungsäußerung garantiert wird, dann ist es unvereinbar (...), dass man Bürger für die bloße Äußerung ihrer Meinung über etwas, zu Freiheitsentzug verurteilt.“ (...) Für uns ist eine Indizierung nicht mehr als ein Gütesiegel! (...) Für uns als Band ist es wieder mal Ansporn, weil wir dadurch wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind!“¹⁰⁹

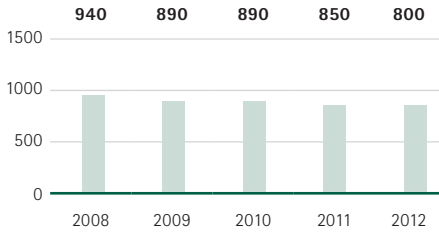
Das Potenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene ging im Jahr 2012 zurück auf ca. 800 Personen (2011: ca. 850). Damit folgt die Entwicklung dem rückläufigen Trend der Vorjahre.

¹⁰⁷ VIVA SAXONIA, Ausgabe Nr. 3. Schreibweise wie im Original.

¹⁰⁸ Steht wahrscheinlich für „White Power“.

¹⁰⁹ Schreibweise wie im Original.

Personenpotenzial der subkulturellen rechts-extremistischen Szene im Freistaat Sachsen



HAMMERSKINS

HAMMERSKINS

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1987 in den USA, Anfang der 1990er Jahre in Deutschland, 1993 im Freistaat Sachsen
Sitz:	-
Mitglieder 2012:	einzelne
Mitglieder 2011:	einzelne
Vorsitz:	-
Teil-, Nebenorganisationen:	Landesebene: „Division“, Regionale Gliederung: „Chapter“
Publikation:	keine
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Seit Anfang der 1990er Jahre ist die Existenz von HAMMERSKIN-Strukturen, welche ihre Ursprünge in den USA haben, auch in Europa und Deutschland bekannt. 1993 wurde ein HAMMERSKIN-Chapter von Sachsen aus aufgebaut. Seit einer Inhaftierung des führenden Aktivisten des Chapters Sachsen im Jahr 2001

sind die Aktivitäten der sächsischen HAMMERSKINS stark zurückgegangen. In den letzten Jahren gingen keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten mehr von ihnen aus.

Im Freistaat Sachsen (Westsachsen) zählen etwa zehn Personen zu einer HAMMERSKIN-Gruppierung, die jedoch im Jahr 2012 nicht öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten sind.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die sich als elitär verstehende Vereinigung ist rassistisch und z.T. neonationalsozialistisch ausgerichtet. Sie verfolgt das Ziel, weltweit alle „weißen, nationalen“ Kräfte in einer ideellen, rassistisch „reinen“ Gemeinschaft – der so genannten HAMMERSKIN-Nation – zu vereinen. Das Symbol der HAMMERSKINS zeigt zwei gekreuzte Hämmer, die die Kraft und Stärke des „weißen Arbeiters“ verdeutlichen sollen.

In dem Bemühen, ein weltweites Netz der Hammerskins aufzubauen, ist die Organisation darauf bedacht, nur „geeignete“ Skinheads in die Bewegung aufzunehmen. Zu den Aufnahmebedingungen der HAMMERSKINS zählen beispielsweise absolute Drogenabstinenz, Kameradschaftlichkeit und vor allem Zugehörigkeit zur „reinen, weißen Rasse“. In einem Mitte der 1990er Jahre erschienenen Bericht in einem Fanzine heißt es dazu:

„Aber nicht jeder kann HAMMERSKIN werden. Hierfür bedarf es einer Reihe an Proben und Bedingungen. Aber wer einmal zu dieser verschworenen Bruderschaft dazugehört, der kann verdammt stolz auf sich sein. Es ist wirklich nicht einfach HAMMERSKIN zu werden. (...) Die HAMMERSKINS sind eine Gemeinschaft der Elite. (...) Über die politischen Zielsetzungen der Hammerskins brauche ich wohl nicht viel zu sagen,

denn das dürfte wohl klar sein, außerdem will ich nicht das Dein Heft auf dem Index landet.“¹¹⁰

Ein damals führendes Mitglied der sächsischen HAMMERSKIN-Szene äußerte sich kurz nach der Jahrtausendwende in einer Skinhead-Publikation auf die Frage, „Was bedeutet es für dich, ‚HAMMER‘ SKIN zu sein (...)??“, wie folgt:

„HS bedeutet für mich persönlich Bruderschaft und zu einer verschworenen Gemeinde elitärer NS¹¹¹ zu gehören, die bereit sind durch Taten etwas zu verändern. Es ist für mich der höchste Ausdruck einer Gemeinschaft und des Kampfes für unsere R...e. HS vereint weiße Nationen und baut eine eigene Nation aller!“¹¹²

Das elitäre Selbstverständnis der HAMMERSKINS wird in der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene jedoch weitgehend abgelehnt.

Aktivitäten

Seit ihrer Gründung nahmen die sächsischen Mitglieder der HAMMERSKINS regelmäßig an Veranstaltungen der HAMMERSKINS im In- und Ausland teil. Sie organisierten selbst Veranstaltungen in Sachsen. Insbesondere das in den 1990er Jahren existierende Chapter Sachsen organisierte hier mehrere Konzerte. In dieser Zeit erschienen acht Ausgaben des rechtsextremistischen Skinhead-Fanzines HASS ATTACKE, welches als „the only official GermanHammerskinZine“ und als „offizielle[s] Blatt der SAXON¹¹³ HAMMERSKINS“ bezeichnet wurde. Zeitweise betrieben sächsische HAMMERSKINS eine eigene Homepage.

Derzeit besitzen die HAMMERSKINS innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen eine nur untergeordnete Bedeutung.

¹¹⁰ STORMFRONT Nr. 4. Schreibweise wie im Original.

¹¹¹ Gemeint sind vermutlich Neo- bzw. Nationalsozialisten.

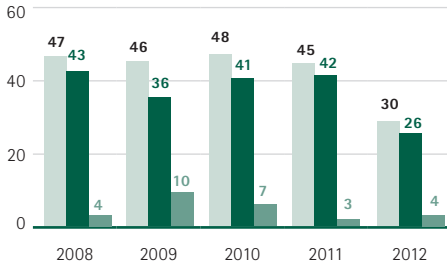
¹¹² DER BEWÄHRUNGSHELFER, Nr. 5, S. 40. „R...e“ steht vermutlich für das Wort „Rasse“.

¹¹³ Deutsch: sächsisch.

1.5 Rechtsextremistische Musikszene

1.5.1 Rechtsextremistische Konzerte

Rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen



- geplante Konzerte insgesamt
- davon durchgeführt
- bzw. aufgelöst/verhindert

Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte im Freistaat Sachsen ist erstmals seit 2003 deutlich gesunken. Wurden 2011 noch 45 solcher Veranstaltungen geplant, so waren es im Jahr 2012 nur noch 30. Von diesen wurden 26 durchgeführt – 16 Veranstaltungen weniger als im Vorjahr. Vier Konzerte verhinderten die Behörden bereits im Vorfeld.

Eine Ursache für den Rückgang des Konzertgeschehens im Jahr 2012 ist die Schließung der Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ Ende April 2012 in Rothenburg, Ortsteil Geheege (Landkreis Görlitz). Dadurch hat die rechtsextremistische Szene eines ihrer wichtigsten Veranstaltungsobjekte in Sachsen verloren.



Foto: LfV Sachsen.

Das Lokal rückte erstmals durch eine NPD-Veranstaltung am 21. März 2009 in den Fokus der Behörden, als dort ein so genannter „Vortrags- und Musikalischer Abend“ stattfand.

Die Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ entwickelte sich in der Folgezeit zum bisher bedeutendsten Szene-Objekt in Sachsen, in dem rechtsextremistische Konzerte stattfanden. Von März 2009 bis Ende April 2012 wurden dem LfV Sachsen insgesamt 39 dort geplante rechtsextremistische Konzerte bekannt. Hier- von wurden jedoch nur 35 Veranstaltungen durchgeführt. Die Polizei löste zwei Konzerte vorzeitig auf und verhinderte zwei geplante Veranstaltungen im Vorfeld.

Die Mehrzahl der rechtsextremistischen Konzerte (über 90%) war auch 2012 in so genannten Szene-Objekten geplant. Diese spielen bei rechtsextremistischen Konzerten in Sachsen seit Jahren eine entscheidende Rolle. Neben dem Objekt in Rothenburg, Ortsteil Geheege (Landkreis Görlitz) – dort fanden im Jahr 2012 bis

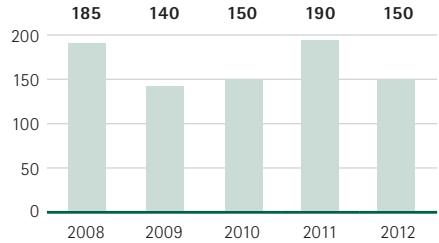
zur Schließung fünf Konzerte statt – etablierte sich auch ein Objekt in Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen). In diesem wurden neun rechtsextremistische Konzerte durchgeführt.

Die durchschnittliche Teilnehmerzahl bei rechtsextremistischen Konzerten in Sachsen ist 2012 gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 150 gesunken (2011: 190). Sie bewegt sich damit leicht unter dem langjährigen Durchschnittswert von etwa 160.

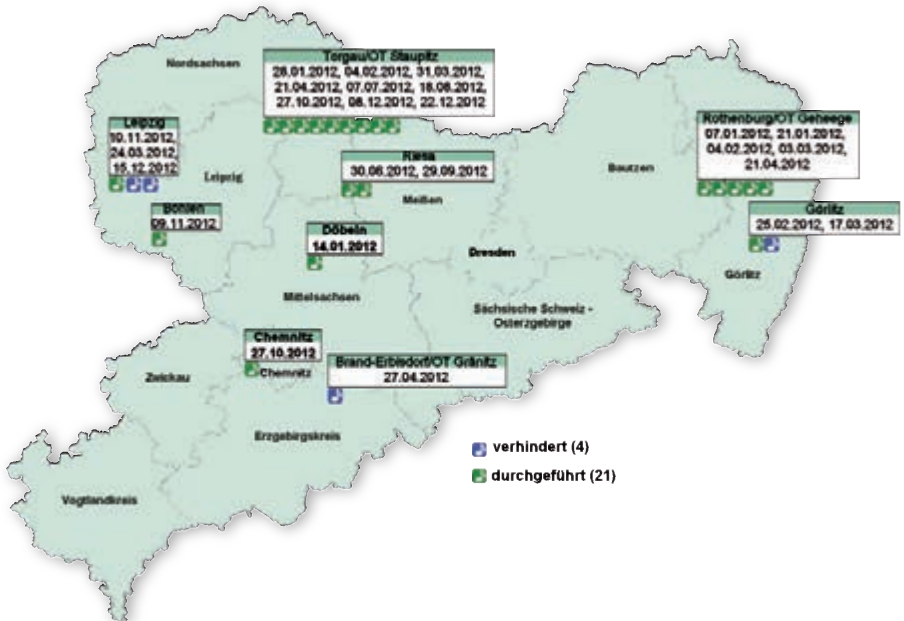


Foto: LfV Sachsen.

Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Konzert

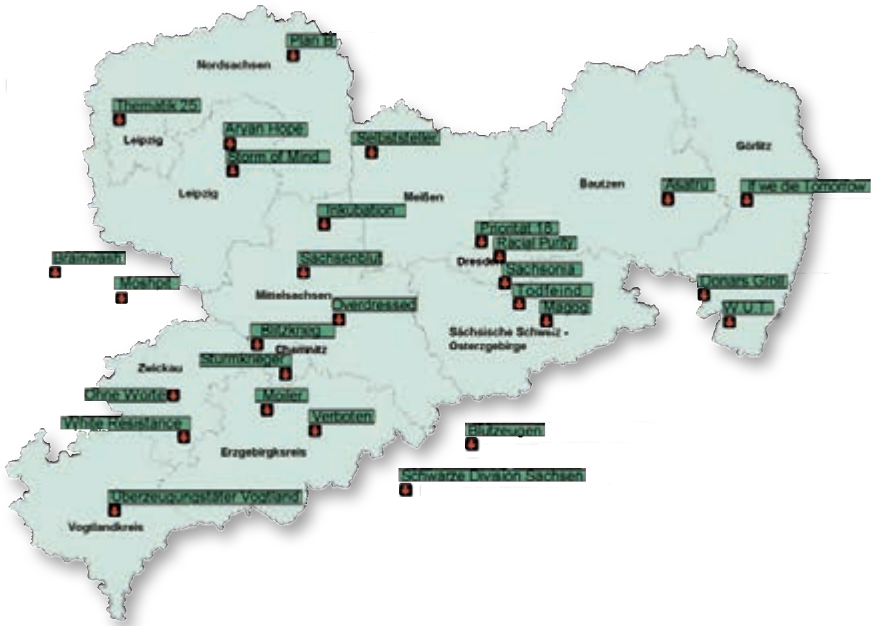


Regionale Verteilung rechtsextremistische Konzerte 2012 in Sachsen¹¹⁴

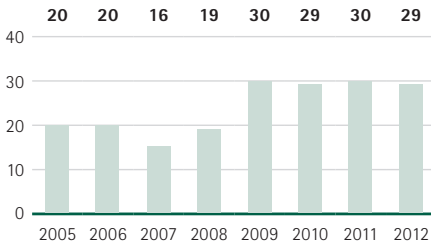


¹¹⁴ Die Übersicht ist aufgrund von geheimhaltungsbedürftigen Belangen nicht vollständig.

1.5.2 Rechtsextremistische Musikgruppen (einschließlich Bandprojekte¹¹⁵)



Anzahl der rechtsextremistischen Bands/Bandprojekte im Freistaat Sachsen



Im Jahr 2012 waren 29¹¹⁶ sächsische rechtsextremistische Musikgruppen und Bandprojekte sowie fünf rechtsextremistische Liedermacher aktiv. Sie traten bei rechtsextremistischen Konzerten auf und/oder veröffentlichten Tonträger.

Die nachfolgende Auflistung enthält Bands und Liedermacher, zu denen offen verwertbare Informationen über Aktivitäten im Jahr 2012 vorliegen:

¹¹⁵ Bandprojekte sind keine eigenständigen Musikgruppen. Es handelt sich um – in der Regel temporäre – Aktivitäten rechtsextremistischer Musiker und Bands, die unter anderen Namen Tonträger veröffentlichen.

¹¹⁶ Einschließlich der thüringisch-sächsischen Mischband Moshpit sowie der brandenburgisch-sächsischen Gruppe HOPE FOR THE WEAK.

ARYAN HOPE

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Wurzen (Landkreis Leipzig)
aktiv seit:	2007
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „Unser Kampf“ (2008),■ CD „Recht auf Zukunft“ (2012)
	
Aktivitäten:	Live-Auftritte ¹¹⁷ 2008 bis 2011

BARNY

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „Liebe, Treue, Heimat“ (2010),■ Split-CD „Carved in Stone“ (2011, gemeinsam mit Ken MCLELLAN/ Großbritannien)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2010 bis 2012

BLITZKRIEG

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ Split-CD „German British Terrormachine“ (2001, gemeinsam mit WARHAMMER/Großbritannien),■ CD „Wir sind zurück“ (2004),■ CD „In Gedenken an ...“ (2007),■ CD „Das letzte Bollwerk“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2000 bis 2012

BLUTZEUGEN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	CD „BLUTZEUGEN“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2011 und 2012

DEATH ON HORIZON

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2010 und 2012

¹¹⁷ Berücksichtigt wurden Live-Auftritte bei rechtsextremistischen Konzerten, Liederabenden und im Rahmen rechtsextremistischer Veranstaltungen.

EASTSIDE

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Raum Wurzen
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2009 und 2012

GERMANIA LIBERA

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Glauchau
aktiv seit:	2012
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	geplante Live-Auftritte 2012

HOPE FOR THE WEAK

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ Split-CD „Hardcore Hoax United“ (2006 gemeinsam mit INBORNE HATE/Mecklenburg-Vorpommern und PATH OF RESISTANCE/Mecklenburg-Vorpommern),■ CD „The underdogs call“ (2011)
Aktivitäten:	Auftritte 2006 bis 2012

INKUBATION

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen:	CD „Sachsensampler Vol. 2“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2009 bis 2012

Die rechtsextremistische Musikgruppe INKUBATION ist von dem Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN erfasst, dass der Sächsische Staatsminister des Innern am 18. Februar 2013 verfügt hat. Die Band INKUBATION war dieser Vereinigung zuzurechnen.

MOILER

Typ:	Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „dr Haamit troi!“ (2009),■ Split-CD „Musikalischer Amoklauf“ (2011, gemeinsam mit WHITE REBEL BOYS/BY),■ CD „Subkultur“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2011

MOSH PIT

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Thüringen/Sachsen
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen:	■ CD „Mirror of an unbroken faith“ (2008), ■ CD „We carry the heart“ (2012)
	
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2011 und 2012

OTWIN

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2012

OVERDRESSED

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Landkreis Mittelsachsen
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	CD „Kostprobe“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2011 und 2012

PLAN B

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Torgau (Landkreis Nordsachsen)
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen:	CD „WER PLAN SAGT, MUSS AUCH B SAGEN“
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2010 bis 2012

PRIORITÄT 18

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2008
Veröffentlichungen:	■ CD „Demo 2008“ (2008) ■ CD „Sachsensampler Vol. 2“ (2011) ■ CD „Dresden“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2008 bis 2012

RAC'N'ROLL TEUFEL

Typ:	Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Landkreis Zwickau
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen:	■ CD „Von falschen Rebellen und wack'ren Gesellen“ (2009), ■ CD „Ehrbare Menschen in ehrloser Zeit“ (2012)
	

RACIAL PURITY

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2003
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ Demo-CD „Verfolgung und Hetze“,■ CD „Last ways of humanity“ (2006),■ Split-CD „One family part one“ (2008)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2003 bis 2012

ROMMEL

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2012

STAHLWERK

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen
aktiv seit:	2012
Veröffentlichungen:	CD „Die erste und die letzte“ (2012)
Aktivitäten:	keine Auftritte bekannt

STURMKRIEGER

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2007
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ Demo-CD (2008)■ Demo-CD (2010)■ CD „Sachsensampler Vol. 2“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2010 bis 2012

SACHSENBLUT

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Freiberg (Landkreis Mittelsachsen)
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen:	CD „Sachsensampler Vol. 2“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2010 bis 2012

SACHSONIA

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	1999
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „Herzlich Willkommen“ (2004),■ CD „Unvergessen“ (2006),■ Split-CD „Sächsisch Böhmisches Hausmannskost“ (2009, gemeinsam mit Conflict/CZ),■ CD „Amok“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 1999 bis 2012

SCHRATT

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Landkreis Zwickau
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2005 bis 2012

SELBSTSTELLER

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Riesa (Landkreis Meißen)
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen:	 <ul style="list-style-type: none">■ Split-CD „Hinterhof Rock'n'Roll“ (2001, gemeinsam mit UTGARD/Sachsen),■ Split-CD „Tattooed Rebels“ (2002, gemeinsam mit BARKING DOGS/Nordrhein-Westfalen),■ CD „Sound of Civilwar“ (2003),■ CD „Mittendurch statt dran vorbei“ (2005),■ CD „Bumm Bumm-Rattatta-Klick Klack-Peng!“ (2010),■ Split-CD „Tradition verpflichtet“ (2012, gemeinsam mit THE GRANITS/Sachsen),■ CD „Letzte Option“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2001 bis 2011

THE GRANITS (vormals DONARS GROLL)

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Oberlausitz
aktiv seit:	2006
Veröffentlichungen:	 <ul style="list-style-type: none">■ CD „Heidenlärm“ (2007),■ CD „Gegen den Strom“ (2008),■ CD „Von Liebe, Hass und alten Riten“ (2010),■ CD „Ehrlich, hart, laut“ (2011),■ Split-CD „Tradition verpflichtet“ (2012, gemeinsam mit SELBSTSTELLER/Sachsen),■ Split-CD „Noten aus Granit“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2009 bis 2011

THEMATIK 25

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Leipzig
aktiv seit:	2008
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2008 und 2009, 2011 und 2012

T. H. O. R.

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Schneeberg (Erzgebirgskreis)
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ Split-CD „Zusammenhalt“ (2002; gemeinsam mit AUFBRUCH),■ CD „Vergeltung“ (2004)
Aktivitäten:	Konzertauftritte 2003 bis 2006, 2012

ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Vogtland
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen:	■ CD „Live im Proberaum“ (2010) ■ CD „Nationalist“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2010 bis 2012

VERBOTEN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2011 und 2012

VOLKSNAH

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Leipzig
aktiv seit:	2012
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2012

WHITE RESISTANCE

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis, Landkreis Zwickau
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen:	■ CD „We defend“ (2005), ■ CD „White Rock 'n Roll Outlaws“ (2008)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2003 bis 2012

W.U.T. (WHITE UNITED TERROR)

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Oberlausitz
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen:	■ CD „Demo“ (2009), ■ CD „Ausbruch“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2009 bis 2011



1.6 Rechtsextremistische Vertriebe

Die rechtsextremistische Vertriebszene hat ihren Ursprung in der Skinheadszene, die als Jugendsubkultur eine starke Nachfrage nach eigenen Musikstilen aufwies, welche im kommerziellen Handel jedoch nicht erhältlich waren. Die Vertriebe richteten ihr Sortiment in der Regel an den Bedürfnissen der subkulturellen Rechtsextremisten aus. Dabei beschränkten sich die frühen Vertriebsunternehmen der Skinheadszene zunächst auf den Vertrieb eigener Musik. Sie erweiterten dann das Sortiment sukzessive um Textilien und weitere szenerelevante Materialien. Speziell die Bedeutung des

Textilbereichs ist stets weiter angewachsen. Im Bundesgebiet kam es zur Gründung mehrerer Textillabels. Ein großer Teil der Vertriebe verfügt über Produktionsmöglichkeiten für Tonträger und Textildruck.

Um einen Sonderfall unter den rechtsextremistischen Vertrieben handelt es sich bei dem in Radeberg (Landkreis Bautzen) ansässigen Versand REPRO-MEDIEN. Das Unternehmen grenzt sich bewusst von anderen rechtsextremistischen Vertrieben ab. Seine Zielgruppe ist die neonationalsozialistische Szene.

Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen¹¹⁸ im Freistaat Sachsen¹¹⁹



¹¹⁸ Der Oberbegriff „Vertriebsstrukturen“ umfasst Online-Vertriebe, Läden und Label. Solche Strukturen können einzeln oder in unterschiedlicher Kombination bestehen.

¹¹⁹ Stand: 31.12.2012.

Der Freistaat Sachsen stellt seit Jahren einen bundesweiten Schwerpunkt der rechtsextremistischen Vertriebszene dar. Erste Strukturen entwickelten sich hier bereits Anfang der 1990er Jahre. Noch vor der Jahrtausendwende entstanden mehrere rechtsextremistische Vertriebsunternehmen, die bundesweite Bedeutung erlangten. Mit der verstärkten Nutzung des Internets als Vermarktungsmedium bildeten sich in der Folgezeit im Freistaat die bundesweit am stärksten ausgeprägten rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen heraus.

Unter den im Freistaat Sachsen zum Jahresende 2012 ansässigen 13 rechtsextremistischen Vertrieben befinden sich mehrere Firmen von bundesweit herausgehobener Bedeutung. Hierbei handelt es sich um PC-RECORDS (Chemnitz), OPOS-RECORDS (Dresden) und FRONT-RECORDS (Falkenhain, Landkreis Leipzig). Diese Vertriebe verfügen über mehrere Tausend Kunden im In- und Ausland. Ihr Umsatz wird auf mehrere Hunderttausend Euro jährlich geschätzt, die Gewinnspannen liegen im mittleren zweistelligen Prozentbereich. Die Gewinne ermöglichen den Geschäftsinhabern das Bestreiten des Lebensunterhaltes. Einige sächsische Vertriebe fungieren sogar als Arbeitgeber, die häufig politisch gleichgesinnte Personen einstellen.

Durch den Rückfluss eines Teils der Gewinne in die rechtsextremistische Szene entwickelten sich die Vertriebsstrukturen zu einem wichtigen Knotenpunkt szenointerner Geldströme. Unterstützt werden größere Veranstaltungen, Projekte, Initiativen oder Organisationen der rechtsextremistischen Szene. Hierzu werden auch so genannte „Soli-Sampler“ oder „Soli-Shirts“ angeboten. Der Begriff „Soli“ bedeutet, dass ein Teil des Verkaufserlöses oder auch der gesamte Erlös dem angegebenen Zweck (z. B.

einer Person) gespendet wird. Die Intensität der geleisteten Unterstützung ist – neben anderen Faktoren – ausschlaggebend für das Renommee eines Vertriebes innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

Die DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH führte auf ihrem Firmengelände 2012 zwei rechtsextremistische Konzerte durch. PC-RECORDS offerierte im Jahr 2012 seine Waren durch eigene Verkaufsstände bei größeren Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene.

Das seit einiger Zeit zu beobachtende Bemühen einzelner Vertriebsunternehmen, ihren Kundenkreis über die rechtsextremistische Szene hinaus zu erweitern, hat sich im Jahr 2012 auf verschiedene Weise weiter fortgesetzt. So können durch Erweiterung oder Umstellung des Sortiments Personenpotenziale angesprochen werden, bei denen es Schnittmengen zur rechtsextremistischen Szene gibt, wie beispielsweise bei Hooligans oder Anhängern anderer Jugend-Subkulturen. Eine weitere Möglichkeit ist die Gründung von Gewerben, die sich vordergründig als unpolitisch darstellen. Dies sind sowohl „verwandte“ Branchen, wie etwa eine Textildruckerei, die politisch „neutrales“ Material anbietet, aber auch Firmen, wie beispielsweise Tattoo- oder Sonnenstudios. Für Außenstehende ist der rechtsextremistische Bezug zumeist nicht erkennbar. Insofern besteht die Gefahr, dass nicht rechtsextremistisch eingestellte Personen die Szene ungewollt unterstützen, wenn sie solche Angebote nutzen.

Im Jahr 2012 traten drei sächsische Vertriebe als Produzenten rechtsextremistischer Musik in Erscheinung. Mindestens zwei der Tonträger-Labels gehören hinsichtlich ihrer Produktionszahlen zu den bedeutendsten in Deutschland.

Sächsische Labels brachten seit den 1990er Jahren über 400 Tonträger zumeist einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. Die Auflagenhöhe der Produktionen bewegt sich zwischen einigen hundert bis zu mehreren tausend Stück.

Um den kommerziellen Erfolg ihrer Tonträger nicht zu gefährden, bemühen sich die Produzenten um die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, insbesondere solcher des Straf- und Jugendschutzrechtes. So werden Liedtexte und die CD-Gestaltung vor der Veröffentlichung neuer Tonträger durch Rechtsanwälte geprüft und entsprechende Gutachten erstellt. In einer Entscheidung vom 3. April 2008 stellte der Bundesgerichtshof im Fall eines damals bedeutenden Produzenten rechtsextremistischer Musik jedoch klar, dass von szenenahen Anwälten erstellte „Gefälligkeitsgutachten“ keinen Freibrief darstellen und nicht vor strafrechtlicher Verfolgung schützen¹²⁰.

Über 90 von sächsischen Produzenten herausgebrachte Tonträger wurden bislang indiziert. Die Indizierung einer CD erfolgt dann, wenn ihr Inhalt oder ihre Gestaltung Jugendliche in ihrer Entwicklung beeinträchtigen könnten. Die Entscheidung hierüber wird von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) getroffen. Eine indizierte CD darf Kindern und Jugendlichen nicht mehr verkauft oder zugänglich gemacht werden. Ebenso gilt ein Werbeverbot.

Neben den gewerblich angemeldeten Vertriebsunternehmen existieren auch konspirativ organisierte Strukturen. Zumeist sind diese darauf spezialisiert, den Anhängern der rechtsextremistischen Szene strafrechtlich relevantes

Material – überwiegend Tonträger – zugänglich zu machen.

Konspirative Vertriebsstrukturen können dabei mehrere Stufen mit Zwischenhändlern umfassen. Das Material wird vielfach über rechtsextremistische Vertriebe im Ausland bezogen. In den USA, Europa und Australien existieren etwa zwei Dutzend Vertriebe, deren Sortiment nach deutschem Recht strafbar sein kann.

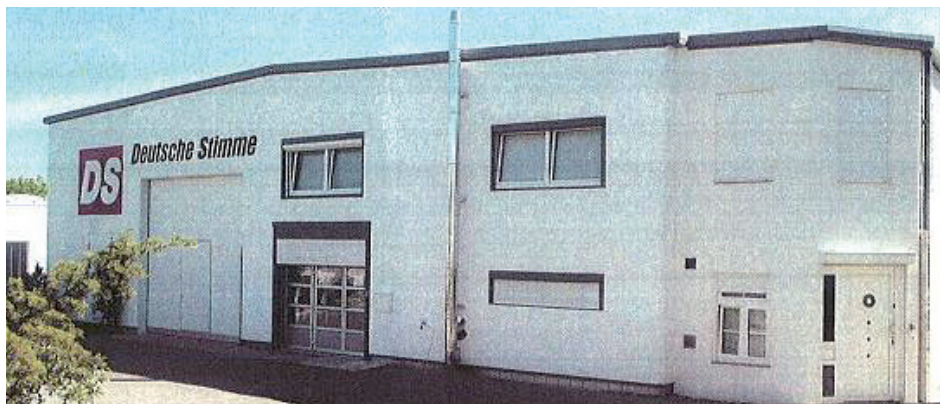
Finanzielle Interessen sowie der Reiz des Umgangs mit verbotenen Material dürften als Motivationsgründe für eine Betätigung in der konspirativen rechtsextremistischen Vertriebszene in Frage kommen. Die bestehende Nachfrage nach entsprechendem Material sowie die mit der Beschaffung verbundenen Risiken führen zu einer Akzeptanz hoher Preise bei den Abnehmern. Jährlich werden mehrere Fälle bekannt, in denen Personen versuchen, entsprechendes Material nach Deutschland einzuführen und/oder hier zu verkaufen.

Ausgewählte rechtsextremistische Vertriebsstrukturen im Freistaat Sachsen:

THE STORE

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft und Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)
aktiv seit:	2004
Sortiment:	Ton- und Datenträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

¹²⁰ Az.: BGH 3 StR 394/07.



DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH in Riesa.

Foto: Katalog der DEUTSCHEN STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH.

DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH

Typ:	Verlag/Vertrieb
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Riesa (Landkreis Meißen)
aktiv seit:	2000 im Freistaat Sachsen
Sortiment:	Printmedien, Textilien und weiteres szenetypisches Material sowie Bild- und Tonträger

Am 30. Juni und am 29. September wurden auf dem Gelände der DEUTSCHEN STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH rechtsextremistische Konzerte durchgeführt.

FRONT RECORDS

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft (zeitweise), Internet-Versand, Tonträger-Label, Textildruckerei
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Wurzen/Falkenhain (Landkreis Leipzig)
Inhaber:	Thorsten RICHTER
aktiv seit:	2001
Sortiment:	Ton- und Datenträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

FRONT RECORDS ist einer der wichtigsten rechtsextremistischen Vertriebe im Freistaat Sachsen. Er verfügt schätzungsweise über mehrere tausend Kunden im In- und Ausland und damit über einen entsprechend hohen Umsatz.

Der Vertrieb besteht aus einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Außerdem

stehen technische Möglichkeiten zum Textildruck zur Verfügung.

Das zugehörige Tonträger-Label brachte bislang über 60 Tonträger einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. 15 Produktionen wurden bislang wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert. Einen Angebotschwerpunkt stellen Textilien dar, die in ihrer Gestaltung vielfach Versatzstücke der rechtsextremistischen Weltanschauung transportieren sollen. Darüber hinaus ist der Vertrieb in einen Unternehmenskomplex eingebettet, dem weitere – vordergründig nicht extremistische – Gewerbe zugerechnet werden können. Teilweise stehen diese in Verbindung mit dem Handel mit bedruckten Textilien.

NATIONALES VERSANDHAUS (sowie weitere angegliederte Versandhandel)

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft und Internet-Vertrieben, Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Ton- und Datenträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

NORDSACHSENVERSAND

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Eilenburg (Landkreis Nordsachsen)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Propagandamittel, Ton- und Datenträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

OPOS-RECORDS

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
Inhaber:	Sebastian RAACK
aktiv seit:	2007
Sortiment:	Ton- und Datenträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

OPOS-RECORDS besteht aus einem Szene-Laden, einem Internet-Versand sowie einem Tonträger-Label.

Dem Vertrieb gelang es binnen kurzer Zeit, sich u. a. durch die Produktion von Tonträgern szenerelevanter Bands zu etablieren. Bislang erschienen bei dem Label etwa 60 CDs, von denen acht wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurden. Im Zusammenhang mit zwei strafrechtlich relevanten Tonträgern kam es am 28. August 2012 zu einer Durchsuchungsmaßnahme bei dem Vertrieb. OPOS-RECORDS tritt als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der

rechtsextremistischen Szene auf und bietet entsprechendes Material an. Der Inhaber war in die Organisation eines im April 2012 geplanten rechtsextremistischen Konzertes in Lauchhammer (Brandenburg) involviert.

PC-RECORDS

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
Inhaber:	Yves RAHMEL
aktiv seit:	2000
Sortiment:	Ton- und Datenträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

PC-RECORDS ist einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe im Freistaat Sachsen. Der Umsatz des Unternehmens beträgt mehrere hunderttausend Euro. Das Unternehmen verfügt über ein Kundenpotenzial von mehreren tausend Personen in Deutschland, dem europäischen Ausland sowie in Übersee.

Das Unternehmen besteht aus einem Ladengeschäft in Chemnitz, einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Das Sortiment umfasst vorwiegend Tonträger. Textilien sowie weiteres szenerelevantes Material werden nachrangig angeboten, vielfach besteht ein Bezug zur rechtsextremistischen Musikszene.

PC-RECORDS tritt nicht nur als Anbieter, sondern auch als Produzent auf. Das Unternehmen gehört bereits seit Jahren zu den bundesweit aktivsten Herausgebern rechtsextremistischer Szene-Musik. Bei dem Label erschienen bis jetzt

über 180 Tonträger. Bisher wurden 53 Tonträger des Labels wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert, zu drei weiteren Produktionen ergingen wegen strafbarer volksverhetzender Inhalte Beschlagnahmebeschlüsse. PC-RECORDS tritt häufig werbewirksam als Unterstützer rechtsextremistischer Organisationen, Initiativen und Veranstaltungen auf.

Sonderfall unter rechtsextremistischen Vertrieben in Sachsen

REPRO-MEDIEN

Typ:	
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Radeberg (Landkreis Bautzen)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Aufkleber, Plakate, Broschüren und anderes Propagandamaterial

Der auf die neonationalsozialistische Szene ausgerichtete Vertrieb hat seinen Zweck wie folgt beschrieben:

„... wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Propagandamittel für eine revolutionäre Erneuerung Deutschlands bereitzustellen. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden Netzversänden, da ihr unsere Erzeugnisse in dieser Form nirgendwo anders findet. Dazu gehören vor allem weltanschauliche Schriften, Aufkleber und ähnliches ...“¹²¹

¹²¹ Internetseite REPRO-MEDIEN, Schreibweise wie im Original.

1.7 Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren

DEUTSCHE STIMME

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	25.000
Verbreitung:	bundesweit

Wichtigste Publikation der NPD ist ihre monatlich erscheinende Parteizeitung DEUTSCHE STIMME. Durch die Veröffentlichung soll die eigene Anhängerschaft für die Auseinandersetzung mit dem demokratischen Rechtsstaat argumentativ gestärkt werden. Dominierend sind hierbei die NPD-typischen Ideologiefragmente „völkischer Nationalismus und Volksgemeinschaft“, „Antipluralismus“ und „Anti-individualismus“, ein begrifflich aggressiver Antiamerikanismus, die Gegnerschaft zur Europäischen Union und für Rechtsextremisten typische pauschale Schuldzuweisungen an das demokratische „System“ und seine Politiker.

FREIES CHEMNITZ

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	Rechtsextremisten
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

Die erste Ausgabe der Publikation erschien im Frühjahr 2009. Es folgten in unregelmäßigen Abständen drei weitere bis zur bislang letzten Ausgabe im April 2011. Neben Beiträgen zur rechtsextremistischen Musikszene und zu öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von

Rechtsextremisten fanden sich dort stets auch ideologisch geprägte Texte. So richtet sich das Heft nicht nur an Anhänger der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene, sondern auch an stärker politisierte neonationalsozialistische Leser.

FÜR IMMER UND EWIG

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	subkulturell geprägte Rechtsextremisten
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	ca. 500
Verbreitung:	regional

Bei der Publikation handelt es sich um ein typisches Fanzine für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Die Veröffentlichung steht dem grundsätzlich zu beobachtenden Trend der Verlagerung der Szenekommunikation ins Internet entgegen. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf Musik-Beiträgen in Form von Konzertberichten, Bandinterviews sowie der Vorstellung von Tonträgern oder gleichartigen Publikationen. Das Fanzine erschien erstmals Anfang 2009, im September 2011 erschien die bislang letzte vierte Ausgabe.



Ausgabe FÜR IMMER UND EWIG.

GEITHAINER SPRACHROHR

Extremismusbereich: Rechtsextremismus

Herausgeber/ Manuel TRIPP

Verantwortlicher:

Erscheinungsturnus: unregelmäßig

Auflage: unbekannt

Verbreitung: regional

HIER & JETZT

Extremismusbereich: Rechtsextremismus

Herausgeber/ BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND
Verantwortlicher: NATIONALE IDENTITÄT e.V.

Erscheinungsturnus: unregelmäßig

Auflage: unbekannt

Verbreitung: überregional

Die erstmals im Dezember 2005 erschienene rechtsextremistische Publikation erhebt den Anspruch, „ein Debattenorgan zu sein, in dem Streitfragen kontrovers und auf hohem Niveau ausgetragen werden können“¹²². Im Dezember 2009 übernahm das BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V. die Herausgabe der Publikation von der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN). Die letzte Ausgabe erschien im September 2011. In der Publikation werden – aus rechtsextremistischer Sicht – alternative Modelle einer Gesellschaftsordnung sowie politische Hintergründe und kulturelle Aspekte thematisiert. Die offensichtlichen Bemühungen, auch Artikel aufzunehmen, deren Inhalte nicht rechtsextremistisch sind, erscheinen als lediglich taktisches Mittel, um das Bild einer pluralistischen Diskussionskultur zu erzeugen.

KLARTEXT

Extremismusbereich: Rechtsextremismus

Herausgeber/ NPD-Fraktion im Sächsi-
Verantwortlicher: schen Landtag

Erscheinungsturnus: unregelmäßig

Auflage: unbekannt

Verbreitung: regional

MEDIENVERBUND BLICKPUNKT SACHSEN

Extremismusbereich: Rechtsextremismus

Herausgeber/ NPD/Medienverbund BLICK-
Verantwortlicher: PUNKT SACHSEN

Erscheinungsturnus: unregelmäßig

Auflage: insgesamt 350.000

Verbreitung: regional

Im Frühjahr 2012 entstand unter der Bezeichnung BLICKPUNKT SACHSEN eine Medienpräsenz der NPD. Unter diesem Namen fasste die Partei

¹²² Internetmeldung des BILDUNGSWERKES FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V.

Regionalausgaben einer Publikation zusammen, welche im Internet abrufbar sind und durch Parteimitglieder als Druckausgabe in Sachsen verteilt wurden. Die einzelnen Regionalausgaben bestehen aus einem jeweils identischen Mittelteil des Landesverbandes. Die erste und letzte Seite enthalten Inhalte der regionalen NPD-Strukturen.

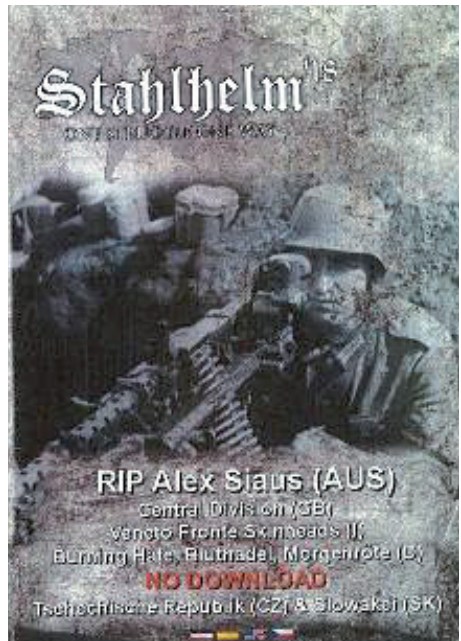
Bekannt wurden bisher die Regionalausgaben:

- █ BLICKPUNKT OBERLAUSITZ
- █ BLICKPUNKT DRESDEN
- █ BLICKPUNKT NORDSACHSEN
- █ BLICKPUNKT NIEDERSCHLESICIEN
- █ CHEMNITZER VOLKSZEITUNG
- █ DEITSCH UN FREI
- █ DENKANSTOB
- █ ELBE-RÖDER-ECHO
- █ GRENZLAND
- █ LEIPZIGER STIMME
- █ SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE NORD
- █ SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE SÜD
- █ VOGTLANDSTIMME

Darüber hinaus gibt die NPD Görlitz den BLICKPUNKT ZITTAU, die NPD Nordsachsen den BLICKPUNKT LIEBSCHÜTZBERG und die NPD Meißen die Publikation SOZIALE HEIMAT STREHLA heraus.

STAHLHELM

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/	subkulturell geprägte
Verantwortlicher:	Rechtsextremisten
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional



Die Publikation wird seit 2002 herausgegeben. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt in einer politisch-ideologischen Prägung mit subkulturellem Charakter. Zwar enthielten einige Ausgaben deutlich mehr Beiträge mit Bezug zur rechtsextremistischen Musikszene, dennoch wurde der ursprüngliche Anspruch der Publikation beibehalten. Die letzte Ausgabe erschien Ende 2011.

VIVA SAXONIA

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber/ Verantwortlicher:	subkulturell geprägte Rechtsextremisten
Erscheinungsturnus:	unbekannt
Auflage:	500
Verbreitung:	regional

Als klassisches Fanzine ist die Publikation inhaltlich auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet. Der Schwerpunkt liegt daher typischerweise auf Beiträgen zu rechtsextremistischer Musik.



1.8 Ausblick zum Rechtsextremismus

Die Verunsicherung der sächsischen NEONATIONALSOZIALISTEN hat zu einem Rückgang öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten geführt.¹²³ Die derzeit fehlenden Erfolgserlebnisse, insbesondere bei der Durchführung von Demonstrationen, führen dazu, dass die Szene die Erschließung neuer Strategien für eine künftig größere Außenwirkung in der Öffentlichkeit für erforderlich hält. Dies geschieht z. T. durch eine erhöhte Konspiration.

Derzeit sind für die sächsischen NEONATIONALSOZIALISTEN interne Veranstaltungen und Treffen von Führungskräften prägend, die die szeninterne

Vernetzung und damit die Handlungsfähigkeit stärken sollen.

NEONATIONALSOZIALISTEN werden, wie bereits in der Vergangenheit, weiterhin unter wechselnden Bezeichnungen öffentlich agieren. Sie bezwecken damit, Maßnahmen der Sicherheitsbehörden zu erschweren und in der Öffentlichkeit den Eindruck von zahlreichen aktionistischen Strukturen und von einem hohen Personenpotenzial zu erwecken.

Nach Verboten neonationalsozialistischer Organisationen in der Bundesrepublik und auch in Sachsen reagierte die

¹²³ Siehe Beitrag NEONATIONALSOZIALISTEN

neonationalsozialistische Szene zum Teil mit Scheinauflösungen, wie beispielsweise im Fall der REVOLUTIONÄREN NATIONALEN JUGEND (RNJ) Vogtland, oder auch mit einem Rückzug aus der Öffentlichkeit. Darüber hinaus versuchen Teile der sächsischen NEONATIONALSOZIALISTEN etwa in Geithain, Dresden und Mittelsachsen künftig unter dem Deckmantel des Parteienprivilegs der NPD zu agieren. Die bis dato in Sachsen nur mäßig aktive Jugendorganisation der NATIONALDEMOKRatischen PARTei DEUTSCHLANDS (NPD) wurde mittels Gründung mehrerer Stützpunkte reaktiviert. Damit ist zukünftig mit mehr Aktivitäten der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) zu rechnen, zumal Mitglieder verbotener rechtsextremistischer Vereinigungen bei den JN Unterschlupf finden könnten. Eine Etablierung der Partei DIE RECHTE, die in Nordrhein-Westfalen zu einem Auffangbecken für NEONATIONALSOZIALISTEN geworden ist, ist dagegen in Sachsen momentan nicht erkennbar.

Der NPD wird es immer schwerer fallen, geeignete Führungskräfte für Spitzenpositionen zu finden. Notlösungen, wie die mehrfache Besetzung von Führungspositionen in mehreren Kreisvorständen mit denselben Personen oder die Besetzung solcher Posten mit Aktivisten der Szene, werden die Folge sein.

Wenig erfolgversprechend für die NPD dürfte zudem die kommende Bundestagswahl sein. Parteifunktionäre werden sich nach Wegfall der 5%-Hürde voraussichtlich darauf konzentrieren, lukrative Sitze im Europaparlament zu gewinnen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die Rechtsextremisten die Nutzung ihrer knappen finanziellen und strukturellen Ressourcen auf den Erhalt der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ausrichten. Unsicher ist, ob die NPD bei diesen Wahlkämpfen wieder im vollen Umfang auf die Hilfe von NEONATIONALSOZIALISTEN

zurückgreifen kann. Teile dieser Szene distanzieren sich in Sachsen von der Partei und dem vom NPD-Bundesvorsitzenden APFEL propagierten Kurs.

Das Stimmungstief innerhalb der Partei wird weiter anhalten. Sowohl außerhalb als auch innerhalb der Partei mehren sich Stimmen, die den aktuellen Kurs der Partei unter Holger APFEL ablehnen. Initiiert von einem sächsischen NPD-Mitglied sollen sich Anhänger des ehemaligen Vorsitzenden in so genannten FREUNDKREISEN UDO VOIGT gesammelt haben. Die Vereinigung der APFEL-Gegner in diesen Gruppierungen kann bei einem manifesten Stimmungstief in der NPD weitere Parteiangehörige zum Austritt bewegen und solche Freundeskreise somit aufwerten.

Darüber hinaus machen die Neubesetzung des sächsischen NPD-Landesvorsitzes im Januar 2013 nach nur einem Jahr Amtszeit und die in diesem Zusammenhang öffentlich bekannt gewordenen Vorwürfe gegen den Bundesvorsitzenden APFEL den desolaten Zustand der Partei mehr als deutlich. Die NPD wird angesichts dieser Situation weiterhin Mitglieder verlieren und sich zu einer alternden Partei entwickeln.

Für besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden sorgten in den zurückliegenden Monaten Aktivitäten so genannter „Reichsideologen“. Deren Umtriebe erlangten mit dem Auftreten einer Gruppe von etwa 15 Personen in zumeist uniformähnlicher blauer Kleidung mit der Aufschrift „Deutsche Polizei“ und „DPHW“ („Deutsches Polizeihilfswerk“) in Verbindung mit Handgreiflichkeiten gegenüber einem Gerichtsvollzieher im November 2012 eine neue Qualität.

„Reichsideologen“ versuchen bereits seit geraumer Zeit, bei einer Vielzahl staatlicher Stellen vor allem mit Schreiben für Verwirrung zu sorgen, in denen sie beispielsweise die Legitimation der Bundesrepublik Deutschland anzweifeln und deshalb Verwaltungsakte ignorieren. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes zielte das Agieren dieser Personen allerdings vordergründig darauf ab, Zahlungen im Zusammenhang mit gegen sie gerichteten Bußgeldbescheiden zu entgehen.

Obwohl es sich bei einzelnen Personen in den Reihen der „Reichsideologen“ zweifellos um Rechtsextremisten handelt, stellen viele Reichsbürgergruppen nach bisherigen Erkenntnissen keine extremistische Struktur dar. Gleichwohl wird die Beobachtung von Rechtsextremisten in diesen Strukturen durch den

Verfassungsschutz auch weiterhin erfolgen. Unabhängig davon sind im Hinblick auf das Agieren der „Reichsideologen“ in erster Linie ein konsequentes Verwaltungshandeln sowie die Verfolgung von Straftaten angezeigt.

Der im Jahr 2012 beobachtete rückläufige Trend in Bezug auf rechtsextremistische Konzerte in Sachsen könnte sich weiterhin fortsetzen. Mitursächlich für den Rückgang der Konzertzahlen in Sachsen war insbesondere der Wegfall des Konzertobjektes in Rothenburg, Ortsteil Geheege. Sollte es der Szene nicht gelingen, neue geeignete Veranstaltungsobjekte zu finden, wird die Zahl der Konzerte zumindest stagnieren. Dies würde sowohl die Finanzierung rechtsextremistischer Aktivitäten als auch die Bemühungen zur Rekrutierung neuer Mitglieder beeinträchtigen.

1.9 Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen

1.9.1 Landkreis Bautzen

Im Landkreis Bautzen werden der rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Verfassungsschutzes zwischen 100 und 150 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenzugewinn hier somit im unteren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Bautzen verfügt über Strukturen in Hoyerswerda, Bautzen und in den Regionen Radeberg und Großröhrsdorf. Es bestehen enge

Kontakte zu Szeneangehörigen im brandenburgischen Raum.

Die neonationalsozialistische Szene in Hoyerswerda trat insbesondere im September 2012 mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen gewaltbereit in Erscheinung. Am 22. September versuchte eine Gruppe von Rechtsextremisten in Hoyerswerda, eine Demonstration zum Gedenken an die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in der Stadt im Jahr 1991 zu stören. Bei Identitätsfeststellungen der Polizei wurden zwei Rechtsextremisten in Gewahrsam genommen. Zwei weitere provozierten mit dem „Hitlergruß“ am Ort der

Abschlusskundgebung. Die Gedenkdemonstration verlief dennoch friedlich.



Videoprint aus einem bei YouTube veröffentlichten Video.

Die Rechtsextremisten hatten ihre Störabsichten bereits zuvor im Internet angekündigt. Dort hieß es: „Wir planen am 22.09.2012 eine spontane Gegendemonstration zur Demo der linken Zecken und wollen zeigen das Hoyerswerda in nationaler Hand bleibt.“¹²⁴ Außerdem wurden im Stadtgebiet von Hoyerswerda Flugblätter mit der Aufschrift „Anti-Antifa Hoyerswerda“, „Antifa Aufmarsch am 22.09.2012 Verhindern!!!“ geklebt, welche mit „Autonome Nationalisten Hoyerswerda“ unterschrieben waren.



Foto: Facebook.



Foto: Internet.

Bereits im August 2012 kam es in Hoyerswerda zu Farbschmierereien, die mit dem Kürzel ANH signiert wurden. Am 30. August 2012 sollen ca. 20 Rechtsextremisten in Hoyerswerda die Veranstaltung einer Jugendorganisation gestört haben, die der Partei „DIE LINKE.“ zugeordnet wird. Dabei soll „Scheiß Zeckenpack“ sowie „Verpissst euch – Hoyerswerda bleibt braun“ gerufen worden sein. Außerdem soll es am 22. September 2012 zu einem Übergriff auf das Bürgerbüro eines Mitgliedes des Bundestages der Partei DIE LINKE. in Hoyerswerda gekommen sein.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wies infolgedessen die zuständigen kommunalen Behörden und auch die Polizei – u. a. auch bei einem Aktionsforum am 28. November 2012 in Hoyerswerda – darauf hin, dass sich die Ablehnung des politischen Gegners künftig auch durch Gewaltanwendung äußern könne. Bestätigt wurde diese Einschätzung nicht nur durch den Angriff mehrerer Rechtsextremisten auf zwei Teilnehmer der o.g. Veranstaltung zum Gedenken an die ausländerfeindlichen Pogrome im Jahr 1991. Am 30. November 2012 kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit einem vermeintlichen politischen Gegner,

¹²⁴ Quelle: Facebook. Schreibweise wie im Original.

in deren Verlauf diesem durch einen Rechtsextremisten Reizgas ins Gesicht gesprüht wurde.

Rechtsextremistische Aktivitäten, wie die Verteilung von Flyern, weisen ferner auf die Existenz einer neonationalsozialistisch geprägten Struktur im Raum Großröhrsdorf hin.

Die neonationalsozialistischen Strukturen in Bautzen und im Raum Radeberg traten dagegen im Jahr 2012 kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

Bereits mehrfach nutzten Rechtsextremisten eine Gedenkstätte in Göda für Kranzniederlegungen. Auch am 18. November 2012 missbrauchten Rechtsextremisten den Volkstrauertag als „Heldengedenktag“ im revisionistischen Sinne, indem sie dort Kränze niederlegten. Diese Veranstaltung, an der sich nach Angaben im Internet etwa 70 Personen – darunter etwa 20 Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – beteiligten, war sachsenweit die größte Veranstaltung aus diesem Anlass.



Foto: Internetseite NETZWERKMITTE.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Landkreis Bautzen über einen kleinen, mäßig aktiven Kreisverband und nach eigenen Angaben über Ortsgruppen in Kamenz, Hoyerswerda und Bautzen. Der Schwerpunkt der NPD-Aktivitäten liegt in Kamenz. Dort nutzte die NPD ein Privatobjekt für ihre Veranstaltungen.

Bei den zurückliegenden Kommunalwahlen erzielte die Partei einzelne Kommunalmandate in Schönteichen, Bautzen, Radeberg, Hoyerswerda und Kamenz (hier: zwei Mandate). Im Kreistag des Landkreises Bautzen ist die Partei mit fünf Mandaten vertreten.

In der Öffentlichkeit treten die Mitglieder vereinzelt mit Materialverteilkaktionen, Informationsständen und Plakatierungen in Erscheinung.

Mitglieder des Kreisverbandes sammelten bereits im Februar/März 2011 Unterschriften für ein Bürgerbegehren, welches sich gegen die Errichtung eines Asylbewerberheims in Kamenz richtete. Dabei traten die Rechtsextremisten unter dem Mantel einer „Bürgerinitiative direkte Demokratie“ in Erscheinung. Daran anknüpfend führte die NPD am 2. November 2012 im Rahmen ihrer Kampagne „Einmal Sachsen und zurück – Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung stoppen“ auch eine Kundgebung in Kamenz durch, an der sich etwa 30 Personen beteiligten. Ebenfalls etwa 30 Szeneanhänger nahmen am 3. November 2012 an einer Aktion in Bautzen teil, bei der die Teilnehmer mit Fackeln durch die Stadt liefen.

Auf Initiative des sächsischen NPD-Landesverbandes fand am 1. Mai 2012 im Stadtgebiet von Bautzen eine Demonstration unter dem Motto

„Wir arbeiten – Brüssel kassiert. Raus aus dem Euro“ statt, an der sich rund 250 Parteianhänger beteiligten. Damit blieb die Teilnehmerzahl unter den erwarteten 300. Als Redner traten der Bundesvorsitzende der NPD Holger APFEL sowie der stellvertretende Vorsitzende des sächsischen NPD-Landesverbandes und Landesorganisationsleiter Maik SCHEFFLER auf.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Bautzen existiert eine nicht strukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Diese fällt insbesondere durch die Begehung rechtsextremistischer Straftaten in der Öffentlichkeit auf.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Bautzen	141	101	142
	davon Gewalttaten		
	2	3	5

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

REPRO-MEDIEN Radeberg

In Radeberg ist bereits seit September 2009 der rechtsextremistische Vertrieb REPRO-MEDIEN beheimatet, dessen Name für „Revolutionäre Propaganda“ steht. Der Versand hat sein

Angebot auf die neonationalsozialistische Szene ausgerichtet. In einer Selbsterklärung heißt es:

„(...) wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Propagandamittel für eine revolutionäre Erneuerung Deutschlands bereitzustellen. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden Netzversänden, da ihr unsere Erzeugnisse in dieser Form nirgendwo anders findet. Dazu gehören vor allem weltanschauliche Schriften, Aufkleber und ähnliches (...).“

Dementsprechend werden Aufkleber, Plakate, Broschüren und Propagandamaterial vertrieben, die szenetypisch ausländerfeindliche, antiisraelische sowie antiamerikanische Ressentiments schüren.

Betreiber von REPRO-MEDIEN ist der bekannte Rechtsextremist Simon RICHTER aus Radeberg, der dort mit einem Mandat der NPD im Stadtrat vertreten ist.



Foto: Internet.

Im Landkreis Bautzen fanden im Jahr 2012 nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Sachsen keine rechtsextremistischen Konzerte statt. Die rechtsextremistische Band THE GRANITS (vormals unter dem Namen DONARS GROLL aktiv), welche im Jahr 2012 die Tonträger „Tradition verpflichtet“ (Split-CD¹²⁵ mit SELBSTSTELLER) und „Noten aus Granit“ veröffentlichte, ist im Landkreis Bautzen ansässig.

¹²⁵ Interpreten verschiedener Bands sind an der Produktion beteiligt.

1.9.2 Chemnitz (Stadt)

In der Stadt Chemnitz gehören der rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz zwischen 200 und 250 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial hier somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

In Chemnitz existiert eine strukturierte und gut vernetzte neonationalsozialistische Szene, die unter Bezeichnungen wie FREIE KRÄFTE oder NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) öffentlich in Erscheinung tritt.

Es werden regelmäßig interne Vortrags- und Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Auch beteiligt man sich an rechtsextremistischen Veranstaltungen in Sachsen und anderen Bundesländern. Den NSC steht in Chemnitz ein eigenes Treffobjekt in der Markersdorfer Straße zur Verfügung.



Foto: LFV Sachsen.

Die Chemnitzer Rechtsextremisten brachten ihre politischen Ziele nicht nur im Internet zum Ausdruck, sondern präsentierten sich auch im Rahmen von Demonstrationen mit Losungen wie „BRD abwickeln – Deutschland befreien“.

Große Bedeutung misst die lokale rechtsextremistische Szene ihren alljährlichen Aktivitäten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg bei. Trotz einer umfangreichen, vor allem über das Internet betriebenen Mobilisierung fiel der in diesem Zusammenhang am 5. März 2012 organisierte Aufmarsch mit rund 250 überwiegend sächsischen Szeneangehörigen kleiner aus als noch in den Vorjahren. Bei der Auftakt- und Zwischenkundgebung traten bekannte Rechtsextremisten als Redner auf. Außerdem wurde im Rahmen der Zwischenkundgebung ein Video an eine Hauswand projiziert. Für die ursprünglich durch die Chemnitzer NPD angemeldete Demonstration war kurzfristig die in den Vorjahren bereits aktive so genannte „Interessengemeinschaft Chemnitz“ als neuer Anmelder benannt worden. Diese Ummeldung stand im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Führungswechsel an der Spitze der NPD und den daraus resultierenden Parteiaustritten in Chemnitz. NPD-Mitglieder konnten unter den Demonstrationsteilnehmern nur vereinzelt mit einem Transparent festgestellt werden.

Eng mit den NSC verbunden ist die neonationalsozialistisch geprägte Fußballfanggruppierung NEW SOCIETY (NS-Boys). Zwischen den Gruppierungen bestehen personelle Überschneidungen. Mitglieder der beiden Gruppen beteiligten sich an denselben rechtsextremistischen Veranstaltungen, z. B. an der Demonstration am 5. März in Chemnitz.



Logo der NS-Boys auf der Internetseite der Gruppierung.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der in Chemnitz ansässige NPD-Kreisverband verfügte in der Vergangenheit über enge Verbindungen zur neonationalsozialistischen Szene in Chemnitz, insbesondere zu den NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC). Ausdruck dieser Verbindungen waren einerseits gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten, andererseits aber auch die Unterstützung der NPD durch parteifreie Kräfte im Rahmen des Wahlkampfes der Partei.

Die mit dem Führungswechsel an der Bundes- und Landesspitze der NPD Ende 2011/Anfang 2012 einhergehenden Spannungen zwischen der NPD und Teilen der neonationalsozialistischen Szene führten auch in Chemnitz zu Mitgliederverlusten der Partei. In der NPD aktive ehemalige FREIE KRÄFTE waren offenbar nicht bereit, ihre eigenen ideologischen Positionen denen der NPD unterzuordnen.

Nachdem die NPD den organisatorischen Notstand über den Kreisverband Chemnitz verhängt hatte, erfolgte im April 2012 ein Neustart der Chemnitzer NPD.

Mitglieder des neuen NPD-Kreisverbandes und des RINGS NATIONALER FRAUEN (RNF) versuchten, Proteste der Bevölkerung gegen den Umzug eines Sexualstraftäters nach Chemnitz für medienwirksame Auftritte zu instrumentalisieren. NPD bzw. RNF organisierten im Juni zwei

Kundgebungen in diesem Zusammenhang. Darüber hinaus beteiligten sich Vertreter des Kreisverbands an Verteilaktionen, die sich thematisch gegen den Euro richteten.

Im Rahmen der Aktionswoche zum Thema „Einmal Sachsen und zurück – Asylmißbrauch und Islamisierung stoppen“ führte der NPD-Landesverband am 30. Oktober 2012 zwei Kundgebungen in Chemnitz mit jeweils ca. 30 Teilnehmern durch.

Bereits seit den Kommunalwahlen 2009 ist die NPD mit einem Mandat im Chemnitzer Stadtrat vertreten.

Aktivitäten der JN wurden in Chemnitz im Berichtsjahr nicht bekannt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

In Chemnitz existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder sich vor allem an Aktivitäten, wie rechtsextremistischen Konzerten sowie szeneeigenen Fußballveranstaltungen, beteiligen.

Dieser Szene zuzuordnen sind die **Hooligans**, **Nazis** und **Rassisten** (HooNARa). Diese rechtsextremistische Fußballfangruppierung trat zuletzt allerdings kaum öffentlich in Erscheinung.



Foto: Internetseite der HooNARa.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Chemnitz	128	127	115
	davon Gewalttaten		
	5	5	8

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

In Chemnitz wurde am 27. Oktober 2012 ein rechtsextremistisches Konzert mit ca. 200 Teilnehmern durchgeführt. Bei der Veranstaltung handelte es sich um die Feier zum achtjährigen Bestehen der Gruppierung NEW SOCIETY. Daran beteiligten sich neben Angehörigen der NEW SOCIETY auch Personen der neonationalsozialistischen und subkulturellen Szene. Das Konzert fand in den Räumlichkeiten einer öffentlichen Gaststätte in Chemnitz statt.



Foto: Internetseite der NS-Boys.

Die rechtsextremistischen Bands BLITZKRIEG und STURMKRIEGER sowie der Liedermacher BARNY stammen aus Chemnitz. STURMKRIEGER und BARNY traten im Jahr 2012 bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Freistaat Sachsen auf. BLITZKRIEG, eine der bekanntesten und populärsten deutschen Szene-Bands, war im Berichtszeitraum überwiegend im Ausland aktiv.



Cover der CD „Sachsensampler“ mit Mitgliedern der Band STURMKRIEGER.

Mit PC-RECORDS in Chemnitz ist einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe im Freistaat Sachsen ansässig. Der Umsatz des Unternehmens beträgt mehrere Hunderttausend Euro. Das Unternehmen verfügt über ein Kundenpotenzial von einigen Tausend Personen in Deutschland, dem europäischen Ausland sowie in Übersee.

Das Unternehmen besteht aus einem Ladengeschäft in Chemnitz, einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Das Sortiment umfasst vorwiegend Tonträger. Textilien sowie weiteres szenerelevantes Material werden nachrangig angeboten, vielfach besteht ein Bezug zur rechtsextremistischen Musikszene.

Darüber hinaus existiert in der Stadt ein weiteres Ladengeschäft, welches mit seinem Sortiment die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene versorgt.

1.9.3 Dresden (Stadt)

In der Stadt Dresden gehören der rechts-extremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen zwischen 250 und 300 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechts-extremistische Personenpotenzial somit im oberen Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

In Dresden sind etwa seit dem Jahr 2002 die FREIEN KRÄFTE DRESDEN (FKD) aktiv. Die FKD treten auch unter anderen Bezeichnungen wie FREIE NATIONALISTEN, FREIE AKTIVISTEN oder FREIE STRUKTUREN auf.



Quelle: Internet.

Die FKD streben die Schaffung einer von „Nationalem Sozialismus“ geprägten Gesellschaft als Alternative zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland an.

Die FKD gehören zu den aktivsten Zusammenschlüssen innerhalb der neonationalsozialistischen Szene in Sachsen. Sie organisierten im Jahr 2012 gemeinsam mit parteigebundenen Rechtsextremisten insbesondere die Demonstrationen am 13. Februar und am 17. Juni in Dresden.

C.a. 1.660 Rechtsextremisten versammelten sich am 13. Februar in Dresden um ihren alljährlichen Trauermarsch anlässlich der Bombardierung der

Stadt im Zweiten Weltkrieg durchzuführen. Anhand der mitgeführten Transparente konnten Szeneangehörige aus Leipzig, Chemnitz und Dresden, Pforzheim, Coburg, Celle, Bad Hersfeld, Weimar, Berlin und Neuruppin sowie die Organisationen Landesverband Sachsen der NPD, JN Sächsische Schweiz, RING NATIONALER FRAUEN (RNF) und NATIONALE SOZIALISTEN ERZGEBIRGE als Teilnehmer identifiziert werden. Darüber hinaus gehörten Vertreter aus Finnland, Holland, Tschechien, Russland, Schweden, Norwegen und Frankreich zu den Veranstaltungsteilnehmern. Aufgrund der Vielzahl von Gegendemonstranten musste der Trauermarsch stark verkürzt werden. Eine Gruppe von ca. 400 Rechtsextremisten weigerte sich nach Verkürzung der Route zunächst, den Marsch fortzusetzen. Erst durch die Einflussnahme des Versammlungsleiters gelang es, diese Personen zum Weitergehen zu bewegen.



Foto: Internet.

Teile der Szene, vor allem aber der Veranstalter selbst, werteten die Veranstaltung im Internet als Erfolg. Das wesentliche Ziel – die Durchführung des „Trauermarsches“ – sei erreicht worden.¹²⁶ Ein großer Teil der Teilnehmer zeigte sich jedoch bereits am Abend des 13. Februar

¹²⁶ Internetseite forum.thiazi.net.

enttäuscht über den Ablauf der Veranstaltung und verließ den Ort der Abschlusskundgebung nur widerwillig. Andere gaben ihren Unmut in Internetforen kund. Dort hieß es z. B.: *„Wir machen uns zum Gespött, wenn wir das als Erfolg werten.“* oder *„(...) wir wurden abgeschirmt, abgeschirmt von dem Volk das wir erreichen wollen mit einem Gedenkmarsch, abgeschirmt von jeglicher nützlicher Öffentlichkeit. Abgestellt auf einem Parkplatz und wie Hunde ne Runde um den Block geführt ...“*¹²⁷.

Seit 2007 führt das von Angehörigen der FREIEN KRÄFTE DRESDEN gegründete „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden rund um den 13. Februar zudem eine sogenannte „Aktionswoche 13. Februar“ durch. Im Jahr 2012 führten Rechtsextremisten in mehreren Bundesländern Aktionen in Rahmen dieser Aktionswoche durch, um das Thema einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. In Dresden beinhaltete diese Aktionswoche u. a. die Durchführung einer Saalveranstaltung, eines Stadtrundganges und eines Informationsstandes, das Aufstellen von Holzkreuzen und Kerzen an verschiedenen Stellen der Dresdner Innenstadt sowie das Verteilen von Flyern.



Fotos von „Aktionswoche 13. Februar“.
Quelle: Internetseite gedenkmarsch.de.



Mit der Mobilisierung für den 13. Februar 2013 begann das Aktionsbündnis bereits Mitte 2012. Bei größeren Veranstaltungen im Bundesgebiet, wie dem „11. Thüringentag der nationalen Jugend“ in Meiningen (Thüringen) am 9. Juni, dem Pressefest der „Deutschen Stimme“ am 11. August in Viereck (Mecklenburg-Vorpommern) und dem „Nationalen Frankentag“ am 8. September in Mainleus-Schwarzach (Bayern), war das Dresdner Aktionsbündnis jeweils mit einem Informationsstand vertreten.

Die FKD unterhalten z.T. enge Kontakte zu anderen FREIEN KRÄFTEN in Sachsen sowie zu Rechtsextremisten aus der Tschechischen

¹²⁷ Internetseite forum.thiazi.net. Schreibweise wie im Original.

Republik. Darüber hinaus trat mit Maik MÜLLER eine Führungsperson der FKD auch außerhalb Sachsens als Redner bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene in Erscheinung.



Mahnwache am 24. März 2012 in Dresden.

Foto: Internetseite.

Die im Jahr 2012 in mehreren Bundesländern erfolgten Durchsuchungen und Vereinsverbote waren für die rechtsextremistische Szene in Sachsen wiederholt Anlass für Aktionen und Solidaritätsbekundungen. Die FKD führten nach den Durchsuchungen im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder und Unterstützer des AKTIONSBÜROS MITTELREIN und weitere Angehörige der rechtsextremistischen Szene im März 2012 eine Mahnwache in Dresden durch. Die etwa 20 Teilnehmer trugen Transparente mit den Aufschriften „Aktiver Widerstand“ und „Mundtot durch Gummiparagrafen“.

Die FKD thematisierten im Berichtsjahr auch die Verbote weiterer rechtsextremistischer Gruppierungen auf ihrer Internetseite. Zum Teil wurden Beiträge von anderen

rechtsextremistischen Gruppierungen aus anderen Bundesländern übernommen. In den Beiträgen wird an die szeninterne Kameradschaft und Solidarität appelliert. Gleichzeitig wird aber angekündigt, dass man sich durch Vereins- und Versammlungsverbote nicht aufhalten lassen wolle. So heißt es beispielsweise in einem vom „Infoportal Schwaben“ auf die Internetseite der FKD übernommenen Beitrag:

„Mit dem Verbot der Dortmunder Gruppe und dem damit einhergehenden Verbot des Antikriegstages haben sie es geschafft uns in die eigene Verantwortung zu ziehen. Aus einer verbotenen, zentralen Demonstration wurden zahllose Aktionen, aus einer verbotenen Gruppe wurden dutzende Aktionsgruppen und aus dem Wiederbetätigungsverbot der Führungsfiguren wurde eine Autonomie geschaffen, die nicht kontrolliert werden kann.“¹²⁸

Der Artikel endet mit der kämpferischen Losung: „Der Widerstand ist eine Hydra!“. Ihre Internetseite nutzen die FKD darüber hinaus zur fortlaufenden Dokumentation ihrer Aktionen sowie zur Verbreitung ihrer Ideologie. Insbesondere Ereignisse, wie den von Rechtsextremisten im revisionistischen Sinne als „Heldengedenktag“ bezeichneten Volkstrauertag am 18. November, nutzen die FKD für ihre Argumentation. So betonten die FKD auf ihrer Internetseite die Bedeutung des „Heldengedenkens“ für die rechtsextremistische Szene:

„Somit zählt der Volkstrauertag zu einem der wichtigsten Termine für unsere Bewegung überhaupt. Der gemeinsame Gang an die Gräber derer, die für uns und die Zukunft des Vaterlandes Ihr Leben ließen, ist sichtbarer Ausdruck

¹²⁸ Internetseite NETZERMITTE.



17. Juni 2012 in Dresden.



Fotos: LfV Sachsen.

*untrennbarer Verbundenheit zur Ahnenkette unserer Schicksalsgemeinschaft.*¹²⁹

Auch das Videoportal YouTube wird von den FKD zur Verbreitung ihrer Ideologie genutzt. Insbesondere zur Mobilisierung für die Aktionen rund um den 13. Februar als auch zur Dokumentation einzelner Aktionen, wie der Wintersonnenwendfeier der FKD am 21. Dezember, werden Zusammenschnitte ins Internet eingestellt.

Treffobjekt der FKD ist ein Bürogebäude im Dresdner Stadtteil Niedersedlitz.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Dresden zählt zu den aktiveren Strukturen der Partei in Sachsen. Er tritt insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie dem Verteilen von Flugblättern, Kundgebungen oder Informationsstände in Erscheinung. Die Mitglieder des Kreisverbandes treffen sich regelmäßig zu Versammlungen.

Zwischen dem NPD-Kreisverband Dresden und den Dresdner NEONATIONALSOZIALISTEN existiert bereits seit mehreren Jahren eine enge Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Treffen, Absprachen zu geplanten Aktivitäten sowie gemeinsamer Teilnahme an Veranstaltungen. Diese Kooperation setzte die NPD auch im Jahr 2012 mit den FREIEN KRÄFTEN fort. Beispiele für die Zusammenarbeit sind etwa die Saalveranstaltung am 9. Februar 2012 anlässlich der Aktionswoche zum 13. Februar oder ein gemeinsamer Aufmarsch am 17. Juni 2012.

Hatten die FREIEN KRÄFTE noch im Vorjahr die Vereinnahmung der Demonstration anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 durch die NPD beklagt, so waren im Berichtsjahr offenbar nunmehr beide Seiten zu Kompromissen bereit. Obwohl die NPD die Demonstration am 17. Juni 2012 erneut dominierte, trat auch ein Vertreter der FREIEN KRÄFTE als Redner auf.

An der Demonstration unter dem Motto „Damals wie heute – Freiheit muss erkämpft werden!“ beteiligten sich Polizeiangaben zufolge rund 170 Personen, darunter neben

¹²⁹ Internetseite NETZWERKMITTE.

den Vertretern der NPD und der FREIEN KRÄFTE DRESDEN auch Anhänger der AUTONOMEN NATIONALISTEN AUE, der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Sächsische Schweiz, der JN Nordsachsen sowie der NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF).

Im Vorfeld der Demonstration hatten sich Rechtsextremisten an der offiziellen Kranzniederlegung der Stadt Dresden beteiligt.

Wie in den Jahren zuvor marschierten am 13. Februar 2012 in Dresden Mitglieder und Funktionäre der NPD, JN und des RNF zusammen mit FREIEN KRÄFTEN einhellig auf dem Trauermarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt. Darüber hinaus traten auf der von den FREIEN KRÄFTEN organisierten Veranstaltung auch NPD-Mitglieder als Redner auf.

Bedeutung erlangte der Dresdner NPD-Kreisverband darüber hinaus durch seine räumliche Nähe sowie die personellen Verbindungen zur NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Zwei Mitglieder des Kreisverbandes sind seit den Kommunalwahlen 2009 darüber hinaus im Stadtrat der Landeshauptstadt vertreten.

Am 1. Dezember 2012 wurde im Rahmen eines so genannten „3. Tag(es) der Heimat“ der JN-Stützpunkt Dresden neu gegründet. Vor etwa 60 Teilnehmern, die zum Teil aus anderen Regionen angereist waren, sprachen der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Dresden, Jens BAUR, sowie mehrere Funktionäre der JN.

JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e.V. (JLO) LANDESVERBAND SACHSEN-SCHLESIEEN

Die JLO fungierte bis einschließlich 2011 als Anmelder und Mitorganisator des alljährlichen „Trauermarsches“ von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945. Der „Trauermarsch“ hatte sich in dieser Zeit zur größten öffentlichkeitswirksamen Demonstration von Rechtsextremisten in Deutschland entwickelt und zählte damit zu den zentralen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene mit bundesweiter Bedeutung.

Offenbare Uneinigkeiten unter den Veranstaltern führten im Jahr 2012 dazu, dass die JLO erstmals nicht mehr als Organisator dieser zentralen Veranstaltung auftrat. Die ursprünglichen Versammlungsanmeldungen der JLO für Demonstrationen im Februar 2013 hatte der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Schlesien bereits im März 2012 zurückgezogen.

In dem im Internet veröffentlichten Beitrag „Dresden – oder die Unfreiheit in Deutschland – Gedanken zum Trauermarsch“ begründet die JLO im Februar 2013 diese Entscheidung:

„Im Jahr 2012 hat die JLO ihre Beteiligung an der Organisation beendet, unter anderem auch, weil sie ihre Vorstellungen von einem angemessenen Gedenken unter den gegebenen Gewaltverhältnissen nicht mehr verwirklichen konnte. ... Leider hat sich der Trauermarsch unter dem Druck der politischen Verhältnisse in eine andere Richtung entwickelt, als es von der JLO anfangs beabsichtigt war.“¹³⁰

¹³⁰ Internetmeldung der JLO Sachsen vom Februar 2013.

Für die rechtsextremistische Szene in Sachsen hat die JLO infolgedessen keine Bedeutung mehr.

Anmelder der unter dem Thema „Im Gedenken den Opfern des alliierten Bombenangriffes vom 13. Februar 1945“ stehenden Veranstaltung am 13. Februar 2012 war stattdessen ein Angehöriger der neonationalsozialistischen parteiunabhängigen FREIEN KRÄFTE DRESDEN.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den FREIEN KRÄFTEN existiert in Dresden eine mehrheitlich unstrukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Ihre Verbindungen bestehen hauptsächlich über persönliche Kontakte und gehen selten über die Stadtteile, in welchen die Betroffenen wohnen, hinaus. Abhängig vom Einfluss und vom Engagement der jeweils agierenden Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE oder vom Anlass einer Veranstaltung ist jedoch auch diese Szene insbesondere für Großereignisse mobilisierbar.

Ihre Treffpunkte befinden sich an öffentlich zugänglichen Plätzen, insbesondere in den Stadtteilen Leuben, Laubegast und Tolkewitz.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Dresden	250	281	189
	davon Gewalttaten		
	20	37	6

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Obwohl in Dresden eine traditionell starke rechtsextremistische Musikszene existiert, finden seit einigen Jahren im Stadtgebiet nur noch vereinzelt kleinere rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt. Mit den Gruppen SACHSONIA, PRIORITÄT 18, RACIAL PURITY und HOPE FOR THE WEAK sind mindestens vier aktive rechtsextremistische Bands bekannt, die aus Dresden stammen oder deren Formationen mehrere Dresdner Bandmitglieder angehören.

Das in Dresden ansässige und seit 2007 aktive Unternehmen OPOS-RECORDS besteht aus einem Szeneladen, einem Internet-Versand sowie einem Tonträgerlabel. Zu seinem Sortiment gehören Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien. Der Versand tritt als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der rechtsextremistischen Szene auf und bietet entsprechendes Material an. Der Inhaber war z.B. in die Organisation eines geplanten rechtsextremistischen Konzertes am 28. April 2012 in Lauchhammer (Brandenburg) involviert.

Binnen kurzer Zeit gelang es dem Vertrieb, sich u.a. durch die Produktion von Tonträgern szenerelevanter Bands zu etablieren. Bislang erschienen bei dem Label etwa 60 CDs, von denen acht wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurden. Bei OPOS-RECORDS wurde am 28. August 2012 eine Durchsuchungsmaßnahme wegen zweier strafrechtlich relevanter Tonträger durchgeführt.

1.9.4 Erzgebirgskreis

Im Erzgebirgskreis werden der rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Verfassungsschutzes zwischen 250 und 300 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial somit im oberen Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Erzgebirgskreis trat bisher mit vielfältigen Aktivitäten, wie Kundgebungen, Demonstrationen, Vortragsveranstaltungen sowie Liederabenden und Sonnwendfeiern in Erscheinung.

Zu den aktiven neonationalsozialistischen Strukturen im Erzgebirgskreis zählen das AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE (AE) sowie die AUTONOMEN NATIONALISTEN AUE (AN Aue).

Beim AE handelt es sich um das derzeit im Erzgebirgskreis scenebestimmende rechtsextremistische Kameradschaftsbündnis. Es ist zugleich Ausdruck der Vernetzung der regionalen NEONATIONALSOZIALISTEN. Obwohl das AE in der Öffentlichkeit nur selten unter seinem Namen auftritt, lassen sich ihm verschiedene Aktivitäten zuordnen. Dazu zählt im Berichtsjahr z. B. die Pflege eines Denkmals im Erzgebirge durch „junge Deutsche“ und die damit verbundene Ehrung von im ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten.¹³¹ Diese Aktion steht im Kontext mit dem von den Rechtsextremisten zelebrierten „Heldengedenken“.

NEONATIONALSOZIALISTEN aus dem Erzgebirgskreis unterhalten zudem Verbindungen zu

Rechtsextremisten aus benachbarten Regionen sowie aus Tschechien, mit denen sie auch gemeinsame Aktionen durchführen.



Aufkleber des AKTIONSBÜNDNISSES ERZGEBIRGE.

Die seit 2012 bekannte Gruppierung AN Aue verfügt über Verbindungen zum AE. Eigenen Darstellungen im Internet zufolge sehen sich die AN Aue als eine Gruppe „volkstreuere Jugendlicher“ aus dem Erzgebirge, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, „diesem System die Stirn zu bieten“. Sie fordern in diesem Zusammenhang „Komm mit uns auf die Straße und ... WERDE AKTIV...!!!“¹³²



Abbildung: Internetseite der AN Aue.

Die AN Aue sind insbesondere überregional sehr aktiv. Bereits mehrfach traten sie mit einem eigenen Banner öffentlichkeitswirksam in Erscheinung, so etwa bei der Demonstration von Rechtsextremisten am 17. Juni 2012

¹³¹ Internetmeldung des AE vom Mai 2012.

¹³² Homepage der AN Aue.

in Dresden. Darüber hinaus nahmen die AN Aue auch an Demonstrationen von Rechtsextremisten in anderen Bundesländern teil, u. a. im Mai 2012 in Weimar (Thüringen), im August 2012 in Bad Nenndorf (Niedersachsen) und im Oktober 2012 in Dessau (Sachsen-Anhalt).



17. Juni 2012 in Dresden.

Foto: Internetseite der AN Aue.

Neben dem AE und der AN Aue existiert in Schneeberg die rechtsextremistische Kameradschaft DRACHENKOPF, die jedoch innerhalb dieser Szene im Erzgebirgskreis eher von geringer Bedeutung ist.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Erzgebirgskreis über einen aktiven Kreisverband, der im Jahr 2007 durch Fusion der ehemaligen NPD-Kreisverbände Annaberg, Aue-Schwarzenberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis entstanden ist. In Schneeberg und in Geyer verfügt die NPD über Ortsverbände. Auch die NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) ist im Raum Chemnitz-Erzgebirge mit einer Regionalgruppe vertreten. Strukturen der NPD-Jugendorganisation JN waren im Erzgebirgskreis 2012 nicht festzustellen.

Im Ergebnis der Kommunalwahlen 2008/2009 konnte die NPD insgesamt zehn Stadt- bzw. Gemeinderatsmandate (in Jahnsdorf, Gele nau, Großbrückerswalde, Löbnitz, Olbernhau, Schneeberg, Bad Schlema, Zschopau, Annaberg-Buchholz) und fünf Kreistagsmandate im Erzgebirgskreis erzielen.

In ihrem Bemühen um öffentliche Aufmerksamkeit versucht die NPD, sich regional als „Kümmerer“ zu präsentieren. Dabei gibt die NPD vor, die einzige politische Vertretung zu sein, die die Probleme der Bevölkerung beachtet und berücksichtigt. So zeigte sie sich besorgt über geplante Schulschließungen und verteilte Zuckertüten an einer Schule. Auch schürte sie fremdenfeindliche Ressentiments, indem sie z. B. in Schneeberg die Nutzung einer Kaserne als Asylbewerberheim entsprechend thematisierte.

Mit mehreren öffentlichen Aktionen, wie einem Informationsstand in Johannegeorgenstadt, suchte die NPD ihrer Parteikampagne „Raus aus dem Euro“ Nachdruck zu verleihen.



Infostand der NPD.

Foto: Internetseite des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Mario LÖFFLER wurde im Januar 2012 in der Nachfolge von Holger APFEL zum neuen Landesvorsitzenden der NPD in Sachsen gewählt. Bei der darauf folgenden Wahl im Januar 2013 kandidierte er jedoch nicht mehr für dieses Amt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Erzgebirgskreis gibt es eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Anhänger sich vor allem an Aktivitäten wie rechtsextremistischen Konzerten sowie szen-einternen Fußball- oder Kampfsportveranstaltungen beteiligen. Da diese Sportarten gerade bei Jugendlichen populär sind, bieten sie rechtsextremistischen Gruppierungen die Möglichkeit, sich potenziellem Nachwuchs attraktiv zu präsentieren und diesen ggf. zu rekrutieren.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Erzgebirgskreis	67	107	111
	davon Gewalttaten		
	3	1	0

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Im Erzgebirgskreis sind folgende auch 2012 aktive rechtsextremistische Bands ansässig: MOILER (2012: CD „Subkultur“), T.H.O.R. und VERBOTEN. Auch einzelne Mitglieder der Gruppe WHITE RESISTANCE stammen aus dieser Region. Für das Berichtsjahr liegen keine Erkenntnisse über die Veranstaltung rechtsextremistischer Konzerte in dem Landkreis vor.



Cover der CD „Subkultur“.

Es ist ein Ladengeschäft ansässig, welches sein Sortiment einseitig auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet hat.

1.9.5 Landkreis Görlitz

Im Landkreis Görlitz werden der rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Verfassungsschutzes zwischen 150 und 200 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten

Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial im Landkreis Görlitz somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Sachsen gibt es im Landkreis mehrere neonationalsozialistisch geprägte Strukturen, so in Görlitz und in der Region Zittau. Anhaltspunkte für vorhandene Strukturen gibt es auch im Raum Weißwasser. Besonders aktiv sind die Kameradschaft Boot Boys GÖRLITZ und die AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ (AG Görlitz).

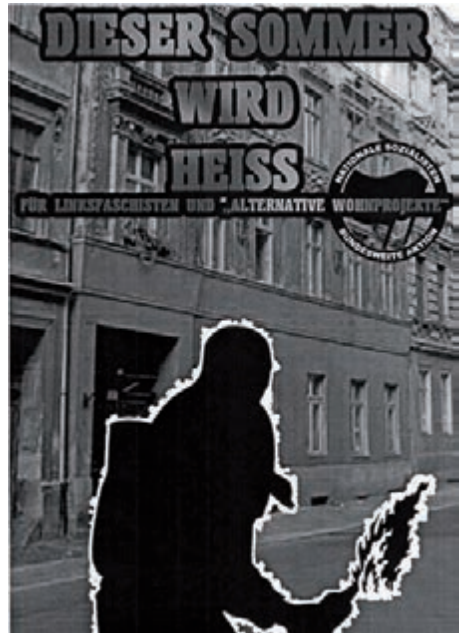
Die Kameradschaft Boot Boys GÖRLITZ wurde dem Landesamt für Verfassungsschutz erstmals im Mai 2002 bekannt. Deren Mitglieder beteiligten sich bisher an verschiedenen szeneninternen rechtsextremistischen Veranstaltungen oder waren selbst Veranstalter. Einzelne Mitglieder traten auch gewaltbereit in Erscheinung. Für ihre internen Aktivitäten nutzt die Kameradschaft ein Treffobjekt in der Stadt.

Die AG Görlitz, die zuvor unter FREIE AKTIVISTEN GÖRLITZ (FREIE KRÄFTE) bzw. ANTI/ANTIFA GÖRLITZ in Erscheinung getreten war, ist dem Verfassungsschutz Sachsen seit 2009 bekannt.

Im Juni 2012 drohte die AG Görlitz im Internet damit, auf ein alternatives Wohnprojekt in Görlitz einen Brandanschlag zu verüben. Dabei wurde die Silhouette einer Person gezeigt, welche im Begriff ist, einen Molotowcocktail auf das Gebäude des Wohnprojektes zu werfen. Das Bild war mit dem Text überschrieben: „DIESER SOMMER WIRD HEISS – FÜR LINKSFASCHISTEN UND ALTERNATIVE WOHNPROJEKTE – Nationale Aktivisten – Bundesweite Aktion“.

Bereits im Jahr 2008 war dieses Görlitzer Objekt von zwölf Personen, darunter auch Personen, die der AG Görlitz zugerechnet werden, mit Pflastersteinen und mittels einer Baustellenabspernung angegriffen worden.

Dies unterstreicht die Ernsthaftigkeit der im Berichtsjahr veröffentlichten Drohung.



Ankündigungen der AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ auf ihrer Internetseite.

Vertreter der AG Görlitz beteiligen sich darüber hinaus an verschiedenen rechtsextremistischen Veranstaltungen, wie dem „Trauermarsch“ von Rechtsextremisten am 13. Februar 2012 in Dresden anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg.

Am 17. Juni 2012 wurden durch die AG Görlitz Puppen vor dem Görlitzer Gerichtsgebäude abgelegt, welche Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 symbolisieren sollten. Auch wurde ein Transparent am Baugerüst des Rathauses angebracht.



Ankündigungen der AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ auf ihrer Internetseite.

In den vergangenen Jahren führten Rechtsextremisten mehrere Fußballturniere durch, zuletzt am 17. März 2012 in Görlitz. Ein bekannter Rechtsextremist hatte dieses Turnier im Namen eines regionalen Fußballvereins angemeldet. Es nahmen etwa 150 Personen teil.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Landkreis Görlitz über einen mittelgroßen und mäßig aktiven Kreisverband, der in einzelne Ortsgruppen untergliedert ist. Der Schwerpunkt des Kreisverbandes lag bislang in der Stadt Görlitz. Die NPD musste im Jahr 2011 ein von ihr genutztes Objekt – es gehörte einem ehemaligen NPD-Schatzmeister – räumen, da es im Jahr zuvor von einer

Wohnungsbaugesellschaft im Rahmen einer Zwangsversteigerung erworben wurde. Nachdem das Objekt in Görlitz nicht mehr zur Verfügung stand, verlagerte die NPD ihre Treffen nach Zittau. Das Parteileben der NPD im Landkreis Görlitz findet überwiegend in Form von internen Versammlungen statt. Gelegentlich organisierten die Mitglieder des Kreisverbandes Informationsstände. Am 5. Dezember 2012 führte der Kreisverband eine Kundgebung in Görlitz vor dem Theater unter dem Motto „Eurokrise – Europa braucht den Euro nicht“ durch. Diese Veranstaltung fand im Zusammenhang mit einer Buchlesung statt.

Darüber hinaus nutzen die Mitglieder das Internet zur Verbreitung von Informationen, wobei die kommunalpolitische Präsenz der NPD eine besondere Rolle spielt.

Die Partei erzielte bei den Kommunalwahlen 2008/2009 insgesamt fünf Kreistags- und sieben Stadt- bzw. Gemeinderatsmandate. Gleichwohl haben ein NPD-Mandatsträger im Kreistag sowie der NPD-Stadtrat in Rothenburg die Partei inzwischen verlassen.

Obwohl die JN als Jugendorganisation der NPD im Landkreis Görlitz keine Organisationsstruktur hat, nutzte sie wie auch die NPD in der Vergangenheit verschiedene Objekte am Quitzdorfer Stausee.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Die regionale subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene entfaltet nur geringe Aktivitäten mit Außenwirkung. So werden vor allem Veranstaltungen wie Sonnenwendfeiern, Sommerfeste oder Sportwettkämpfe durchgeführt.

Die in Niesky ansässige Kameradschaft SCHLESISCHE JUNGS führt überwiegend interne Treffen

und subkulturell geprägte Freizeitaktivitäten durch. Die Gruppierung verfügt nach wie vor über ein Treffobjekt in Niesky.

Der NATIONALE JUGENDBLOCK e.V. (NJB) existiert seit Dezember 1991. Er führt überwiegend szeneninterne Veranstaltungen durch, wie z.B. rechtsextremistische Konzerte sowie Frühlings- und Herbstfeste auf einer Wiese in Mittelherwigsdorf. Seine Bedeutung für die regionale Szene nahm in den zurückliegenden Jahren ab. Bestrebungen, überregional als extremistischer Personenzusammenschluss aufzutreten, sind derzeit nicht erkennbar. Gleichwohl bestehen Kontakte zu rechtsextremistischen Strukturen im regionalen Umfeld.

Der NJB verfügt seit mehreren Jahren über ein Vereinshaus in Zittau, das sowohl als Treffobjekt als auch als Veranstaltungsort dient.



NJB-Objekt in Zittau.
Foto: LfV Sachsen.

Straftaten

Der Vergleich der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten im Landkreis Görlitz mit dem Freistaat Sachsen stellt sich wie folgt dar:

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Görlitz	175	106	104
	davon Gewalttaten		
	14	5	0

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Die Aktivitäten der rechtsextremistischen Musikszene lagen im Landkreis Görlitz in den letzten Jahren im sachsenweiten Vergleich deutlich über dem Durchschnitt. Ursächlich dafür sind insbesondere einschlägig genutzte Szeneobjekte der Region. Insbesondere mit der Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ in Rothenburg, Ortsteil Gehege, standen der rechtsextremistischen Szene ab dem Jahr 2009 Räumlichkeiten zur Verfügung, welche weit über den Landkreis Görlitz hinaus Bedeutung hatten. Mit der Schließung dieser Gaststätte Ende April 2012 verlor die rechtsextremistische Szene in Sachsen eines ihrer wichtigsten Veranstaltungsobjekte.



Gasthof „Zur Deutschen Eiche“.

Foto: LfV Sachsen.

Das Gebäude rückte erstmals mit einer angemeldeten NPD-Veranstaltung am 21. März 2009, einem so genannten „Vortrags- und Musikalischen Abend“, in den Fokus von Behörden. Im weiteren Verlauf entwickelte sich die Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ zum bisher bedeutendsten Szeneobjekt für die Durchführung rechtsextremistischer Konzerte in Sachsen. Von März 2009 bis Ende April 2012 wurden dem Landesamt für Verfassungsschutz

39 geplante rechtsextremistische Konzerte bekannt, von denen 35 Veranstaltungen durchgeführt wurden. Die Polizei löste zwei Konzerte vorzeitig auf und verhinderte zwei geplante Veranstaltungen im Vorfeld.

Einige Konzerte in Gehege mit Auftritten bekannter rechtsextremistischer Bands erreichten in der Szene zum Teil deutschlandweite Beachtung und wurden dementsprechend gut besucht. So nahmen an einer Konzertveranstaltung zu Ehren des NS-Kriegsverbrechers Erich PRIEBKE am 12. November 2011 ca. 1.300 Personen teil. Hauptgrund für die große Besucherzahl dürfte der Auftritt der Berliner-Kult-Band DIE LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG gewesen sein.

Obwohl bei den meisten Konzerten der Objekteigentümer selbst als offizieller Veranstalter auftrat, lag die Organisation tatsächlich häufig in den Händen von langjährigen Aktivisten der rechtsextremistischen Musikszene, welche in der Regel aus anderen Regionen Sachsens, aber auch aus Brandenburg und Berlin stammten.

1.9.6 Landkreis Leipzig

Nach Einschätzung des LfV gehören im Landkreis Leipzig zwischen 200 und 250 Personen der rechtsextremistischen Szene an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial im Landkreis somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Leipzig verfügt über Strukturen in Geithain und im Raum Kohren-Sahlis und Froburg. Die regionalen NEONATIONALSOZIALISTEN verfügen

über zum Teil enge Kontakte zu Szeneangehörigen im Raum Mittelsachsen.

Schwerpunkt der sehr aktiven, gewaltbereiten und straff geführten Szene im Landkreis Leipzig ist die Region Geithain. Führungsperson ist Manuel TRIPP aus Geithain, der außerdem mit einem NPD-Mandat im dortigen Stadtrat vertreten ist.

In der Öffentlichkeit trat die regionale Szene zumeist unter der Bezeichnung „NATIONALE SOZIALISTEN GEITHAIN“ auf. Das Gewaltpotenzial der

NEONATIONALSOZIALISTEN richtete sich in der Vergangenheit hauptsächlich gegen den vermeintlichen politischen Gegner.

Als durch die Medien nach Übergriffen auf eine örtliche Pizzeria ein möglicher rechtsextremistischer Hintergrund der Taten thematisiert wurde, führten Geithainer Rechtsextremisten eine Plakatierungsaktion durch, in der sie sich gegen eine Kriminalisierung der Szene im Zusammenhang mit den Gewalttaten aussprachen.



Klebaktion in Geithain.

Foto: Internetseite FREIES NETZ GEITHAIN.

Im Berichtsjahr organisierten Geithainer Rechtsextremisten einen Aufzug mit Kundgebungen unter dem Motto „Gegen Kinderschänder“. Anlass dafür war eine Presseveröffentlichung, wonach ein Geithainer Einwohner wegen sexuellen Missbrauchs eines elfjährigen Mädchens zu einer Haftstrafe verurteilt worden war. Die kurzfristige Mobilisierung und die Beteiligung von mehr als 100 Personen verdeutlicht, dass das Thema „Kindesmissbrauch“ auch weiterhin

von der rechtsextremistischen Szene als Aufhänger für eigene Aktivitäten genutzt wird.



25. November 2012 in Geithain.

Foto: Internetseite Indymedia.

Des Weiteren hat ein Geithainer Jugendclub, welcher nach Auffassung der NEONATIONALSOZIALISTEN „ein Hort Linksextremer ist“¹³³, für die Rechtsextremisten Anlass zur Agitation gegen den politischen Gegner gegeben. In provokativer Art und Weise wurden Veranstaltungen des Jugendclubs auf einschlägig bekannten rechtsextremistischen Twitterseiten veröffentlicht und gleichzeitig ein freier und politisch unabhängiger Jugendclub gefordert.

Geithainer NEONATIONALSOZIALISTEN gründeten Ende 2012 einen örtlichen Stützpunkt der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN). Ihm steht mit Manuel TRIPP die Führungsperson der regionalen neonationalsozialistischen Szene vor.

Die neonationalsozialistischen Strukturen im Raum Kohren-Sahlis und Frohburg – FREIE KRÄFTE KOHRENER LAND und FREIE KRÄFTE FROHBURG – sind insbesondere über deren Führungspersonen eng miteinander, wie auch überregional, vernetzt.

¹³³ Vgl. Internetseite FREIES NETZ BORNA/GEITHAIN (Seite nicht mehr abrufbar).

Am 25. März 2012 führten Rechtsextremisten u.a. aus den Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen sowie aus Chemnitz auf dem Hof von Schloss Colditz eine so genannte „Unsterblichen“-Aktion¹³⁴ in Form eines Flashmobs¹³⁵ durch. Ca. 30 weiß maskierte und schwarz gekleidete Personen skandierten dabei Parolen wie: „Nationaler Sozialismus“.



25. März 2012 in Colditz.

Foto: LfV Sachsen.

Eine weitere so genannte „Unsterblichen“-Aktion fand am 19./20. Mai 2012 in Kohren-Sahlis auf dem Töpfermarkt statt.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Landkreis Leipzig war die NPD bis Anfang des Jahres 2012 mit einem funktionsfähigen Kreisverband vertreten, dessen Aktivitäten regional unterschiedlich ausgeprägt waren. Der Schwerpunkt lag im Bereich des ehemaligen Muldentalkreises. Die Außenwirkung dieses NPD-Kreisverbandes war allerdings vergleichsweise gering.

Nachdem im März 2012 der gesamte Vorstand des Kreisverbandes zurückgetreten und aus der NPD ausgetreten sein soll, wurde der Kreisverband auf Beschluss des NPD-Landesvorstandes

unter eine so genannte organisatorische Notverwaltung gestellt.

Dem vorausgegangen waren öffentlich ausgetragene Konflikte zwischen dem sächsischen NPD-Landesvorstand und einzelnen Aktivisten aus dem Umfeld des NPD-Kreisverbandes.

Nunmehr soll der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende des Kreisverbandes Nordsachsen, Maik SCHEFFLER, den NPD-Kreisverband Landkreis Leipzig offiziell leiten. Trotz anderslautender Darstellung der NPD wird davon ausgegangen, dass die Partei im Landkreis Leipzig derzeit über keine funktionierenden Strukturen verfügt.

Bei den Kommunalwahlen der Jahre 2008 und 2009 hatte die NPD im Landkreis Leipzig vier Mandate für den dortigen Kreistag sowie insgesamt zwölf Mandate in den Stadt- bzw. Gemeinderäten von Borna, Thallwitz, Machern, Brandis, Trebsen, Mutzschen, Bad Lausick, Großbothen, Geithain, Parthenstein und Wurzen (dort zwei Mandate) erzielt. Mit den Parteiaustritten Anfang 2012 im Landkreis Leipzig dürfte die NPD allerdings einige ihrer Mandatsträger wieder verloren haben.

Die Jugendorganisation der NPD verfügt im Landkreis Leipzig über die JN-Stützpunkte Muldental und Geithain. Der überwiegend in der Region Wurzen agierende JN-Stützpunkt Muldental wurde eigenen Angaben zufolge im November 2009 gegründet und gehörte im Vergleich zu anderen aktiven JN-Strukturen in Sachsen bis Ende 2011 zu den aktivsten. Mit Aktionen, wie der Beteiligung am Festumzug zum 850. Stadtjubiläum in Trebsen am 29. Mai

¹³⁴ Siehe Verfassungsschutzbericht 2011, S. 13 ff und S. 76ff.

¹³⁵ Kurze und scheinbar spontane Ansammlung von Menschen: hier mit politischem Hintergrund.

2011 sowie der so genannten „Aktionswoche“ der JN Muldentale im September 2011 mit Informationstischen und einer Kundgebung im Stadtgebiet von Wurzen, versuchten die JN Muldentale, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen und politisch interessierte Jugendliche für sich zu gewinnen. Außerdem beteiligten sich die JN Muldentale bis 2011 am jährlichen Trauermarsch von Rechtsextremisten anlässlich des „Heldengedenkens“ in Wurzen, wobei der Leiter des JN-Stützpunktes Muldentale, Mathias KÖNIG, mehrfach als Versammlungsleiter und Redner auftrat.



Abbildung auf der Internetseite der JN.

In der Vergangenheit bestanden gute Verbindungen des JN-Stützpunktes Muldentale zu anderen rechtsextremistischen Strukturen. Dies zeigte sich insbesondere in der Durchführung zahlreicher rechtsextremistischer Veranstaltungen unter der Beteiligung von Vertretern

verschiedener Gruppierungen, wie beispielsweise eines Fußballturniers der JN, der NPD und der FREIEN KRÄFTE am 18. Juni 2011 in Hohenwuszen (Gemeinde Naundorf, Landkreis Nordsachsen) mit ca. 70 Teilnehmern. Teilweise traten die JN Muldentale auch unter der Bezeichnung JN-Muldental/NATIONALE SOZIALISTEN MULDENTALE auf.

Seit Beginn des Jahres 2012 waren die Aktivitäten des JN-Stützpunktes stark rückläufig und blieben szeneeintern. So führten die JN Muldentale im März 2012 einen „Kulturausflug“ nach Wurzen durch und beteiligten sich am 10. Februar 2012 an einer Vortragsveranstaltung sowie am 28. April 2012 am 3. Kameradschaftslauf des JN-Landesverbandes. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der JN-Muldentale wurden im Berichtsjahr hingegen kaum bekannt.

Mit den JN Geithain wurde im November 2012 der zweite JN-Stützpunkt im Landkreis Leipzig gegründet. Für ihre Aktivitäten nutzten Rechtsextremisten im Landkreis Leipzig immer wieder einen Steinbruch in Mutzschen, Ortsteil Roda. Neben insbesondere überregionalen NPD-Veranstaltungen finden dort auch rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Leipzig existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Abhängig von der Stärke und vom Engagement der jeweils agierenden Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE oder vom Anlass der Veranstaltung ist diese Szene insbesondere zu Großereignissen mobilisierbar.

Eine bekannte Gruppe des subkulturellen Spektrums im nördlichen Landkreis Leipzig ist die TERRORCREW MULDENTALE (TCM). Mitglieder der TCM

beteiligten sich in der Vergangenheit hauptsächlich an rechtsextremistischen Veranstaltungen, wie rechtsextremistischen Fußballturnieren, Parties sowie Konzerten.

Darüber hinaus sind Verbindungen zwischen der TCM und der NPD bekannt. Diese wurden erstmals im Jahr 2009 im Zusammenhang mit Übergriffen beim Fußballspiel FSV Brandis gegen Roter Stern Leipzig am 24. Oktober 2009 in Brandis deutlich.

Etwa 50 Rechtsextremisten überfielen im Stadion des Fußballvereins 1921 Brandis e.V. Fans und Spieler des Vereins Roter Stern Leipzig wegen ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zum politisch linken Spektrum. Unter den Tatverdächtigen befanden sich TCM- und NPD-Mitglieder bzw. Personen mit Verbindungen zur NPD, die bei den Kommunalwahlen 2009 für die NPD im Landkreis Leipzig kandidiert hatten. Mehrere Mitglieder bzw. Anhänger der TCM, darunter auch solche mit Bezug zur NPD, wurden bereits wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Leipzig	126	105	117
	davon Gewalttaten		
	7	6	0

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Mit den Bands ARYAN HOPE (CD „Recht auf Zukunft“) und EASTSIDE sind derzeit zwei rechtsextremistische Musikgruppen aus dem Landkreis Leipzig aktiv.



Cover der CD „Recht auf Zukunft“.

FRONT RECORDS

Mit FRONT RECORDS ist einer der wichtigsten rechtsextremistischen Vertriebe im Freistaat Sachsen im Landkreis Leipzig ansässig. FRONT RECORDS vertreibt insbesondere Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien und verfügt schätzungsweise über mehrere Tausend Kunden im In- und Ausland. Der Umsatz des Vertriebes dürfte bei mehreren Hunderttausend Euro jährlich liegen. Der Vertrieb besteht aus einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Außerdem stehen technische Möglichkeiten zum Textildruck zur Verfügung.

Das zugehörige Tonträger-Label brachte bislang über 60 Tonträger einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. 16 Produktionen wurden bislang wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

(BPJM) indiziert. Einen Angebotsschwerpunkt stellen Textilien dar, die in ihrer Gestaltung vielfach Versatzstücke der rechtsextremistischen Weltanschauung transportieren.

Darüber hinaus ist der Vertrieb in einen Unternehmenskomplex eingebettet, dem weitere, vordergründig nicht extremistische Gewerbe zugerechnet werden. Teilweise stehen diese in Verbindung mit dem Handel mit bedruckten Textilien.

1.9.7 Leipzig (Stadt)

Nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz gehören in der Stadt Leipzig 300 bis 350 Personen der rechtsextremistischen Szene an. Damit befindet sich hier der Schwerpunkt rechtsextremistischen Personenpotenzials im Freistaat Sachsen.

NEONATIONALSOZIALISTEN

In Leipzig existiert eine neonationalsozialistische Szene, die neben den FREIEN KRÄFTEN LEIPZIG auch die Gruppierungen AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG und HEIMAT-TREUES LEIPZIG umfasst. Diese treten mit Aktivitäten wie Kundgebungen, Vortragsveranstaltungen oder Liederabenden in Erscheinung. Zudem unterhält die Szene überregionale Verbindungen zu Rechtsextremisten und beteiligt sich an entsprechenden Aktivitäten in anderen Bundesländern. Im Vergleich zu den Vorjahren nahm im Jahr 2012 das öffentlichkeitswirksame Aktionsniveau der neonationalsozialistischen Szene Leipzig jedoch merklich ab. Dies ist zum einen auf die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Scheitern zweier Großdemonstrationen in den Jahren 2009 und 2010 zurückzuführen. Zum anderen waren Spannungen zwischen den FREIEN KRÄFTEN und der NPD im Vorjahr bezüglich der gemeinsamen Nutzung des Szeneobjektes Odermannstr. 8 ursächlich für diese Entwicklung.



Szeneobjekt Odermannstraße 8 in Leipzig.

Foto: LFV Sachsen.

Als aktivste Gruppierung der neonationalsozialistischen Szene Leipzigs trat im Berichtsjahr das AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG in Erscheinung. Über seine Internetpräsenz veröffentlicht die Gruppierung eigene Beiträge zu aktuellen politischen Themen, berichtet über rechtsextremistische Aktivitäten oder stellt auf dieser Plattform Beiträge anderer rechtsextremistischer Gruppierungen ein. Zudem besitzt die Gruppierung einen Twitter-Account, über den ebenfalls aktuelle Beiträge veröffentlicht werden. Das AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG stellte diesen Twitter-Zugang für eine ursprünglich in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) geplante Demonstration – dem so genannten „8. Nationalen Antikriegstag“ – zur Mobilisierung und Informationsweitergabe zur Verfügung. In Nordrhein-Westfalen waren zuvor mehrere neonationalsozialistische Gruppierungen

verboten und Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei durchgeführt worden. Die in diesem Fall erfolgte Vernetzung über Twitter veranschaulicht die überregionalen Verbindungen des AKTIONSBÜNDNISSES LEIPZIG.

Darüber hinaus führten Rechtsextremisten aus Sachsen und Thüringen am 1. September 2012 am Leipziger Völkerschlachtdenkmal eine Ersatzveranstaltung für die verbotene Demonstration zum „Antikriegstag“ in Dortmund durch.



Banner des AKTIONSBÜNDNISSES LEIPZIG.

Foto: Internetseite des AKTIONSBÜNDNISSES LEIPZIG.

Ferner agiert neben dem AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG die Gruppierung HEIMATREUES LEIPZIG innerhalb der Leipziger neonationalsozialistischen Szene. Wie bereits 2011 trat diese am 13. Februar 2012 mit einem eigenen Transparent zum Trauermarsch der rechtsextremistischen Szene in Dresden öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Leipzig gehört zu den mitgliederstärksten NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. Die Aktivitäten des Kreisverbandes bestehen überwiegend in der Durchführung von Mitgliederversammlungen und anderen internen Veranstaltungen.

Die Kreisgeschäftsstelle der NPD in der Odermannstraße 8 in Leipzig-Lindenau ist als Anlaufpunkt

für die rechtsextremistische Szene im Raum Leipzig von zentraler Bedeutung. Das Treffobjekt, das von der Partei gemietet wird, nutzen sowohl NPD, JN als auch andere Szeneangehörige für zum Teil gemeinsame Veranstaltungen. Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Vortragsveranstaltungen und Treffen im Objekt Odermannstraße durchgeführt, so etwa der Landeskongress der NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) am 8. Juli 2012.

Im Internet präsentiert sich der NPD-Kreisverband Leipzig mit einer eigenen Homepage, auf welcher u.a. über tagespolitische Themen sowie über die Tätigkeit des inzwischen einzigen Leipziger NPD-Stadtratmitglieds berichtet wird. Der Verband forderte beispielsweise in einem Bericht über die Stadtratstätigkeit der NPD: „Kein Bleiberecht für Zigeuner!“

Für geringe Resonanz, dafür aber für umso mehr Protest sorgte eine Kundgebung, die Funktionäre des Parteivorstandes gemeinsam mit weiteren NPD-Funktionären am 7. August 2012 in Leipzig durchführten. Unter den etwa 20 Kundgebungsteilnehmern befanden sich auch der NPD-Partei-vorsitzende Holger APFEL sowie sein Stellvertreter Udo PASTÖRS, die beide als Redner auftraten.

Unter dem Tenor „Raus aus dem Euro“ stand auch eine Verteilaktion, die Mitglieder des NPD-Kreisverbandes im September 2012 in Leipzig durchführten.

Nach dem Rückzug des ehemaligen JN-Landesvorsitzenden und Stützpunktleiters der JN Leipzig, Tommy NAUMANN, aus der Jugendorganisation gingen im Berichtsjahr von der JN Leipzig keine eigenen Aktivitäten aus.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den NEONATIONALSOZIALISTEN existiert in Leipzig auch eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Dieser gehört die rechtsextremistische Fußballfanggruppierung SCENARIO LOK an, welche zum Fanpotenzial des „1. FC Lokomotive Leipzig“ gehört. Darin sind mehrere bekannte Rechtsextremisten aktiv, die dem Umfeld der NPD/JN oder den örtlichen neonationalsozialistischen Strukturen entstammen. Auch SCENARIO LOK nutzt das rechtsextremistische Szeneeobjekt Odermannstraße 8 in Leipzig.

In der Nacht vom 18. zum 19. August 2012 kam es durch Teilnehmer einer Veranstaltung im Objekt Odermannstr. 8 zu Übergriffen auf ein Sommerfest eines Kunstvereins in unmittelbarer Nähe. Besucher des Sommerfestes wurden dabei beschimpft und beleidigt. Die Störer skandierten dabei u. a. Rufe wie „Sieg Heil“ und „Solidarität mit NSU“ und trugen T-Shirts mit Aufdrucken wie „Lokisten“ und „Scenario Lok“.



Banner auf der Internetseite von SCENARIO LOK.

1.9.8. Landkreis Meißen

Im Landkreis Meißen gehören zwischen 100 und 150 Personen der rechtsextremistischen Szene an. Damit liegt der Landkreis im sachsenweiten Vergleich im unteren Bereich.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Leipzig	162	187	178
	davon Gewalttaten		
	8	10	8

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

Die regionale rechtsextremistische Szene ist bestrebt, das bekannte Szeneeobjekt in der Odermannstraße 8 auch für rechtsextremistische Musikveranstaltungen zu nutzen. Zwei dort geplante rechtsextremistische Konzerte – am 24. März und am 15. Dezember 2012 – wurden allerdings von der Polizei verhindert.

Aus Leipzig stammt die rechtsextremistische Band THEMATIK 25, die im Jahr 2012 vereinzelt in Sachsen auftrat.

NEONATIONALSOZIALISTEN

In dem Landkreis sind bislang keine neonationalsozialistischen Strukturen festzustellen. Es ist davon auszugehen, dass diese Szene aus dem benachbarten Dresden auf den Landkreis Meißen ausstrahlt. Dafür spricht die Veranstaltung des so genannten „3. Sächsisch-Böhmischen

Kulturtagess" am 5. Mai 2012 in Meißen. Organisator waren die FREIEN KRÄFTE DRESDEN (FKD). An der Veranstaltung beteiligten sich auch Rechtsextremisten aus der Tschechischen Republik. Die vorangegangenen „Kulturtage“ der Rechtsextremisten fanden im Juli 2011 in der Sächsischen Schweiz und im Oktober in der Tschechischen Republik statt.



„3. Sächsisch-Böhmischer Kulturtag“ am 5. Mai 2012 in Meißen.

Foto: Internetseite NETZWERKMITTE.

Die Veranstaltungen dienen insbesondere der Vertiefung der Kontakte zwischen Rechtsextremisten aus Sachsen und der Tschechischen Republik, zeigen aber auch die enge Vernetzung beider Szenen.

Wie auch in anderen Regionen Sachsens gedachten NEONATIONALSOZIALISTEN im Landkreis Meißen des 25. Todestages des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. An einem Bauzaun an der BAB 14 im Bereich Nossen-Ost wurde am 18. August ein ca. 1,5x2 Meter großes Plakat mit der Aufschrift „In Gedenken an Rudolf Hess Gefoltert – Ermordet – Entehrt“ angebracht.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der mittelgroße NPD-Kreisverband Meißen zählt zu den aktiven NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. Der Schwerpunkt der Partei liegt in Riesa. In Meißen und Gröditz existieren Ortsgruppen der Partei.

Besonders Mitglieder des Kreisverbandes Meißen verfolgten im Berichtsjahr die Strategie, Bürgerproteste zu nutzen, um sich selbst als „Kümmerer“ zu präsentieren. So organisierte der Kreisverband am 25. September 2012 eine Eilversammlung, als bekannt wurde, dass der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen einen Tatverdächtigen abgelehnt wurde, der einen sechsjährigen Jungen in Riesa sexuell missbraucht haben soll. An dieser Veranstaltung beteiligten sich ca. 400 Personen. Im Nachgang resümierte der NPD-Funktionär Jürgen GANSEL:

„Weniger diffuses Unbehagen oder latente Protestneigung führen zur persönlichen Rechtswende, sondern reale Ängste, Sorgen und Gefährdungen für das eigene (!) Leben und wirtschaftliche Wohlergehen. Die NPD muß deshalb als Schutzmacht gegen die lebenskonkreten Fährnisse wahrgenommen werden, als einzige Kraft, die Volkes Stimme spricht, die sich kümmert, Flagge zeigt, den Finger in gesellschaftliche Wunden legt, den Herrschenden Dampf macht (...)“¹³⁶.

Genau dieser strategischen Vorgabe folgten die Mitglieder des Kreisverbandes Meißen auch, als sie im Oktober 2012 zu einer Kundgebung gegen die geplante Unterbringung von Asylbewerbern in Strehla aufmarschierten oder sich am

¹³⁶ Internetseite der NPD in Sachsen, Schreibweise wie im Original.

14. November 2012 an Bürgerprotesten gegen die Nutzung eines Hotels in Großenhain zur Unterbringung von Asylbewerbern beteiligten. In Großenhain befanden sich unter den etwa 400 Bürgern und ca. 200 größtenteils Jugendlichen und Heranwachsenden, die augenscheinlich der rechtsextremistischen Szene zugerechnet werden mussten, auch der NPD-Kreistagsabgeordnete Mirko BEIER. Ungefähr zehn Szeneangehörige führten Fackeln mit sich. Aus der Gruppe heraus wurden zwei Feuerwerkskörper und zwei bengalische Feuer gezündet.



11. Oktober 2012 in Strehla.

Foto: Internetseite des NPD-Kreisverbandes Meißen.

Seit den Kommunalwahlen 2008 ist die NPD mit fünf Mandatsträgern im Kreistag des Landkreises Meißen vertreten. Im Ergebnis der Kommunalwahlen 2009 erzielte die NPD weitere Kommunalmandate in Radebeul, Riesa, Gröditz, Strehla, Meißen, Coswig und Weinböhla.

Dem NPD-Kreisverband Meißen kommt nicht nur wegen des Sitzes des Verlages DEUTSCHE STIMME in Riesa (s. u.) Bedeutung zu, sondern auch, weil hier gleich mehrere Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion organisiert sind.

Besonders im Fokus medialer Aufmerksamkeit steht der in Riesa wohnende Fraktionsvorsitzende Holger APFEL, welcher im Dezember 2011 zum Bundesvorsitzenden der NPD gewählt wurde.

Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONAL-DEMOKRATEN (JN) ist im Landkreis Meißen mit dem Stützpunkt JN-ELBLAND in der Region Riesa vertreten. Gleichwohl sind von dieser Struktur bisher keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten bekannt geworden. Es werden vielmehr nur interne Veranstaltungen durchgeführt, insbesondere Schulungen, über die im Nachhinein auf der Internetseite des JN-Bundesverbandes berichtet wird. Im Jahr 2012 hat die JN ihre Bundesgeschäftsstelle nach Riesa verlegt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Meißen existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Das Personenpotenzial ist im Vergleich zu anderen Landkreisen eher unterdurchschnittlich vertreten. Dennoch konnten auch im Landkreis Meißen, insbesondere in Riesa, Personen festgestellt werden, die rechtsextremistische Konzerte besuchen und/oder vornehmlich durch Straftaten wie Propagandadelikte auffallen.

Vor der Erdgasarena in Riesa ließen sich im Juni 2012 mehrere Personen in T-Shirts mit Aufschriften „White Power Riesa“ und „A.C.A.B.“¹³⁷ vor einem Polizeifahrzeug fotografieren. Einige zeigten den Hitlergruß. Die Bilder wurden anschließend auf Facebook gepostet.

¹³⁷ Die Abkürzung steht für „All Cops Are Bastards“.



Juni 2012 in Riesa.

Foto: Facebook.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Meißen	77	83	67
	davon Gewalttaten		
	3	1	4

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

Die in Riesa ansässige DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESSELLSCHAFT mbH war in der Vergangenheit eines der größten rechtsextremistischen Versandunternehmen in Deutschland. Das Unternehmen wird von Funktionären der rechtsextremistischen NPD geführt. Seit dem Umzug des Verlages von Sinning (Bayern) nach Riesa (Landkreis Meißen) im Jahr 2000 hat sich eine für die Partei bedeutende logistisch und propagandistisch wirkende Einrichtung in Sachsen etabliert. Mit dem Verlag

siedelten auch führende Funktionäre der Bundes-NPD nach Sachsen über. Mittlerweile wird die Politik des sächsischen Landesverbandes maßgeblich durch sie geprägt.

Der Verlag vertreibt neben Tonträgern, Videos, Publikationen und Szenartikeln auch das NPD-Parteiorgan DEUTSCHE STIMME. Darüber hinaus nutzt die rechtsextremistische Szene das Gelände und die Räumlichkeiten des Verlages für die Durchführung von Veranstaltungen. Die Geschäftsbilanzen des Verlages, der mittlerweile zu nahezu 100 % der NPD gehört, fielen in den letzten Jahren auf Grund von Missmanagement so negativ aus, dass der Verlag in eine schwierige finanzielle Lage geriet. Mit finanzieller Unterstützung der NPD-Sachsen konnte offenbar eine Insolvenz verhindert werden. So soll die NPD den Verlag mit einem Kredit in Höhe von 50.000 Euro unterstützt haben. Im Dezember 2012 äußerte die sächsische NPD, Verlagsanteile in Höhe von 25.000 Euro (10 % des Stammkapitals) erworben zu haben.

Neben dem Vertrieb versuchten die Rechtsextremisten auch mit der Durchführung von Veranstaltungen, wie z. B. dem jährlichen Pressefest (2012 in Mecklenburg-Vorpommern), die finanzielle Lage des Verlages zu verbessern.

Am 30. Juni und am 29. September 2012 wurden auf dem Gelände des DEUTSCHE-STIMME-VERLAGES rechtsextremistische Konzerte durchgeführt, bei denen mehrere rechtsextremistische Bands auftraten. An dem Konzert am 29. September, welches vorab im Internet beworben wurde, nahmen ca. 650 Personen teil. „Besuchermagnet“ waren dabei vor allem die angekündigten Szene-Bands – hier insbesondere die Gruppe DIE LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG um den ehemaligen LANDSER-Frontmann Michael REGENER. Diese Band erfreut sich in der rechtsextremistischen

Szene großer Beliebtheit und sorgt regelmäßig für hohe Publikumszahlen.

Die seit vielen Jahren im Landkreis Meißen aktive rechtsextremistische Band SELBSTSTELLER aus Riesa veröffentlichte im Jahr 2012 zwei Tonträger: Eine Split-CD „Tradition verpflichtet“ (mit THE GRANITS) und die CD „Letzte Option“.



Flyer auf der Internetseite des DEUTSCHEN STIMME VERSANDES.

1.9.9 Landkreis Mittelsachsen

Für den Landkreis Mittelsachsen geht das Landesamt für Verfassungsschutz von einem Potenzial der rechtsextremistischen Szene von 200 bis 250 Personen aus. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial im Landkreis Mittelsachsen somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Im Landkreis gibt es mehrere neonationalsozialistisch geprägte Strukturen. Dazu zählen die FREIEN NATIONALISTEN FREIBERG und die FREIEN KRÄFTE MITTELSACHSEN. Die ebenfalls neonationalsozialistisch geprägte Kameradschaft NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (NS-Döbeln) wurde am 18. Februar

2013 durch den sächsischen Staatsminister des Innern verboten.

Insgesamt weist die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Mittelsachsen eine hohe, auch überregionale Vernetzung auf. Es gibt insbesondere Verbindungen in die Regionen Chemnitz, den Landkreis und die Stadt Leipzig, aber auch nach Brandenburg mit einem jeweils hohen Aktionsniveau.

Bei den am 18. Februar 2013 verbotenen NS-Döbeln handelte es sich um eine der aktivsten rechtsextremistischen Strukturen des Landkreises. Unter der Bezeichnung DIVISION DÖBELN trat diese Gruppierung Ende 2005 erstmals in

Erscheinung. Das Spektrum der Aktivitäten der NS-Döbeln reichte von der Teilnahme an und Organisation von Demonstrationen über Schulungs- und Vortragsveranstaltungen sowie Liederabende bis hin zu Propagandaaktionen. Anlässlich des Volkstrauertages führten regionale Szeneangehörige so genannte „Heldengedenken“ mit Kranzniederlegungen in der Region Döbeln durch.

Mit ihren politischen Zielen richtete sich die Kameradschaft NS-Döbeln gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinigung verwendete nationalsozialistische Begriffe und Symbole und zeigte damit eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus. Die Kameradschaft strebte eine Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung in aktiv-kämpferischer Weise an.

Mit ihrer Beteiligung an den Aufmärschen der so genannten Volkstodbewegung „Die Unsterblichen“ machte sie Demokraten und die demokratische Staatsform verächtlich.

Kennzeichnend für die Außendarstellung der NS-Döbeln waren zudem die Internetaktivitäten der Gruppierung. Über eine eigene Homepage versuchten sie, „Informationen der außerparlamentarischen Widerstandsbewegung im Mittelsächsischen Hügelland“¹³⁸ zu verbreiten. Zugleich zielte man darauf ab, „ein Projekt fest zusammenarbeitender Aktivisten aus dem Mittelsächsischen Hügelland wie auch eigene Medien für die Szene zu schaffen, um die Zukunft mit kreativen Aktionen selbst zu gestalten.“¹³⁹

Auch in Freiberg hat sich eine strukturierte regionale neonationalsozialistische Szene etabliert. Es finden nicht nur regelmäßige Treffen der Freiburger Szene-Aktivisten statt. Auch deren Aktivitäten haben in jüngster Vergangenheit zugenommen.

Die FREIEN NATIONALISTEN FREIBERG (FN-Freiberg) traten bereits seit Oktober 2010 mit eigenen Aktionen in Erscheinung. Deren Mitglieder bezeichnen sich selbst als FREIE NATIONALISTEN, deren Ziel darin bestehe, „einem fortschrittlichen und revolutionären Nationalismus zum Sieg zu verhelfen“¹⁴⁰. In einem Leitfaden, der auf der Homepage der Gruppierung veröffentlicht worden war, hieß es u. a.: „Der Widerstand gegen die herrschenden Zustände muss eine Geisteshaltung im Kopf jedes einzelnen Nationalisten werden!“ Die Freiburger Rechtsextremisten wollen „durch verbindliche, kontinuierliche, inhaltliche und revolutionäre politische Arbeit dem freien Nationalismus nach Innen Gestalt geben und ihn nach Außen sichtbar werden lassen.“ Im April 2011 wurde die Homepage der Gruppierung wegen „illegaler Inhalte“ gesperrt.

Im Berichtsjahr führten Mitglieder der Gruppierung mindestens zwei so genannte „Heß-Gedenkaktionen“ in der Region Freiberg durch. Auf verschiedenen Brücken brachten mit Masken verkleidete Mitglieder am 17. August 2012 im Gedenken an den Todestag des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß Banner mit der Aufschrift „Friedensflieger für Deutschland“ an.

¹³⁸ Internetseite der verbotenen NS-Döbeln.

¹³⁹ Internetseite der verbotenen NS-Döbeln.

¹⁴⁰ Ehemalige Internetseite der FN-Freiberg.



Abbildung: Internetseite PINSELSTRICHE.



17. August 2012 in der Region Freiberg.
Foto: Internetseite FREIES NETZ FREIBERG.

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren nahmen Rechtsextremisten aus Freiberg und Umgebung den Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg zum Anlass für eine Kundgebung in Freiberg. Am Abend des 7. Oktober 2012 versammelten sich dabei 20 Rechtsextremisten in der Innenstadt, mehrere Redner traten auf. Anmelder der Veranstaltung war ein Mitglied der FN-Freiberg.

Zu den FREIEN KRÄFTEN MITTELSACHSEN zählen u. a. die neonationalsozialistischen Gruppierungen in den Regionen Leisnig und Lunzenau. Die NATIONALEN

SOZIALISTEN aus der Region Leisnig verstehen sich als ein „Zusammenschluss junger Aktivistinnen und Aktivistinnen aus dem Raum Leisnig“.¹⁴¹ Im Berichtsjahr nahmen sie unter Mitführung eines Banners mit der Aufschrift „NS-Leisnig“ an einer Demonstration von Rechtsextremisten in Plauen teil. Am 26. Mai 2012 führten 25 bis 30 maskierte, dunkel und in weißen Handschuhen gekleidete Rechtsextremisten eine so genannte Flashmob-Aktion auf dem Marktplatz in Leisnig durch. Diese Aktion, bei der die Teilnehmer Losungen wie „Demokratie? Nein Danke!“, „Volkstod stoppen!“ und „Deutschland muss leben!“ propagierten, wurde im Rahmen der von Rechtsextremisten initiierten Kampagne „Werde unsterblich“ durchgeführt.

Bereits seit Dezember 2010 ist die Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN LUNZENAU (NS Lunzenau) bekannt. Diese verstehen sich als „junge, politisch aktive Deutsche“, die es sich zur Aufgabe gemacht haben

„aktiv Widerstand zu leisten, Widerstand gegen den herrschenden Ungeist und seine Prediger. (...) Auf den Ungeist unserer Zeit (...) gibt es nur eine Antwort (...) Nationaler Sozialismus!“¹⁴²

Im Berichtsjahr sind keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen dieser Gruppierung bekannt geworden.



Banner der NATIONALE SOZIALISTEN LUNZENAU.
Quelle: Internetseite der NATIONALE SOZIALISTEN LUNZENAU.

¹⁴¹ Facebookseite „Freies Leisnig“.
¹⁴² Internetseite der NS Lunzenau.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es einen gleichnamigen NPD-Kreisverband. Er entstand im März 2008 durch Fusion der ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Mittweida und Freiberg.

Im Jahr 2011 begann der Kreisverband neue regionale Strukturen aufzubauen. So gab die Partei im Januar die Gründung eines Ortsverbandes Rochlitz bekannt. Dabei wurde deutlich, dass die Partei auch im Landkreis Mittelsachsen um eine engere Anbindung von NEONATIONALSOZIALISTEN bemüht war. So beabsichtigte sie offenbar, regionale Führungskräfte der rechtsextremistischen neonationalsozialistischen Szene an sich zu binden. Dabei wurde auch billigend in Kauf genommen, dass sich darunter Gewalttäter befanden. So wurde eine Person aus dem einstigen Umfeld der verbotenen Kameradschaft STURM 34 zum Vorsitzenden des Ortsverbandes gewählt.

Im April 2011 wurde ein weiterer Ortsverband in Freiberg gegründet. Eigenen Angaben zufolge soll es auch in Hainichen-Striegistal einen Ortsverband geben.

Bei den Kreistagswahlen 2008 erzielte die NPD im Landkreis Mittelsachsen vier Mandate. Ein NPD-Mandatsträger verließ bereits ein Jahr später die Partei. Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte die NPD in Freiberg und in Mühlau jeweils ein Kommunalmandat erzielen.

Obwohl der Kreisverband zahlenmäßig im mittleren Bereich liegt, entwickelt er kaum Außenwirkung. Seine Bedeutung ist im Vergleich zu anderen NPD-Kreisverbänden eher gering. Offenbar wirkt sich die Größe des Landkreises lähmend auf die Parteiarbeit aus. Auch die

Internetseite des Kreisverbandes enthält kaum Informationen mit regionalem Bezug.

Im Jahr 2012 führten Mitglieder des Kreisverbandes eine Kranzniederlegung in Freiberg anlässlich des Volkstrauertages durch. Im Juli 2012 beteiligten sich NPD-Mitglieder an einer Gedenkveranstaltung in Deutschneudorf.

Strukturen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) wurden im Landkreis Mittelsachsen im Berichtsjahr nicht bekannt.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Ihr Personenpotenzial ist jedoch im Vergleich zu anderen Landkreisen unterdurchschnittlich.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Mittelsachsen	136	141	109
	davon Gewalttaten		
	6	7	4

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

Neben dem Treffobjekt der verbotenen Kameradschaft NS-Döbeln im Ort nutzen Rechtsextremisten im Landkreis Mittelsachsen ein weiteres Szeneobjekt in Brand-Erbisdorf OT Gränitz. Auch wenn beide Objekte bislang

keine überregionale Bedeutung erlangen konnten, wurden hier im Jahr 2012 zwei rechtsextremistische Konzerte bekannt: eine kleinere durchgeführte Veranstaltung in Döbeln und ein geplantes rechtsextremistisches Konzert in Brand-Erbisdorf, Ortsteil Gränitz, welches jedoch von der Polizei verhindert werden konnte.

Mit OVERDRESSED, SACHSENBLUT und der vom Verbot der NS-Döbeln im Februar 2013 umfassten Band INKUBATION kommen bzw. stammten drei rechtsextremistische Bands aus dem Landkreis Mittelsachsen.

1.9.10 Landkreis Nordsachsen

Im Landkreis Nordsachsen besteht die rechtsextremistische Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz aus 150 bis 200 Personen. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene des Landkreises verfügt über Strukturen in den Regionen Delitzsch/Eilenburg, Torgau und Schkeuditz. Sie unterhält enge Verbindungen nach Leipzig sowie nach Sachsen-Anhalt.

Ein Schwerpunkt der neonationalsozialistischen Szene liegt in der Region Delitzsch/Eilenburg. Dort existiert eine aktive und gewaltbereite Szene, welche zudem personelle Überschneidungen zum örtlichen Stützpunkt der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Nordsachsen aufweist. Der Leiter des JN-Stützpunktes Nordsachsen, Paul RZEHACZEK, ist gleichzeitig die Führungsperson der regionalen neonationalsozialistischen Szene. Dementsprechend werden auch häufig gemeinsame Aktivitäten durchgeführt, wie z. B. am 23. Juni 2012 das so

genannte „zweite nordsächsische Fußballturnier“ in Delitzsch.

Als Reaktion auf die behördlichen Verbote rechtsextremistischer Gruppierungen in anderen Bundesländern und der in diesem Zusammenhang durchgeführten polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen bei Mitgliedern und Unterstützern des verbotenen AKTIONSBÜROS MITTELREIN fand am 17. März eine Solidaritätsaktion in Eilenburg statt. Fotos hiervon wurden im damaligen Internetportal AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN verbreitet.

Wie bereits in den vergangenen Jahren missbrauchten Rechtsextremisten im Landkreis Nordsachsen den Volkstrauertag im revisionistischen Sinne als „Heldengedenken“. Eine solche Gedenkveranstaltung fand am 18. November in Eilenburg statt. Dort gedachten „meist junge volkstreue Deutsche der Opfer der Weltkriege des letzten und diesen Jahrhunderts“. So sei „mit Fackeln in der Hand und von schwarzen Fahnen umsäumt“ durch „die anwesenden Freiheitskämpfer der deutschen Soldaten“ gedacht worden.¹⁴³

¹⁴³ Internetmeldung des NORDSACHSEN-VERSAND.



18. November 2012 in Eilenburg.

Foto: Internetseite AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Landkreis existiert ein NPD-Kreisverband, dessen Mitglieder nur mäßig aktiv sind. Öffentlichkeitswirksam traten die Mitglieder des Kreisverbands in den vergangenen Jahren überwiegend mit Informationsständen oder Plakatierungen, u. a. im Zusammenhang mit der Thematik „Raus aus dem Euro“, in Erscheinung.



NPD-Plakat.

Foto: Internetseite des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen.

Bei den Kommunalwahlen 2009 hatte die NPD in Oschatz, Liebschützberg, Delitzsch und

Eilenburg jeweils ein Mandat in den Stadt- bzw. Gemeinderäten erzielt.

Der Kreisverband verfügt über enge Verbindungen zu den FREIEN KRÄFTEN. Einer der maßgeblichen Szeneaktivisten im Landkreis ist der ehemalige Delitzscher Kameradschaftsführer Maik SCHEFFLER. Seit 2009 sitzt er für die NPD im Delitzscher Stadtrat und gelangte mittlerweile als stellvertretender Landesvorsitzender in die Führungsspitze der NPD in Sachsen. Nach seiner Wahl zum NPD-Kreisvorsitzenden im Oktober 2009 hatte er angekündigt, den Landkreis Nordsachsen zur „zweiten Sächsischen Schweiz“ machen zu wollen. Dazu strebt er eine Strukturreform des Kreisverbandes an. Weitere Ziele seien mehr Jugendarbeit, bessere Interessentenbetreuung und lokale Dauerpräsenz. Außerdem wolle man bis zu den nächsten sächsischen Wahlen im Jahr 2014 den Mitgliederbestand mindestens verdreifachen und Nordsachsen zu einer „nationalen Musterregion“ ausbauen. Über das Internet propagierte die NPD im Jahr 2010 Meldungen über die Eröffnung von „Schulungszentren“. Die Inhalte derartiger Meldungen dienten jedoch lediglich dazu, eine starke und aktive Organisation zu suggerieren. Ähnlich dürfte es sich auch mit anderen parteieigenen Meldungen über angeblichen Strukturausbau, „nationaler Graswurzelarbeit“ oder über „Öffentlichkeitsoffensiven“ im Raum Nordsachsen verhalten. Eine Realisierung der öffentlich propagierten Ziele konnte bisher nicht bestätigt werden.

Der im Juni 2011 aus den damaligen JN-Stützpunkten Delitzsch-Eilenburg, Torgau und Oschatz entstandene JN-Stützpunkt Nordsachsen gehört nach eigenen Angaben zu den mitgliederstärksten Strukturen der JN bundesweit. Öffentlichkeitswirksame politische Aktionen der JN Nordsachsen wie Verteilaktionen

oder Informationstische waren überwiegend von nur regionaler Bedeutung und fanden meist unter nur geringer personeller Beteiligung statt. Daneben wurden regionale, szeninterne Aktivitäten mit Freizeitcharakter organisiert. Hierzu zählten u.a. Sonnwendfeiern, Erntedankfest, Kameradschaftslauf und weitere Sportveranstaltungen. Teilweise nutzte der JN-Stützpunkt Nordsachsen nicht extremistische Veranstaltungen mit größerem Publikum für öffentliche Auftritte. Im Berichtsjahr beteiligten sich Vertreter der JN an der Benefizveranstaltung „24-Stunden-Schwimmen“ am 17. November 2012 in Eilenburg und präsentierten anschließend ihren Einsatz für einen guten Zweck im Internet.



JN-Vertreter am 17. November 2012 in Eilenburg.
Foto: Internetseite des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen.

Auf dem Landeskongress der sächsischen JN am 6. Oktober 2012 wurde der Stützpunktleiter der JN Nordsachsen, Paul RZEHACZEK, zum JN-Landesvorsitzenden gewählt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Die in der Region ansässigen subkulturell geprägten Rechtsextremisten fallen u.a.

durch die spontane Begehung von rechts-extremistischen Straftaten, meist unter Alkoholeinfluss auf. Zudem existieren beispielsweise im Raum Delitzsch/Eilenburg lose Personengruppen, die gehäuft strafrechtlich, insbesondere mit Aktionen gegen den vermeintlichen politischen Gegner, in Erscheinung treten. So wurden Besucher einer „linken“ Musikveranstaltung in Delitzsch am 18. März 2012 von einer Gruppe von etwa zehn Personen überfallen. Die Veranstaltung fand in einem dortigen Jugendklub statt. Dabei wurde ein tschechischer Staatsangehöriger schwer am Kopf, eine weitere Person leicht verletzt.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Nordsachsen	156	92	97
	davon Gewalttaten		
	13	1	7

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

Der Landkreis Nordsachsen zählt seit Jahren zu den Schwerpunktregionen rechts-extremistischer Konzerte. Ursächlich dafür sind die dort beheimateten einschlägig genutzten Szeneobjekte.

Bereits mit dem Klub der SCHILDAUER JUNGS existierte von 2005 bis 2008 im Bereich des Landkreises Nordsachsen eines der meistgenutzten sächsischen Szeneobjekte überhaupt.

Hier fanden insgesamt 24 rechtsextremistische Konzerte statt. Nach der Schließung des Objektes in Schildau wurden die Szenekonzerte nahezu nahtlos im heutigen Torgauer Ortsteil Staupitz weitergeführt (2008/2009 acht rechtsextremistische Konzerte). Das Jahr 2010 bildete eine Ausnahme, als keine rechtsextremistischen Konzerte im Landkreis festgestellt wurden. Ab Anfang 2011 stand nach erfolgreichem Umbau der ehemalige Gasthof in Staupitz der Szene wieder zur Verfügung.

Bis Ende 2012 wurden in Staupitz insgesamt 26 rechtsextremistische Konzerte durchgeführt. Seit Anfang des Jahres 2011 werden die Veranstaltungen vom Objektinhaber bei der

Stadt Torgau angemeldet. Gemäß geltender Richtlinien und Auflagen der Stadt Torgau sind zehn Veranstaltungen pro Jahr möglich. Als Veranstalter traten dabei bisher verschiedene Einzelpersonen auf.

Mit PLAN B aus Torgau ist eine rechtsextremistische Band im Landkreis Nordsachsen ansässig. Die Gruppe trat 2012 bei rechtsextremistischen Konzerten in Sachsen auf.

Der in Eilenburg ansässige NORDSACHSENVERSAND weist gegenüber anderen Szenevertrieben ein abweichendes Sortiment auf. Nicht Tonträger, sondern Propagandamittel, wie Plakate, Aufkleber und Anstecker, stellen den Schwerpunkt dar.

1.9.11 Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge

Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gehören zwischen 250 und 300 Personen der rechtsextremistischen Szene an. Damit liegt der Landkreis im sachsenweiten Vergleich im oberen Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die Akteure der neonationalsozialistischen Szene im Landkreis bezeichnen sich selbst als NATIONALE AKTIVISTEN bzw. FREIE KRÄFTE.



Banner auf der Internetseite der FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE.

Das Aktionsniveau der FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ ist im Vergleich zu anderen Landkreisen eher niedrig. Im Berichtsjahr führten die FREIEN KRÄFTE gemeinsam mit der NPD und deren Jugendorganisation, den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), mehrere Veranstaltungen im Landkreis durch. Diese zielten nicht auf eine große Öffentlichkeitswirksamkeit, sondern sollten den Zusammenhalt der Szene stärken. Beispiele dafür sind der „2. Tag der Heimat“ am 15. September (Wanderung in der Sächsischen Schweiz) und eine Weihnachtsfeier am 15. Dezember.

Die engen Verbindungen zwischen NPD und FREIEN KRÄFTEN im Landkreis stehen im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung im Freistaat Sachsen, wo es eher zu einer Abgrenzung der FREIEN KRÄFTE von der NPD kam. Dagegen bestehen diese engen Kontakte und personelle

Überschneidungen zwischen NPD und FREIEN KRÄFTEN in der Sächsischen Schweiz seit vielen Jahren.

Für das Jahr 2012 liegen keine Erkenntnisse über die Veranstaltung von Demonstrationen der parteiunabhängigen rechtsextremistischen Szene im Landkreis vor. Angehörige der FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ beteiligten sich jedoch an Demonstrationen außerhalb des Landkreises, so beispielsweise an einer rechtsextremistischen Demonstration am 13. Oktober in Dessau (Sachsen-Anhalt), die unter dem Motto „Deutsches Opfer – Fremde Täter!“ stand.



13. Oktober 2012 in Dessau. Foto: Internet.

Seit Juni 2011 sind die FREIEN KRÄFTE aus der Sächsischen Schweiz mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Auf der Internetseite werden u.a. auch Artikel von anderen rechtsextremistischen Internetseiten übernommen. Im Jahr 2012 wurden insbesondere Themen wie angebliche kriminelle Aktivitäten von Ausländern sowie die Verbote rechtsextremistischer Vereinigungen aufgegriffen.

Zur Verbreitung von Informationen nutzen die FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ zudem das

soziale Netzwerk Facebook sowie den Kurznachrichtendienst Twitter.



Screenshot der Facebookseite vom AKTIONSKREIS SÄCHSISCHE SCHWEIZ.

Seit September 2012 veröffentlichen Rechts-extremisten unter der Bezeichnung BÜNDNIS NATIONALER AKTIVISTEN IM RAUM SÄCHSISCHE SCHWEIZ Meldungen bei Facebook. Zu den geposteten Meldungen zählten die Veröffentlichung von Fotos und ein Bericht zum „2. Tag der Heimat“ der JN Sachsen und der FREIEN KRÄFTE in der Sächsischen Schweiz.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Seit 1990 gibt es im ehemaligen Landkreis Sächsische Schweiz einen NPD-Kreisverband. Er zählte in der Vergangenheit wegen seiner Funktionäre, seiner Verbindungen in die rechtsextremistische Kameradschaftsszene, seiner Aktivitäten, seiner Wahlergebnisse und seiner kommunalpolitischen Verankerung im Freistaat Sachsen mit zu den bedeutendsten Strukturen der NPD.

Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform im Jahr 2008 schlossen sich die ehemaligen NPD-Kreisverbände Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis zum neuen NPD-Kreisverband

Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zusammen. Er gehört zu den größten NPD-Strukturen in Sachsen. Seine Mitglieder sind in mehreren Untergliederungen aktiv. Bekannt sind die Ortsgruppen Freital, Dippoldiswalde, Reinhardtsdorf-Schöna und Sebnitz/Neustadt.

Die kommunalpolitische Präsenz der NPD ist im Raum Sächsische Schweiz besonders ausgeprägt. Bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009 trat die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in 14 Orten mit insgesamt 35 Kandidaten an. Dort, wo die NPD bereits seit den Kommunalwahlen 2004 mit Mandaten vertreten war, gelang es ihr erneut, Mandate zu erringen. Jedoch fielen die dortigen NPD-Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen 2009 mit Ausnahme von Pirna niedriger aus. In Königstein musste die NPD sogar einen Mandatsverlust hinnehmen.

Dennoch erreichte die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit insgesamt 16 Mandaten in Stadt- und Gemeinderäten sowie sechs Mandaten im Kreistag¹⁴⁴ landesweit die meisten NPD-Mandate. Das höchste Einzelergebnis erreichte die Partei in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna mit 22 % der Stimmen (drei Mandate).

Das Parteileben in diesem Kreisverband findet überwiegend in Form von Mitgliederversammlungen statt. Darüber hinaus waren die Mitglieder besonders in Wahlkampfzeiten mit Plakatierungen und Materialverteilaktionen in der Öffentlichkeit aktiv. Der Stellenwert des Kreisverbandes Sächsische Schweiz ist mangels Aktivität in den letzten Jahren stetig gesunken. Mit der Neuwahl der ehemaligen Führungsperson der verbotenen SKINHEAD SÄCHSISCHE

SCHWEIZ (SSS), Thomas SATTELBERG, zum Kreisvorsitzenden Anfang des Jahres 2013 erhoffen sich die Mitglieder offenbar neue Impulse für das Parteileben.

In Pirna wurde der NPD von einer Person ein Gebäude zur Verfügung gestellt. Nach Ausbaurbeiten wollen es die Rechtsextremisten im Jahr 2013 für Veranstaltungen nutzen.

Die JN verfügen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über einen Stützpunkt, von dem in den vergangenen Jahren keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten ausgingen. Neben einigen Informationsständen und Verteilaktionen in der Region beteiligten sich die Vertreter der JN Sächsische Schweiz überwiegend an Veranstaltungen ihrer Mutterpartei oder anderer rechtsextremistischer Strukturen bzw. führten gemeinsam mit ihnen Veranstaltungen durch.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den FREIEN KRÄFTEN existiert im Landkreis eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Als Treffpunkte dienen ihr neben Privatgrundstücken auch einzelne Jugendclubs. Eines der Anlaufobjekte ist der Jugendklub Gohrisch. Dort fand am 31. März eine Veranstaltung der örtlichen Szene statt, bei der nach Feststellungen der Polizei szenetypische Musik abgespielt wurde. Am 10. Juni wurden durch die Polizei mehrere Personen auf dem Gelände des Jugendclubs Gohrisch angetroffen. Daraufhin wurden aus einer Gruppe von ca. 15 bis 20 angetrunkenen und teilweise verummten Personen heraus mehrfach Flaschen und faustgroße Steine in Richtung der Polizeibeamten geworfen. Durch

¹⁴⁴ Bereits seit den Kreistagswahlen 2008.

unmittelbar darauf folgende Einsatzmaßnahmen konnten auf dem Gelände des Jugendclubs drei Tatverdächtige vorläufig festgenommen werden.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge	169	127	142
	davon Gewalttaten		
	9	3	7

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Mit THE STORE und dem NATIONALEN VERSANDHAUS sind im Landkreis Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge zwei rechtsextremistische Vertriebsunternehmen ansässig. Beide bieten Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien an, die sowohl in Ladengeschäften als auch über Internetversände verkauft werden. Der dem NATIONALEN VERSANDHAUS zugehörige ODIN-VERSAND unterhält seit 2012 als eigenen Firmenteil ein namensgleiches Tonträger-Label. Unter diesem Label wurde 2012 eine CD mit einem rechtsextremistischen Liedermacher produziert.

1.9.12 Vogtlandkreis

Im Vogtlandkreis gehören der rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz zwischen 50 und 100 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial im Vogtlandkreis somit im unteren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Der neonationalsozialistischen Szene im Vogtlandkreis gehören u. a. die REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ) und der WIDERSTAND OELSNITZ (auch als KAMERADSCHAF OELSNITZ bekannt) an. Es

bestehen enge Kontakte zu Szeneangehörigen in Thüringen und Bayern.



Transparent der REVOLUTIONÄREN NATIONALEN JUGEND.

Foto: Internetseite der FREIEN KRÄFTE KOHRENER LAND.

Mit der RNJ Vogtland existiert im Vogtlandkreis eine neonationalsozialistische Kameradschaft, die seit 2011 regelmäßig öffentlichkeitswirksam in Erscheinung tritt. Sie versteht sich als „außerparlamentarischer Zusammenschluss NATIONALER SOZIALISTEN“¹⁴⁵ und lehnt ein liberales und kapitalistisches System ab. Sie strebt nach einer souveränen Volksgemeinschaft getreu dem Motto „Gemeinnutz vor Eigennutz“¹⁴⁶.

Unter Bezugnahme auf die Verbote in Nordrhein-Westfalen verkündete die Kameradschaft im August 2012 auf ihrer Facebook-Seite vorsorglich ihre Auflösung, um nicht selbst „Verbote und Repressionswellen zu unterliegen.“ Gleichzeitig kündigte sie im Internet an, dass die einzelnen Aktivisten „niemals von der Bildfläche verschwinden“ werden. Weiter hieß es:

„Es wird etwas neues kommen zu der Zeit, wo wir es als Richtig empfinden. Auf einmal werden die Medien wieder Amok laufen und ihre Lächeln im Gesicht verlieren. Die RNJ ist weg, der Widerstand aus dem Vogtland jedoch nicht.“¹⁴⁷

Entgegen der angekündigten Auflösung trat die RNJ wenige Monate später wieder öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Am 17. November 2012 nahmen Mitglieder der RNJ Vogtland in Wunsiedel (Bayern) an einer Versammlung unter dem Motto „Tot sind nur jene, die vergessen werden!“ teil. Bereits am Folgetag führten sie ein „Helden- und Totengedenken“ in Auerbach durch. Am 5. Januar 2013 organisierte die RNJ in Plauen eine Kundgebung unter dem Motto „Soziale Ausbeutung stoppen – Zeitarbeit ist Sklaverei“, zu der etwa

30 Szeneangehörige vor der örtlichen Arbeitsagentur aufmarchierten.



5. Januar 2013 in Plauen.

Foto: Internetseite FREIES NETZ SÜD.

Wie bereits in den Vorjahren führte die RNJ auch im Jahr 2013 einen Trauermarsch anlässlich der Bombardierung der Stadt Plauen im Zweiten Weltkrieg durch, an dem sich ca. 170 Personen beteiligten. An den vorhergehenden Trauermärschen der Rechtsextremisten nahmen bisher jeweils etwa 200 Szeneanhänger, insbesondere aus Sachsen und Bayern, teil. Im Verlauf des Aufzuges im Jahr 2012 wurden von Angehörigen der RNJ und der FREIEN KRÄFTE aus Sachsen und Bayern mehrere Reden gehalten.

Darüber hinaus gab es im Berichtsjahr erstmals Anhaltspunkte für eine neonationalsozialistische Struktur im Raum Oelsnitz.



Banner des WIDERSTANDES OELSNITZ auf dessen Internetseite.

¹⁴⁵ Ehemalige Internetseite der RNJ-Vogtland.

¹⁴⁶ Ehemalige Internetseite der RNJ-Vogtland.

¹⁴⁷ Facebook-Seite der RNJ-Vogtland vom 26. August 2012. Schreibweise wie im Original.

Diese trat insbesondere durch Plakatierungsaktionen in Oelsnitz sowie mit verschiedenen Internetpräsenzen in Erscheinung. Im März und April 2012 wurden im gesamten Stadtgebiet in Oelsnitz Aufkleber einer KAMERADSCHAF OELS-NITZ u.a. mit Bezug zu Aktivitäten im Rahmen der rechtsextremistischen Kampagne „Werde unsterblich“¹⁴⁸ sowie der Internetseite „Spreelichter“ angebracht. Im Internet gab der so genannte WIDERSTAND OELSINITZ folgende Erklärung ab:

„Wir sind eine kleine aber sehr aktive Gemeinschaft und haben uns zum Ziel gesetzt in Deutschland und Europa was zu ändern. Wir bekennen uns zum Volk und zur Heimat und lehnen die sogenannte „One-World-Gesellschaft“ entschieden ab.“

Als Ziel formuliert die Gruppe die „Rettung der Nation, die Bewahrung unseres Volkes vor dem drohenden Untergang und die Sicherstellung seiner Existenz für die nächsten hunderte Jahre“.¹⁴⁹

Des Weiteren sind im Vogtlandkreis die rechtsextremistischen Kameradschaften SCHWARZER ORDEN VOGTLAND und die RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH bekannt. Seit mehreren Jahren gehen jedoch von diesen Strukturen keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Vogtlandkreis existiert eine kaum aktive NPD-Struktur, die in der Vergangenheit immer wieder mit regionalen NEONATIONALSOZIALISTEN zusammenarbeitete. Offenbar verfügt die NPD nicht über geeignetes regionales Führungspersonal, so dass im Jahr 2013 nach einem

Rücktritt der Kreisvorsitzenden ein Landesfunktionär der NPD den Vorsitz der NPD im Vogtland übernehmen musste.

Bei den Kreistagswahlen 2008 erzielte die NPD zunächst drei Mandate im Vogtlandkreis. Im Zusammenhang mit Parteiaustritten desselben Jahres verließen jedoch auch die im Kreistag vertretenen NPD-Mitglieder die Partei, behielten jedoch ihr Mandat. Auch der im Rahmen der Kommunalwahlen 2009 eigentlich gewählte NPD-Stadtrat in Plauen trat sein Mandat nicht an, so dass ein anderer Kandidat der Partei nachrücken musste.

Im Mai 2012 scheiterte die NPD mit ihrem Versuch, einen Landesparteitag in Plauen durchzuführen. Die Partei wollte für die Veranstaltung eine örtliche Festhalle nutzen, konnte oder wollte aber die ordnungsgemäße Vertragserfüllung nicht zusichern. Angeblich habe die NPD keine Haftpflichtversicherung vorlegen können und keine inhaltliche Einschränkung hinnehmen wollen, wie beispielsweise den Verzicht auf verfassungsfeindliche Äußerungen.

Kurzfristig wurde deshalb vom NPD-Landesverband eine stationäre Kundgebung in Plauen unter dem Motto: „Wir arbeiten – Brüssel kassiert. Raus aus dem Euro!“ angemeldet, um auf die, nach Meinung der NPD, politische Diskriminierung der NPD in Sachsen bei der Durchführung ihres Landesparteitages aufmerksam zu machen. Mehrere NPD-Funktionäre sowie ein führender tschechischer Rechtsextremist traten als Redner auf. Mit 150 Personen blieb die Teilnehmerzahl hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück.

¹⁴⁸ Siehe Verfassungsschutzbericht 2011, S. 13 ff und S. 76 ff.

¹⁴⁹ Internetseite der Kameradschaft WIDERSTAND-OELSINITZ

Öffentliche Aufmerksamkeit sowie mediales Interesse provozierte die NPD mit ihrer im Herbst 2012 durchgeführten Kampagne „Einmal Sachsen und zurück – Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung stoppen“. Im Rahmen dieser Kampagne führte die NPD zahlreiche kleinere Kundgebungen vor Asylbewerberheimen und Moscheen in Sachsen durch. An vielen Kundgebungsorten – so auch in Plauen vor einem islamischen Gebetszentrum – kam es zu Protesten gegen die NPD-Veranstaltungen.

Im Jahr 2012 etablierte sich im Vogtlandkreis neben dem NPD-Kreisverband in Reichenbach ein so genannter FREUNDKREIS UDO VOIGT. Initiiert von Frank ROHLEDER, einem NPD-Mitglied, formierte sich hier ein Widerstand gegen die gegenwärtige Führung der NPD, insbesondere den Vorsitzenden Holger APFEL. Hierbei soll es sich um Unterstützerkreise handeln, die den ehemaligen NPD-Vorsitzenden Udo VOIGT „in seiner politischen Arbeit zum Zusammenschluss aller patriotischen Kräfte in Deutschland unterstützen wollen“. Die Unterzeichner dieser Erklärung sehen darin „die Chance, nationale Kräfte über die Parteigrenzen zu sammeln und ihr Potenzial zu bündeln, um den gemeinsamen Kampf für ein besseres Deutschland neu zu beleben.“ Mit dem Freundeskreis sollen die Kräfte in und außerhalb der NPD gebündelt werden, die sich gegen APFEL und

den Kurs der seriösen Radikalität positioniert haben.

Die NPD nutzt das Plauener Bürgerbüro eines NPD-Landtagsabgeordneten auch als regionalen Treffpunkt von Szeneaktivisten.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Vogtlandkreis	71	55	58
	davon Gewalttaten		
	0	0	0

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Im Vogtlandkreis ist die rechtsextremistische Band ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND ansässig. Darüber hinaus sind mit dem Ko-VERSAND in Mylau und dem Versand NORDLICHT in Netzschkau zwei rechtsextremistische Vertriebsunternehmen bekannt. Beide werden derzeit jedoch als inaktiv eingeschätzt.

1.9.13 Landkreis Zwickau

Im Landkreis Zwickau gehören der rechts-extremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen zwischen 200 und 250 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechts-extremistische Personenpotenzial hier somit im mittleren Bereich.



Abbildung auf der Internetseite FREIES NETZ ZWICKAU.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Zwickau hat ihren Schwerpunkt in der Stadt Zwickau. In der Öffentlichkeit tritt sie unter Bezeichnungen wie FREIE KRÄFTE oder NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU (NSZ) auf. Eigenen Angaben zufolge verstehen sich die NSZ als

„die (...), welche den Weg der politisch korrekten Gutmenschen verlassen und einen außerparlamentarischen Widerstand bilden.“¹⁵⁰

Weiter führen sie aus:

„Protest gehört auf die Straße und genau da tragen wir ihn hin! Mit volkstreuen Grüßen, NSZ.“¹⁵¹

Ihr Twitter-Portal nutzen die NSZ, um zur Teilnahme an rechtsextremistischen Aktivitäten aufzurufen. Auch im Falle der Demonstrationen von Rechtsextremisten anlässlich der Jahrestage der Bombardierung der Städte Dresden, Chemnitz und Plauen im Zweiten Weltkrieg wurden die Teilnehmer über das Twitter-Portal mobilisiert.

Neben den NSZ sind im Landkreis Zwickau die neonationalsozialistisch geprägten Gruppierungen NATIONALE SOZIALISTEN CRIMMITSCHAU sowie der NATIONALE WIDERSTAND LIMBACH aktiv.

In der jüngsten Zeit beschränkten sich die Aktivitäten der NATIONALEN SOZIALISTEN CRIMMITSCHAU auf das Betreiben einer Internetpräsenz, auf der sie nahezu ausschließlich Berichte von anderen, zumeist rechtsextremistischen Internetseiten wiedergeben. Darüber hinaus wiesen aber auch Schmierereien im Stadtgebiet von Crimmitschau mit den Schriftzügen „Crimmitschau erwache!“ oder „NS jetzt“ auf Aktivitäten der Gruppierung hin.

¹⁵⁰ Vgl. Internetseite der NSZ (bis Stand August 2012).

¹⁵¹ Vgl. Internetseite der NSZ (bis Stand August 2012).

Der NATIONALE WIDERSTAND LIMBACH beteiligte sich mit mehreren Personen am 17. Juni 2012 an einer Demonstration von Rechtsextremisten in Dresden. Im Internet präsentierte er sich mit Slogans wie „Unser Signal gegen Überfremdung“ und „Nationaler Widerstand“ deutlich rechtsextremistisch.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die Partei ist im Landkreis Zwickau mit dem Kreisverband Zwickau-West Sachsen, welcher über Ortsgruppen in Oberlungwitz und Werdau verfügt, vertreten. Bisher war der Kreisverband, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen, öffentlichkeitswirksam aktiv. Dabei wurden die Kreisverbandsmitglieder durch Parteimitglieder aus anderen Bundesländern unterstützt. Darüber hinaus gehen von dem mittelgroßen Kreisverband, ebenso wie von der Regionalgruppe Zwickau/Westsachsen der NPD-Frauenorganisation RNF, kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus.

Zur Kreistagswahl 2008 erzielte die NPD im Landkreis Zwickau mit 3,3% der Stimmen ihr sachsenweit niedrigstes Ergebnis. Gleichwohl gelang es ihr, drei Mandate für den Kreistag Zwickau zu erzielen. Im Rahmen der Kommunalwahlen 2009 griff die NPD zum Teil auf Kandidaten aus dem Umfeld der FREIEN KRÄFTE zurück. Der Partei gelang es aber lediglich in Zwickau, Meerane und Limbach-Oberfrohna, jeweils ein Stadtratsmandat zu erzielen.

Seitdem tritt die Partei im Landkreis Zwickau allenfalls durch einzelne Verteilaktionen oder durch Kranzniederlegungen, wie am 18. November 2012 auf dem Friedhof in Limbach-Oberfrohna anlässlich ihres „Heldengedenkens“, in Erscheinung.



18. November 2012 in Limbach-Oberfrohna. Foto: Internetseite des NPD-Kreisverbandes Zwickau-West Sachsen.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den FREIEN KRÄFTEN existiert im Landkreis Zwickau eine unstrukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Ihre Verbindungen sind lose und gehen selten über die Ortschaften, in denen die Beteiligten wohnen, hinaus. Abhängig von der Stärke und vom Engagement der jeweils agierenden Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE oder vom Anlass einer Veranstaltung ist jedoch auch diese Szene zu Großereignissen mobilisierbar.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2010	2011	2012
Freistaat Sachsen	1.808	1.692	1.602
	davon Gewalttaten		
	98	84	54
Landkreis Zwickau	150	180	172
	davon Gewalttaten		
	8	5	7

Rechtsextremistische Musikszene/rechtsextremistische Vertriebe

Die rechtsextremistischen Musikgruppen GERMANIA LIBERA sowie WHITE RESISTANCE stammen aus dem Landkreis. Deren Umfeld gehören auch das Bandprojekt RAC'N'ROLL TEUFEL und

der Liedermacher SCHRATT an. Dennoch liegen für das Jahr 2012 keine Erkenntnisse über die Veranstaltung von rechtsextremistischen Konzerten im Landkreis Zwickau vor.

In Zwickau ist ein rechtsextremistischer Szeneladen ansässig.

1.9.14 Entwicklungsprognose der Landkreise

Die regionale Entwicklung der rechtsextremistischen Szene in den vergangenen Monaten lässt erkennen, dass sich die neonationalsozialistische Szene künftig verstärkt auf die Pflege der eigenen Strukturen durch eigens für die Szene veranstaltete Aktivitäten, wie Vortragsveranstaltungen, Fußballturniere und andere interne Veranstaltungen, konzentrieren wird. Dafür werden insbesondere die wenigen der Szene zur Verfügung stehenden Objekte im Freistaat genutzt werden. Es ist daher mit einer Häufung von Veranstaltungen in Riesa und Leipzig sowie mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Landkreis Nordsachsen zu rechnen. In Regionen, in denen schon seit geraumer Zeit kein Szeneobjekt zur Verfügung steht, wie beispielsweise im Raum Sächsische Schweiz, werden Rechtsextremisten bestrebt sein, neue Zentren für sich zu erschließen.

Das Entstehen oder Erstarben von neonationalsozialistischen Strukturen in Plauen und Hoyerswerda lässt öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der örtlichen rechtsextremistischen Szene erwarten. Hingegen weisen der Landkreis Nordsachsen und die Stadt Leipzig derzeit keine schlagkräftigen neonationalsozialistischen Strukturen auf. Damit ist ein Anwachsen rechtsextremistischer Aktivitäten seitens dieser Gruppierungen unwahrscheinlich. Allerdings zeichnet sich vor allem im Landkreis Nordsachsen ab, dass NEONATIONALSOZIALISTEN unter dem Mantel der NPD-Jugendorganisation JN verstärkt Aktivitäten entfalten werden.

Im Rahmen der anstehenden Wahlkämpfe zur Bundestagswahl wird sich die NPD in den nächsten Monaten verstärkt medienwirksam in der Öffentlichkeit präsentieren, wobei der Schwerpunkt in den Großstädten liegen wird.

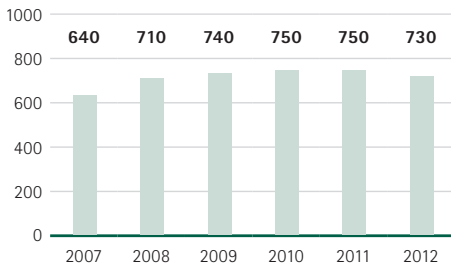
2. Linksextremismus

2.1 Personenpotenzial

Leichter Rückgang der Anzahl der Linksextremisten – Anziehungskraft der AUTONOMEN außerhalb Leipzigs sinkt

Die linksextremistische Szene verfügt über ein relativ stabiles Personenpotenzial, das in den letzten Jahren nur geringen Schwankungen unterlag. Im Jahr 2012 wurden im Freistaat Sachsen ca. 730 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. Damit sank die Zahl der Linksextremisten gegenüber dem Vorjahr geringfügig um ca. 3 %.

Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Die AUTONOMEN stellen mit ca. 340 Personen unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen dar. Deren Anhängerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 30 Personen (8%) gesunken. Ursächlich hierfür ist ein Rückgang

der Anzahl AUTONOMER in Dresden sowie in mittleren und Kleinstädten. In der Stadt Leipzig, in der die meisten AUTONOMEN aktiv sind, blieb das Potenzial unverändert.

Die den „Sonstigen linksextremistischen Gruppierungen“ zuzurechnende Anhängerschaft stieg um ca. 7% auf ca. 140 Personen (2011: ca. 130). Die Zunahme resultiert aus einem Anstieg des Personenpotenzials der anarchistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) ab dem zweiten Halbjahr 2012. Grund hierfür war eine zunehmende Solidarisierung ihrer Anhänger mit den sozialen Protesten im Süden Europas.

Der Anstieg der Mitgliederzahl des ROTE HILFE e.V. beruht auf Eigenangaben. Er wirkt sich nicht auf die Gesamtzahl der „Sonstigen Linksextremisten“ aus, da von Mehrfachmitgliedschaften der neu hinzugekommenen Personen ausgegangen wird.

Die Mitgliederanzahl der linksextremistischen Parteien und innerparteilichen Zusammenschlüsse umfasste im Berichtsjahr unverändert gegenüber dem Vorjahr ca. 250 Personen. Die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in diesem Bereich ist nach wie vor die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) mit ca. 160 Mitgliedern.

Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen
 (insgesamt: ca. 730 [2011: ca. 750/bundesweit 2011: ca. 31.800])

Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse 2012: ca. 250 2011: ca. 250	Gewaltorientierte Linksextremisten/ AUTONOME 2012: ca. 340 2011: ca. 370	Sonstige linksextremistische Gruppierungen 2012: ca. 140 ¹⁵² 2011: ca. 130 ¹⁵³
davon u. a.:		davon u. a.:
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost) 2012: ca. 15 2011: ca. 15		ROTE HILFE e.V. (RH) 2012: ca. 200 ¹⁵⁴ 2011: ca. 140 ¹⁵⁵
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) 2012: ca. 35 2011: ca. 35		FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) 2012: ca. 25 2011: ca. 15
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) 2012: ca. 160 2011: ca. 160		
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) 2012: ca. 35 2011: ca. 35		

¹⁵² Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

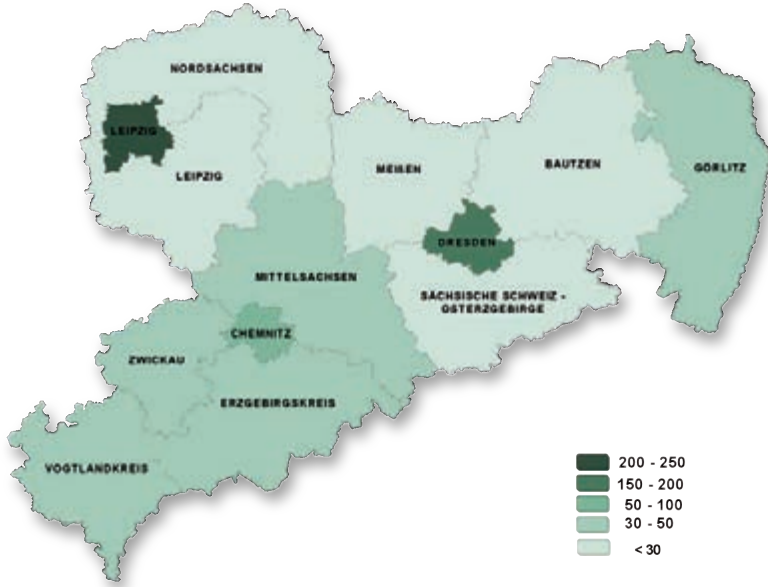
¹⁵³ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹⁵⁴ Mit Mehrfachmitgliedschaften

¹⁵⁵ Es werden Mehrfachmitgliedschaften von Personen aus verschiedenen linksextremistischen Bereichen berücksichtigt.

Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – absolut

In den Großstädten Leipzig und Dresden sind die weitaus meisten Linksextremisten ansässig.



Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



2.2 AUTONOME

Begriff, Entwicklung und Verbreitung

AUTONOME sind Linksextremisten, die keiner traditionellen linksextremistischen Partei oder Organisation angehören und auch keine einheitliche, klar umrissene Ideologie vertreten. Sie wollen das „System“ zugunsten einer „herrschaftsfreien“ Gesellschaft überwinden, um ein selbstbestimmtes Leben innerhalb „herrschaftsfreier Räume“ („Autonomie“) zu führen. AUTONOME sind aktionsorientiert und meist in Kleingruppen ohne hierarchischen Aufbau organisiert. Staatliche und gesellschaftliche Normen lehnen sie ab.

Ein weiteres wesentliches Merkmal AUTONOMER ist ihre Gewaltorientierung. AUTONOME sehen Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen. Das Gewaltmonopol des Staates lehnen sie ab. Entsprechend heißt es in der Szenepublikation INTERIM:

*„Uns geht es nicht darum, möglichst viele Bullen zu verletzen. Wir wollen den politischen Sachschaden so hoch wie möglich (...) machen und stellen dabei das Gewaltmonopol des Staates in Frage.“*¹⁵⁶

Die Ursprünge der AUTONOMEN können auf verschiedene Bewegungen zurückgeführt werden. Nach dem Abflauen der 1968er-Protestbewegung und dem allmählichen Niedergang der daraus erwachsenen kommunistischen Splittergruppen gingen aus einem Teil der politischen Alternativkultur, der militanten Hausbesetzerszene und insbesondere der „Sponti-Bewegung“ die ersten AUTONOMEN hervor. Die

Zeitschrift „radikal“ beschrieb 1983 in ihrer Ausgabe 123 diesen Prozess wie folgt:

*„Autonomie war ein Begriff, der sozusagen über Nacht unsere Revolte auf einen Nenner brachte. Mitgebracht aus Italien und in den Autonomie-thesen der Szene nahegebracht, repräsentierte er bald alles, was uns gut und heilig war, oder noch ist. Vorher verstanden wir uns als Anarchisten, Spontis, Kommunisten oder hatten diffuse, individuelle Vorstellungen von befreitem Leben. Dann wurden wir alle zu Autonomen.“*¹⁵⁷

Der eigentliche Kern war die so genannte „Sponti-Bewegung“, die für Unabhängigkeit, Selbstorganisation und Spontaneität bei politischen Aktionen stand. Sie war stark von anarchistischen, hierarchie- und organisationsfeindlichen Einstellungen sowie einer Verweigerungshaltung gegenüber bürgerlichen Normen geprägt.

Der Begriff AUTONOME setzte sich als Selbstbezeichnung der Szene Anfang der 1980er Jahre durch. Er nimmt Bezug auf die Bewegung der „Arbeiterautonomie“ (Autonomia Operaia), die sich in den 1960er Jahren in den industriellen Zentren Norditaliens gebildet hatte und für militante Auseinandersetzungen und Fabrikkämpfe in den 1960er und 70er Jahren verantwortlich war. Diese Bewegung propagierte den von Gewerkschaften und Parteien unabhängigen antikapitalistischen Kampf der Fabrikarbeiter, indem sie den autonomen Arbeiter als revolutionäres Objekt in den Mittelpunkt des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit stellte.

¹⁵⁶ INTERIM Nr. 737 vom 2. März 2012, Beitrag „Gewalt ist auch keine Lösung ...“, Seite 38-39.

¹⁵⁷ Zitiert nach: Geronimo, Feuer und Flamme, Ausg. 6/2002, S. 118.

Eine Leitung oder Organisation durch Parteien oder Gewerkschaften sollte nicht stattfinden.

Die Ideen der *Autonomia Operaia*, der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele, die Ablehnung von festen Organisationsformen und der Kampf für die eigenen Interessen wurden von den AUTONOMEN als „Politik der ersten Person“ auch für andere Aktionsfelder als den Fabrikkampf übernommen.

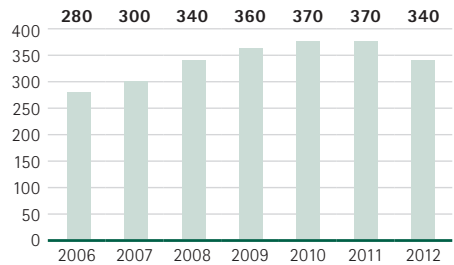
In den 1980er Jahren entstanden in zahlreichen Städten Gruppen, die sich selbst als „autonom“ definierten. Sie versuchten mit gewalttätigen Aktionen neue „Freiräume“ zu erkämpfen, um dadurch zugleich eine eigene Handlungsfähigkeit in verschiedenen auch von friedlichen Nichtextremisten geführten Konflikten (Startbahn-West in Frankfurt, Hausbesetzungen etc.) zu etablieren. Um „Freiräume“ zu erkämpfen, beteiligten sich AUTONOME vor allem an zahlreichen Hausbesetzungen als politisches Mittel im Kampf gegen den Staat. Gleichzeitig suchten sie die offene Auseinandersetzung mit dem „staatlichen Gewaltapparat“.

In Sachsen entstand erst mit Grenzöffnung und Beendigung der SED-Herrschaft eine autonome Szene. Diese Szene orientierte ihren Kampf zunächst an Themen wie der Stasi-Aufarbeitung und der „Kolonisierung durch das System der Bundesrepublik“. Seit etwa Mitte der 90er Jahre haben sich die Agitations- und Aktionsfelder der AUTONOMEN in den neuen Bundesländern aber denen in den Altbundesländern angeglichen. Ein für AUTONOME in Ost und West gleich wichtiges Agitationsthema ist vor allem der so genannte „Antifaschismuskampf“.

Das Mitgliederpotenzial der sächsischen autonomen Szene schwankte in den vergangenen Jahren zwischen 280 und 370 Personen.

Im Jahr 2012 werden der Szene noch etwa 340 Personen zugerechnet.

Entwicklung der Anzahl AUTONOMER im Freistaat Sachsen



Strukturell ist die autonome Szene stark zersplittert und in örtlichen Szenen und Kleingruppen organisiert. Den verschiedentlich unternommenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer Vernetzung untereinander standen stets die den AUTONOMEN eigene Organisationsfeindlichkeit, ihr aktionsorientiertes Vorgehen sowie ideologische Differenzen entgegen.

Zentren der autonomen Szene in Sachsen sind Leipzig und Dresden, in deren Szenevierteln die meisten AUTONOMEN leben; dort finden auch die meisten Aktionen statt. Kleinere autonome Szenen finden sich in Chemnitz und in der umliegenden Region sowie in Ostsachsen. In Klein- und Mittelstädten bestehen einzelne autonome Gruppen, die sich an Demonstrationen beteiligen und auch anderweitige eigene Aktionen durchführen.

Im Berichtszeitraum kam es zu strukturellen Veränderungen innerhalb der autonomen Szene, die zu einem leichten Rückgang der Zahl ihrer Anhänger führten. Autonome Strukturen

in Dresden und in einigen Landkreisen lösten sich auf oder stellten ihre Aktivitäten ein. Da zunehmend anarchistische Begründungsmuster in der autonomen Szene vertreten werden, gewinnt zudem die anarchistische FAU-IAA eine erhöhte Anziehungskraft für Anhänger der autonomen Szene. Deren Mitgliederzuwachs konnte den Rückgang der Zahl der AUTONOMEN jedoch nur teilweise kompensieren, was auf ein Nachwuchsproblem der linksextremistischen Szene hindeutet.

Basis entwickeln können. Vielmehr ist gerade die Ablehnung von Ideologien und theoretischen Thesen ein wesentliches Merkmal dieser Bewegung, die vor allem durch Anti-Haltungen geprägt ist. Dennoch haben die AUTONOMEN eine Vorstellung von der Gesellschaft, wie sie nach ihrer Auffassung sein sollte. Sie treten ein für die Verwirklichung der Utopie einer befreiten und selbstbestimmten Welt, welche durch die freie Vereinbarung der Individuen ohne Ausbeutung und Unterdrückung gestaltet werden soll. Wie dies konkret umgesetzt werden kann, bleibt jedoch vage.

Autonome Szenen in Sachsen



Ideologie

AUTONOME wollen eine herrschaftsfreie Gesellschaft

Die Bewegung der AUTONOMEN hat im Laufe ihres Bestehens keine allgemein anerkannte theoretische

in der in Leipzig erscheinenden linksextremistischen Zeitschrift PHASE 2, dem Theorieorgan des antideutschen Spektrums der AUTONOMEN, wurde von verschiedenen Autoren der Versuch einer Skizzierung der „befreiten“ Gesellschaft unternommen. Sofern konkrete Vorschläge

unterbreitet wurden, zielen sie auf eine Art Rätssystem:

„Die gesellschaftliche Entscheidungsfindung und Koordination der Prozesse findet auf verschiedenen Ebenen in so etwas wie Räten statt, dazu dann mehr in der befreiten Gesellschaft.“¹⁵⁸

„Die Gefahr, die in dieser Vorstellung vom Kommunismus lauert, ist, dass das Leben zu einer Aneinanderreihung von Ratssitzungen verkommt (...) Wahrscheinlich werden die ersten Jahrzehnte nach der Revolution auch genau davon geprägt sein.“¹⁵⁹

Dabei wird die freiwillige Akzeptanz dieses Systems vorausgesetzt:

„Hier sollte Einsicht die einzige Form des „Zwangs“ sein, die Individuen müssen vor totalitärer Kontrolle geschützt sein.“¹⁶⁰

Diese revolutionär-anarchistischen Vorstellungen sind mit dem Konzept eines demokratischen Rechtsstaates, der Minderheiten schützt, der Opposition Rechte einräumt und das staatliche Handeln der gerichtlichen Kontrolle unterwirft, unvereinbar. Angestrebt wird die Abschaffung des bestehenden politischen Systems. Der Weg dorthin ist jedoch nicht klar definiert.

Zwar scheint man von einer revolutionären Situation auszugehen, jedoch fehlt es diesbezüglich an klaren Vorstellungen. Keinesfalls hängen die ideologie- und

organisationskritischen AUTONOMEN jedoch traditionellen kommunistischen Vorstellungen von einer Revolution unter Führung einer revolutionären Partei als letzter Stufe eines Klassenkampfes an. Auch wenn AUTONOME vom Kommunismus als Synonym für die anzustrebende herrschaftsfreie Gesellschaft sprechen, ist damit nicht das Gesellschaftsmodell der Traditionskommunisten gemeint, sondern vielmehr der Zustand einer herrschaftsfreien Gesellschaft ohne staatliche Ordnung. So setzt man sich auch kritisch mit dem Erbe der DDR auseinander:

„Es gilt jedoch gleichermaßen, sich den Fragen zu stellen, die die historische Verwirklichung von politischen Begriffen wie dem des Kommunismus einer Linken heute aufgibt.“¹⁶¹

Es geht den Verfassern vielmehr um eine zeitgemäße Interpretation des Kommunismus, wie sich aus der dem Thema „Kommunismus“ gewidmeten Ausgabe 36 der PHASE 2 ergibt:

„Die Katastrophe, die das Verschwinden des Kommunismus in der Gegenwart darstellt, zu benennen, ist das eine. Auf sie zu reagieren ist das andere. Die Aufgabe der Zeitschriften und ihrer Autorinnen kann in diesem Zusammenhang nur darin bestehen, den Kommunismus wieder zu thematisieren und Möglichkeiten seiner Verwirklichung diskutierbar zu machen. (...) Wenn die Visionen heute nur literarischer Natur sein können – dann ist es anscheinend leider so. Dann sind diese Diskussionen zu führen als Ausgangspunkt für soviel mehr, das nötig bleibt.“¹⁶²

¹⁵⁸ PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 39.

¹⁵⁹ PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 41.

¹⁶⁰ PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 40.

¹⁶¹ PHASE 2, Heft 34, Dezember 2009, S. 6.

¹⁶² PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 5.

AUTONOME befürworten Militanz

Das zweite prägende Merkmal der AUTONOMEN ist deren Militanz. Der Einsatz von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele und die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols ist für AUTONOME allgemein akzeptierter Grundkonsens. Militanz ist das entscheidende Merkmal, das die AUTONOMEN von legalistischen Linksextremisten unterscheidet. Zur Legitimation der Militanz werden überwiegend zweierlei Begründungen herangezogen. Zum einen wird argumentiert, dass es sich lediglich um Gegengewalt handle, mit der man sich gegen ungerechtfertigte Gewaltausübung des Staates wehre; zum anderen gebe es politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigten und eine Vermittlung des Gewalteinsatzes ermöglichen.

Die linksextremistische KAMPAGNE 129EV¹⁶³, die sich nach Ermittlungsmaßnahmen gegen Angehörige der autonomen Szene im April 2011 bildete, rechtfertigt militante Aktionen als „Gegengewalt“ gegen die Bedrohung autonomer Freiräume:

„Durch intensives Räumen besetzter Häuser und Wagenplätze werden experimentelle Freiräume, die eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik darstellen, nach und nach zerstört. (...) Planmäßig wird die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens mit jedem Tag ein Stück mehr bekämpft und viele Aspekte des Widerstandes ‚provokativ‘ verunmöglicht.“¹⁶⁴

„Alltagsmilitanz unterschiedlichster Formen, sei es z. B. antifaschistischer Selbstschutz, antimilitaristische Aktionen, Attacken auf Polizeireviere oder das Besetzen von Häusern.“¹⁶⁵

Die linksextremistische LEIPZIGER ANTIFA (LeA) bemüht sich, Maßstäbe dafür zu finden,

„(...) die Gewalt als politisches Mittel und schließlich als linksradikale Aktionsform qualifizieren.“¹⁶⁶

LeA geht es um die Herstellung eines Zusammenhangs von speziellen linksextremistischen Anliegen mit militantem Vorgehen. Zwar zähle Gewalt zum „festen Repertoire“¹⁶⁷ aller Extremisten, jedoch sei diese kein Selbstzweck, sondern es komme entscheidend auf die Verbindung von politischen Zielen und Militanz an, insbesondere auf deren Einbindung in ein theoretisches politisches Konzept, aus dem sich Ziele und Mittel des Gewalteinsatzes ergäben. Erst dann sei Militanz ein angemessenes und gerechtfertigtes Mittel im politischen Kampf. Unstreitig sei beispielsweise der Einsatz von Gewalt gegen Rechtsextremisten zu billigen¹⁶⁸.

Autonome Antifaschismus als Mittel der Systemüberwindung

Als Mittel der Systemüberwindung pflegen die AUTONOMEN eine besondere Form des Antifaschismus. Autonome Antifaschismus wird als ein politisches Konzept verstanden, das auf die Ablösung des demokratischen Verfassungsstaats durch eine „herrschaftsfreie

¹⁶³ Siehe Beitrag „Autonome Bestrebungen in Dresden“.

¹⁶⁴ Internetseite der KAMPAGNE 129EV, Beitrag „Repression auf mehreren Ebenen“ vom 23. Juni 2011, S. 1.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 4.

¹⁶⁶ PHASE 2 Heft 30, Dezember 2008, S. 62.

¹⁶⁷ Ebenda.

¹⁶⁸ PHASE 2, Heft 30, Dezember 2008, S. 64.

Gesellschaft" hinausläuft. In der bundesweit vertriebenen linksextremistischen Szenezeitschrift INTERIM heißt es:

„Radikaler ANTIFASCHISMUS bedeutet für uns mehr als nur gegen Nazis zu sein. Er bedeutet auch eine unvereinbare Haltung zu diesem System einzunehmen und die gesellschaftlichen Bedingungen radikal zu bekämpfen, welche immer wieder Rassismus, Sozialdarwinismus und letztendlich die Existenz von Neonazis reproduzieren. Daher akzeptieren wir keine gesetzlich vorgeschriebenen Regeln im Kampf gegen Neonazis und für eine herrschaftsfreie Welt.“¹⁶⁹

Autonomer Antifaschismus bedeutet somit mehr als die bloße Ablehnung der Rechtsextremisten und ihrer im historischen Faschismus wurzelnden Ideologie. Da die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten aber ein allgemeines zivilgesellschaftliches Anliegen ist, können Positionen von Linksextremisten innerhalb des öffentlichen Diskurses eine moralische und politische Rechtfertigung erfahren, geht es doch um den zu Recht abgelehnten Faschismus. Maßnahmen von Polizei oder Justiz aufgrund von Gesetzesverstößen in diesem Zusammenhang werden als „Repressionsmaßnahmen“ skandalisiert und in der Öffentlichkeit angegriffen.

„Antifaschismus ist besonders geeignet, die Legitimität staatlichen Handelns in Frage zu stellen und die Notwendigkeit direkter Aktionsformen zu vermitteln“¹⁷⁰,

betonte auch die der autonomen Szene zuzurechnende Gruppierung ANTIFASCHISTISCHE LINKE INTERNATIONAL aus Göttingen (Niedersachsen).

Der Verweis auf die gemeinsame Bekämpfung des Rechtsextremismus ermöglicht es Linksextremisten daher auch, Demokraten als Bündnispartner zu gewinnen und damit die Grenzen zwischen Demokraten und Extremisten zu verwischen. Bei oberflächlicher Betrachtung reihen sich AUTONOME lediglich in den allgemeinen Protest ein. Dabei wird jedoch verkannt, dass sie sich bei ihrer Haltung gegen Rechtsextremisten nicht zur Demokratie bekennen, sondern ihr „Antifaschismuskampf“ Teil einer letztlich auf die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung angelegten Strategie ist.

Eine neue Tendenz – Autonomer Antikapitalismus als Mittel der Systemüberwindung

2012 gewannen anarchistische Begründungszusammenhänge an Bedeutung. Diese neue Entwicklung wurde von der anarchistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) ausgelöst, die zumindest in Teilen auch für AUTONOME anschlussfähig ist. Im Unterschied zu AUTONOMEN, die einen Schwerpunkt im Antifaschismus sehen, setzt die FAU-IAA ihren Fokus eher auf den Antikapitalismus. Die linksextremistische UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) hebt die ideologische Schnittmenge beider linksextremistischen Strömungen hervor und definiert sie als Teile einer Bewegung:

„Wenn wir unsere Vorstellung von einer besseren Gesellschaft durchsetzen wollen, dann

¹⁶⁹ INTERIM vom 11. Juni 2009, Seite 20.

¹⁷⁰ „Antifaschistisches Info Blatt“, Ausgabe 79, 2/2008, Seite 38.

brauchen wir dazu eine starke Bewegung. Diese entsteht nur dann, wenn sich die Menschen organisieren. Ob in (...) Basisgewerkschaften wie der FAU oder eben in Antifagruppen.“¹⁷¹

Die seit Ende 2011 aktive URA DRESDEN ist ein Beispiel für eine in ihren Zielsetzungen anarchistisch beeinflusste Gruppe. Sie öffnet sich stärker als noch ihre Vorgängergruppe – die 2011 aufgelöste AK ANTIFA – auch anarchistischen Argumentationsmustern und folgt so einem für aktionsorientierte Linksextremisten in Sachsen allgemein zu beobachtenden Trend. Ihr anarchistisches Gedankenspiegelung spiegelt sich bereits in der von ihr verwendeten Symbolik wider, zu der neben dem Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“ auch das so genannte „Anarchie“-Zeichen gehört, ein großes A im Kreis. Sie strebt eine nach ihrem Verständnis „hierarchielose Gesellschaft“ an, ein Ziel, das die Überwindung der parlamentarischen Demokratie einschließt:

„... die Abschaffung von Staat und Grenzen ist für uns (...) erklärtes Ziel, eine hierarchielose Gesellschaft (...) ist nicht mit einem Staatensystem möglich.“¹⁷²

Sie folgt dabei einem revolutionären Ansatz:

„... wir denken nicht, dass durch Parteien die Revolution ausgelöst wird oder auch nur wesentliche Änderungen durchgesetzt werden können. (...) Für uns ist klar, dass die Änderungen, die wir wollen, nicht in Parlamenten entschieden werden, sondern erkämpft werden müssen.“¹⁷³

Die antiparlamentarische Haltung der URA Dresden ist grundsätzlicher Natur und bezieht sich nicht nur auf den deutschen Staat oder auf Nationalstaaten überhaupt, daher mobilisierte sie zu einem „bundesweiten Aktionstag gegen Kapitalismus“ am 31. März in Frankfurt/M. (Hessen) mit dem Spruch „Neue Heimat Europa verraten. Staat! Nation! Kapital! Scheiße!“¹⁷⁴.



Internetseite der URA Dresden.

Die URA DRESDEN tritt gleichermaßen antifaschistisch, gegen Kapitalismus und vermeintliche staatliche „Repression“ sowie für eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft und „selbstverwaltete Freiräume“ ein. Dabei handelt sie bündnisorientiert und sucht den Anschluss an zivilgesellschaftliche Kräfte.

Die ANTIDEUTSCHEN – eine starke Minderheit

Als antideutsch wird eine Strömung innerhalb der AUTONOMEN bezeichnet, die zwar bundesweit eher in der Minderheit, jedoch in Sachsen, insbesondere in Leipzig und der Region Chemnitz, immer noch stark vertreten ist. ANTIDEUTSCHE machen weniger eine Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die darauf aufbauenden Schlussfolgerungen¹⁷⁵ zum Ausgangspunkt ihrer Kritik am demokratischen Verfassungsstaat. Vielmehr gehen sie von der Konstruktion eines spezifisch deutschen Nationalcharakters aus. Antideutsche AUTONOME sind der Auffassung, dass den Deutschen

¹⁷¹ Internetseite der URA DRESDEN, 21.05.2012, „Aufruf gegen den Naziaufmarsch am 17. Juni...“.

¹⁷² Internetseite der URA DRESDEN, 21.05.2012, „Aufruf gegen den Naziaufmarsch am 17. Juni 2012 ...“ der URA DRESDEN.

¹⁷³ Internetseite der URA DRESDEN, „Aufruf gegen den Naziaufmarsch am 17. Juni...“ der URA DRESDEN.

¹⁷⁴ Internetseite der URA DRESDEN, Text „Mit dem Bus nach Frankfurt am Main! M31 Aktionstag...unterstützen!“.

¹⁷⁵ „antifa jugendinfo“, Mai 2011, S. 23.

ein aggressiver und autoritärer Charakter eigen sei, der es ihnen unmöglich mache, mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben.¹⁷⁶ In der NS-Zeit habe sich der dem Nationalcharakter immanente und auch heute noch vorhandene Aggressionstrieb ungehindert ausleben können. Die Parole und zentrale Forderung aller ANTIDEUTSCHEN „Nie wieder Deutschland!“ macht diese Einstellung deutlich.

ANTIDEUTSCHE sind im Unterschied zu anderen AUTONOMEN pro-israelisch und pro-amerikanisch eingestellt. Die im nicht antideutschen Spektrum anzutreffende Solidarität mit den Palästinensern wird von ANTIDEUTSCHEN als antisemitisch abgelehnt.

Der besondere Antifaschismus der ANTIDEUTSCHEN

Der Antifaschismus der antideutschen AUTONOMEN bedarf einer gesonderten Betrachtung¹⁷⁷. Auch sie stellen den autonomen Antifaschismuskampf in einen Zusammenhang mit der Systemüberwindung, wie die linksextremistische ANTIFA KLEIN-PARIS (AKP) aus Leipzig klarstellt:

„Antifaschismus ist zwar ein bedeutender Teilbereich linker Politik, aber nicht ihr Kern. „Gegen Nazis“ zu sein ist sogar ein ausgesprochen bescheidenes Anliegen verglichen mit dem, worauf unsere Kritik abzielt: Den Platz zu bereiten für eine vernünftige, aufgeklärte Gesellschaft.“¹⁷⁸

Auf Grund ihrer besonderen Akzentsetzung auf die Ablehnung der deutschen Nation

setzen die ANTIDEUTSCHEN auch in Bezug auf den Antifaschismus eigene Akzente. Nicht in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung werden die Ursachen des Faschismus gesehen, sondern im Wesen des deutschen Staates, wie sich aus folgendem Zitat der linksextremistischen AKP ergibt:

„Deswegen kann es kein antifaschistisches Anliegen sein, diese Gesellschaft oder den deutschen Staat gegen Nazis zu verteidigen: An einem Deutschland ohne Nazis hätten wir noch genau so viel auszusetzen.“¹⁷⁹

Für ANTIDEUTSCHE sind die Deutschen ein Volk von Tätern. Sie halten das Gedenken an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges für geschichtsrevisionistisch, weil es sich nicht um Opfer, sondern um Täter handle. Antideutsche AUTONOME protestierten deshalb am 13. Februar anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg vor allem gegen das Gedenken an sich, weil es aus Tätern Opfer mache. Erst in zweiter Linie richtete sich die Kritik gegen die rechtsextremistischen Umtriebe. Da sich diese spezifisch antideutschen Inhalte der Zivilgesellschaft nur schwer vermitteln lassen, veranstalteten antideutsche Gruppen anlässlich der offiziellen Gedenkfeier am Dresdner Heidefriedhof am 13. Februar 2011 eine eigene Demonstration. Allerdings sind die Positionen der ANTIDEUTSCHEN sowohl im extremistischen als auch insbesondere im nicht extremistischen Lager kaum anschlussfähig. Dies spricht dafür, dass sie auch in Sachsen weiter an Bedeutung verlieren werden.

¹⁷⁶ Moreau, Patrick: ANTIFASCHISMUS als Strategie der PDS, in Agethen, Manfred, usw. (Hrsg.): Der missbrauchte ANTIFASCHISMUS, Freiburg, 2002, S. 376 ff.

¹⁷⁷ Moreau, a. a. O., S. 382.

¹⁷⁸ „antifa jugendinfo“, Mai 2011, S. 4.

¹⁷⁹ Ebenda, S. 5.

Exkurs: Angriff ist die beste Verteidigung – Linksextremisten stellen die Kategorie „Linksextremismus“ in Frage

AUTONOME sind eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung, weil sie sich für eine „Systemüberwindung“ einsetzen und das staatliche Gewaltmonopol ablehnen. Um diese Bewertung zu entkräften, richten Linksextremisten ihre Angriffe verstärkt gegen die so genannte „Extremismustheorie“. So führt die linksextremistische KAMPAGNE 129EV in diesem Sinne aus:

„Als politisches Instrument diskreditiert und delegitimiert die so genannte „Extremismustheorie“ vor allem linke Positionen und Handlungen und verharmlost rechte Aktivitäten.“¹⁸⁰

Diese Angriffe zielen auf das dem Grundgesetz zugrunde liegende Konzept der wehrhaften Demokratie, wonach die freiheitliche demokratische Grundordnung gegen Gefährdungen von rechts und links gleichermaßen verteidigt werden muss. Alle Bestrebungen werden unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung dann als extremistisch eingestuft, wenn sie auf die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind. Linksextremisten halten dieses Konzept für fehlerhaft, weil der demokratische Verfassungsstaat nach ihrer Auffassung praktisch ausschließlich von Rechtsextremisten und zwar nicht nur vom Rand des politischen Spektrums gefährdet sei, sondern auch von Teilen der bürgerlichen Gesellschaft, da in ihr rechtsextremistische Meinungen fest verankert seien.

Die Auseinandersetzung überschreitet den Rahmen einer legitimen theoretischen Diskussion,

als im März 2011 die vorrangig in Berlin aktiven linksextremistischen REVOLUTIONÄREN AKTIONSZELLEN (RAZ) Pistolenpatronen an den Bundesinnenminister, einen Bundesanwalt und an einen Wissenschaftler des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden übersandt hatten. In dem Selbstbeichtigungs-schreiben wurde darüber hinaus auch eine an der TU Chemnitz tätige Person bedroht. Die beiden zuletzt Genannten werden für die „jahrelange ‚extremismustheoretische‘ Propaganda aus dem akademischen Elfenbeinturm“ verantwortlich gemacht. Diese Aktionen fanden in der Szene jedoch eine allenfalls verhaltene Resonanz. Abgesehen von der Kritik an der „Extremismustheorie“ beinhaltet die Gegenstrategie der Linksextremisten auch das Eingehen von Bündnissen mit Nichtextremisten. Beispiele für solche Bündnisse sind die nicht extremistischen Bündnisse „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ und die „Initiative ‚Sachsens Demokratie‘“, an denen jeweils Extremisten beteiligt waren (zur Bündnisstrategie siehe den Beitrag „Aktionsformen“).

Aktionsfelder

Entsprechend ihrem Selbstverständnis organisieren sich AUTONOME nur selten in festeren Strukturen. Vielmehr gruppieren sie sich um politische Themenfelder. Zu den derzeit wichtigsten Aktionsfeldern sächsischer AUTONOMER gehören neben dem Antifaschismus Themen wie „Antirepression“, „Freiräume“, „Antirassismus“ und „Antikapitalismus“. Eine nur untergeordnete Bedeutung hat der „Antimilitarismuskampf“.

¹⁸⁰ Internetseite der KAMPAGNE 129EV.

„Antifaschismuskampf“

Antifaschismus ist das wichtigste Aktionsfeld AUTONOMER in Sachsen. Besonders die autonomen Antifa-Gruppen beschäftigen sich mit dem Kampf gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten sowie deren Unterstützer. Dabei grenzen sie sich von staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ab, da eine Unterstützung dieser Maßnahmen ihrem Kampf gegen das „System“ zuwiderlaufen würde.



Abbildung auf der Internetseite der ANTIFA.

Die anhaltende Aktualität des Antifaschismus führt ein Berliner Aktivist der autonomen Szene in einer im Juni erschienenen Broschüre auf die strategische Bedeutung des Antifaschismus als „Richtschnur einer sich linksrevolutionär verstehenden Bewegung“ zurück. Das auch heute

noch von AUTONOMEN verwendete Symbol der „Antifaschistischen Aktion“, die so genannten Doppelfahnen, beschreibt er als Zeichen „für eine militante Politik“:

„Mittlerweile stellen die Doppelfahnen eine radikale, antikapitalistische Symbolik dar, (...). Es ist zu einem Emblem geworden, das szenübergreifend Verwendung findet, sich vom staatstragenden Antifaschismus abgrenzt und für eine militante Politik steht.“¹⁸¹

Dass Antifaschismus lediglich ein Teil ihres Kampfes gegen das „System“ ist, macht auch die sächsische Gruppe FREIE ANTINATIONALISTISCHE ORGANISATION CHEMNITZ (Fanoc) deutlich. Sie sieht ihre Aufgabe in der

„Aufklärung über die faschistoiden und menschenverachtenden Strukturen jedes staatlich-organisierten Systems.“¹⁸²

und die „Nazis“ nur als die „aktuellere Gefahr“ für ihre „persönliche Freiheit“. In einem einschlägigen Internetbeitrag schreibt die Fanoc dazu:

„Aber bevor wir uns an die ganz große Aufgabe machen, an die Zerstörung der Herrschaftsmechanismen, wollen wir uns auf die aktuellere Gefahr für unsere persönliche Freiheit (...) konzentrieren: die lokalen Strukturen der Nazis. (...) Und nur durch die Abschaffung des Kapitalismus können auch die letzten Nazis von ihren schädlichen Gedanken befreit werden. (...) Um uns die Welt für unsere Zukunft zu erhalten, befinden wir es für notwendig, uns über dieses System zu bilden, und uns ihm zu verweigern, sodass wir gegen es kämpfen können.“¹⁸³

¹⁸¹ Flugschrift „80 Jahre Antifaschistische Aktion“, 1. Auflage vom Juni 2012, Göttingen.

¹⁸² Internetseite der Fanoc.

¹⁸³ Internetseite der Fanoc.

Auf dem Gebiet des „Antifaschismuskampfes“ waren im Freistaat Sachsen im Jahr 2012 wieder die Gegenaktivitäten gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar das bedeutsamste Ereignis. Während es noch im Vorjahr aus diesem Anlass zu massiven Ausschreitungen AUTONOMER gekommen war, ging dagegen im Jahr 2012 die Anzahl der beteiligten gewaltbereiten Linksextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet deutlich zurück. Auch die Gewaltbereitschaft war gegenüber 2011 niedriger.¹⁸⁴ Ursache hierfür war der Bedeutungsrückgang des 13. Februar für Rechtsextremisten, die anstatt für zwei Aufmärsche nunmehr nur noch für eine Veranstaltung mobilisiert hatten.

Die Aktionen AUTONOMER richteten sich im Jahr 2012 auch gegen Personen und Einrichtungen, denen sie eine rein wirtschaftlich motivierte Unterstützung ihrer politischen Gegner vorwarfen. Diese wurden unter mehr oder weniger direkter Androhung wirtschaftlicher Nachteile unter Druck gesetzt. Im Vorfeld einer Veranstaltung der nicht extremistischen „Gesellschaft zur Förderung Studentischer Kultur e.V.“ (GFSK) am 27. Oktober im Dresdner Ballhaus Watzke forderte ein AUTONOMEN zuzurechnendes öffentlich aufgehängtes Transparent, das Ballhaus anzugreifen. Ein wegen der Bedrohungslage eingesetzter Wachdienst stellte in der Nacht vor der Veranstaltung drei Personen fest, die verdächtigt wurden, Sachbeschädigungen am Veranstaltungsort zu begehen. Außerdem war bereits der Schriftzug „Antifa“ in eine Fensterscheibe geritzt worden. Auch in Riesa kam es zu solchen Aktionen.

Im September wurden ein Baumarkt und eine Transportfirma per Mail auf vermeintliche Rechtsextremisten hingewiesen, die angeblich bei ihnen beschäftigt seien. In einem Fall folgte die Drohung, dass es zu „negativen Auswirkungen“ auf die Firma kommen werde, falls gegen die „Nazis“¹⁸⁵ nichts unternommen werde.

„Antirepressionskampf“

AUTONOME sind erklärte „System-Gegner“. Der „Kampf gegen staatliche Repression“ ist ein klassisches Aktionsfeld, das für sie seit dem Jahr 2011 in Sachsen zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Dieser Trend hält weiter an. Auslöser hierfür waren Durchsuchungsmaßnahmen der sächsischen Polizei¹⁸⁶ wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung am 12. April 2011.

In der Folge entstand die gewaltbefürwortende linksextremistische KAMPAGNE 129EV, die im Wesentlichen durch Öffentlichkeitsarbeit um Unterstützung für die Beschuldigten wirbt. Die Kampagne war auch 2012 aktiv. Sie richtete von Oktober 2011 bis zum Frühjahr 2012 bundesweit sogenannte „Informationsveranstaltungen“ zum Thema „staatliche Repression“ aus und veröffentlichte einen Aufruf für einen „bundesweiten Aktionstag gegen Repression“ am 8. Dezember. Ziel einer unangemeldeten Protestkundgebung an diesem Tag in Dresden war es, eine breitere Öffentlichkeit zu einer Auseinandersetzung mit diesem „System“ aufzurufen.

Seit dem Jahr 2011 ist auch die in ihrer Gesamtheit nicht extremistische Kampagne „Sachsens Demokratie“ aktiv. Die Kampagne kritisiert

¹⁸⁴ Siehe Beitrag „Autonome Bestrebungen in Dresden“.

¹⁸⁵ Aus einer E-Mail an den Betreiber einer Firma.

¹⁸⁶ Siehe Beitrag „Autonome Bestrebungen in Dresden“.

„diskriminierende und autoritäre Zustände“ und verharmlost gleichzeitig linksextremistische Gewalt. Ziel der Kampagne ist es, der Öffentlichkeit ein Bild zu vermitteln, in dem legitimes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und linksextremistische Bestrebungen gleichgesetzt werden. So soll einer Differenzierung zwischen gewaltorientierten Linksextremisten und friedlichen Protesten gegen Rechtsextremismus in der öffentlichen Wahrnehmung entsprechender Bündnisse entgegenwirkt werden. Ihre Anhänger protestierten am 20. Juni in Riesa gegen ein Forum zum Thema Extremismus, zu dem der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen eingeladen hatte.

Auch anlässlich des bedeutsamsten Ereignisses für AUTONOME, dem Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945, rückte der „Antirepressionskampf“ stärker in den Mittelpunkt. Nach der Absage einer rechtsextremistischen Demonstration am 18. Februar demonstrierten AUTONOME vordergründig gegen „Repression“. Sie knüpften dabei an Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 19. Februar 2011 an.

Aktionen der autonomen Szene im Zusammenhang mit der Thematik „Antirepression“ beinhalten auch den Strafvollzug, den sie als Mittel zur Sicherung der derzeitigen „Herrschaftsverhältnisse“ bekämpfen. Eine Demonstration am 6. Oktober im Rahmen so genannter „Antiknasttage“ in Dresden, bei der sich die Teilnehmer mit von Strafverfolgungsmaßnahmen betroffenen Gefangenen solidarisierten, erreichte jedoch keine größere Außenwirkung.

In Leipzig nutzte die autonome Szene das Thema „staatliche Repression“ als Begründung für gewalttätige Ausschreitungen. Anlässe waren eine Durchsuchungsmaßnahme am 12. Oktober in Leipzig-Connewitz und die polizeiliche Überwachung am Connewitzer Kreuz.

„Freiraumkampf“

„Selbstbestimmte Freiräume“ bedeuten für AUTONOME einen ersten Schritt zur Etablierung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien“ Gesellschaft. In „Freiräumen“ wollen sie ihre Vorstellungen von einem „besseren“ Leben ausprobieren. Sie stellen zudem die für die politische Arbeit unerlässliche Infrastruktur bereit und unterstützen den Informationsaustausch innerhalb der Szene.

Die Dresdner autonome Szene griff dieses Thema am 2. Juni bei einer Demonstration zum Thema „Selbstorganisation“ auf. Darin forderten Teilnehmer u.a. die „Unterstützung von (...) Freiräumen (...) als Keimzellen einer neuen politischen Ordnung“. Leipziger AUTONOME beschäftigten sich stärker als zuvor mit dem als „Gentrifizierung“ bezeichneten Umstrukturierungsprozess von Wohngebieten infolge von Sanierungsmaßnahmen. Dabei geht es vor allem um eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Stadtteilen mit Szenepresenz. AUTONOME befürchten, dass die Sanierung von Altbauten zu einer Verdrängung der Szene und damit zu einem Verlust autonomer „Freiräume“ führen könnte. Zur Besetzung eines sanierungsbedürftigen Hauses in Leipzig-Plagwitz am 21. April hatte im Internet eine so genannte „Autonome Gruppe Plagwitz“ aufgerufen.

Die sächsische autonome Szene solidarisiert sich ferner regelmäßig mit anderen autonomen Zentren im gesamten Bundesgebiet, wenn „Freiräume“ als bedroht angesehen werden oder wenn diese von polizeilichen Maßnahmen betroffen sind. 2012 kam es anlässlich polizeilicher Durchsuchungsmaßnahmen in einem linksalternativen Wohnprojekt in Berlin – „Rigaer Straße 94“ – am 30. Januar in Leipzig und am 4. Februar in Burgstädt (Landkreis

Mittelsachsen) zu spontanen Solidaritätsdemonstrationen.

„Antirassismuskampf“

Der Rassismus-Vorwurf an gesellschaftliche Kräfte und staatliche Institutionen gehört zum Standardrepertoire der linksextremistischen Szene. AUTONOME agitierten 2012 verstärkt zu diesem Thema. Letztendlich geht es AUTONOMEN jedoch vor allem um Einflussnahme auf das demokratisch bürgerliche Spektrum im Sinne ihrer gegen den Staat gerichteten Überzeugungen. So nutzten sie eine Demonstration am 22. September in Hoyerswerda anlässlich des 21. Jahrestages fremdenfeindlicher Ausschreitungen, um auf in der Gesellschaft verankerte „rassistische Zustände“ aufmerksam zu machen und dies mit ihrer Forderung nach der Abschaffung des Staates zu verbinden. Szeneanhänger protestierten anlassbezogen auch gegen die Asylpolitik. Am 8. Mai versammelten sie sich in Dresden hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Die Einen morden feige die Anderen schieben ab das ist im Kern dasselbe widerliche, schieß Rassistenpack“ und versuchten, die Fahrbahn zu besetzen, um sich mit zwei in einem Reisebus befindlichen serbischen Personen zu solidarisieren.

„Antikapitalismuskampf“

Mit der Zunahme anarchistischer Einflüsse erhöhte sich im Berichtszeitraum der Stellenwert sozialer Proteste für sächsische AUTONOME. Das Aktionsniveau in der autonomen Szene ist hier jedoch vergleichsweise gering. Vor allem AUTONOME im Umfeld anarchistischer Gruppen machen den „Antikapitalismuskampf“ zu ihrem Thema. Für den 10. Mai war auf dem von AUTONOMEN genutzten Leipziger Internetportal LEFT-ACTION zu einem „Antikapitalistischen Block“ bei einer

nicht extremistischen Demonstration gegen die Bildungspolitik in Dresden aufgerufen worden. Bei den Protesten machten Teilnehmer mit einem Transparent mit der Aufschrift „NIEDER MIT DEM SOZIALEN FRIEDEN“ und „(...) gegen ‚Zukunft und Zusammenhalt‘ für diese Gesellschaft“ auf ihre auf die Verschärfung gesellschaftlicher Probleme gerichtete Interessenlage deutlich. Der erkennbar anarchistische Hintergrund weist darauf hin, dass sie mit der beabsichtigten Radikalisierung sozialer Proteste den Boden für die nachfolgende Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates schaffen wollen.

Außerhalb Sachsens beteiligten sich sächsische AUTONOME im Rahmen eines maßgeblich von Linksextremisten vorbereiteten „antikapitalistischen Aktionstages“ am 31. März in Frankfurt/M. (Hessen) an einer Demonstration „Gegen die autoritäre Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)“. Aufgrund schwerer Ausschreitungen durch Teilnehmer löste die Polizei den Protestzug bereits vorzeitig auf.

„Antimilitarismus“

Bei AUTONOMEN im Freistaat Sachsen ist „Antimilitarismus“ kein vorrangiges Thema. Die Bundeswehr und mit ihr kooperierende Unternehmen stehen derzeit wie auch in der Vergangenheit nicht erkennbar im Fokus des Interesses der Szene. Allerdings kam es in der Vergangenheit auch hier zu Aktionen gegen die Bundeswehr, auf die sich die sächsische Szene nach wie vor bezieht. So wurde in der Nacht zum 13. April 2009 auf Fahrzeuge der Bundeswehr auf dem Gelände der Albertstadt-Kaserne in Dresden ein bisher unaufgeklärter Brandanschlag verübt. Tatumstände und -ziel deuten auf einen linksextremistischen Hintergrund hin. Im März 2012 reagierte die links-extremistische KAMPAGNE 129EV gemeinsam mit

der linksextremistischen ROTE HILFE e.V. (RH), Ortsgruppe Dresden, mit einem Internetbeitrag auf eine Durchsuchung am 15. März in Finsterwalde (Brandenburg), die im Rahmen des Ermittlungsverfahrens stattfand. Dem Artikel ist ein bereits nach dem Brandanschlag mehrfach veröffentlichtes Bild zerstörter Bundeswehrfahrzeuge mit dem Kommentar „DRESDEN. DO IT AGAIN.“ beigefügt. Damit wurde ihre Billigung von Gewalt in diesem Zusammenhang auch im Jahr 2012 zum Ausdruck gebracht.



Foto: Internetseite Linksunten.indymedia.org.

Weitere Aktionsfelder, wie „Antiglobalisierung“ und „Anti-Atom-Protteste“ waren bei sächsischen AUTONOMEN im Berichtszeitraum von nur untergeordneter Bedeutung.

Aktionsformen

Um ihre Ideologie und Ansprüche zu vermitteln, nutzen AUTONOME ein vielfältiges Aktionsspektrum. Demonstrationen und gewalttätige Aktionen zählen zu den wesentlichen Aktionsformen.

Demonstrationen

Sächsische AUTONOME führen, abgesehen von spontanen Aufzügen, kaum noch eigene Demonstrationen durch. Stattdessen beteiligen sie sich überwiegend an Demonstrationen von Nichtextremisten. Als Grund hierfür geben AUTONOME an, dass die Szene alleine keine wahrnehmbare gesellschaftliche Relevanz besitzt. Meist ordnen sie sich in diesen Aufzügen weitgehend dem friedlichen Demonstrationsverhalten zivilgesellschaftlicher Akteure unter. Straftaten mit einem zu vermutenden linksextremistischen Hintergrund werden eher am Rande des Demonstrationsgeschehens oder im Vorfeld begangen. Zwar betonen AUTONOME auch, dass ihnen der „Widerspruch zwischen der Forderung nach einer herrschaftsfreien Gesellschaft und gleichzeitigen Appellen an den Staat“¹⁸⁷ bewusst sei, trotzdem greifen sie auf diese Aktionsform zurück, besonders wenn die Thematik in der Bevölkerung anschlussfähig erscheint. Hier sehen AUTONOME eine Möglichkeit, die Wirksamkeit ihrer Aktionen zu erhöhen und gesellschaftlich Einfluss zu nehmen. Indem sie gewalttätige Aktionen nicht in direktem Zusammenhang mit Demonstrationen begehen, wollen sie vermeiden, dass sich Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gegen die Demonstration richten und sich die friedlichen Teilnehmer von ihnen distanzieren. Teilweise richten sich die Proteste der Anhänger der autonomen Szene auch gegen die nicht extremistischen Veranstalter und die Teilnehmer, wenn es ihnen nicht gelingt, ihr eigenes „Antifaschismus“-Verständnis zur Geltung zu bringen, das letztlich auf die Überwindung der staatlichen Ordnung abzielt.

Vor allem spontane Demonstrationen entsprechen dem Selbstverständnis AUTONOMER und

¹⁸⁷ INTERIM Nr. 742 vom 27. Juli 2012, Seite 38.

werden häufig als Reaktion auf aus autonomer Sicht repressive staatliche Maßnahmen durchgeführt. Dass es dabei zu gewalttätigen Aktionen kommen kann, erklären AUTONOME mit ihrem Lebensgefühl:

„... dann wollen wir vielleicht unserer Wut auf der Straße Ausdruck verleihen, und symbolisch alles das angreifen, was uns das Leben zur Hölle macht....“¹⁸⁸

AUTONOME lassen einer gemeinsamen Demonstration mit Nichtextremisten vereinzelt auch Aufzüge folgen, um ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. So formierten sich am 4. Februar in Burgstädt (Landkreis Mittelsachsen) im Anschluss an eine friedlich verlaufene nicht extremistische Kundgebung Personen aus deren Teilnehmerkreis zu einer nicht angemeldeten Demonstration, in deren Verlauf Polizisten verbal und tätlich angegriffen wurden.

Im Jahr 2012 nutzten AUTONOME auch unpolitisch wirkende öffentliche Versammlungen zur Kommunikation untereinander und zur Gewinnung neuer Anhänger. Hierzu gehörte eine von einem so genannten „anarchistischen Demokollektiv“ organisierte „Tanzdemonstration für Selbstorganisation und eine Gesellschaft ohne Staat und Kapital“ am 2. Juni in Dresden. Während der Veranstaltung wurden Musikwagen mitgeführt und die Teilnehmer bewegten sich tanzend im Aufzug. In einem Veranstaltungsbericht heißt es zum Anliegen der Aktion:

„Eine politische Bewegung die in die Gesellschaft wirken will, braucht auch gemeinsame kulturelle Erlebnisse die neben den politischen

Kämpfen auch Platz für Freude und Kunst aller Arten bieten.“¹⁸⁹

Die mit Abstand meisten Demonstrationen von bzw. unter Beteiligung von AUTONOMEN gab es im Jahr 2012 in Dresden. Auch die größte Veranstaltung fand anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe am 13. Februar mit einer Beteiligung von etwa 1.400 gewaltbereiten Linksextremisten in Dresden statt.

Gewalttätige Aktionen

Gewalttätige Aktionen sind neben Demonstrationen die wichtigste Aktionsform der AUTONOMEN in Sachsen. Eine typische Form der Gewalt sind Straßenkrawalle. AUTONOME zünden dabei Container und Baumaterialien an, beschädigen Fahrzeuge und schlagen Fensterscheiben ein. Auch Einsatzkräfte der Polizei werden angegriffen. In Sachsen ist von diesen Ausschreitungen besonders die Stadt Leipzig betroffen. So fassten beispielsweise am 12. Oktober Szeneanhänger eine Durchsuchungsmaßnahme der Polizei in Leipzig-Connewitz als Eindringen in ihren vermeintlichen „Freiraum“ auf. Mit zahlreichen gewalttätigen Aktionen wollten sie „(...) ihren Frust über die dreiste Machtdemonstration der Bullen raus (zu) lassen.“¹⁹⁰

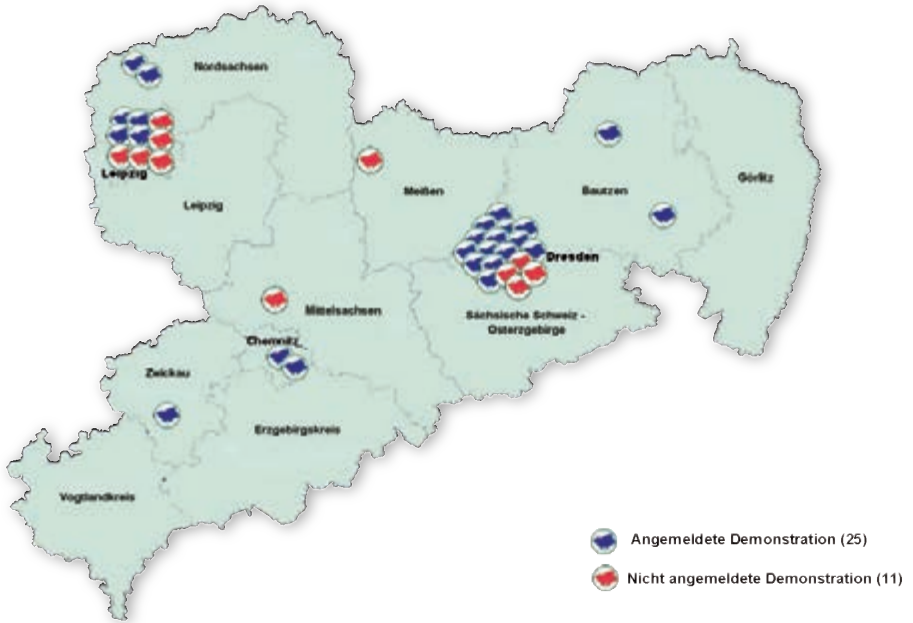
Außerhalb von Straßenkrawallen gehen AUTONOME auch mit direkten Angriffen gegen ihre politischen Gegner vor. Diese Aktionen sind meist planvoller angelegt. Anlass hierfür war im Jahr 2012 beispielweise eine so genannte „Aktionswoche gegen Asylmissbrauch und Islamisierung“ der rechtsextremistischen NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD). In Dresden griffen am 1. November 15 bis 20

¹⁸⁸ INTERIM Nr. 732 vom 23. September 2011, S. 13.

¹⁸⁹ Internetseite des „Libertären Netzwerkes Dresden“, Bericht des „Demokollektivs“ vom 6. Juni 2012.

¹⁹⁰ Internetseite linksunten.indymedia. Beitrag „LE: Razzia in der Stö“.

Demonstrationen von oder mit AUTONOMEN 2012



Linksextremisten die Veranstalter einer Kundgebung an, indem sie deren Fahrzeuge unvermittelt mit Fahnenstangen und Knüppeln attackierten und beschädigten. In der Folge kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen beider Lager, bei denen zwei Rechtsextremisten leicht verletzt wurden.

AUTONOME nutzen derartige Aktionen auch, um ihre dahinter liegenden Absichten öffentlich zu

vermitteln und damit ihre Positionen im Kampf gegen das „System“ zu stärken. Meist geschieht dies in Form von Tatbekenntnissen, Solidaritätsbekundungen oder die Tat rechtfertigenden und befürwortenden Erklärungen. Wie mit der Veröffentlichung eines Bildes zerstörter Bundeswehrfahrzeuge und der Aufforderung „DRESDEN. DO IT AGAIN.“ bringen AUTONOME regelmäßig auch ihre Billigung politisch motivierter Straftaten und Anschläge zum Ausdruck.

2.3 ROTE HILFE e.V. (RH)

ROTE HILFE e.V. (RH)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1975
Sitz:	Bundesgeschäftsstelle in Göttingen (Niedersachsen)
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 200 ¹⁹¹
Mitglieder 2011 in Sachsen:	ca. 140
Mitglieder 2011 bundesweit:	ca. 5.600
Vorsitz Bund:	keine Angabe
Teil-, Nebenorganisationen:	-
Publikation:	DIE ROTE HILFE (vierteljährlich)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Anfang der 1970er Jahre bildeten sich in verschiedenen Städten der alten Bundesländer ROTE-HILFE-Gruppen. Auf Initiative kommunistischer Gruppen kam es im Jahr 1975 zur Wiedegründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS (RHD)¹⁹². Diese sah sich in der Tradition ihrer gleichnamigen Vorgängerorganisation aus den zwanziger und dreißiger Jahren des

Zwanzigsten Jahrhunderts als „revolutionäre Massenorganisation zum Kampf gegen die politische Unterdrückung der Werktätigen durch die Bourgeoisie“¹⁹³. Sie entwickelte sich im Zuge der neuen sozialen Bewegungen ab dem Ende der 1970er Jahre nach eigenen Angaben von einem kommunistisch geleiteten Verband zu einer „parteionabhängige(n), strömungsübergreifende(n) linke(n) Schutz- und Solidaritätsorganisation“¹⁹⁴. Seit 1986 ist die Organisation ein eingetragener Verein mit dem Namen ROTE HILFE e.V. (RH). Im Freistaat Sachsen konnte die RH seit dem Jahr 2011 einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Sie gehört hier zu den mitgliederstärksten linksextremistischen Gruppierungen.

Der RH gliedert sich in einen Bundesvorstand sowie in selbstständige Ortsgruppen bzw. Regionalgruppen. Daneben gibt es noch so genannte Kontaktstellen. Eine Bundesdelegiertenversammlung legt die Grundsätze und Schwerpunkte der Arbeit fest. In Sachsen bestehen Ortsgruppen in den Städten Leipzig und Dresden. Die Ortsgruppe in Chemnitz wurde zwar aufgelöst, jedoch existiert noch eine Kontaktadresse.

Die RH finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf der linksextremistischen Zeitung DIE ROTE HILFE und entsprechender Broschüren sowie über themenspezifische Spendenaktionen.

¹⁹¹ Die aktuelle Mitgliederzahl beruht auf Eigenangaben der RH. Der Anstieg der Mitgliederzahlen im Vergleich zu 2011 wirkt sich nicht auf die Gesamtzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen aus, da von Mehrfachmitgliedschaften der neu hinzugekommenen Personen auszugehen ist.

¹⁹² Die RHD war ursprünglich bereits 1921 von der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründet worden. Ihre Aufgabe bestand darin, Geld- und Lebensmittelsammlungen „für die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes zu organisieren“. Sie war eine der mitgliederstärksten KPD-nahen Massenorganisationen, bis sie sich unter dem Druck der Nationalsozialisten 1936 vollständig auflöste.

¹⁹³ VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN – 70/20 JAHRE ROTE HILFE, S. 46, Göttingen 1996.

¹⁹⁴ § 2 Abs. 1 der Satzung der RH, abrufbar auf der Internetseite der RH.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die RH wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Insgesamt bekennt sie sich aber zu ihren kommunistischen Wurzeln.¹⁹⁵

Von der RH werden Personen und Organisationen des „linken“ Spektrums politisch und finanziell unterstützt, wenn sie „aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“¹⁹⁶. Die RH versteht ihr Engagement als „Kampf gegen die staatliche Repression“ und die „politische Justiz“¹⁹⁷. Unter „Repression“ werden dabei Maßnahmen der aus Sicht der RH politisch gefärbten Judikative und Exekutive, hier vor allem der Polizei, verstanden, die sich gegen Angehörige des „linken“ Spektrums richten¹⁹⁸. Die Legitimität des von ihr vertretenen politischen Widerstands begründet die RH beispielsweise anlässlich des „Kampftages für die Freilassung aller politischen Gefangenen“ wie folgt:

„In Zeiten sich verschärfender sozialer Konflikte setzt der kapitalistische Staat Repression verstärkt als Mittel zur Herrschafts- und Eigentumssicherung ein. In diesem Sinne müssen auch die Gefängnisse, in denen zum Großteil Menschen aus den unteren Schichten inhaftiert sind, als elementarer Bestandteil der Klassenjustiz begriffen werden. Umso wichtiger sind in diesen Zeiten starke, strömungsübergreifende und internationale Bündnisse und Netzwerke, die sich solidarisch aufeinander beziehen, Erfahrungen austauschen und auf staatliche Angriffe

*geschlossen reagieren können. Ein wichtiges Repressionsinstrument des Staates ist der Knast.“*¹⁹⁹

Aktivitäten

Hauptbetätigungsfeld ist die Unterstützung von Tatverdächtigen oder Straftätern aus dem „linken“ Spektrum, die aus Sicht der RH Opfer „staatlicher Repression“ geworden sind. So gewährt die RH u.a. Zuschüsse zu Prozess- und Anwaltskosten. Sie flankiert die von ihr als besonders spektakulär empfundenen Fälle von „Repression“ durch Kampagnen, Presseerklärungen oder Solidaritätskundgebungen. Dabei zeigt sich die RH selbst mit ehemaligen Mitgliedern terroristischer Vereinigungen, wie der ROTE ARMEE FRAKTION (RAF), solidarisch und relativiert die von ihnen begangenen Gewalttaten.

Die RH klärt ihr Klientel auf über ein aus ihrer Sicht richtiges Verhalten als Beschuldigter oder Zeuge (z.B. konsequente Aussageverweigerung). Dafür gibt sie Broschüren heraus und bietet Schulungen zum Verhalten bei Festnahmen im Verlauf von Demonstrationen an. Außerdem stellt sie für Veranstaltungen, bei denen Konflikte mit der Polizei zu erwarten sind, häufig sog. Ermittlungsausschüsse für Informationen über „repressive“ Maßnahmen bereit.

Im Jahr 2012 war in Sachsen vor allem die Dresdner RH-Ortsgruppe aktiv. Dort arbeitete sie eng mit der KAMPAGNE 129EV²⁰⁰ zusammen, einer Gruppierung der sächsischen autonomen Szene, die sich dem Antirepressionskampf verschrieben hat

¹⁹⁵ VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN – 70/20 JAHRE ROTE HILFE, S. 43–46, Göttingen 1996.

¹⁹⁶ § 2 Abs. 2, S. 1 der Satzung des RH e.V., abrufbar auf der Internetseite der RH.

¹⁹⁷ VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN – 70/20 JAHRE ROTE HILFE, S. 58 f., Göttingen 1996.

¹⁹⁸ VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN – 70/20 JAHRE ROTE HILFE, S. 58 f., Göttingen 1996; „Aussageverweigerung und Verhörmethoden“, September 2007, S. 17 f., 45 f.

¹⁹⁹ Sonderausgabe von DIE ROTE HILFE, „18.03.2010 Tag der politischen Gefangenen“, S. 1 f.

²⁰⁰ Siehe unter II 2.2, Beitrag AUTONOME.

und besonders militante Ansichten vertritt. Die Zusammenarbeit äußerte sich u. a. in der gemeinsamen Organisation von Veranstaltungen, in gemeinsamen Internetpräsentationen und einer bereits engeren finanziellen Verflechtung.

Die gemeinsame Organisation von Veranstaltungen zeigte sich besonders deutlich im Rahmen der Veranstaltungsreihe „AntirepressionsWarmUpDresden2012“ im Januar 2012. Dafür initiierten die RH und die KAMPAGNE 129EV verschiedene Vorträge, ein so genanntes „Verhör- und Aktionstraining“ und Workshops zu Methoden zum Schutz vor staatlichen Eingriffen. Gemeinsame Internetpräsentationen erfolgten in erster Linie im Rahmen der Veröffentlichung von Kommentaren und Berichten. Exemplarisch dafür ist ein abschließender Bericht zum „AntirepressionsWarmUpDresden2012“, in dem sich die Verfasser ausdrücklich zu der von vermeintlich „staatlicher Repression“ betroffenen „militanten Bewegung“ und zu politisch motivierter Kriminalität bekennen:

*„Radikale Zusammenhänge müssen Solidarität entwickeln, denn aus dem Gefühl der Handlungsunfähigkeit und Zerstreuung kann eine emanzipatorische und militante Bewegung keine Energie schöpfen. Niemand wird allein gelassen. Solidarität muss praktisch werden! Unsere Kriminalität ist politisch. Ihre Politik ist kriminell!“*²⁰¹

Ein erneuter Internetbeitrag beider Organisationen vom März 2012 ließ ebenfalls eine Gewaltorientierung erkennen. Der Beitrag behandelte die Durchsuchungsmaßnahmen anlässlich eines Brandanschlages auf Fahrzeuge der Bundeswehr (siehe Beitrag II 2.2 – Aktionsfeld: Antimilitarismus) im

April 2009 in Dresden²⁰². Ihm war ein Bild zerstörter Fahrzeuge der Bundeswehr mit dem Kommentar „DRESDEN. DO IT AGAIN.“ beigefügt. In einer weiteren beispielhaften Veröffentlichung nahmen beide Gruppen zu den so genannten „Antiknasttagen 2012“ Stellung. Darin erklärten sie den Strafvollzug zum Sicherungsmittel der „Herrschaftsverhältnisse“, das es zu beseitigen gelte. Neben solchen gemeinsamen Veröffentlichungen nutzte die Ortsgruppe Dresden der RH die Internetpräsenz der KAMPAGNE 129EV auch für ihren eigenen Internetauftritt.

Die finanzielle Verflechtung zwischen den Akteuren zeigte sich in der regelmäßigen Nutzung eines Spendenkontos der RH durch die KAMPAGNE 129EV.

Die Leipziger Ortsgruppe der RH beteiligte sich im Juni 2012 mit einem Informationsstand an einer Demonstration der in ihrer Gesamtheit nicht extremistischen Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazizentrum in Leipzig“, an der AUTONOME teilnahmen.

Im Jahr 2012 konnte die RH einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen, der auch ihre Bedeutung im linksextremistischen Spektrum erhöht. Ein Grund dafür ist die seit 2011 zu beobachtende engere Zusammenarbeit mit der autonomen Szene, die in der Verflechtung mit der linksextremistischen KAMPAGNE 129EV deutlich wird. Verbindendes Element ist vor allem der so genannte Antirepressionskampf. Vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Themenfeldes für die RH ist zu erwarten, dass sie ihre Zusammenarbeit mit der autonomen Szene fortsetzen wird.

²⁰¹ Internetseite Indymedia, Beitrag der KAMPAGNE 129EV und ROTE HILFE DRESDEN vom 25. Januar 2012, „DD: Zusammenfassung zum AntirepWarmUp-Dresden2012“.

²⁰² Internetseite der KAMPAGNE 129EV.

2.4 FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)

FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1977
Sitz:	Frankfurt am Main (Hessen)
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 25
Mitglieder 2011 in Sachsen:	ca. 15
Mitglieder 2011 bundesweit:	ca. 350
Vorsitz Bund:	-
Vorsitz Freistaat Sachsen:	-
Teil-, Nebenorganisationen:	Syndikate, Lokalföderationen
Publikation:	DIREKTE AKTION
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die FAU-IAA ist die mitgliederstärkste anarchistische Gruppierung in Deutschland und in Sachsen spätestens seit Mitte der 1990er Jahre aktiv. Sie bezeichnet sich selbst als „Anarchistische Gewerkschaft“, die der INTERNATIONALEN ARBEITER ASSOZIATION (IAA) angeschlossen ist. Ihre Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge. Im Jahr 2011 verfügte die FAU-IAA bundesweit über rund 350 Mitglieder. Davon waren im Freistaat Sachsen etwa 15 aktiv. Im Jahr 2012 verdoppelte sich die Zahl aktiver Mitglieder in Sachsen im Vergleich zum Vorjahr

nahezu auf etwa 25. Vor allem die verstärkten politischen Aktivitäten der FAU-IAA und eine Strukturverfestigung innerhalb der Gruppierung dürften die Ursache für den Mitgliederanstieg sein. Die Gruppierung ist in Sachsen in örtliche Syndikate (lokale basisdemokratische Gewerkschaften) und Lokalföderationen (alle Syndikate an einem Ort) in den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz gegliedert. Neben den bereits etablierten Syndikaten in Dresden und Leipzig haben sich nun auch im Raum Chemnitz die bestehenden Strukturen weiter konsolidiert. Zwar hatte sich die kreisübergreifende FAU-Südwestsachsen im Jahr 2011 aufgelöst. Dafür ist aber im Jahr 2012 die FAU-Initiative Chemnitz, die sich auch als SYNDIKAT DER REGION CHEMNITZ/ERZGEBIRGSKREIS bezeichnet, an ihre Stelle getreten.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die FAU-IAA ist in erster Linie anarchistisch und antikapitalistisch orientiert. Ihr Ziel ist es, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. In ihrem als „revolutionäre Gewerkschaftszeitung“ bezeichneten Kampfblatt DIREKTE AKTION²⁰³, das sich nach eigenen Angaben „auf die Grundlage des Klassenkampfes stützt“, heißt es dazu:

„Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus. (...) Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der

²⁰³ Internetseite der DIREKTEN AKTION.



Fotos: Internetseite ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN.

*Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab.*²⁰⁴

Mit ihrem Selbstverständnis setzt sich die FAU-IAA in einen deutlichen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Aktivitäten

Der Aktionsschwerpunkt der FAU-IAA im Freistaat Sachsen lag auch im Jahr 2012 wieder in Dresden. Dabei kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten, insbesondere mit Angehörigen der autonomen Szene. Das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN versuchte durch das Verteilen von Flugblättern, die Organisation von Demonstrationen oder Informationsständen und über die Beteiligung an sozialkritischen, nicht extremistischen Protestdemonstrationen seinen Bekanntheitsgrad und seine Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Dabei thematisierten die Akteure vor allem aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik oder regional interessierende Gesundheits-, Bildungs- oder Asylangelegenheiten. So bot

der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterklasse“ Gelegenheit, die Forderung nach einer herrschaftslosen, auf Selbstverwaltung gründenden Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. An der Demonstration unter dem Motto: „Geschichte wird gemacht – Ab jetzt von unten!“ beteiligten sich etwa 120 Personen.

Darüber hinaus gab die wirtschaftliche Situation in den südeuropäischen Ländern für die FAU-IAA Anlass, Solidarität mit den Streikenden in den betroffenen Ländern öffentlichkeitswirksam zu bekunden. Die Gruppierung organisierte in diesem Zusammenhang Demonstrationen am 26. September und 31. Oktober in Dresden. Außerdem startete sie eine „stadtweite Informationskampagne“²⁰⁵, bei der sie nach eigenen Angaben 15.000 Flugblätter verteilte.

²⁰⁴ DIREKTE AKTION, Nr. 212 vom Juli/August 2012, S. 16.

²⁰⁵ Internetseite des ALLGEMEINEN SYNDIKATES DRESDEN der FAU-IAA.



Demonstrationsankündigung auf der Internetseite ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN.

Das FAU-Syndikat in Leipzig beteiligte sich im Jahr 2012 an verschiedenen Aktionen nicht extremistischer Organisatoren, beispielsweise am 7. August und am 1. November gegen Aktivitäten der NPD in Leipzig.

Die FAU-Initiative Chemnitz organisierte am 2. Dezember in Chemnitz eine Kundgebung zum Thema „Arbeitsrecht“. Nach eigenen Angaben beteiligten sich auch Mitglieder des Dresdner

Syndikates an der Veranstaltung. Die FAU-Initiative Chemnitz betreibt eine eigene Internetseite, u. a. mit einem Zugriff auf eine Mediathek, in der Videos über ihre Aktivitäten, aber auch Vorträge abrufbar sind. Dieses sog. „FAU TV“ wird als „(...) ein für's erste auf Sachsen beschränktes Medienprojekt (...)“ bezeichnet.



Internetseite der FAU-Initiative Chemnitz.

Die Entwicklungen der FAU-IAA 2012 in Sachsen, insbesondere der Mitgliederzuwachs und die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Gruppen der linksextremistischen Szene lassen für die Zukunft erwarten, dass die FAU-IAA ihre Aktivitäten weiter ausbauen wird und hierzu verstärkt auch die autonome Szene mobilisieren kann.

2.5 Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1968
Sitz:	Essen (Nordrhein-Westfalen)
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 35
Mitglieder 2011 in Sachsen:	ca. 35
Mitglieder 2011 bundesweit:	ca. 4.000
Vorsitz Bund:	Bettina JÜRGENSEN
Vorsitz Freistaat Sachsen:	-
Teil-, Nebenorganisationen:	Jugendorganisation SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ)
Publikationen:	UNSERE ZEIT (UZ)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die DKP wurde am 26. September 1968 in Frankfurt am Main (Hessen) gegründet. Vor der Wiedervereinigung Deutschlands gehörten ihr in den alten Bundesländern bis zu 40.000 Mitglieder an. Sie war von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) der DDR ideologisch und materiell abhängig. Der Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems in Osteuropa löste bei der DKP einen starken Mitgliederrückgang aus. Dennoch ist die DKP mit bundesweit ca. 4.000 Personen die mitgliederstärkste

orthodox-kommunistische Partei. Seit 1992 ist die Partei mit nur mäßigem Erfolg bemüht, sich in den neuen Bundesländern verstärkt zu verankern. Im Freistaat Sachsen ist seit Jahren eine Stagnation der Mitgliederzahl von etwa 35 Personen zu verzeichnen. Hier existieren lediglich DKP-Gruppen in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau, jedoch keine eigenständige Landesorganisation. Die DKP spielt damit im Freistaat Sachsen eine untergeordnete Rolle. Sie entfaltet kaum Außenwirkung.

Als höchstes Parteiorgan beschließt der Parteitag unter anderem das Programm und wählt den Vorsitzenden sowie die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes. Der Parteitag wird mindestens alle zwei Jahre vom Vorstand einberufen. Der 20. Parteitag fand am 2./3. März 2013 in Mörfelden (Hessen) statt.

Die marxistisch-leninistisch orientierte und DKP-nahe SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ) ist

„ein eigenständiger, mit uns [DKP] aufgrund der gemeinsamen Weltanschauung und vieler gemeinsamer Aktionen auf das Engste verbundener Jugendverband“²⁰⁶.

In Sachsen besteht kein Landesverband der SDAJ.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die DKP hält an ihrem Ziel, der Umsetzung des Sozialismus/Kommunismus, unverändert fest. Sie strebt auf Grundlage der Theorien von

²⁰⁶ Rede der DKP-Vorsitzenden zur 1.Tagung des Parteivorstandes am 24. Oktober 2010.

Marx, Engels und Lenin die revolutionäre Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung an, um sodann eine klassenlose kommunistische Gesellschaft zu errichten. Dabei wird der Sozialismus in der Übergangsperiode als Zwischenschritt zum Kommunismus betrachtet. Im Programm der DKP heißt es dazu:

*„Der Übergang zum Kommunismus wird in einem langen geschichtlichen Prozess durch den Aufbau des Sozialismus vorbereitet.“*²⁰⁷

Nach der Lehre des Marxismus-Leninismus führt der vorgezeichnete Weg über die revolutionäre Zerschlagung des „bürgerlichen“ Staates. Die DKP sieht sich dabei in der Rolle der revolutionären Partei, welche die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herstellt. Grundlage für die Umgestaltung ist der Bruch mit den bestehenden, als „kapitalistisch“ bezeichneten, Eigentums- und Machtverhältnissen. Im aktuellen Parteiprogramm heißt es dazu:

*„Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“*²⁰⁸

Die Zielsetzung und die Strategie der DKP sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren.

Parteiinterne Konflikte zur Neuausrichtung der Partei hielten auch im Berichtsjahr weiter an. Die im Vorfeld des 19. Parteitages im Oktober 2010 veröffentlichten „Politischen Thesen“, die sich auch mit dem Verhältnis zu anderen „linken Kräften“ beschäftigten, hatten die

Herausbildung von zwei parteiinternen Fraktionen zur Folge. Während sich die Vorsitzende und Teile des Vorstandes für gewerkschaftliche Allianzen und die Bildung breiter Bündnisse aussprechen, stößt eine derartige Öffnung der Partei vor allem an der Basis auf heftigen Widerstand. Die Gegner der „Politischen Thesen“ fordern stattdessen eine Neubesinnung auf die nach ihrer Auffassung unverfälschte Lehre des Marxismus-Leninismus. Dies geht mit der Forderung nach einer Führungsrolle der Partei an der Spitze politischer Bewegungen einher.

Aktivitäten

Zu den Arbeitsschwerpunkten der DKP gehört die Entwicklung der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik als Basis für die Entwicklung des „Widerstandes“, der Aufbau von „Gegenmacht“ und die Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Darüber hinaus strebt sie nach praktischer und theoretischer Mitarbeit in den globalisierungskritischen Bewegungen.


Die DKP war im Berichtsjahr in dem in seiner Gesamtheit nicht extremistischen Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ vertreten, das rechtsextremistische Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 13. Februar in Dresden verhindern wollte²⁰⁹. Am 18. Februar 2012 beteiligte sie sich an einer diesem Bündnis zuzurechnenden Demonstration unter dem Motto: „Gegen Naziaufmärsche in Dresden und überall“. Am 1. Mai 2012 organisierte sie einen Informationsstand in Leipzig.

Der DKP gelang es auch im Jahr 2012 nicht, ihren Mitgliederbestand in Sachsen auszubauen.

²⁰⁷ Programm der DKP, 2006, S. 7.

²⁰⁸ Ebenda, S. 9.

KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	2002
Sitz:	Dresden
Mitglieder:	Linksextremistische Parteien und Gruppierungen
Vorsitz Bund:	-
Vorsitz Freistaat Sachsen:	-
Teil-, Nebenorganisationen:	-
Publikationen:	Information des KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Das KAD wurde 2002 von lokalen marxistisch orientierten Parteien und Gruppierungen in Dresden gegründet. Es ist ein Sammelbecken regionaler orthodoxer Linksextremisten. Dem Bündnis gehören linksextremistische Organisationen an wie die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF), die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP), die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), der ROTFUCHS-FÖRDERVEREIN e.V. und der REVOLUTIONÄRE FREUNDSCHAFTSBUND e.V. (RFB). Das KAD wird von einem Koordinierungsrat geleitet, dem je zwei Vertreter der beteiligten Organisationen angehören.

Zu einigen der beteiligten Organisationen im Einzelnen:

Die KPD wurde 1990 in Ost-Berlin von ehemaligen Mitgliedern der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) gegründet. Sie sieht sich in der Nachfolge der 1918 gegründeten

KPD, deren revolutionär-marxistische Traditionen sie fortführen will. Die KPD war 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone mit der SPD zur SED verbunden worden. Das Bundesverfassungsgericht hat die KPD in der Bundesrepublik Deutschland am 17. August 1956 verboten. Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf die 1990 neu gegründete KPD. In Sachsen gibt es Regionalorganisationen der KPD in Dresden (gleichzeitig Sitz der Landesorganisation), Leipzig und in der Oberlausitz.

Der ROTFUCHS-FÖRDERVEREIN e.V. wurde 2001 in Berlin (Sitz) gegründet. Der originär aus dem Umfeld der Zeitung RotFuchs der DKP-Gruppe Berlin Nordost hervorgegangene Verein wurde von unzufriedenen DKP-Mitgliedern aus den neuen Bundesländern gegründet, die sich nach ihrem Eintritt in der DKP nur ungenügend beachtet sahen. Er gliedert sich in Sachsen in fünf Regionalgruppen und fungiert als „überparteiliches Sammelbecken“ für dogmatische Linksextremisten. Gemäß § 2 Abs. 1 seiner Satzung zielt der Verein darauf ab, „(...) seine Mitglieder und Freunde auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus politisch zu bilden“. Dabei ist der Verein bestrebt, „(...) die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse sowie deren Verbreitung (...)“ zu fördern. Zur Erfüllung seiner Zielsetzung führen die Regionalgruppen des ROTFUCHS-FÖRDERVEREINS e.V. regelmäßig so genannte Bildungsveranstaltungen durch.

Der Verein verfügt über eine orthodox-kommunistische Grundorientierung und lehnt die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. In der Dezember-Ausgabe 2011 der Mitgliederzeitschrift RotFuchs heißt es unter der Überschrift „Kämpferische Aufbruchsstimmung“ zum strategischen Konzept des Vereins:

„Wir leisten einen aktiven Beitrag zur Herausbildung einer wirklich systemverändernden antikapitalistischen Formation. Dabei geht es um eine endlich wieder massengestützte und klassenkämpferische gesamtdeutsche Partei, die sich auf die Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin sowie anderer gedanklicher Wegbereiter des Sozialismus gründet.“

Der REVOLUTIONÄRE FREUNDSCHAFTSBUND e.V. (RFB) wurde eigenen Angaben zufolge 1995 in Dresden von parteilosen Kommunisten und von Mitgliedern der KPD gegründet. Der RFB verfügt über eine geschlossene orthodox-kommunistische Ideologie. Mit der Wahl des Namens, insbesondere der Abkürzung RFB, knüpft der Verein an die Tradition des 1929 verbotenen „ROTEN FRONTKÄMPFERBUNDES“ (RFB) an. Laut seiner Satzung fühlt er sich dem politischen Vermächtnis des Kommunisten Ernst Thälmann verpflichtet. Basierend auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin tritt der RFB für die „Aktionseinheit der antifaschistischen und linken revolutionären Kräfte“ ein. Unter einer Aktionseinheit versteht der RFB „Zweckbündnisse für die Sammlung kommunistisch und sozialistisch orientierter, die sich für die Herausbildung einer starken am Marxismus-Leninismus orientierten Partei einsetzen“²¹⁰.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Das KAD verfolgt die gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten klassischen Ziele des

Marxismus-Leninismus. Es strebt eine revolutionäre Überwindung des bestehenden politischen Systems und die Errichtung einer zunächst sozialistischen, schließlich aber kommunistischen Gesellschaftsordnung an. Dies ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Ein mit einem Porträt von Karl Marx versehener Handzettel des KAD mit dem Titel „Geeint sind auch die Schwachen stark“ bestimmt als zentrale Ziele u. a. die

„Erschließung der Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin und der internationalen Arbeiterbewegung für den Kampf gegen den Imperialismus in der Gegenwart“ und die „Herstellung von Verbindung[en] zu linken Gruppen und Bewegungen, um mit ihnen gemeinsam für gesellschaftliche Veränderungen zu kämpfen“.

Aktivitäten

Als Medium zur Verbreitung seiner Ideologie und Ziele nutzt das KAD seine regelmäßig herausgegebenen INFORMATIONEN DES KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD). Öffentlichkeitswirksam trat das KAD mit nur einer Kundgebung zum Weltfriedenstag am 1. September 2012 in Dresden in Erscheinung.

²¹⁰ DER ROTE AUFBAU, Ausgabe März 2011, S. 2.

Linksextremistische Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1989
Sitz:	Berlin
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 160
Mitglieder 2011 in Sachsen:	ca. 160
Mitglieder 2011 bundesweit:	ca. 1.250 ²¹¹
Vorsitz Bund:	34-köpfiger Bundeskoordinierungsrat, vertreten durch vier Sprecher
Vorsitz Freistaat Sachsen:	Landeskoordinierungsrat, vertreten durch einen Sprecher (Sven MEHRBETH)
Teil-, Nebenorganisationen:	-
Publikation:	Mitteilung der KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die KPF gründete sich 1989 als selbständiger Zusammenschluss mit eigenem Programm und eigener Organisationsstruktur innerhalb der damaligen SED-PDS²¹². Nach dem damaligen Parteistatut sollten in der Partei alle Platz haben, die ihren „Widerstand“ damit verbanden, die „kapitalistische“ Gesellschaft positiv zu verändern und schrittweise zu „überwinden“. Darüber hinaus öffnete sich die Partei in ihrem Statut aber auch all jenen, die der kapitalistischen Gesellschaft „Widerstand“ entgegenzusetzen wollten und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnten.²¹³ Darauf basierend haben sich Zusammenschlüsse sowohl unterschiedlicher politisch-ideologischer als auch themenorientierter Ausrichtung bilden können. Diese Zusammenschlüsse haben das Recht, sich auf allen Ebenen der Parteigliederung unmittelbar in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einzubringen.²¹⁴

Im Zuge der Vereinigung der Partei für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG)²¹⁵ mit der „Linkspartei.PDS“ zur

²¹¹ Bericht des Bundessprecherrates an die 4. Tagung der 15. Bundeskonferenz. Veröffentlicht auf der Home-page der Partei „DIE LINKE“.

²¹² Auf dem Sonderparteitag der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) am 16./17. Dezember 1989 benannte sich die Partei zunächst in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus“ (SED-PDS) und am 4. Februar 1990 auf der Tagung des Parteivorstandes der SED-PDS in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) um. Am 17. Juli 2005 erfolgte auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitages der PDS die Umbenennung in „Die Linkspartei.“ mit dem Zusatz „PDS“. Die Verwendung des Zusatzes blieb den Landesverbänden selbst überlassen. Der Zusammenschluss von „Linkspartei.PDS“ und der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) zur Partei „DIE LINKE.“ erfolgte am 15. Juni 2007. Die Partei „DIE LINKE.“ ist in ihrer Gesamtheit kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen.

²¹³ Programmpunkt IV. Veränderung mit der PDS – Selbstveränderung der PDS. Aus: Programm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS, 25. bis 26. Oktober 2003, S. 21.

²¹⁴ Statut der PDS, beschlossen von der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS, bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991, verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS vom 17. bis 19. Januar 1991, S. 34.

²¹⁵ Die WASG war kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen.

Partei „DIE LINKE.“ regelten die Beteiligten die Anerkennung von bundes- und landesweiten Zusammenschlüssen. Demzufolge wird ein Zusammenschluss nur dann bundesweit anerkannt, wenn er in mindestens acht Landesverbänden entweder mindestens zwei Hundertstel der Mitglieder repräsentiert oder entsprechend der Landessatzung als landesweiter Zusammenschluss anerkannt ist. Da die KPF in fünfzehn Bundesländern das notwendige Quorum erfüllte, erkannte sie der Parteivorstand als Zusammenschluss innerhalb der Partei „DIE LINKE“ an. Seither ist die KPF offizieller Bestandteil der Partei „DIE LINKE.“.

Auf Bundesebene wird die KPF durch den Bundeskoordinierungsrat (BKR) geleitet und durch den Bundessprecherrat vertreten. Über Aufbau und Zusammensetzung des BKR entscheidet das höchste Gremium, die Bundeskonferenz. Diese wählt auch die Mitglieder des BKR und des Bundessprecherrates. Sie soll mindestens einmal jährlich einberufen werden und die politischen Leitlinien für die Tätigkeit der KPF beschließen.²¹⁶ Landesorganisationen der KPF wählen ebenfalls Koordinierungs- und Sprecherräte. Zu den Aufgaben dieser Räte gehören neben der Zusammenarbeit mit den Vorständen der Partei „DIE LINKE.“ auch die Koordinierung der eigenen Aktivitäten sowie die Unterstützung der Regionalgruppen.

Die KPF Sachsen konstituierte sich am 25. November 2007 als landesweiter Zusammenschluss neu. Die sächsische KPF zählt mit ihren seit 2008 gleichbleibend ca. 160 Mitgliedern seit Jahren bundesweit zu den mitgliederstärksten Landesorganisationen und besitzt

entsprechenden Einfluss innerhalb der KPF. Sie unterteilt sich in die regionalen Gruppen Chemnitz, Dresden, Leipzig sowie Ostsachsen. Die Treffen der Regionalgruppen finden größtenteils nichtöffentlich statt.

Wesentliche Informationsmedien für KPF-Mitglieder sind die vom Bundeskoordinierungsrat herausgegebenen MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die KPF ist ein „offen tätiger, bundesweiter Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE.“²¹⁷, der offen für die Überwindung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung eintritt. In einem Bericht des Bundessprecherrates zur 1. Tagung der 16. Bundeskonferenz heißt es dazu:

„Wir treten für einen Systemwechsel ein. Der Kapitalismus zeigt sein asoziales weil ausbeuterisches, aggressives und kulturfeindliches Wesen täglich mehr. Letztlich muss er überwunden werden.“

Worauf dieser Systemwechsel zunächst hinauslaufen soll, macht die KPF auf ihrer Internetseite deutlich, wo sie ausführt, die

„Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der Kommunistischen Plattform. Die Plattform tritt (...) für den Sozialismus als Ziel der Veränderungen ein.“

²¹⁶ Satzung der KPF (Beschluss der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz am 25. und 26. Februar 1995, geändert durch Beschluss der 1. Tagung der 14. Bundeskonferenz am 26. April 2008), S. 1.

²¹⁷ Satzung der KPF (Beschluss der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz am 25. und 26. Februar 1995, geändert durch Beschluss der 1. Tagung der 14. Bundeskonferenz am 26. April 2008), S. 1.

Allerdings soll der Sozialismus nur ein Zwischenziel auf dem Weg zum Kommunismus sein, wie ein Positionspapier der sächsischen KPF mit dem Namen „Sozialismus oder Barbarei!“ vom April 2010 zeigt:

„Als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zugleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus (...). Die Frage nach dem Weg der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, also dem scheinbaren Widerspruch von Reform und Revolution, ist für uns eine strategische. Wir treten deshalb für kurz- und mittelfristige Veränderungen im Interesse aller Nichtbesitzenden als auch für die langfristige revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ein. Der Übergang zum Kommunismus wird in einem langen Prozess durch den Aufbau des Sozialismus vorbereitet.“²¹⁸

Ebenso wie die DKP nimmt die KPF zur weiteren kommunistischen Positionsbestimmung positiv auf die – historisch und politisch gescheiterte – DDR Bezug.

„Dabei betonen wir: Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus, ihr Eintreten für Frieden und Abrüstung, sowie die Verwirklichung elementarer Grundrechte gehören zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und sind zweifellos Teil des humanistischen Erbes in Deutschland.“²¹⁹

Insgesamt steht die KPF ideologisch in der Nachfolge von Marx, Engels und Lenin auf der Suche nach einer sozialistischen Alternative zum bestehenden – als kapitalistisch

bezeichneten – Gesellschaftssystem. Dafür verfolgt die KPF eine Umgestaltung der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung im klassisch marxistisch-leninistischen Sinne. Sie befürwortet eine sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats. Das Streben nach einer revolutionären Überwindung des bestehenden politischen Systems und das Ziel des Aufbaus einer kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar. Diese Einschätzung hat das Bundesverwaltungsgericht in einer Entscheidung aus dem Jahr 2010 bestätigt.²²⁰

Aktivitäten

Innerparteilich hat sich die KPF auch im Jahr 2012 wieder rege an der Programmdebatte der Partei „DIE LINKE.“ beteiligt, in der sie für den bereits erwähnten Wechsel des politischen Systems geworben hat.

Neben ihren innerparteilichen Aktivitäten hat die KPF im Jahr 2012 erneut mit anderen links-extremistischen Organisationen zusammen gearbeitet. Der Bundeskoordinierungsrat hatte zwar einstimmig beschlossen, dass sich die KPF als Struktur nicht an einem von der KPD im Juni 2012 veranstalteten „Bundesweiten Treffen von Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Kräften, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen“ beteiligen wird.²²¹ An der im Oktober 2012 in Leipzig durchgeführten Nachfolgeberatung zu diesem Treffen sollen dann aber doch Mitglieder der KPF teilgenommen haben. Gegenstand des bundesweiten Treffens – und damit auch der Nachfolgeberatung – war die Einleitung weiterer

²¹⁸ Veröffentlicht auf der Internetseite der KPF-Sachsen.

²¹⁹ Quelle: Internet. KPF im Kreisverband Görlitz der Partei DIE LINKE.

²²⁰ Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 11. Juli 2010, Az. 6 C 22.09, Rn. 40 ff.

²²¹ Bericht des Bundessprecherrates an die 1. Tagung der 16. Bundeskonferenz, veröffentlicht auf der Internetseite der KPF.

„(...) Schritte zum einheitlichen Handeln und zur Formierung dieser Kräfte in einer vereinten kommunistischen Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage.“²²²

Als ein erster Schritt zur Formierung dieser Partei sollen – nach dem Vorbild des KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNISSES DRESDEN (KAD) – Aktionsbündnisse aus KPD, DKP, KPF und weiteren kommunistischen Gruppierungen sowie linken Parteiloosen gebildet werden. Wie der DKP fehlt auch der KPF die Fähigkeit, neue Mitglieder an sich zu binden.

MARKSISTISCH–LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1982
Sitz:	Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 35
Mitglieder 2011 in Sachsen:	ca. 35
Mitglieder 2011 bundesweit:	ca. 2.000
Vorsitz Bund:	Stefan ENGEL
Vorsitz Freistaat Sachsen:	Günter SLAVE
Teil-, Nebenorganisationen:	Jugendorganisationen REBELL und ROTFÜCHSE
Publikationen:	ROTE FAHNE (RF), STIMME VON UND FÜR ELBE-SAALE
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die MLPD ging 1982 aus dem KOMMUNISTISCHEN ARBEITERBUND DEUTSCHLANDS (KABD) hervor. Der MLPD-Jugendverband REBELL wurde 1992 gegründet.

Die Partei ist in Parteigruppen, Orts- und Kreisverbände bzw. Landesverbände gegliedert. Die 2006 begonnene organisatorische Neuausrichtung – u. a. Schaffung von sieben Landesverbänden und 50 Kreisverbänden – ist im Jahr 2008 abgeschlossen worden. Dem Landesverband Elbe-Saale gehören Parteistrukturen der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an. Der Sitz der Landesgeschäftsstelle befindet sich in Leipzig. In Sachsen verfügt die MLPD über lediglich ca. 35 Mitglieder, überwiegend in den Städten Dresden und Leipzig. Politischen Einfluss hat die MLPD nicht.

Im Oktober 2010 wurde auf maßgebliche Initiative der MLPD die INTERNATIONAL COORDINATION OF REVOLUTIONARY PARTIES AND ORGANIZATIONS (ICOR)²²³ in Berlin gegründet. Ihr gehören weltweit 45 Mitgliedsorganisationen aus 32 Ländern²²⁴ an. Ziele dieser Mitgliedsorganisationen müssen laut Statut der ICOR die Systemüberwindung und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sein.²²⁵ Der MLPD-Bundesvorsitzende äußerte sich in seiner Rede auf der Gründungsveranstaltung wie folgt:

„Der Kampf gegen das imperialistische Weltsystem macht den länderübergreifenden Zusammenschluss revolutionärer Parteien und Organisationen zu einer dringenden Notwendigkeit (...) Mit der zunehmenden Krisenhaftigkeit des

²²² Gemeinsame Erklärung der Teilnehmer am Treffen von Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Kräften, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, am 9. Juni 2012 in Berlin.

²²³ ICOR, deutsch: INTERNATIONALE KOORDINIERUNG REVOLUTIONÄRER PARTEIEN UND ORGANISATIONEN.

²²⁴ REBELL 4-2011 vom 25. August 2011, S. 29.

²²⁵ RF Nr. 49/2010 vom 10. Dezember 2010, S.12 ff.

imperialistischen Weltsystems wird künftig auch eine Tendenz zu einer revolutionären Krise entstehen und wachsen."²²⁶

Die MLPD finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sowie aus den Einnahmen von Veranstaltungen und der Agitations- und Propagandaarbeit.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao bilden die ideologischen Grundlagen der MLPD. Sie versteht sich als

*„politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“*²²⁷

Damit lehnt sie die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung klar ab. Der von ihr angestrebte „echte Sozialismus“ unterscheidet sich deutlich von dem ehemals „real existierenden“ Sozialismus sowjetischer, aber auch chinesischer Prägung.²²⁸ So ist die Partei insbesondere davon überzeugt, dass der „echte Sozialismus nur mit einer proletarischen Denkweise erkämpft und erhalten werden kann“.²²⁹ Dies erfordere aber, dass sich im Bewusstsein

der Massen die „proletarische“ gegen die „kleinbürgerliche Denkweise“²³⁰ durchsetze. Anderen Marxisten-Leninisten wirft die MLPD Verrat am Sozialismus und den kommunistischen Idealen sowie die Verfälschung des Marxismus-Leninismus durch den „modernen Revisionismus“ vor:

*„Hauptträger des modernen Revisionismus in Deutschland sind heute die Linkspartei (DIE LINKE) und die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP). Um einen Aufschwung im Kampf um den Sozialismus vorzubereiten, ist es notwendig, sich entschieden von diesen revisionistischen und entarteten ‚Kommunisten‘ abzugrenzen.“*²³¹

Ihr elitäres Selbstverständnis, wonach sie allein den „echten Sozialismus“ vertrete, erschwert der MLPD die Gewinnung neuer Mitglieder. Dies hat eine weitgehende Isolierung der Partei selbst im linksextremistischen Lager zur Folge. Die Isolierung versucht sie u. a. durch ihr Engagement in der Frauen-, Friedens- und Arbeiterbewegung zu überwinden.

Aktivitäten

Das Hauptaugenmerk der politischen Arbeit der MLPD liegt, neben der Frauen- und Jugendpolitik, vor allem auf der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie der „systematischen Wohngebietsarbeit“. Neben der Unterstützung von Streiks nutzt die MLPD soziale und andere

²²⁶ RF Nr. 42/2010 vom 22. Oktober 2010, S. 6 ff.

²²⁷ Präambel der Organisationspolitischen Grundsätze, abrufbar auf der Internetseite der MLPD.

²²⁸ Interview mit dem Parteivorsitzenden Stefan ENGEL vom 20. Juni 2007. Veröffentlicht in der RF Nr. 25/2007 vom 22. Juni 2007, S. 17.

²²⁹ Informationen für neue Leserinnen und Leser, regelmäßig auf Seite 2 jeder Ausgabe der RF abgedruckt, hier: RF Nr. 38/2011 vom 23. September 2011.

²³⁰ Das Zentralkomitee der MLPD beschreibt die „kleinbürgerliche Denkweise“ in seinem Beitrag „Sozialismus am Ende?“ aus dem Jahre 1992. Danach gilt als „kleinbürgerlich“, wer sich von bürgerlichem Ehrgeiz leiten lasse, d. h. sich selbst für unentbehrlich halte, nach individueller Auszeichnung strebe und somit die eigene Person in den Mittelpunkt stelle.

²³¹ Präambel der Organisationspolitischen Grundsätze, abrufbar auf der Internetseite der MLPD.

gesellschaftspolitische Fragen zu öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Am 1. September 2012 organisierte die MLPD Informationsstände in Dresden und Leipzig anlässlich des Antikriegstages.

Die MLPD war im Berichtsjahr in dem in seiner Gesamtheit nicht extremistischen Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ vertreten, das rechtsextremistische Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 13. Februar in Dresden verhindern wollte²³². Am 18. Februar 2012

beteiligte sie sich an einer diesem Bündnis zuzurechnenden Demonstration unter dem Motto: „Gegen Naziaufmärsche in Dresden und überall“.

Bei der Verbreitung ihrer Ideologie stützt sich die MLPD in erster Linie auf ein umfangreiches Publikationsassortiment, bestehend aus Zeitschriften, Broschüren, Büchern und Flugblättern etc. Wichtigstes Medium der Partei ist dabei die Wochenzeitung ROTE FAHNE sowie in Sachsen die unregelmäßig erscheinende Zeitung des Landesverbandes STIMME VON UND FÜR ELBE-SAALE.

2.6 Linksextremistische Publikationen

DER ROTE AUFBAU

Herausgeber/ Verantwortlicher:	REVOLUTIONÄRER FREUND- SCHAFTSBUND e. V.
Erscheinungsturnus:	alle zwei bis drei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

DIE ROTE FAHNE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), Zentralkomitee
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

DIE ROTE HILFE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	ROTE HILFE e.V. (RH), Bundesvorstand
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	ca. 6.000
Verbreitung:	bundesweit

DIREKTE AKTION (DA)

Herausgeber/ Verantwortlicher:	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION –INTER- NATIONALE ARBEITERINNEN ASSOZIATION (FAU-IAA)
Erscheinungsturnus:	alle zwei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

²³² Siehe unter II 2.2 AUTONOME.

GEGENSTANDPUNKT

Herausgeber/ Verantwortlicher:	GEGENSTANDPUNKT Verlagsge- sellschaft mbH München
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	ca. 7.000
Verbreitung:	bundesweit

INFORMATIONSBLATT DES KOMMUNISTI- SCHEN AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN

Herausgeber/ Verantwortlicher:	KOMMUNISTISCHES AKTIONS- BÜNDNIS DRESDEN (KAD), Koordinierungsrat
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

INTERIM

Herausgeber/ Verantwortlicher:	INTERIM e. V.
Erscheinungsturnus:	alle zwei Wochen
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

JUNGE WELT

Herausgeber/ Verantwortlicher:	LINKE PRESSE VERLAGS-, FÖRDE- RUNGS- UND BETEILIGUNGSGENOS- SENSCHAFT JUNGE WELT e.G.
Erscheinungsturnus:	werktäglich
Auflage:	ca. 17.000 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

MARXISTISCHES FORUM

Herausgeber/ Verantwortlicher:	MARXISTISCHES FORUM (MF)
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	1.000
Verbreitung:	bundesweit

MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF), Bundeskoordinierungsrat
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	ca. 1.700 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

PHASE 2

Herausgeber/ Verantwortlicher:	ein in Leipzig ansässiger Verein
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

ROTE FAHNE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 8.000
Verbreitung:	bundesweit

ROTER STURM

Herausgeber/ Verantwortlicher:	REVOLUTIONÄRER FREUND- SCHAFTSBUND e. V.
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

ROTFUCHS – TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Herausgeber/ Verantwortlicher:	ROTFUCHS-FÖRDERVEREIN e.V.
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

STIMME VON UND FÜR ELBE-SAALE

Herausgeber/ Verantwortlicher:	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD), Landesverband Elbe-Saale
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	10.000 (Eigenangabe)
Verbreitung:	überregional (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen)

UNSERE ZEIT (UZ)

Herausgeber/ Verantwortlicher:	DEUTSCHE KOMMUNIS- TISCHE PARTEI (DKP), Partei Vorstand
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 6.000
Verbreitung:	bundesweit

2.7 Ausblick zum Linksextremismus

Sächsische Linksextremisten konnten ihre Position im Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Berichtsjahr nicht weiter ausbauen. Ihr Potenzial ging geringfügig von etwa 750 auf etwa 730 Personen zurück. Auch die verstärkte anarchistische Ausrichtung der Szene konnte diesen rückläufigen Trend nicht stoppen.

AUTONOME

Ungeachtet eines leichten Rückgangs auf etwa 340 Personen (2011: etwa 370) werden AUTONOME weiterhin die zahlenmäßig größte Gruppe im Bereich des Linksextremismus bleiben.

Im Jahr 2012 gewannen anarchistische Zusammenschlüsse in der autonomen Szene weiter an Bedeutung. In diesem Zusammenhang konnten auch Aktionen der anarchistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) zunehmend Resonanz im autonomen Spektrum erzeugen. Gleichzeitig erschlossen sich der Szene dadurch neue Themen und Aktionsfelder für ihren „Antikapitalismuskampf“. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung ist zu erwarten. Auch gewaltbereite Linksextremisten dürften dann vermehrt zu Aktionen mit Bezug zu sozialen Fragen aufrufen.

Um den Erfolg ihrer Aktionen zu erhöhen und gesellschaftliche Relevanz zu erreichen,

verfolgen AUTONOME seit dem Jahr 2010 außerdem eine Bündnisstrategie mit Nichtextremisten. Zu solchen Bündnissen kam es bislang zwar nur im Bereich des „Antifaschismus-“ und des „Antirepressionskampfes“. Für die Zukunft ist aber eine Ausweitung auf weitere Aktionsfelder, insbesondere auf die Bereiche „Antirassismus“ und „selbstbestimmte Freiräume“, zu erwarten. Davon ausgenommen bleibt zumindest vorläufig der „Antikapitalismuskampf“, weil AUTONOME dazu bislang keine bündnisfähigen Positionen entwickeln konnten. Die Bündnispolitik AUTONOMER bleibt indes weiterhin regional unterschiedlich ausgeprägt.

Die Szene ist traditionell aktionsorientiert und wird auch in den nächsten Jahren den größten Teil der öffentlichkeitswirksamen, linksextremistischen Aktionen im Freistaat bestimmen. Gewalt wird dabei ein von der Szene als legitim angesehenes Mittel bleiben. Ob und wie viel Gewalt ausgeübt wird, hängt dabei stark von äußeren Einflüssen ab, so etwa von Demonstrationen des politischen Gegners oder von vermeintlich „repressiven“ Maßnahmen des Staates. Noch im Jahr 2011 ereigneten sich die meisten Gewalttaten im Zusammenhang mit dem „Antifaschismuskampf“. Eine herausragende Rolle spielten dabei die Aktivitäten gegen rechtsextremistische Demonstrationen anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden. Der im Berichtsjahr eingetretene Bedeutungsrückgang dieses Ereignisses ließ auch die Gesamtanzahl der in Sachsen begangenen linksextremistisch motivierten Gewalttaten wieder sinken. Die zunehmende anarchistische Ausrichtung und die dadurch zu erwartende erhöhte Gewaltbereitschaft der autonomen Szene sprechen allerdings dafür, dass sich der Trend zum Rückgang der Gewalttaten nicht fortsetzen wird. Auch der verstärkte „Antirepressionskampf“

AUTONOMER weist in diese Richtung. „Antimilitaristisch“ begründete Gewalttaten spielen bei AUTONOMEN im Freistaat Sachsen derzeit kaum eine Rolle. Die zustimmende Haltung von Szeneangehörigen zu Anschlägen – aktuell gegen Bundeswehrfahrzeuge – begründen aber auch hier ein zumindest abstraktes Gewaltpotenzial.

Linksextremistische Parteien

Linksextremistische Parteien haben ihr Personenpotenzial von etwa 250 Personen im Berichtsjahr beibehalten. Ihre Bedeutung ist in Sachsen marginal, da ihre orthodox-kommunistischen Bestrebungen in der Gesellschaft kaum anschlussfähig sind. Wesentliche Änderungen zeichnen sich in diesem Bereich nicht ab.

Sonstige Linksextremisten

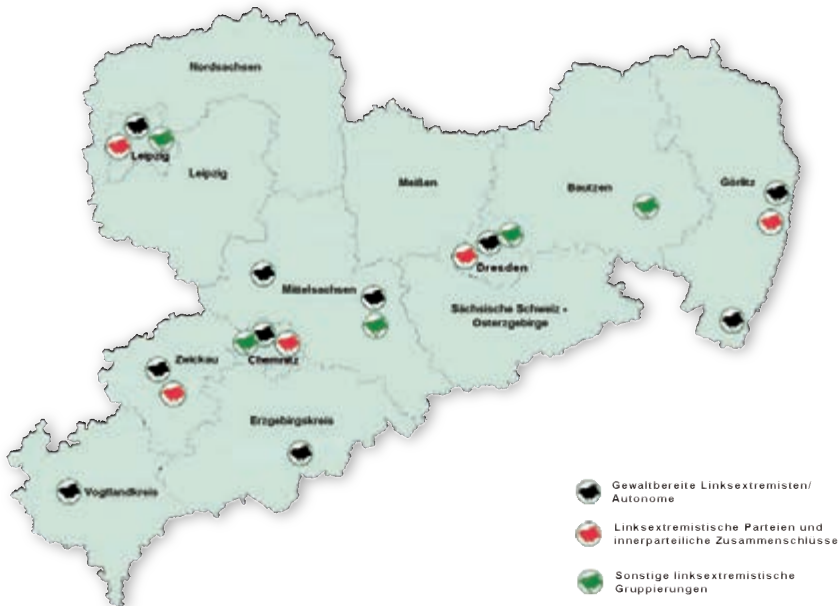
Unter den sonstigen Linksextremisten konnten die ANARCHISTEN ihr Personen- und Mobilisierungspotenzial gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Eine zunehmende Bedeutung des „Antikapitalismuskampfes“ für die linksextremistische Szene war die Folge. Obwohl ANARCHISTEN bislang außerhalb linksextremistischer Zusammenhänge mit ihren Ideen von einer „selbstverwalteten und herrschaftsfreien Gesellschaft“ keine nennenswerte Resonanz erzeugen konnten, setzen sie ihre Aktivitäten unvermindert fort. Es ist zu erwarten, dass ANARCHISTEN auch künftig versuchen werden, den Ausbau ihrer Strukturen voranzutreiben und Anhänger im autonomen und nicht extremistischen Spektrum zu rekrutieren. Daraus könnte eine stärkere Verschiebung der Aktionsschwerpunkte im Bereich des Linksextremismus folgen.

2.8 Regionale Beschreibung linksextremistischer Bestrebungen

Linksextremismus in Sachsen ist in erster Linie Linksextremismus in Städten. Die Schwerpunkte bilden dabei Leipzig, Dresden und Chemnitz, in denen sich der Linksextremismus besonders facettenreich entfaltet. Außerhalb dieser Aktionszentren sind es mittlere und

kleine Städte wie etwa Plauen, Görlitz oder Burgstädt, in denen Linksextremisten – insbesondere AUTONOME – oft unter Einbindung der jeweils umliegenden Region in Erscheinung treten.

Linksextremistische Bestrebungen im Freistaat Sachsen



2.8.1 Linksextremisten in Leipzig

In Leipzig treten vor allem AUTONOME in Erscheinung, mit deutlichem Abstand gefolgt von linksextremistischen Parteien und

innerparteilichen Zusammenschlüssen und von sonstigen Linksextremisten.

2.8.1.1 AUTONOME

Leipzig hat die agilste und zahlenmäßig stärkste autonome Szene in Sachsen. Die ideologische Ausrichtung dieser Szene ist derzeit im Wandel begriffen. Die in der Vergangenheit vorherrschenden antideutschen Tendenzen verloren im Jahr 2012 erstmals an Bedeutung, ohne dass bislang eine andere ideologische Strömung erkennbar an ihre Stelle getreten wäre. Stattdessen deutet sich allerdings ein Erstarken anarchistischer Begründungsansätze an. Zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene in Leipzig ist, wie auch in den Vorjahren, das „Conne Island“ im Stadtteil Connewitz. Weitere Veranstaltungsorte oder Anlaufstellen sind die Objekte „B 12“, „Lichtwirtschaft“ sowie der Infoladen „Roter Faden“. Wichtigstes öffentliches Kommunikationsmedium ist die Internetseite LEFT-ACTION. Die hier verbreiteten Ankündigungen von Veranstaltungen und die Veröffentlichung von Mobilisierungen zu überregionalen Aktionen zeugen von der Bereitschaft der autonomen Szene Leipzig, sich an auswärtigen Ereignissen zu beteiligen. Beispielhaft hierfür steht die Mobilisierung zu linksextremistischen Gegenaktivitäten anlässlich einer rechtsextremistischen Demonstration am 14. Januar in Magdeburg. Aktionsfelder der Leipziger AUTONOMEN sind in erster Linie der „Antifaschismuskampf“, der „Freiraumkampf“ sowie staatliche „Repression“.

„Antifaschismuskampf“ – teilweise mit gewalttätigen Aktionen

Wie in den vergangenen Jahren war der Kampf gegen den politischen Gegner, der „Antifaschismuskampf“, das wichtigste Aktionsfeld der autonomen Szene in Leipzig. Linksextremisten wenden sich vor allem gegen öffentlichkeitswirksame rechtsextremistische Aktionen, wofür sie auch Bündnisse mit nicht extremistischen Gruppen und Initiativen eingehen oder

sich solchen Gruppen und Initiativen zeitlich zumindest punktuell anschließen. Deutlich wird das bei der Beteiligung AUTONOMER an der Demonstration „Im Osten nichts Neues. Gegen Nazis und rechte Alltagskultur.“ des nicht extremistischen „Ladenschlussbündnisses Leipzig“ am 24. März. Dabei kam es zu gemeinsamen Kundgebungen vor einem Haus, in dem schon Treffen von NEONATIONALSOZIALISTEN stattgefunden haben sollen und vor dem Ladengeschäft „Fighting Catwalk“, in welchem seit Dezember 2011 Kleidung der bei NEONATIONALSOZIALISTEN beliebten Marke „Thor Steinar“ verkauft worden sein soll. Die teils linksextremistischen Demonstranten skandierten unter anderem „Leipzig, Leipzig wir sind da, autonome Antifa“ und – als Zeichen ihrer Gewaltbereitschaft – „Fence Off! Beat Down! Nazis auf die Fresse haun!“. Im Übrigen hielten sich die AUTONOMEN mit spektakulären oder gewaltsamen Aktionen zurück. Zum einen hatten die nicht extremistischen Veranstalter die Teilnehmer ermahnt, sich ruhig zu verhalten und niemanden zu provozieren. Zum anderen dürften hierzu auch die Polizeipräsenz vor Ort und die ausgebliebenen Gegenaktionen der rechtsextremistischen Szene beigetragen haben.

Zu anderen Anlässen zeigte sich die autonome Szene aber durchaus auch gewalttätig. Am 7. August beteiligten sich Autonome an einer Demonstration des nicht extremistischen Bündnisses „Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz“. Die Demonstration richtete sich unter der Losung „Der NPD die Tour vermiesen“ gegen eine NPD-Informationstour, die am 7. August in Leipzig Station gemacht hatte. Die teils autonomen Demonstranten forderten lautstark „Gebt uns die Nazis, wir geben sie euch zurück – Stück für Stück“. Die Akteure

behinderten die Abfahrt der NPD-Fahrzeuge kurzzeitig mit einer Sitzblockade. Anschließend griffen sie sowohl NPD-Fahrzeuge als auch Einsatzkräfte der Polizei an.

Die Autonomen reagierten im Jahr 2012 aber auch mit eigenen Aktionen auf kurzfristig bekannt gewordene Veranstaltungen von Rechtsextremisten. Spontan versammelten sich am 20. April ca. 120 Personen, um gegen eine Vortragsveranstaltung von Rechtsextremisten zu demonstrieren. Anhand eines mitgeführten Transparents waren sie als Anhänger der in ihrer Gesamtheit nicht extremistischen Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazizentrum in Leipzig“ erkennbar. Dabei kam es erneut zu Gewalttätigkeiten. AUTONOME begaben sich zum Veranstaltungsobjekt der Rechtsextremisten, wo sie einen Teilnehmer der rechts-extremistischen Vortragsveranstaltung durch Stein- und Flaschenwürfe verletzten.

Vor allem die Gewalttätigkeit der autonomen Szene in Leipzig stellt die Bündnisse mit nicht extremistischen Initiativen im „Antifaschismuskampf“ immer wieder in Frage. Gewalttätige Aktionen innerhalb solcher Bündnisse können immer auch zu einem Reputationsverlust für die nicht extremistischen Partner führen. Umgekehrt fürchtet die weitgehend kompromisslos eingestellte lokale Szene eine Vereinnahmung durch ihre Bündnispartner und eine Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit. Dementsprechend endete beispielsweise die bereits erwähnte insgesamt nicht extremistische Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazizentrum in Leipzig“ nach etwa einem Jahr vorzeitig am 23. Juni mit der Kundgebung „Push it to the limit II“. An der Kundgebung hatten sich nur noch etwa 50 bis 100 Personen beteiligt. Das erklärte Ziel der Kampagne, die Schließung der von Rechtsextremisten

genutzten Liegenschaft in der Odermannstraße 8, wurde nicht erreicht. Mit ihrer Beteiligung an der Kampagne „Fence Off“ bestätigte die Leipziger autonome Szene zwar ihre temporäre und anlassbezogene Bereitschaft, gemeinsam mit Nichtextremisten zu agieren. Der Vorgang zeigt aber auch, dass Bündnisse zwischen Linksextremisten und nicht extremistischen Kräften in Leipzig aus den genannten Gründen eher fragil und nicht auf Dauer angelegt sind.



„Freiraumkampf“ – erreicht neue Dimension

Das zweite wichtige Aktionsfeld der Leipziger AUTONOMEN ist der „Freiraumkampf“, der im Jahr 2012 eine neue Dimension erreicht hat. Im Vordergrund standen nunmehr Aktionen gegen die als „Gentrifizierung“ bezeichnete Modernisierung von Wohnraum. AUTONOME fürchten, dass die Aufwertung von Stadtvierteln zu einer Verringerung von preiswertem Wohnraum führt, da neue zahlungskräftige Mieter zuziehen werden. Durch diesen Prozess droht ein Wandel der Bevölkerungsstruktur des „Kiezes“, der für AUTONOME den Verlust ihres Rückzugsraumes bedeuten könnte. Bereits Ende 2011 sollten durch Schmierereien und Farbbeutelwürfe beschmutzte Fassaden den Stadtteil Connewitz für Sanierungsmaßnahmen unattraktiv machen. Gleichartige Aktivitäten setzten sich am 21. April fort, als mehrere AUTONOME ein Haus im Stadtteil Plagwitz besetzten. An einem Fenster des besetzten Hauses befand sich ein Plakat mit

der Aufschrift „Investoren Mieterhöhung Gentrifizierung nicht mit uns!“. Vor dem Gebäude blockierten ca. 100 Sympathisanten die Straße durch eine nicht angemeldete Veranstaltung mit Straßenfestcharakter. Auf der angrenzenden Gießergasse griffen etwa 60 AUTONOME die Einsatzkräfte der Polizei mit Steinwürfen an und beschädigten Dienstfahrzeuge. In einer später veröffentlichten „Pressemitteilung“ äußerten sich die Besetzer zum Hintergrund der Aktion:

„Die in den letzten Jahren fortgeschrittene, vermeintliche ‚Stadtteilaufwertung‘ lässt Menschen, die den Anspruch [haben] selbstbestimmte, radikale und unkommerzielle Kultur- und Lebenskonzepte umzusetzen, immer weniger Möglichkeiten in dieser Stadt.“²³³



Hausbesetzung am 21. April 2012 in Leipzig
Foto: Internetseite Indymedia.

Die linksextremistische LEIPZIGER ANTIFA (LeA) hatte mit Blick auf die „Gentrifizierung“ noch im Januar 2012 die mangelnde Bereitschaft der linksextremistischen Akteure kritisiert, eigene Aktionen politisch zu begründen. Sie betonte die Notwendigkeit, politische Statements einzufordern, zu hinterfragen und zu diskutieren,

um so die Unterstützung auch nicht extremistischer Kreise für ihre Ziele zu erlangen:

„Politische Debatten in linksradikalen Zusammenhängen sind aufreibend, nervtötend und provozierend. Das müssen wir jedoch aushalten, wenn die Auseinandersetzungen für eine politische Intervention außerhalb linksradikaler Kreise hilfreich sein sollen.“²³⁴

„Antirepressionskampf“ – gewalttätige Aktionen in Leipzig-Connewitz

Das dritte wichtige Aktionsfeld der Leipziger autonomen Szene ist der „Antirepressionskampf“. Schon zum Jahresauftakt in der Silvesternacht 2011/2012 griffen ca. 20 autonome Teilnehmer einer Antirepressions-Demonstration in Leipzig das Thema auf. Unter dem Slogan „Linksradikal ins neue Jahr“ zündeten die zum Teil verummten Personen bengalische Feuer und skandierten unter anderem „129 kennen wir schon, Feuer und Flamme der Repression!“.



Januar 2012 in Leipzig.
Foto: Internetseite linksunten.indymedia.

²³³ „Besetzung in Leipzig Plagwitz Naumburger Str.“, Indymedia.

²³⁴ „CEE-IEH – der conne island newsflyer“ Nr. 192 vom Februar 2012, S. 28 ff.

Auf vermeintliche „Repressionen“ des Staates reagierte die Leipziger autonome Szene im Laufe des Jahres 2012 dann umgehend und häufig mit gewalttätigen Aktionen. So beteiligten sich am 30. Januar etwa 50 verummte Personen an einer spontanen Solidaritätsdemonstration. Die Demonstrationsteilnehmer entzündeten auf ihrem Marsch zwei Container, warfen Verkehrsbaken auf die Straße und beschädigten ein Einsatzfahrzeug der Polizei. Die Aktion erfolgte anlässlich der Durchsuchung des linksalternativen Wohnprojektes „Rigaerstraße 94“ in Berlin. Die „Rigaerstraße 94“ war im Zusammenhang mit den schweren Ausschreitungen von Linksextremisten gegen den für Mitte Februar 2012 geplanten europäischen Polizeikongress in die Schlagzeilen geraten.



30. Januar 2012 in Leipzig.

Quelle: Indymedia.

Auch als die Polizei am 12. Oktober im Stadtteil Connewitz eine Hausdurchsuchung wegen möglicher Betäubungsmittelstraftaten durchführte, reagierten Leipziger AUTONOME sofort. Es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen noch am selben

Tag und an den Folgetagen. AUTONOME griffen Polizisten an, bewarfen eine Dienststelle der Polizei mit einem Molotowcocktail und beschädigten Fahrzeuge. Die Heftigkeit der Reaktionen zeigt die Brisanz des „Antirepressionskampfes“ und die ungebrochene Vitalität der Szene. In einem auf der Internetseite Indymedia veröffentlichten Beitrag heißt es dazu:

„Eine Hausdurchsuchung in Connewitz ist immer und in jedem Fall ein Angriff auf das Viertel, ein Angriff auf linke Strukturen, ein Angriff auf uns. (...) Zusammen und entschlossen gegen jede Form von Repression! Auch ein Heer von Bullen ist machtlos gegen unsere Stadtguerilla Taktiken.“²³⁵

Zum Ende des Jahres 2012 nutzten Leipziger AUTONOME wieder den „Ersten Schnee“ für eine „Schneeballschlacht“ am Connewitzer Kreuz. Dabei kam es wie in den Vorjahren zu gewalttätigen Ausschreitungen. Am 9. Dezember waren 350 bis 400 Personen beteiligt, fast alle verummte oder maskiert. Sie zündeten pyrotechnische Erzeugnisse, wie z.B. bengalische Feuer – diese können durch extrem hohe Abbrandtemperaturen zu schwerwiegenden Verletzungen führen – und Leuchtraketen. Einige Teilnehmer errichteten Barrikaden, die sie ebenfalls entzündeten. Andere Akteure entfachten ein Feuer am Mast einer polizeilichen Überwachungskamera, die infolge der Hitzeeinwirkung ausfiel. Einige der Beteiligten warfen mit Pflastersteinen, so dass ein Polizeibeamter verletzt wurde.

²³⁵ Internetseite Indymedia.

2.8.1.2 Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse

Im Bereich der orthodoxen Kommunisten verfügt neben der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD), dem ROTFUCHS FÖRDERVEREIN e.V. (RF) und der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) auch die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) über Ortsgruppen in Leipzig. Weiterhin bestehen Strukturen des MARXISTISCHEN FORUMS (MF) und der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE. (KPF). Hierbei

handelt es sich um linksextremistische Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE., die in ihrer Gesamtheit kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen ist. Die Aktivitäten der genannten Gruppierungen sind in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Lediglich die MLPD organisierte anlässlich des „Antikriegstages“ einen Informationsstand am 1. September.

2.8.1.3 Sonstige linksextremistische Bestrebungen

Zur Gruppe der sonstigen linksextremistischen Bestrebungen zählt eine Ortsgruppe der FREIEN ARBEITERINNEN UND ARBEITER-UNION (FAU-IAA), die monatliche Treffen organisiert und sich vor allem an regionalen Aktionen zum Thema „Antifaschismus“ beteiligt. Daneben besteht eine Ortsgruppe der trotzkistischen SOZIALISTISCHEN ALTERNATIVE (SAV). Beide Gruppen sind bislang kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung getreten.

Die Ortsgruppe der Rechtshilfeorganisation ROTE HILFE e.V. (RH) in Leipzig arbeitet anlassbezogen mit der linksextremistischen Szene in Leipzig zusammen, ohne dabei organisatorisch in den Vordergrund zu treten. So war sie am

23. Juni mit einem Informationsstand während der letzten Veranstaltung der in ihrer Gesamtheit nicht extremistischen Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazi-Zentrum in Leipzig“ vertreten.

Die Leipziger Gruppe GEGENSTANDPUNKT (GSp), bis 1991 als MARXISTISCHE GRUPPE bekannt, tritt regelmäßig als Veranstalter einer „AG Politische Diskussion“ mit Vortragsveranstaltungen auf. Ziel der GSp ist es, der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf revolutionärem Wege den Boden zu bereiten. In Sachsen entfaltet die Gruppe jedoch nur geringe Außenwirkung.

2.8.2 Linksextremisten in Dresden

Dresden bildet nach Leipzig den zweiten Schwerpunkt für linksextremistische Bestrebungen in Sachsen. Auch hier stehen die AUTONOMEN im Vordergrund. Linksextremistische

Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse sowie sonstige Linksextremisten haben dagegen eine vergleichsweise geringe Bedeutung.

2.8.2.1 AUTONOME

Die autonome Szene in Dresden hat aufgrund der Ereignisse rund um den Jahrestag der alliierten Luftangriffe vom 13. Februar 1945 eine herausragende Bedeutung, auch wenn sie zahlenmäßig deutlich kleiner und weniger agil ist als die Szene in Leipzig. In ideologischer Hinsicht hat sie in der jüngeren Vergangenheit einen spürbaren Wandel durchgemacht. Während die ANTIDEUTSCHEN in den letzten Jahren kontinuierlich an Bedeutung verloren haben und kaum noch wahrnehmbar sind, treten anarchistische Begründungsmuster immer mehr in den Vordergrund. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Bedeutungszuwachs der anarchistischen, nicht zur autonomen Szene zählenden FAU-IAA in Dresden. Szeneanhänger beteiligen sich auch an den demonstrativen Aktionen dieser Organisation. Mitte 2011 kam es außerdem zur Auflösung der zuvor aktivsten linksextremistischen Gruppierung AK ANTIFA IM LIBERTÄREN NETZWERK DRESDEN (AK ANTIFA). Die Auflösung erfolgte im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren, die szenetypisch als „staatliche Repression“ wahrgenommen werden. Sie schränkte die Handlungsfähigkeit der AUTONOMEN in Dresden ein. Szeneaktivisten versuchen seitdem die bestehende Verunsicherung innerhalb der Szene zu überwinden und diese zu reorganisieren. Dennoch existieren in Dresden derzeit keine autonomen Strukturen, die das nach wie vor bedeutende Mobilisierungspotenzial der Dresdner Szene umfassend koordinieren und zu gemeinsamen Aktionen führen könnten. Zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene in Dresden ist das „AZ Conni“²³⁶ im Gebiet der Leipziger Vorstadt. Zu den bevorzugten Aktionsfeldern gehören neben dem

stets dominanten „Antifaschismus“-Kampf seit 2011 auch der Kampf gegen vermeintliche „staatliche Repression“ und der sog. „Freiraumkampf“.

„Antifaschismuskampf“

Die Ende 2011 gegründete UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) ruft regelmäßig zur Verhinderung, Blockade oder Störung rechtsextremistischer Veranstaltungen auf, so beispielsweise für den 17. Juni in Dresden. Zwar fordert sie dabei nicht offen zu gewalttätigen Aktionen auf, erwartet von ihren Anhängern aber „Entschlossenheit“, das Vorgehen in Bezugsgruppen oder fordert „rassistische Politik“ anzugreifen, so mit einem Transparent auf einer „antirassistischen“ Demonstration am 22. September in Hoyerswerda, welches den Aufdruck trug: „Kampf den Rassistischen Zuständen! Nie wieder Deutschland!“.



Demonstration am 22. September in Hoyerswerda.

Foto: Internetseite der URA DRESDEN.

²³⁶ „AZ“ ist die Abkürzung für „Autonomes“ oder „Alternatives Zentrum“.

Am 1. November griffen Linksextremisten in Dresden einen Fahrzeugkonvoi der NPD an, der im Rahmen einer so genannten „Aktionswoche gegen Asylmissbrauch und Islamisierung“ auf dem Weg zu einem Veranstaltungsort war. Etwa 15 bis 20 teilweise verummumte Angreifer attackierten die Fahrzeuge mit Fahnenstangen und Knüppeln und beschädigten zwei Fahrzeuge. In der Folge kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen beider Lager, wobei zwei Rechtsextremisten leicht verletzt wurden. Die Polizei beendete die Tötlichkeiten und ermittelte 19 mutmaßliche Angreifer. Nachdem die URA zuvor gefordert hatte „NPD-Sachsentour stoppen“²³⁷ und „Seid kreativ und unberechenbar, bildet Bezugsgruppen. Machen wir die NPD-Tour gemeinsam zum Desaster.“²³⁸, solidarisierte sie sich anschließend mit den Angreifern.

Seit Herbst existiert mit der ANTI-FASCHISTISCHEN AKTIONSGRUPPE DRESDEN (AFA DRESDEN) in Dresden eine weitere Gruppierung, zu der Anhaltspunkte für einen linksextremistischen autonomen Hintergrund vorliegen. Gemäß ihrem Selbstverständnis will sie sich der „bestehenden Grundordnung (...) entgegenstellen“ und „eine emanzipatorische Gesellschaft“ erkämpfen. „Neo-Nazis“ sieht sie als „logisches Produkt dieser bestehenden, postfaschistischen und kapitalistischen Ordnung“.²³⁹ Nachdem bekannt geworden war, dass ein Studentenverein am 27. Oktober in Dresden einen „Akademikerball“ veranstalten wollte, erhoben Linksextremisten mit Transparenten Forderungen wie „Rassistischen Konsens brechen Männerbünde

auflösen“, „Burschenball lahm legen“ und „Ballhaus Watzke angreifen“²⁴⁰.

Die AFA DRESDEN hatte dies bereits im Vorfeld gefordert („Burschenball verhindern!“) und knüpfte später in ihrer Argumentation gegen die Veranstaltung nahtlos an die mit den Transparenten erhobenen Forderungen an. Zusätzlich platzierte sie auf ihrer Homepage einen Link zu einer Internetseite, welche die abfotografierten Transparente zeigte. Die AFA DRESDEN hatte im selben Text auch das Ballhaus selbst als „vermutlich noch heute seiner nationalen und reaktionären Tradition verpflichtet“ gebrandmarkt, was nach dem Verständnis der autonomen Szene auch als Aufforderung zur Begehung von Sachbeschädigungen am Objekt verstanden werden konnte. In der Nacht vor dem Ball wurden dann auch drei Personen festgestellt, die verdächtigt wurden, Sachbeschädigungen zu begehen. Unter anderem war bereits der Schriftzug „Antifa“ in eine Fensterscheibe geritzt worden. Linksextremisten unterstellten Studentenverbindungen pauschal ein reaktionäres und chauvinistisches Weltbild. Das und die ihnen zugeschriebene Funktion, künftige „Eliten“ hervorzubringen, macht sie zum Ziel von linksextremistisch motivierten Aktionen.

²³⁷ Internetseite der URA DRESDEN : „NPD Sachsentour stoppen!“.

²³⁸ Internetseite der URA DRESDEN: „UPDATE ZU AKTIONEN GEGEN DIE „NPD-SACHSENTOUR“.

²³⁹ Text „Wir sind da“ in Rubrik „News“, Internetseite der AFA.

²⁴⁰ Beim „Ballhaus Watzke“ handelte es sich um den Veranstaltungsort.



Eisenbahnbrücke in Dresden-Neustadt am 21. Oktober 2012.

Foto: Internetseite Indymedia.

Die AFA DRESDEN hatte auch den Aufruf einer von nicht extremistischen Organisationen am 10. November in Zwickau ausgerichteten Demonstration zum Gedenken an die Opfer der rechtsextremistischen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) unterstützt und in Dresden zur Teilnahme mobilisiert. Später ließ sie erkennen, dass es dort nicht gelang, das von ihr geforderte „Antifaschismus“-Verständnis in den Vordergrund zu stellen und kritisierte daher die Demonstration als „die Farce von Zwickau“. Der entsprechende Text trug die Überschrift „Wir sind hier aus purer Feindschaft – gegen eure Volksgemeinschaft“²⁴¹. Dieser Spruch sowie Rufe „Zwickau, Zwickau, wir sind da – autonome Antifa!“ und „Nie wieder Deutschland!“ sollen während der Demonstration aus dem Kreis der offensichtlich autonomen Teilnehmer laut geworden sein. In ihrem Auswertungstext identifizierte sich die AFA DRESDEN mit diesem Personenkreis.²⁴²

Nach Auffassung der AFA DRESDEN müssten neben „rechten Strukturen“ auch „gesamtgesellschaftlicher Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und weitere regressive Formen“ angegriffen werden. Außerdem beklagt sie staatliche „Repression“ gegen die „linke Szene“ und verweist dabei auf die linksextremistische KAMPAGNE 129EV.²⁴³

„Antirepressionskampf“ – anhaltendes Thema

Zur Thematik „Kampf gegen staatliche Repression“ ist seit dem Jahr 2011 unverändert die linksextremistische KAMPAGNE 129EV aktiv. Sie versucht die Szeneangehörigen über Mittel und Möglichkeiten der Exekutive aufzuklären, den Zusammenhalt linksextremistischer Zusammenhänge zu stärken und diese zu Aktionen anzuspornen. In Vorbereitung von Aktionen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der alliierten Luftangriffe vom 13. Februar 1945 auf Dresden richtete die Kampagne zusammen mit der Dresdner Ortsgruppe der ROTEN HILFE (RH) eine Veranstaltungsreihe „Antirepressions-WarmUpDresden2012“ aus. Ziel der Veranstaltung war es, zu vermitteln, „wie wir uns und unsere Strukturen vor staatlichen Eingriffen schützen können“. Dazu sollten die Teilnehmer befähigt werden, den „repressiven Wellen begegnen zu können“, mit denen u.a. die „militante Opposition“ kriminalisiert werden sollte.²⁴⁴ Der diesbezügliche Programm-Flyer zeigt verummte AUTONOME beim Barrikadenbau mit der Unterschrift „To be continued ... ‘Vorbereitet in den Februar’“²⁴⁵. Mit einem Auswertungstext appellierten die Veranstalter erneut,

²⁴¹ „Wir sind hier aus purer Feindschaft – gegen eure Volksgemeinschaft“, Internetseite der AFA.

²⁴² „Wir sind hier aus purer Feindschaft – gegen eure Volksgemeinschaft“, Internetseite der AFA.

²⁴³ Text „Wir sind da“ in Rubrik „News“, Internetseite der AFA.

²⁴⁴ Internetseite der KAMPAGNE 129EV.

²⁴⁵ Internetseite der KAMPAGNE 129EV, Programm-Flyer „AntirepressionsWarmUpDresden2012“.

die von vermeintlich „staatlicher Repression“ betroffene „militante Bewegung“ solidarisch zu unterstützen:

Antirepressionswarmup Dresden 2012

Die aktuelle Repression gegen linke Aktivist*innen und Strukturen ist ein deutlicher Ausdruck der Bundesweiten Agenda gegen sog. „Inkassozentrale Strukturen“! Hier wird Offiziell die zur Ebene und mit welchen Mitteln interveniert.

Sicherheitsmaßnahmen zwischen präventiv und reaktiv sind nicht nur für die Opfer, sondern auch für die Betroffenen und zu vermeiden. Um diesen repressivem Verhalten entgegen zu wirken, sind es bei in Stillstand zu geraten, ist es wichtig, sich zum einen mit der Realität der Verhältnisse (linker Strukturen) und zum anderen die aktuelle Lage zu versichern. Diese gibt vor allem im Hinblick auf staatliche Repressoren und Maßnahmen an technischen Einsatzmittel.

In Dresden steht die radikale EU-Fraktion mit seinen verheerenden generalistischen, politischen und juristischen Maßnahmen vor der Tür. Deshalb wollen wir uns vorerst, das anstehende nehmen, um zu informieren, zu diskutieren und um auszutauschen über verschiedene Ebenen einzelner Meetings, um die Paragrafen 129 (a,b), in Repression Dresden sind: die lokale Sicherheitsstruktur und ihre Mechanismen im Alltag. Beschäftigt werden: A-Gebäude, wo die workshoppedure, die verbindet, wie wir uns und unsere Strukturen weitergehend vor staatlichen Eingriffen schützen können.

Mehr dazu: www.129-ev.de

1801 - 22.01.2012
AntirepressionswarmupDresden
©: Fotomaterial in dem Material

To be continued

„Radikale Zusammenhänge müssen Solidarität entwickeln, denn aus dem Gefühl der Handlungsunfähigkeit und Zerstreuung kann eine emanzipatorische und militante Bewegung keine Energie schöpfen. Niemand wird allein gelassen. Solidarität muss praktisch werden! Unsere Kriminalität ist politisch. Ihre Politik ist kriminell!“²⁴⁶

„Freiraumkampf“ – ein wichtiges Nahziel

Nach Auffassung der URA DRESDEN erfordert der Weg in die von ihr erstrebte Gesellschaft eine „starke Bewegung“, zu der insbesondere FAU und „Antifagruppen“ gehören. Er führe über die Etablierung einer „linken“ Gegenkultur, die sich in „linken“ Freiräumen entwickeln solle. Als solche Freiräume sieht die URA „AZ's“²⁴⁷, Kneipen und „Hausprojekte“, von denen es auch in Dresden viel zu wenige gebe. Daraus leitet die URA DRESDEN die Schaffung selbstbestimmter Freiräume als eines der wichtigsten Nahziele ab.

„Programm-Flyer“ zur Veranstaltung „Antirepressions Warm Up 2012“.

Quelle: Internetseite der KAMPAGNE 129EV.

2.8.2.2 Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse

In Dresden sind die linksextremistischen Parteien und Gruppierungen DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP), MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD), KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), KOMMUNISTISCHE PLATFORM (KPF) der Partei „DIE LINKE.“ – Regionalgruppe

Dresden, RotFUCHS e.V. (Sitz in Berlin) und REVOLUTIONÄRER FREUNDSCHAFTSBUND e.V. (RFB) mit Strukturen vertreten. Mit dem KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD) existiert in Dresden zudem ein Sammelbecken regionaler orthodoxer Linksextremisten. Die Aktivitäten dieser

²⁴⁶ Indymedia, Beitrag von 129EV und ROTE HILFE DRESDEN vom 25. Januar 2012, „DD: Zusammenfassung zum AntirepWarmUpDresden2012“.

²⁴⁷ „AZ“ ist die Abkürzung für „Autonomes“ oder „Alternatives Zentrum“.

Linksextremisten beschränken sich größtenteils auf interne Veranstaltungen.

2.8.2.3 Sonstige linksextremistische Bestrebungen

Dagegen entfaltete das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN der anarchistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION (FAU-IAA) im Jahr 2012 zahlreiche Aktivitäten. Insbesondere durch die Verteilung von Flugblättern, die Organisation von Demonstrationen oder von Informationsständen und über die Beteiligung an sozialkritischen, nicht extremistischen Protestdemonstrationen versuchte es, seinen Bekanntheitsgrad und seine Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Südeuropa versucht es zunehmend, soziale Themen für sich zu vereinnahmen.

Die ROTE HILFE DRESDEN (RH Dresden) arbeitet zum Teil mit der KAMPAGNE 129EV zusammen und übernimmt dabei deren linksextremistische Positionen,

die bis zur offenen Befürwortung militanter Aktionen reichen. Seit Mitte 2011 ist ihr Aktivitätsniveau entsprechend dem Bedeutungszuwachs des Themenfeldes „Antirepression“ für die autonome Szene angestiegen. Darüber hinaus bietet die RH Dresden im Vorfeld größerer demonstrativer Aktionen, an denen sich Linksextremisten beteiligen, vor allem so genannte „Rechtshilfe“-Veranstaltungen und „Demotrainings“ an. Bei den „Rechtshilfe“-Veranstaltungen wird über – aus der Sicht der Initiatoren – richtiges Verhalten bei Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Demonstrationen informiert. Während der „Demotrainings“ wird das Verhalten bei Demonstrationen und Blockaden trainiert, beispielsweise der Schutz vor Verletzungen und Verhaftungen.

2.8.2.4 Exkurs: Der 13. Februar als Höhepunkt linksextremistischer Aktivitäten in Sachsen

Die linksextremistische Szene entwickelt seit dem Jahr 2004 in größerem Umfang Gegenaktivitäten zu den Trauermärschen von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945. Diese Gegenaktivitäten sind unter Linksextremisten seit 2009 bundesweit zu einem Schwerpunktereignis geworden. Seither sind Dresdner AUTONOME zusammen mit anderen Linksextremisten und seit dem Jahr 2010 stets im Bündnis mit Nichtextremisten in die Vorbereitung der Gegenmaßnahmen einbezogen. Im Jahr 2012 ging das bundesweite Interesse an dem Geschehen in Dresden zwar wieder zurück. Gleichwohl waren in Anlehnung an die Planungen der

Rechtsextremisten Blockadeaktionen sowohl für den 13. als auch für den 18. Februar vorgesehen.

„Aktionskonsens“ erneut Grundlage eines Bündnisses

AUTONOME folgten auch im Jahr 2012 wieder dem bündnispolitischen Konzept der Vorjahre, indem sie sich unter das Dach des in seiner Gesamtheit nicht extremistischen Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ begaben. Zu den linksextremistischen Unterstützern des Bündnisses gehörte unter anderem die URA DRESDEN. Als Grundlage des Aktionsbündnisses

diente ein seit dem Jahr 2010 geltender „Aktionskonsens“ mit folgendem Wortlaut:

„Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.“²⁴⁸

Dieser Aktionskonsens, der keine Abgrenzung zu gewaltsamen Aktionsformen vornimmt, rechtfertigte die Einbeziehung auch gewaltbereiter Linksextremisten in das Aktionsbündnis. Aus Sicht gewaltbereiter Autonome bedeutete er eine an sie gerichtete Solidaritätserklärung.

Veränderte Rahmenbedingungen und Protest gegen „Staatliche Repression“

Zu Bündnisaktionen gegen den rechtsextremistischen Aufzug am 13. Februar mobilisierten Linksextremisten wie im Vorjahr nur regional. Für sie war der Symbolgehalt dieses Tages entsprechend den ursprünglichen Planungen der Rechtsextremisten nur nachrangig.

Für den 18. Februar 2013 kam es dagegen zu einer bundesweiten Mobilisierung von Teilnehmern. Nach Absage aller für den 18. Februar angekündigten rechtsextremistischen Veranstaltungen erübrigten sich allerdings mangels Präsenz des politischen Gegners die für diesen Tag ursprünglich geplanten Massenblockaden nach dem Vorbild der Jahre 2010 und 2011. Damit war auch das gegen Rechtsextremisten und die Polizei gerichtete Gewaltkonzept der beiden Vorjahre hinfällig, das massive Ausschreitungen von Linksextremisten im Umfeld der Blockaden mit sich gebracht hatte.

Daraufhin erweiterte die linksextreme Szene erstmals die Zielrichtung ihrer Aktivitäten und mobilisierte für den 18. Februar zu einer „Bündnisdemonstration“ auch gegen vermeintliche „staatliche Repression“ in Gestalt so genannter „sächsischer Verhältnisse“.



Aufruf auf Internetseite des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“.

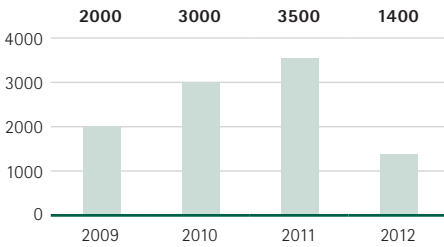
Abnehmende Teilnehmerzahlen

Bereits das von vornherein rückläufige Mobilisierungspotenzial der rechtsextremistischen Szene ließ die Anziehungskraft des Geschehens um den „13. Februar 2012“ für Autonome verblassen. Der Trend verstärkte sich noch, als die Rechtsextremisten schließlich alle für den 18. Februar geplanten Veranstaltungen absagten. Damit entfielen auch

²⁴⁸ Internetseite des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“.

die Konstellationen der Vorjahre, die Gewaltanwendung befürchten ließen. Unter den etwa 6.500 Teilnehmern eines Aufzugs „Gegen Naziaufmärsche in Dresden und überall“ befanden sich daher schätzungsweise nur noch etwa 1.400 Autonome und andere Linksextremisten; weit weniger, als in den Vorjahren in Dresden aktiv waren.

Anzahl der gewaltbereiten linksextremistischen Teilnehmer an den Aktionen zu den Jahrestagen der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg



Ausweislich der Transparente, Fahnen und Selbstdarstellungen zählten dazu u.a. die INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL), die ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN (ALB), die RADIKALE LINKE (RL NÜRNBERG), das AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE, die ANTIFA DRESDEN, die AG17 (Erfurt) sowie die Parteien MARXISTISCH-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Kommunistische Partei Deutschland (KPD). Sie protestierten gegen ein so genanntes „sächsisches Demokratieverständnis“, gegen die vermeintliche „Kriminalisierung von Antifaschismus“, gegen die Anwendung des § 129 StGB, gegen „Repression“ und „Extremismusgelaber“. Auf Transparenten hieß es „FIGHT INTERNATIONAL! AGAINST STATE, NATION & CAPITALISM“, „Nazis aus der Stadt verjagen, Antifa heißt Angriff“ oder „Nie wieder Deutschland Nie wieder Faschismus“.



18. Februar 2012 in Dresden.
Foto: Internetseite Indymedia.

Zunehmend friedlicher Verlauf

Schon die Protest- und Blockadeaktionen des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ am 13. Februar verliefen trotz Beteiligung regional mobilisierter Linksextremisten überwiegend friedlich. In Folge der Blockaden kam es dort zu einer deutlichen Verkürzung des rechtsextremistischen Aufzugs. An den nahezu wirkungslos gebliebenen „antideutsch“ akzentuierten Störversuchen von Linksextremisten auf und vor dem Heidefriedhof hatten sich zuvor etwa 40 Personen beteiligt. Auch die Aktionen der Linksextremisten am 18. Februar verliefen nicht zuletzt wegen der veränderten Rahmenbedingungen weitaus friedlicher als in den Vorjahren, obwohl die vorangegangene Mobilisierung der AUTONOMEN erneut von szenetypischen Gewaltaufrufen begleitet war. Insgesamt waren am 18. Februar noch immer eine Vielzahl szenetypischer Straftaten zu verzeichnen, darunter Böller-, Stein- und Flaschenwürfe gegen Polizeikräfte, bei denen auch Beamte verletzt wurden. Die Anzahl der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten erreichte aber bei weitem nicht das Niveau, das bei den eskalierenden Gegenaktivitäten der Jahre 2010 und 2011 zu verzeichnen war. Insbesondere die Zahl der

Gewalttaten lag im Jahr 2012 noch deutlich unter den im Vergleichszeitraum niedrigsten Werten des Jahres 2009. Der vergleichsweise friedliche Verlauf entsprach freilich nur noch eingeschränkt den Erwartungen aktionsorientierter Linksextremisten, die ihn sich „energischer und kraftvoller“ wünschten. Vor allem die eher strategisch denkenden Teile des linksextremistischen Spektrums wie IL, AVANTI oder die ALB sahen in einer Bündnisdemonstration aber bessere Bedingungen zur öffentlichkeitswirksamen Vermittlung linksextremistischer Positionen.

Ausblick – Regionalisierung und weiter abnehmende Anziehungskraft

Die linksextremistische Szene rechnete sich den Erfolg zu, am 18. Februar einen – für diesen Tag nur angemeldeten – rechtsextremistischen Aufzug seit 2010 zum dritten Mal in Folge verhindert zu haben, und zeigte sich darüber sehr zufrieden. Nach mehrjähriger Intervention sei nun die „Dynamik der Naziaufmärsche“ gebrochen. Gleichwohl engagieren

sich Linksextremisten weiterhin für Aktionen zum 13. Februar. Im Dezember startete das Aktionsbündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ seine Kampagne für 2013. Erneut wurde für das kommende Jahr vereinbart, den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu blockieren. Im Gegensatz zu 2012 versteht sich das Bündnis jedoch nur noch als „regional aufgestellt“. Es wolle nicht mehr bundesweit mobilisieren, sondern „verstärkt um Dresdner Bündnispartner und Demoteilnehmer“ werben. Auch wollten „die Aktivisten, die zuletzt in Dresden die Fäden spannen“, sich künftig „verstärkt auch anderen Schwerpunkten widmen“ und es wäre an den beteiligten regionalen Strukturen, die in Dresden bisher erreichten Ziele zu sichern. Das indiziert sowohl eine fortschreitende Mobilisierungsmüdigkeit im linksextremistischen Spektrum, als auch ein gestiegenes Selbstbewusstsein der Organisatoren. Dennoch gehören für das Jahr 2013 neben lokalen Gruppen wie der URA DRESDEN auch bundesweite linksextremistische Strukturen weiter zu den Unterstützern des Aktionsbündnisses.

2.8.3 Linksextremisten in Chemnitz

2.8.3.1 AUTONOME

Die autonome Szene Chemnitz ist im Vergleich zu den autonomen Zentren in Dresden und Leipzig deutlich kleiner und weniger strukturiert. Sie weist zudem ein geringeres Aktionsniveau auf. Mit der linksextremistischen ANTIFASCHISTISCHEN AKTION KARL-MARX-STADT (AAK) – auch als ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ bekannt – und der FREIEN ANTINATIONALISTISCHEN ORGANISATION

CHEMNITZ (Fanoc) existieren in Chemnitz zwei linksextremistische Gruppierungen, deren Schwerpunkt auf dem „Antifaschismuskampf“ liegt, gefolgt von dem Aktionsfeld „Freiraumkampf“. Allerdings trat im Jahr 2012 lediglich die AAK mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten in Erscheinung.

„Antifaschismuskampf“

Die ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK) befasst sich schon geraume Zeit mit den Protesten gegen rechtsextremistische Veranstaltungen anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung der Stadt Chemnitz am 5. März 1945. So mobilisierte sie auch im Jahr 2012 umfassend zur Teilnahme an den Protesten gegen einen rechtsextremistischen „Trauermarsch“ am 5. März in Chemnitz. Daraufhin beteiligten sich zahlreiche Linksextremisten an den Gegendemonstrationen nicht extremistischer Veranstalter und versuchten – allerdings erfolglos – die Demonstrationsroute der Rechtsextremisten zu blockieren. Die AAK nahm auch an Aktionen gegen ein Ladengeschäft in Chemnitz teil, in dem eine von Rechtsextremisten stark nachgefragte Kleidungsmarke angeboten wird.

„Freiraumkampf“

Im Zusammenhang mit einer nicht extremistischen Demonstration am 16. März hielt ein Vertreter der AAK einen eigenen Redebeitrag. Darin rief die AAK zum Kampf um „alternative Freiräume“ und gegen Rechtsextremisten auf – „auf allen Ebenen mit allen Mitteln“. Auf ihrer Homepage mobilisierte die Gruppe zur

Teilnahme an weiteren regionalen und überregionalen Veranstaltungen.



Abbildung auf der Internetseite der AAK.

2.8.3.2 Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse

In Chemnitz bestehen Strukturen der linksextremistischen DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) und der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI ‚DIE LINKE.‘ (KPF), einer linksextremistischen

Strömung innerhalb der Partei. Die KPF Sachsen führte im März 2012 ihre Landeskonferenz in Chemnitz durch.

2.8.3.3 Sonstige linksextremistische Bestrebungen

2012 trat erstmals die Initiative Chemnitz der FREIEN ARBEITERINNEN UND ARBEITER-UNION (FAU-IAA) in Erscheinung, die sich auch als SYNDIKAT DER REGION CHEMNITZ/ERZGEBIRGSKREIS bezeichnet. Wie bereits das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN der FAU-IAA versucht auch die FAU INITIATIVE

CHEMNITZ mit dem Aufgreifen sozialer Themen, ihren Bekanntheitsgrad und ihre Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit zu erhöhen. Am 2. Dezember organisierte sie in Chemnitz eine Kundgebung zum Thema „Arbeitsrecht“.

2.8.4 Linksextremisten außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz

Mittelsachsen

In Mittelsachsen ist mit der linksextremistischen Gruppierung ANTI-FASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (ANTIFA RGB) eine Gruppierung aktiv, die auch den Einsatz von Gewalt befürwortet. Auf ihrer Internetseite heißt es zum Selbstverständnis der Gruppierung:

„Wir versuchen in der Region Mittelsachsen/ Mittweida und auch darüber hinaus den Antifaschismus zu organisieren, den kapitalistischen Grundkonsens zu bekämpfen und uns für eine herrschaftsfreie und klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen.“²⁴⁹

Auf die Gewaltbereitschaft der Gruppierung weist ein Flyer hin, der auf der Homepage der ANTI-FASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (ANTIFA RGB) eingestellt und mit der Bildunterschrift „Fight Back! ANTI-FASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (ANTIFA RGB) Flyer – Was zu viel ist, ist zu viel!!! Nazistrukturen angreifen!“ versehen ist.



Flyer auf der Internetseite der ANTI-FASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (ANTIFA RGB).

Im Februar kam es in Burgstädt im Anschluss an eine nicht extremistische Veranstaltung zu einer Spontandemonstration, deren Teilnehmer mehrheitlich vermummt und gewaltbereit auftraten.

²⁴⁹ Internetseite der ANTI-FASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (ANTIFA RGB), Rubrik Kontakte.

In diesem Zusammenhang waren Übergriffe auf Polizeibeamte zu verzeichnen. Auf ihrer Internetseite berichtete die ANTIFA RGB über den Verlauf der Spontandemonstration. Demzufolge sollte die Aktion der Forderung nach Toleranz gegenüber „alternativen Freiräumen“ und der Solidarisierung mit den linksalternativen Wohnprojekten „Liebigstraße 14“ und „Rigaer Straße 94“ in Berlin dienen.

In der Region Rochlitz-Geringswalde-Burgstädt wurden im Jahr 2012 wiederholt Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des links- und des rechtsextremistischen Spektrums bekannt.

Die AUTONOME ANTIFA WESTERZGEBIRGE (AAWE) war im Jahr 2012 kaum öffentlichkeitswirksam aktiv. Damit folgte sie einer Anfang des Jahres auf ihrer Internetseite gemachten Ankündigung, wonach sie zukünftig auf weitere Aktivitäten und Veröffentlichungen verzichten wolle.

Im Landkreis Mittelsachsen existiert eine von insgesamt fünf sächsischen Regionalgruppen des linksextremistischen ROTFUCHS FÖRDERVEREINS e.V..

Ostsachsen

In Ostsachsen sind die autonomen Gruppen ANTIFA LAUSITZ und ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ (AFA GR) vorrangig im Antifaschismuskampf aktiv.



Banner der ANTIFA GÖRLITZ.

Quelle: Internetseite der ANTIFA GÖRLITZ.

Am 1. Mai folgten in Bautzen etwa 50 Personen einem Fronttransparent der ANTIFA LAUSITZ. In einem Veranstaltungsbericht der ANTIFA LAUSITZ heißt es, dass damit auf das „Naziproblem“ aufmerksam gemacht und die Menschen „zur aktiven antifaschistischen Gegenwehr“ aufgefordert wurden.²⁵⁰ Am 13. November luden beide Gruppen zu einer Vortragsveranstaltung in Görlitz zum Thema „80 Jahre Antifaschistische Aktion“ ein, in der ein Berliner Aktivist der autonomen Szene zu einer gleichnamigen, von ihm verfassten Broschüre referierte. In dem Heft führt er aus, dass das Symbol der „Antifaschistischen Aktion“, die so genannten Doppelfahnen, welche auch von den beiden Gruppen genutzt werden, für eine „militante Politik“ stehe.²⁵¹ Dass die ANTIFA LAUSITZ – wie für autonome Gruppen charakteristisch – die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel betrachtet, machte sie auf ihrer Internetseite deutlich:

„(...) Steine sind erst zögernde Versuche uns zu artikulieren, in der einzigen Sprache, die sie verstehen.“²⁵²



1. Mai 2012 in Bautzen.

²⁵⁰ Beitrag „Bautzen: Nazis blockiert – Route verkürzt“ vom 3. Mai 2012, Internetseite Indymedia.

²⁵¹ Vgl. auch Beitrag AUTONOME.

²⁵² Internetseite der ANTIFA LAUSITZ.

In Ostsachsen existieren die Regionalorganisation Oberlausitz der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) und die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF), eine linksextremistische Strömung innerhalb der Partei. Eigenangaben zufolge konstituierte sich die KPF Görlitz im Januar 2010. Zudem verfügt der linksextremistische ROTFUCHS FÖRDERVEREIN e.V. in Bautzen über eine von insgesamt fünf sächsischen Regionalgruppen. Die Regionalgruppe führt vereinzelt Vortragsveranstaltungen in Görlitz durch.

Nordsachsen

Aufgrund der räumlichen Nähe zur Stadt Leipzig sind in Nordsachsen anlassbezogen linksextremistische Einzelpersonen und Gruppen aus Leipzig für öffentlichkeitswirksame Aktionen mobilisierbar. So kam es anlässlich eines mutmaßlich rechtsextremistisch motivierten Übergriffs auf Besucher eines Ska-Konzertes am 17./18. März 2012 in Delitzsch zu zwei Demonstrationen in der Stadt. Am 25. März, nur wenige Tage nach dem Übergriff, beteiligten sich etwa 200 Personen an der Demonstration zum Thema „Naziterror entgegentreten – Demonstration in Reaktion auf den Naziüberfall am 17./18.3.2012“. Zu den Teilnehmern an der von Nichtextremisten kurzfristig angemeldeten Demonstration, gehörten auch Personen der maßgeblich von AUTONOMEN beeinflussten Leipziger Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazizentrum in Leipzig“. Am Rande des Aufzugs kam es zu Provokationen und verbalen Auseinandersetzungen, da sich Rechtsextremisten in Sichtweite aufhielten. Mit einer weiteren Demonstration am 15. September wurde der Übergriff erneut thematisiert. Unter dem Motto „No Dancing with Nazis“ beteiligten

sich etwa 170 Personen an der Veranstaltung der gleichnamigen nicht extremistischen Initiative. Die Demonstranten zeigten ein Transparent der zwischenzeitlich beendeten Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazizentrum in Leipzig“.



15. September 2012 in Delitzsch.

Foto: Internetseite nodancingwithnazis.noblogs.org

Westsachsen

Im Vogtlandkreis ist von der Existenz einer kleinen, weitgehend unstrukturierten Szene auszugehen, der im sachsenweiten Vergleich eine untergeordnete Rolle zukommt. Regionaler Schwerpunkt ist die Stadt Plauen mit den Gruppierungen ANTIFA PLAUEN und ANTIFA JUGEND PLAUEN (AJPL). Die autonome Szene im Vogtlandkreis mobilisiert zu regionalen und überregionalen Ereignissen mit Extremismusbezug.

Im Landkreis Zwickau gibt es eine Struktur der linksextremistischen DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP). Die Veranstaltungen der kreisübergreifenden Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen des ROTFUCHS-FÖRDERVEREINS e.V. finden vereinzelt in Zwickau statt.

3. Islamismus und Ausländerextremismus

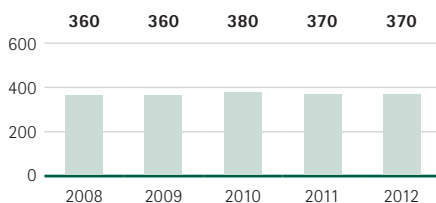
3.1 Personenpotenzial

Im Freistaat Sachsen bewegt sich das islamistisch-ausländerextremistische Personenpotenzial im Vergleich mit anderen Bundesländern seit Jahren auf einem gleichbleibend niedrigen Niveau. Es umfasst gegenwärtig 370 Personen (2011: 370 Personen). Weniger als 1% der Ausländer bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund in Sachsen werden durch den Verfassungsschutz islamistisch-ausländerextremistischen Gruppierungen zugerechnet.

Mit Blick auf die einzelnen islamistisch-ausländerextremistischen Extremismusbereiche lassen sich nur unwesentliche Verschiebungen feststellen. Bei den islamistischen Bestrebungen in Sachsen kam es zu einem geringen Zuwachs gegenüber 2011 auf ca. 190 Personen (2011: 170). Der allgemeine Trend eines stetigen Anstiegs islamistischen Personenpotenzials in Deutschland setzt sich damit weiter fort.

Ein anhaltender Rückgang zeigt sich in Sachsen dagegen im linksextremistischen Spektrum, welches ca. 170 Personen umfasst (2011: 190, 2010: 200). Diesem werden insbesondere Angehörige der Nachfolge- und Nebenorganisationen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) aber auch Anhänger iranischer Organisationen zugerechnet. Ihre Bedeutung ist seit Jahren kontinuierlich rückläufig.

Islamistisches-ausländerextremistisches
Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



Zusammensetzung des Personenpotenzials im Freistaat Sachsen
(Insgesamt: ca. 370 [2011: ca. 370/bundesweit 2011: ca. 64.490])

Linksextremistische bzw. linksextremistisch geprägte Gruppen ca. 170 (2011 ca. 190)	Nationalistische bzw. nationalistisch geprägte Gruppen ca. 10 (2011 ca. 10)	Islamistische Bestrebungen ca. 190 (2011: ca. 170)
---	---	--

davon u. a.:

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) bzw. Nachfolgeorganisationen ca. 150 (2011: ca. 150)
--

Sonstige Gruppen
ca. 20 (2011: ca. 40)

Einzelne Personen in Sachsen werden national-extremistischen Organisationen zugerechnet.

Das Mobilisierungspotenzial einiger ausländerextremistischer Organisationen, wie z.B.

der PKK, kann deren Anhängerzahl teilweise um ein Vielfaches überschreiten. Hierbei sind regelmäßig auch Personen aus benachbarten Bundesländern mit einzubeziehen.

3.2 Islamismus – Salafistische Bestrebungen

Ideologie

Der Salafismus ist eine Strömung innerhalb des islamischen Extremismus. Er hat sich in den letzten Jahren weltweit spürbar zu einer religiösen Bewegung mit politischem Anspruch entwickelt. Davon zeugen nicht zuletzt die Machtambitionen verschiedener Gruppen in Tunesien und Ägypten. Auch in Deutschland sind verschiedene salafistische Vereine und Personenzusammenschlüsse mit steigender Tendenz in der Öffentlichkeit präsent. Der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik beobachtet von einzelnen Moscheen, Vereinen und Personenzusammenschlüssen ausgehende salafistische Bestrebungen, weil sie Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik ablehnen. Auch begünstigen sie die Radikalisierung von Personen sowie das Begehen von Gewalthandlungen vor allem im Rahmen des Jihad.

Beim Salafismus handelt es sich um eine islamisch-extremistische Strömung, die sich am Koran, am Leben des Propheten Muhammad (Sunna), seiner Gefährten und deren Nachfolger ausrichtet. Aus diesen Quellen werden die zentralen salafistischen Glaubensinhalte abgeleitet. In den Predigten salafistischer Imame und Multiplikatoren wird – ebenso wie in salafistischen Publikationen – jegliche historische Kontextualisierung oder kritische Auseinandersetzung mit den zitierten Rechtsquellen

und islamrechtlichen Bestimmungen vermieden.

Der Kern salafistischer Ideologie besteht in der Auffassung der Einheit und Einzigartigkeit Gottes sowie in der Überzeugung, dass Gott der einzige legitime Souverän und Gesetzgeber ist. Für Salafisten bildet nicht die Selbstbestimmung des Volkes die Grundlage staatlicher Herrschaftsordnung, sondern ausschließlich der Wille Gottes. Die Ergebnisse demokratischer Prozesse werden als illegitim angesehen, da sie als Verletzung der Souveränität Gottes begriffen werden. Salafisten sind bestrebt, in Anlehnung an die islamische Frühzeit eine vermeintlich ideale islamische Gesellschaft, eine Theokratie, zu schaffen, in der Staat und Religion eine Einheit bilden. Sämtliche religiöse Neuerungen oder gar eine Fortentwicklung der Religion im Sinne einer Anpassung an bestehende Verhältnisse werden kategorisch abgelehnt.

Salafisten orientieren sich nicht nur inhaltlich an einem fiktiven Urislam, sondern auch an der Werteordnung jener Zeit. Sie streben eine Rechtsordnung an, die sich an Koran und Sunna orientiert und beabsichtigen, diese auch anzuwenden. Perspektivisch ist die Einführung einer solchen Ordnung auch in westlichen Ländern beabsichtigt. Dies wäre dann der Fall, sobald

Muslime in der Gesellschaft in der Überzahl sind. In einer Schrift im Internet heißt es:

„Daher schließt ein wichtiger Teil des Tauhid al-ibadah die Realisierung der Scharia mit ein, insbesondere in Ländern, wo Muslime die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Das göttliche Gesetz muss wieder in den sogenannten muslimischen Ländern eingeführt werden (...).

Ähnlich ist es in muslimischen Ländern, wo zwar islamisches Gesetz in den Büchern steht, aber säkulare Gesetze in Kraft sind. Auch diese sind auf die Linie der Scharia zurückzubringen, welches alle Aspekte des Lebens betrifft.“²⁵³

Salafisten greifen auf Regeln und Rechtsnormen zurück, die in etwa den gesellschaftlichen Verhältnissen der Arabischen Halbinsel des 7. Jahrhunderts entsprechen und mit einem modernen demokratischen Rechtsstaat unvereinbar sind. Insofern liegt auch eine politische Bestimmtheit vor, die über eine reine Glaubensfreiheit hinausgeht. Erkennbar wird dies in verschiedenen Meinungsäußerungen und Schriften in salafistischen Foren, in denen Demokratie und die hiesige Gesellschaft deutlich abgelehnt wird:

„Demokratie ist eine neue falsche Religion des 21. Jahrhunderts die die Heiligkeit des Allmächtigen Gottes (Allah) bedroht. Sie gesellt Gott andere bei, indem sie sein ausschließliches Recht der Gesetzgebung den Menschen zuschreibt (...).“

„Demokratie untergräbt die Ehre der Frau

Demokratie tut wenig, um die Ehre der Frauen in der Gesellschaft zu schützen. (...) Gleiche Rechte und Pflichten sind hohle Phrasen.“

*„Demokratie zerstört Leben
Das Leben in der Demokratie hat eine sehr geringe Wertschätzung (...).“*

*„Demokratie vermehrt die Armut und Korruption
Demokratie macht keinen Unterschied zwischen erlaubtem und verbotenen Besitz (...).“*

*„Demokratie verdirbt den Geist
Der Verstand der Menschen, die unter der Demokratie leben, ist moduliert worden.“²⁵⁴*

Der Islam nach salafistischer Auslegung wird demgegenüber als allumfassender Gegenentwurf zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung dargestellt und öffentlich propagiert. Dies zeigt sich in der Broschüre „Der Schlüssel zum besseren Verständnis des Islam“. Dort heißt es:

„Der Qur'an ist eine Verfassung, die ein komplettes Programm im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, moralischen und pädagogischen Bereich bietet, welche das Leben der Muslime und ihre Beziehungen zu anderen Geschöpfen, die in diesem Universum leben, regelt.“²⁵⁵

„Er [der Koran] enthält alle Gesetze für eine anständige Gesellschaft und sichert alle Rechte für jeden Menschen.“²⁵⁶

²⁵³ „Was jeder Muslim wissen sollte“, S. 18, www.salaf.de.

²⁵⁴ <http://ansarulhaqq.wordpress.com/2010/11/24/islam-vs-demokratie>, Ausdruck.

²⁵⁵ Abdul-Rahman AL-SHEHA, Der Schlüssel zum besseren Verständnis des Islam“, S. 1.

„Also diese vollkommenste Religion [Islam] hat eine Ordnung und eine Gesetzgebung in unterschiedlichen Bereichen, wie Handel, Wirtschaft, Politik, Eheschließung, Gottesdienst usw. für eine friedliche Gesellschaft gebracht, die wenn sie wirklich in die Tat umgesetzt wird, der vollkommenste Staat aller Zeiten ist, denn es handelt sich dabei um die Gesetzgebung Allahs.“²⁵⁷

Diese salafistische Broschüre kursiert zum Herunterladen im Internet und wurde beispielsweise auch zum „Tag der offenen Moschee“ am 3. Oktober 2012 in der Leipziger Al-Rahman Moschee verteilt. Aussagen wie diese verdeutlichen, dass es Salafisten nicht nur um die reine Religionsausübung geht. Vielmehr haben sie die islamische Religion als politische und rechtliche Ordnung konzipiert und wollen diese durchsetzen. Damit würde die Trennung von Staat und Religion aufgehoben werden. Ein demokratischer Meinungs- und Willensbildungsprozess ist somit ausgeschlossen, da einzig und allein der Wille Gottes Gültigkeit besäße.

Salafisten betrachten sich als Kenner und Verfechter der absoluten göttlichen Wahrheit. Daraus leiten sie eine Deutungshoheit über den Islam ab, die Andersdenkende, selbst Muslime mit anderen Glaubensüberzeugungen, ausgrenzt, als Ungläubige ablehnt und zu Feinden erklärt. Damit ebnet der Salafismus der Isolation seiner Anhänger den Weg und begünstigt die Herausbildung von integrationsfeindlichen Parallelgesellschaften.

Diese Entwicklung beginnt bereits in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, indem den Eltern empfohlen wird, die Kinder zum Schutz vor der vermeintlich feindlichen/ungläubigen

Mehrheitsgesellschaft frühzeitig eng an die salafistische Moschee zu binden und andere Kontakte zu meiden.

Seine Breitenwirkung entfaltet der Salafismus durch das Internet; salafistische Ideologienhalte werden durch eine Vielzahl von deutschsprachigen Webseiten, Internetforen sowie durch zahlreiche Kurzvideos, z.B. im Internetportal YouTube, vermittelt. Salafistische Propaganda geschieht auch über Vorträge von salafistischen Predigern zu Dogma und salafistischer Religionsauffassung (sog. „Islamseminare“), bundesweit organisierte „Islaminfostände“, die Verteilung von Broschüren und Flugblättern sowie Publikationen und Übersetzungen salafistischer Grundlagenwerke.

Den „Islamseminaren“ kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, da die Äußerungen des salafistischen Imams maßgeblich zur Meinungsbildung der Zuhörer beitragen. Die Vortragenden fungieren als wichtige Multiplikatoren des von ihnen erläuterten Islamverständnisses.

Die Inhalte salafistischer Predigten und Vorträge enthalten neben religiösen Aussagen auch politische Botschaften, sind also nicht nur als bekenntnisorientierter Islamunterricht, sondern als politisch motivierte Propaganda und indirekte Aufforderung zum Handeln aufzufassen.

Die salafistische Szene in Deutschland ist durch formelle und informelle Strukturen geprägt. Zurzeit ist sie überwiegend in lokale Vereine gegliedert; nur teilweise sind salafistische Personenzusammenschlüsse nicht in juristischen Personen organisiert, sondern allein durch

²⁵⁶ Abdul-Rahman AL-SHEHA, Der Schlüssel zum besseren Verständnis des Islam“, S. 14.

²⁵⁷ Abdul-Rahman AL-SHEHA, Der Schlüssel zum besseren Verständnis des Islam“, S. 43.

informelle Lehrer-Schüler-Beziehungen strukturiert. Entsprechendes gilt auch für die transnationale Vernetzung salafistischer Gruppierungen.

In Deutschland sind zahlreiche salafistische Vereine wechselseitig vernetzt, wobei diese Verbindungen zum Teil verschleiert werden. Die tiefen ideologischen Gemeinsamkeiten befördern in bestimmten Bereichen des Salafismus eine weitgehende organisatorische Verdichtung.

Strategie

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen zwei Varianten, dem politischen Salafismus und dem gewaltorientierten jihadistischen Salafismus. Auch wenn salafistische Bestrebungen insgesamt verschiedene Schattierungen aufweisen, haben sie letztlich gleiche Ziele. Sie unterscheiden sich jedoch in der Wahl ihrer Mittel, um diese zu erreichen. Jihadistische Salafisten zielen mittels Gewaltanwendung darauf ab, eine religiöse Gesellschafts- und Staatsordnung zu installieren. Dafür begeben sie sich in terroristische Ausbildungslager z.B. in Afghanistan und Pakistan, sie unterstützen aktiv islamistisch-terroristische Aktivitäten oder planen und verüben eigene Anschläge. Im Juni 2012 wurde die salafistische Vereinigung MILLATU IBRAHIM durch den Bundesinnenminister verboten.

Anhänger dieser Organisation riefen in aggressiv-kämpferischer Grundhaltung Muslime in Deutschland zum aktiven Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung auf. Der Einsatz von Gewalt wurde dabei als probates Mittel zur Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland erachtet. Nach dem Verbot reisten zahlreiche Anhänger von MILLATU IBRAHIM nach Ägypten aus. Sie versuchen von dort aus ihren Kampf gegen die hiesige Gesellschaftsordnung fortzusetzen, indem sie Hasspropaganda über Internet verbreiten und Glaubensgeschwister zum Verlassen von Deutschland auffordern.

Politische Salafisten sind vorrangig missionarisch in Moscheevereinen aktiv, sie verteilen Informationsmaterial und organisieren Veranstaltungen wie Islamseminare und Vortragsveranstaltungen in Moscheevereinen. Die deutschlandweite Koran-Verteilungskampagne „LIES“, bei der in Fußgängerzonen größerer Städte – so auch in Dresden – Koranexemplare in deutscher Sprache kostenlos verteilt wurden, ging auf die Initiierung durch salafistische Muslime zurück.



Abbildung/Logo auf der Internetseite von MILLATU IBRAHIM.



Kampagnenplakat (auch als Flyer verwendet). Foto: Internetseite DIE WAHRE RELIGION.

Dennoch ist auch bei diesen grundsätzlich friedlich agierenden Gruppen anlassbezogen mit Gewaltanwendung zu rechnen. So kam es im Mai 2012 in Solingen und Bonn im Rahmen zweier Kundgebungen rechtsgerichteter Gruppierungen, auf denen Karikaturen des islamischen Propheten Muhammad gezeigt wurden, zu Gegendemonstrationen salafistischer Muslime. Aus ganz Deutschland angereiste Salafisten nahmen das Zeigen dieser Karikaturen zum Anlass für schwere Ausschreitungen und Straßenschlachten mit der Polizei. Dabei wurden u.a. zwei Polizeibeamte schwer verletzt. Auch Anhänger von MILLATU IBRAHIM waren unter den Demonstranten. Da der Prophet durch die Karikaturen schwer beleidigt worden sei, hielten sie die Gewalttaten für legitimiert. Darüber hinaus wurde zu weiterer Gewaltanwendung aufgerufen. Beispiele wie diese zeigen, dass die Grenzen zwischen grundsätzlich friedlich agierenden politischen Salafistengruppen und jenen mit Gewaltbereitschaft fließend sind.

Zur Lage in Sachsen

Dem gesamten Phänomen salafistischer Bestrebungen werden deutschlandweit etwa 4.500 Personen zugeordnet, davon lassen sich ca. 100 Anhänger in Sachsen ausmachen.

Die meisten Salafisten in Sachsen sind im Umfeld der Al-Rahman-Moschee Leipzig anzutreffen.

Imam dieser Einrichtung ist Hassan DABBAGH. Sein Wirken ist seit Jahren eingebettet in missionarisch orientierte Netzwerkaktivitäten von

Salafisten in Deutschland. Wie in den Vorjahren referierte DABBAGH auch im Jahr 2012 bundesweit im Rahmen seiner so genannten „Mobilen Islamischen Akademie“ in einschlägig bekannten Moscheen, so zum Beispiel in der As-Sahaba-Moschee Berlin, im Islamischen Kulturzentrum Bremen e.V.²⁵⁸ oder in der El-Salam-Moschee München. Diese Moscheen, die DABBAGH regelmäßig frequentiert, sind Veranstaltungsorte für Vorträge und Seminare, bei denen salafistisch-ideologische Inhalte propagiert werden.

Auf in der Regel an Wochenenden stattfindenden Seminaren trifft DABBAGH immer wieder mit Multiplikatoren der salafistischen Szene in Deutschland zusammen. In der Vergangenheit trat er dabei u.a. mit den einer breiteren Öffentlichkeit bekannten Protagonisten Pierre VOGEL und Seyfudin CIFTCI, einstiger Leiter des EINLADUNG ZUM PARADIES e.V. (EZP)²⁵⁹, gemeinsam auf. In der Leipziger Moschee veranstaltet der Imam ebenfalls regelmäßig Islamseminare mit zum Teil überregionaler Beteiligung.

Die dem Imam zuzuordnenden Internetseiten sind direkt mit verschiedenen salafistischen Homepages verlinkt.²⁶⁰ Auf weiteren derartigen Seiten ist Hassan DABBAGH mit anderen Protagonisten der salafistischen Szene als Ansprechpartner für religiöse Fragen benannt, was seine Vernetzung innerhalb der salafistischen Szene in Deutschland unterstreicht.²⁶¹ Seine zahlreichen Aktivitäten und Aussagen lassen sich im Internet über Soziale

²⁵⁸ Der Bremer Verein war neben dem in Mönchengladbach ansässigen Verein EINLADUNG ZUM PARADIES e.V. (EZP) 2010/2011 Bestandteil vereinsrechtlicher Ermittlungen des Bundesinnenministeriums wegen bundesweiter salafistischer Netzwerkbestrebungen zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland und der Errichtung eines islamischen Gottesstaates. Durch die Selbstauflösung von EZP im Sommer 2011 ruht das Verfahren.

²⁵⁹ siehe vorhergehende Fußnote

²⁶⁰ Z.B. www.salaf.de, www.fataawa.de.

²⁶¹ Z.B. www.muslimtube.de und www.diewahrheitimherzen.net.

Netzwerke sowie Internetportale bzw. -seiten verfolgen. Die Präsentation und Vermarktung seiner Vorträge und Veröffentlichungen übernimmt der einschlägig bekannte salafistische AS-SUNNA-VERLAG in Berlin.

In der Leipziger Innenstadt initiieren der Imam und seine Anhänger wie in den Vorjahren

regelmäßig Informationsstände. In der Vergangenheit wurden dabei Schriften mit zum Teil verfassungsfeindlichen Inhalten ausgegeben. Einzelne dieser Texte sind auf der Indizierungsliste der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien aufgeführt.²⁶²

3.3 ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

Extremismusbereich:	Linksextremistischer Ausländerextremismus
Gründung:	1978
Sitz:	Nordirak/Kandilgebirge
Vorsitz	Abdullah ÖCALAN ²⁶³
Teil-, Nebenorganisationen:	u. a. KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK)
Publikation:	SERXWEBUN
Kennzeichen ²⁶⁴ :	

Historie und Strukturentwicklung

Die PKK wurde 1978 gegründet. Ziel war die Schaffung eines autonomen Kurdenstaates. Zu den Gründern gehörte Abdullah ÖCALAN. Er übte von Beginn an die Funktion des Generalsekretärs aus. Seine unumstrittene Führungsposition behielt er auch nach seiner Inhaftierung

und Verurteilung 1999. Die PKK entwickelte sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und militantesten Kurdenorganisation. 1984 nahm sie den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Diesen Auseinandersetzungen fielen bislang mehr als 45.000²⁶⁵ Menschen zum Opfer. Im Jahr 2002 nahmen die USA und die Europäische Union die PKK und später auch deren Nachfolgeorganisationen in die Listen der terroristischen Organisationen auf.

Die PKK firmierte bis heute unter folgenden Namen:

- 1978–2002 PKK
- 2002–2003 FREIHEITS- UND DEMOKRAKIEKONGRESS KURDISTANS (KADEK)
- seit 2003 VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)

parallel:

- 2005–2007 GEMEINSCHAFT DER KOMMUNEN IN KURDISTAN (KKK)

²⁶² Z.B. Abd ar-Rahman ASCH-SCHIIHA: „Frauen im Schutz des Islam“ oder Abdul Rahman AL-SHEHA: „Missverständnisse über Menschenrechte im Islam“.

²⁶³ Trotz Inhaftierung hat er faktisch die Führung inne.

²⁶⁴ Rechts Fahne der VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG).

²⁶⁵ Spiegel Online vom 21. August 2012.

- seit 2007 VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK) und
- „neue“ PKK als ideologische Kraft

Seit Mitte der 1990er Jahre verfolgt die PKK-Führung eine Doppelstrategie. Während sie in Westeuropa um ein gewaltfreies Erscheinungsbild bemüht ist, agiert sie in der Türkei weiterhin militant. Die Guerillaeinheiten, die sogenannten VOLKS-VERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG), greifen sowohl türkische Sicherheitskräfte als auch die Infrastruktur an. 2012 war ein deutlicher Anstieg der Quantität und der Qualität der Anschläge im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen. Ziele waren unter anderem die Erdgas-Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan (Aserbaidschan, Georgien, Türkei) in der Provinz Kars (Türkei) und die Erdölpipeline in der Provinz Agri²⁶⁶ (Türkei). Mit zahlreichen Geiselnahmen im Osten der Türkei versuchen sie, ihre Vormachtstellung unter Beweis zu stellen.

In den Metropolen und touristischen Zentren im westlichen Teil der Türkei verüben die aus den HPG hervorgegangenen FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK) seit 2004 Sprengstoff- und Brandanschläge. Dies führte anfangs zu erheblichen Sachschäden, später auch zu Verletzten und Todesopfern. 2012 bekannten sich die TAK zu einem Bombenanschlag auf einen vollbesetzten Militärbus in der Provinz Izmir (Türkei) am 9. August. Dabei töteten sie zwei Soldaten, elf weitere wurden schwer verletzt.

Historie und Strukturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa

Aufgrund der Kampfhandlungen in ihren Siedlungsgebieten flüchteten hunderttausende Kurden. Ihr Hauptziel war Westeuropa, insbesondere

die Bundesrepublik Deutschland. Mitglieder und Anhänger der PKK setzten hier den Kampf fort und gründeten 1985 die NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK). Sie verübten terroristische Anschläge auf türkische Einrichtungen und Gewerbe. Ohne Rücksicht auf Leib und Leben griffen sie ebenfalls deutsche Polizisten an. Dies führte im November 1993 zu einem Betätigungsverbot der PKK und ihr angeschlossener Nebenorganisationen in der Bundesrepublik. Das Verbot umfasst auch die daraufhin gegründeten Nachfolgeorganisationen der ERNK, nämlich

- 2000 KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK) und
- seit 2004 CDK.

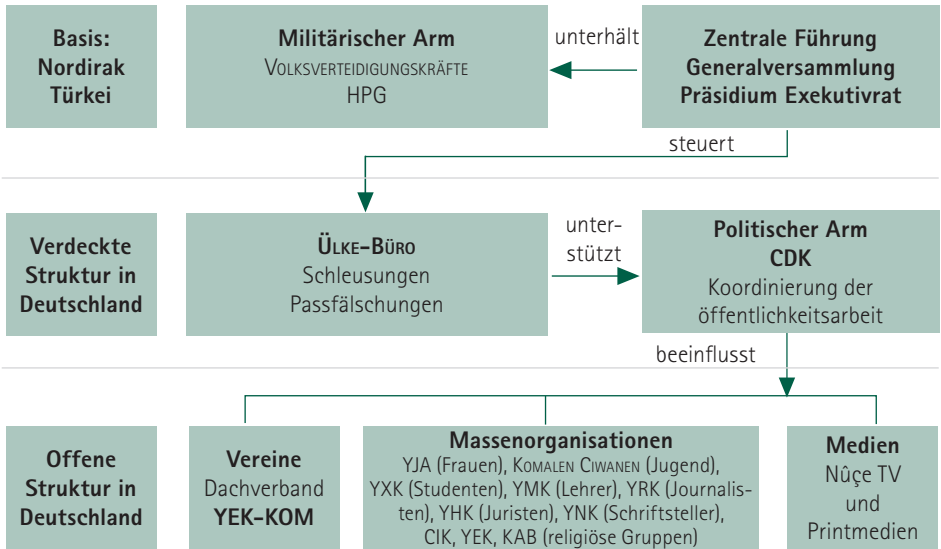
In der Bundesrepublik befindet sich mit ca. 800.000²⁶⁷ Personen die größte Gruppe der kurdischen Diaspora. Weniger als 2% dieses Personenkreises hängen der PKK, ihren Nachfolge- bzw. Nebenorganisationen an. Das Mobilisierungspotenzial kann allerdings das Mehrfache betragen.

Mittels zielgruppenorientierter Massenorganisationen für Frauen und Jugendliche sowie Berufs- oder religiöse Gruppen sichert sich die PKK ihren Einfluss auf den Großteil der hier ansässigen Kurden. Örtliche Vereine für Mitglieder und Anhänger sind unter dem Dach der FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e.V. (YEK-KOM) zusammengeschlossen. Die Organisationsstrukturen sind streng hierarchisch und territorial gegliedert. Sie sichern die ideologische Beeinflussung und bilden die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung jährlicher Spendenkampagnen. Letztere sind eine unverzichtbare Grundlage für die Finanzierung des gesamten Parteiapparates und

²⁶⁶ YENI ÖZGÜR POLITIKA vom 1. Juni 2012, Seite 1/3 und 30. Juni 2012, Seite 1/5.

²⁶⁷ Die Zahl stellt nur einen Schätzwert dar. Es gibt keine offizielle Statistik zu Kurden. Personen kurdischer Volkszugehörigkeit werden gemäß ihrer Staatsangehörigkeit als Türken, Iraner, Iraker oder Syrer geführt.

Struktur des KONGRA GEL



seiner Aktivitäten. Darüber hinaus wird hier der Nachwuchs für den Guerillakampf rekrutiert.²⁶⁸

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 28. Oktober 2010²⁶⁹ wird gegen die Führungsfunktionäre der PKK in Deutschland nunmehr unter dem strafrechtlich bedeutsamen und strafverschärfenden Aspekt der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung ermittelt. Zuvor galten sie lediglich als Mitglieder einer inländischen kriminellen Vereinigung.

Historie und Strukturentwicklung im Freistaat Sachsen

Die „Teilgebiete“ Leipzig, Dresden und Chemnitz stellen den Hauptteil des PKK-Gebietes

Sachsens dar. Darüber hinaus gehören angrenzende Teile der umliegenden Bundesländer dazu. In den Teilgebieten gründeten sich in den 1990er Jahren bis in die ersten Jahre des Folgejahrzehnts Vereine, die dem Dachverband YEK-KOM zuzuordnen waren. Sie beteiligten sich mit ihren Mitgliedern und Sympathisanten an PKK-initiierten Kampagnen und Großveranstaltungen. Seit 2009 sind weder vom KURDISCHEN KULTURZENTRUM SACHSEN e.V. in Dresden noch vom Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e.V. oder dem DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e.V. in Zwickau Aktivitäten ausgegangen. Dies dürfte nicht zuletzt auf den starken Verfolgungsdruck durch die Sicherheitsbehörden des Freistaates zurückzuführen sein. Die Vereinslokale waren mehrfach von Exekutivmaßnahmen der Polizei betroffen. In mehreren Fällen wurden im

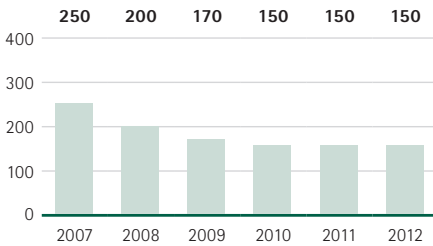
²⁶⁸ BGHSt NJW 2011, S. 542-547.

²⁶⁹ BGHSt NJW 2011, S. 542-547.

Freistaat Sachsen tätige Aktivisten der PKK wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz verurteilt.

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der PKK hat sich in den letzten Jahren in Sachsen nicht verändert und liegt seit 2010 konstant bei 150 Personen.

Entwicklung des Mitglieder- und Anhängerpotenzials der PKK im Freistaat Sachsen



Ideologie/Politische Zielsetzung

Das Programm der PKK war anfangs streng von marxistisch-leninistischen und nationalen Grundsätzen geprägt. Der aktive „revolutionäre Kampf“ wurde favorisiert, um einen sozialistischen Kurdenstaat zu errichten. Inzwischen löste der Plan, einen staatenähnlichen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, Iran und Irak zu schaffen, dieses Vorhaben ab. Weiterhin nutzt die PKK militärisch strukturierte Guerillaeinheiten, um mit terroristischen Anschlägen ihre Ziele durchzusetzen. Als besonderes Merkmal der Organisation ist der Personenkult um den Führer, Abdulla ÖCALAN, zu beobachten. Trotz seiner langjährigen Inhaftierung ist er nach wie vor die entscheidende Integrationspersönlichkeit für die PKK.

Aktivitäten

Die bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem türkischen Militär im Grenzgebiet im Süden der Türkei dauern an. Seit 2004 werden auch wieder Terroranschläge auf wirtschaftliche Einrichtungen und touristische Ziele in der Türkei verübt, die Verletzte und Tote forderten. Diese werden den TAK zugeschrieben. Im März 2012 veröffentlichten sie auf ihrer Internetseite²⁷⁰ eine Erklärung. Sie warnten darin vor Anschlägen in der gesamten Türkei, die zum Kriegsschauplatz werden würde. Touristen stünden damit gleichfalls im Fokus. Nach dem Verständnis der TAK sind diese eine wichtige Einnahmequelle des türkischen Staates und dienen damit dessen finanzieller Absicherung.

2012 nahmen die Konfrontationen mit dem türkischen Militär drastisch zu. Presseveröffentlichungen informieren fast täglich über getötete Soldaten und HPG-Kämpfer. Darüber hinaus ist die PKK seit Mai 2012 dazu übergegangen, Personen, die für den türkischen Staat tätig sind, zu entführen und sie aufgrund ihrer „Verbrechen gegen die Guerilla“ vor „den Gerichtshof der KCK“ zu stellen.²⁷¹

In Westeuropa zeigt die PKK Präsenz mit gewaltfreien Protesten. Es handelt sich meist um Großdemonstrationen mit bis zu mehreren zehntausend Anhängern. Anlass sind kurdische Feiertage oder besondere, die Organisation betreffende Ereignisse. In PKK-nahen Medien finden sich sowohl Aufrufe zu einer regen Teilnahme als auch Berichte über den Verlauf.

Zu den regelmäßigen Großereignissen gehören der Jahrestag der Festnahme ÖCALANS im Februar, das kurdische Neujahrsfest Newroz im März

²⁷⁰ Internetseite teyrenkurdistan.com.

²⁷¹ YENI ÖZGÜR POLITIKA 23. Mai 2012, Seite 3 und Nüçe TV 15. Mai 2012.

ebenso wie das „Mazlum Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ der Jugendorganisation KOMALEN CIWANAN, das „ZILAN-Frauenfestival“ der UNION DER FREIEN FRAUEN (YJA) und das „Internationale kurdische Kulturfestival“ im Sommer. Die PKK nutzt diese Veranstaltungen als Plattform für ihre politische Propaganda. Stets werden Grußbotschaften hochrangiger PKK-Kader übermittelt.

Organisatoren sind fast ausschließlich die der KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA (KON-KURD)²⁷² angeschlossenen Vereine, für Deutschland die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM).

Zusätzlich werden von örtlichen Vereinen lokale Protestdemonstrationen organisiert. Auslöser sind von der PKK initiierte Kampagnen, oft auch Maßnahmen der Sicherheitsbehörden, wie Durchsuchungen von Vereinslokalen oder Festnahmen von Funktionären der Organisation.

Das in der Bundesrepublik Deutschland verhängte Betätigungsverbot für die PKK hatte keinen Einfluss auf deren Rückhalt durch die hier lebenden Kurden. Sie kann weiterhin auf das größte Mobilisierungspotenzial ausländerextremistischer Organisationen zurückgreifen. Es ist davon auszugehen, dass auch Personen aus dem Freistaat Sachsen dazu gehören.

Von herausragender Bedeutung für die Organisation sind die zwischen September und März großangelegten Jahresspendenkampagnen. Hier werden von den Mitgliedern und Anhängern Beträge in der Größenordnung von mindestens

einem Monatseinkommen erwartet. Diese, sowie der Verkauf von Propagandamaterial, Mitgliedsbeiträge für die Vereine und Erlöse der Großveranstaltungen sichern vor allem die Finanzierung des aufwendigen Organisationsapparates und der umfangreichen Aktivitäten in Europa. Zum Teil fließen sie auch in die Ausrüstung der HPG.

Ereignisse in Westeuropa

Zwischen dem 31. Dezember 2011 und dem 7. Januar 2012 kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Welle von Ausschreitungen. Anhänger der PKK begingen Sachbeschädigungen und Brandstiftungen zum Nachteil türkischer Einrichtungen und konsularischer Vertretungen. In einem Fall wurden die Buchstaben „PKK“ an die Wand des betroffenen Objekts gesprüht. Auslöser der genannten Straftat war die Nachricht gewesen, dass die türkische Armee in der Nacht zum 29. Dezember 2011 im türkisch-irakischen Grenzgebiet²⁷³ eine Gruppe vermeintlicher PKK-Kämpfer bombardiert hatte, wobei 35 Personen zu Tode kamen.

Die alljährliche Protestdemonstration gegen die Gefangennahme und Inhaftierung Abdullah ÖCALANs fand am 18. Februar 2012 in Straßburg (Frankreich) statt. Nach Medienangaben sollen sich 60.000 Menschen versammelt haben. Am 24. März 2012 veranstaltete die YEK-KOM in Bonn die zentrale Newrozfeier. Anlässlich des 63. Geburtstages Abdullah ÖCALANs fand am 4. April 2012 eine Großdemonstration in Straßburg (Frankreich) vor dem Sitz des Europarates statt. Es beteiligten sich rund 10.000 Anhänger des PKK-Führers. Am zwanzigsten Internationalen Kurdischen Kulturfestival, am 8. September 2012 auf dem Mannheimer Marktgelände,

²⁷² Dachorganisation für Föderationen kurdischer Vereine in den einzelnen europäischen Staaten. Deutsche Vereine der PKK-Anhängerschaft sind in der YEK-KOM, Mitglied in der KON-KURD, vertreten.

²⁷³ Im Gebiet Uludere (Provinz Sirnak). Die Personen stammten aus dem Ort Ortasu, kurd. Roboski.

²⁷⁴ Laut Veranstalter sollen es über 100.000 Teilnehmer gewesen sein.



Ankündigung der Veranstaltung am 18. Februar 2012 in Straßburg (Frankreich).
Foto: YENİ ÖZGİR POLITIKA.



Informationsblatt zur Newrozfeier am 24. März 2012 in Bonn.
Quelle: Internetseite der YE-KOM.



Plakat zum 20. Kurdischen Kulturfestival am 8. September 2012 in Mannheim.
Quelle: Facebook.

nahmen etwa 40.000²⁷⁴ Mitglieder und Anhänger der PKK aus Westeuropa teil. Allen diesen Veranstaltungen war die Forderung nach „Freiheit für ÖCALAN“ gemein.

Dies wurde mit Transparenten, Reden sowie in Video- oder Grußbotschaften zum Ausdruck gebracht. Den Rahmen für diese Veranstaltungen bildeten jeweils folkloristische Beiträge. Vereinzelt führten die Teilnehmer Symbole mit PKK-Bezug mit sich. Im Allgemeinen verliefen die Ereignisse friedlich. Am Rande des Kurdistanfestivals in Mannheim kam es jedoch zu massiven Ausschreitungen. Bei Personenkontrollen vor dem Eintritt ins Marktgelände stellte die Polizei Verstöße gegen das Vereins- und das Waffengesetz fest. Ein Betroffener setzte sich zur Wehr. Kurdische Jugendliche griffen daraufhin die Polizei äußerst gewalttätig an.

Der Vorsitzende der „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP)²⁷⁵ unterbrach seine Rede und forderte die Akteure auf, jegliche gewalttätige Aktionen gegen die Polizei zu unterlassen.

Die Situation Abdullah ÖCALANs, der seit August 2011 nicht von seinen Anwälten besucht werden konnte, war 2012 in ganz Westeuropa Auslöser für zahlreiche Aktionen. So führten Kurden vom 1. März bis 21. April 2012 in Straßburg (Frankreich) einen Hungerstreik durch. Vor allem kurdische Jugendliche zeigten sich sehr aktiv: Sie besetzten am 15. Februar 2012 das Informationsbüro des Europaparlaments in Berlin und das Rathaus in Hamburg. Am selben Tag ereigneten sich Anschläge auf türkische Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. In Köln wurde ein türkisches Teehaus mit Steinen beworfen und die Redaktionsräume

²⁷⁴ Laut Veranstalter sollen es über 100.000 Teilnehmer gewesen sein.

²⁷⁵ Die BDP ist eine kurdische Partei mit Sitz in der Türkei. Ziele, Aktivitäten und personelle Verflechtungen weisen darauf hin, dass es sich um eine Partei handelt, die die Interessen Abdullah ÖCALANs und des KONGRA GEL vertritt. Es gab eine Vielzahl von Vorgängerorganisationen in der Türkei, die jeweils wegen ihrer Nähe zur PKK oder der Unterstützung derselben verboten wurden.

der Zeitung „Zaman“ mit Steinen und Molotowcocktails attackiert. In Bonn griffen Unbekannte den „Deutsch-Türkischen Kulturverein“ mit Molotowcocktails an. Seit Mitte April 2012 kam es zu mehreren Besetzungen. Betroffen waren die westlichen Bundesländer und Berlin, aber auch das westeuropäische Ausland. Die Akteure besetzten hauptsächlich öffentliche Einrichtungen, in drei Fällen (Köln, Hamburg und Marseille [Frankreich]) waren kleinere Passagierschiffe ihr Ziel. Beteiligte führten PKK-Fahnen, ÖCALAN-Bildnisse und Spruchbänder mit sich. Sie verteilten Flugblätter und überreichten Petitionen. In einigen Fällen griff die Polizei ein. Es kam zu vorübergehenden Festnahmen. Am 8. September 2012 startete die „Initiative für die Freiheit Öcalans“ eine Bustour durch die Bundesrepublik Deutschland und weitere sieben westeuropäische Staaten. Bis zum 24. November 2012 wurden mehrere Dutzend Städte angefahren, um über die Isolationshaft Öcalans und die Situation des kurdischen Volkes zu informieren. Eine Station befand sich auch im PKK-Gebiet Sachsen. Zwischenfälle wurden nicht bekannt.

Vom Jahr 2011 an führte die YEK-KOM zudem eine Kampagne zur Anerkennung der kurdischen Identität durch. Dabei seien 60.000 Unterschriften für eine Petition an den Deutschen Bundestag gesammelt worden. Nach eigenen Angaben unterstützten über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen die Kampagne. YEK-KOM forderte unter anderem, dass die über eine Million in Deutschland lebenden Kurden in den Statistiken und bei öffentlichen Untersuchungen gemäß ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu den Kurden gezählt werden und nicht als Türken, Araber oder Iraner. Des

Weiteren wurden politische Betätigungsfreiheit und kulturelle Rechte gefordert.

Am 15. Oktober 2012 tagte der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu der Kampagne. Der Vorsitzende der YEK-KOM erklärte nach dieser Sitzung, man könne den Schluss ziehen, dass die berechtigten Forderungen der Kurden Akzeptanz gefunden hätten.²⁷⁶ Am 22. November 2012 veröffentlichte die YÖP unter der Überschrift „Sie drücken sich vor der Verantwortung“ eine Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern an den Petitionsausschuss mit dem Zitat „Eine Anerkennung der Kurden als nationale Minderheit im Sinne des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten kommt nicht in Betracht.“

Der Freistaat Sachsen war bislang nicht von gewalttätigen Aktionen oder von solchen im Rahmen der 2011 von der YEK-KOM initiierten Kampagne betroffen.

Ausblick zum Islamismus und Ausländerextremismus

Islamismus – Salafistische Bestrebungen

Der Salafismus ist gegenwärtig in Deutschland die am stärksten wachsende islamistische Bewegung. Das salafistische Milieu in der Bundesrepublik präsentiert sich jedoch sehr heterogen. Es existieren verschiedene salafistische Gruppen unterschiedlichster Ausrichtung. Durch eine zielgerichtete Missionierung und Öffentlichkeitsarbeit möchten Salafisten in unserer Gesellschaft an Einfluss gewinnen, um Menschen für den Islam salafistischer Prägung

²⁷⁶ YENI ÖZGÜR POLITIKA vom 30. September 2011, S.1/5, 5. Oktober 2012, S.1/10, 17. Oktober, 2012, S.1/10.

zu begeistern. Ein Rückgang dieser Aktivitäten ist nicht zu erwarten.

Das schlichte Freund-Feind-Denken dieser Ideologie fördert das Entstehen von Feindbildern und von Parallelwelten und ist einer Integration von muslimischen Migranten abträglich oder verhindert diese. Salafistische Propagandisten wirken dabei als wichtige Multiplikatoren dieser Ideologie. In Predigten und Seminaren, die auch über das Internet abrufbar sind, tragen sie maßgeblich zur religiösen Meinungsbildung unter Muslimen bei. Durch salafistische Propaganda wird überdies eine Hinwendung zum jihadistischen Milieu begünstigt.

In Übereinstimmung mit dem bundesweiten Trend ist zu erwarten, dass sich die Zahl der Anhänger des salafistischen Islam im Freistaat erhöhen wird. Auch andere salafistische Zentren als Leipzig sind dabei in Betracht zu ziehen. Erste Anzeichen hierfür liegen bereits vor.

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

Die PKK ist eine Bestrebung im Sinne des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes (SächsVSG). Sie gefährdet zum einen durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 SächsVSG).

Zum anderen richtet sie sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (§ 2 Abs. 1 Nr. 3a SächsVSG).

Die Organisation gibt den Alleinvertretungsanspruch für alle Kurden nicht auf. Auch wenn die Anwendung von Gewalt im Jahr 2012 in der Türkei massiv zugenommen hatte, kann jedoch u. U. mit einem möglichen Ende des militärischen Konfliktes zwischen der PKK und dem türkischen Staat gerechnet werden. Mit zwischenzeitlichen Verlautbarungen aus dem Jahr 2013 haben sowohl die PKK-Führung als auch die türkische Regierung ihr Interesse an einer friedlichen Lösung des Konfliktes kundgetan. Sie führen diesbezügliche Verhandlungen. Wie aus der PKK-nahen Tageszeitung YENI ÖZGÜR POLITIKA vom 26. April 2013 hervorgeht, wollen sich die Guerillakämpfer der HPG ab 8. Mai 2013 schrittweise aus der Türkei zurückziehen. Da jedoch noch beiderseitige Vorbehalte gegen diesen Prozess bestehen, ist derzeit noch nicht abzusehen, ob am Ende tatsächlich die Beilegung des Konflikts stehen wird.

In den letzten Jahren sind die Aktivitäten der PKK-Anhänger im Freistaat Sachsen kontinuierlich zurückgegangen. Ein erneutes Aufflammen erscheint deshalb derzeit wenig wahrscheinlich.

4. Hintergründe/Phänomenübergreifende Betrachtungen

4.1 Die Beteiligung von Angehörigen der verschiedenen extremistischen Phänomenbereiche an der Debatte um die rechtsextremistische Terrorzelle NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU)

Am 4. November 2011 endete eine in Deutschland bislang beispiellose rechtsextremistische Mordserie. Mindestens zehn Menschen wurden mutmaßlich durch den NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU), bestehend aus Uwe MUNDLOS, Uwe BÖHNHARDT und Beate ZSCHÄPE, im Laufe von sieben Jahren ermordet. Während sich MUNDLOS und BÖHNHARDT nach ihrer Entdeckung im November 2011 das Leben nahmen, muss sich Beate ZSCHÄPE seit dem 6. Mai 2013 u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht München verantworten.

Der Generalbundesanwalt (GBA) hatte am 8. November 2012 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München Anklage gegen Beate ZSCHÄPE und vier mutmaßliche Unterstützer und Gehilfen des NSU erhoben. ZSCHÄPE wird vorgeworfen, sich als Gründungsmitglied des NSU mittäterschaftlich an der Ermordung von acht Mitbürgern türkischer und einem Mitbürger griechischer Herkunft, an dem Mordanschlag auf zwei Polizeibeamte in Heilbronn sowie an den versuchten Morden durch zwei Sprengstoffanschläge in Köln beteiligt zu haben. ZSCHÄPE ist außerdem hinreichend verdächtig, als Mittäterin für 15 bewaffnete Raubüberfälle verantwortlich zu

sein. Weiterhin wird ihr zur Last gelegt, die Wohnung des NSU in Zwickau in Brand gesetzt und dadurch einen weiteren Mordversuch an einer Nachbarin und zwei im Haus befindlichen Handwerkern begangen zu haben.

Die mutmaßlichen Unterstützer bzw. Gehilfen des NSU, Ralf W. und Carsten S., sind wegen Beihilfe zum Mord angeklagt, da sie die Tatwaffe für die Morde an neun Personen ausländischer Herkunft beschafft haben sollen. André E. und Holger G. sind wegen Unterstützung der terroristischen Vereinigung NSU angeklagt. E. muss sich zudem wegen Beihilfe zu dem Sprengstoffanschlag im Jahr 2001 in Köln sowie wegen Beihilfe zum Raub verantworten. Gegen acht weitere mutmaßliche Unterstützer des NSU dauern die Ermittlungen noch an.²⁷⁷

Während es vor dem Oberlandesgericht München um die Frage der Schuld der jeweils Angeklagten geht, haben sich die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und der Landtage der Länder Sachsen, Thüringen und Bayern, sowie die von Bund und Ländern eingesetzten Expertenkommissionen zum Ziel gesetzt, die Fehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden bei der Suche nach dem Trio umfassend aufzuklären. Dabei steht

²⁷⁷ Pressemitteilung des GBA vom 08.11.2012, Nr. 32/2012.

die gesamte Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland auf dem Prüfstand.

Der NSU und seine Taten sowie die Rolle der Sicherheitsbehörden wurden auch in den verschiedenen extremistischen Milieus im Freistaat Sachsen reflektiert, wenngleich mit jeweils unterschiedlicher Intensität:

Beteiligung von Rechtsextremisten an der Debatte um den NSU

Bereits mit den ersten Medienveröffentlichungen über den NSU im November 2011 griffen Rechtsextremisten dieses Thema auf und äußerten sich dazu vor allem mittels Verlautbarungen im Internet. Die Gewaltverbrechen stießen bei ihnen – jedenfalls in öffentlichen Äußerungen – weitgehend auf Ablehnung. Äußerungen, die Zustimmung zu den Taten oder Sympathie mit Tätern oder Unterstützern des NSU zum Ausdruck bringen, sind kaum festzustellen. Sowohl im Spektrum der NEONATIONALSOZIALISTEN als auch im Bereich der rechtsextremistischen Parteien reagierte man überwiegend mit verschwörungstheoretischen Äußerungen. Staatlichen Stellen, insbesondere dem Verfassungsschutz, wird dabei unterstellt, steuernd Einfluss genommen zu haben.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Taten des NSU im November 2011 war es im rechtsextremistischen Spektrum vor allem die NPD, die immer wieder zum Ausdruck brachte, dass sie Gewalt und Terrorismus zur Durchsetzung politischer Ziele ablehne. Die

Partei verurteilte die Verbrechen „des Zwickauer Killer-Trios“ als „abscheuliche Morde“ und sprach in diesem Zusammenhang von „Abartigkeit“ und „Bestialität“.²⁷⁸

Ihre distanzierenden Stellungnahmen verband die NPD in der Regel mit verschwörungstheoretischen Behauptungen, wonach es sich bei den NSU-Verbrechen um gezielte Machenschaften der Verfassungsschutzbehörden gehandelt habe. Immer wieder äußerte die Partei, staatliche Stellen seien in die Aktivitäten des NSU verstrickt gewesen. So wurde beispielsweise behauptet:

„Spätestens seit dem Auftauchen der sog. ‚Zwickauer Zelle‘ verdichten sich die Hinweise, daß der Verfassungsschutz Verbrecher nicht nur unterstützt, sondern auch gezielt gelenkt und instrumentalisiert haben könnte.“²⁷⁹

Der NPD-Bundesvorsitzende APFEL sprach im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz von einem „kriminellen Haufen“ und zog einen Vergleich zur „Stasi“ und der „DDR“. Gleichzeitig behauptete er, der Verfassungsschutz werde als „verlängerter Arm der etablierten Parteien benutzt, um gegen unliebsame Oppositionelle vorzugehen.“²⁸⁰ Ähnlich äußerte sich auch der NPD-Landtagsabgeordnete Arne SCHIMMER in einer Internetmeldung, wenn er von einer angeblich „besonders perfiden Form des Staatsterrorismus“²⁸¹ sprach.

Die Verbreitung derartiger Verschwörungstheorien nahm zu, nachdem Medien über mögliche Kontakte und Verbindungen von Mitgliedern oder ehemaligen Mitgliedern der NPD zum NSU berichtet hatten und die Partei mit immer stärker werdenden öffentlichen Forderungen

²⁷⁸ Internetmeldung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

²⁷⁹ Internetmeldung ds-aktuell.

²⁸⁰ Internetmeldung ds-aktuell.

²⁸¹ Internetmeldung auf der Internetseite der NPD Sachsen-Anhalt.

nach einem NPD-Verbot konfrontiert worden war. Reflexartig reagierte das Parteipräsidium der NPD mit einer Stellungnahme in der es klarstellte:

*„Die NPD bleibt auf Kurs, da sie weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft Gewalt zur Durchsetzung der Ziele akzeptiert hat bzw. akzeptieren wird.“*²⁸²

Gleichzeitig sprach das Parteipräsidium von einer „beispiellosen Pogromstimmung im Kampf gegen das volkstreue Lager, vor allem gegen die NPD.“²⁸³ Die Forderungen nach einem NPD-Verbot würden dabei lediglich zur Ablenkung von Verstrickungen der Sicherheitsbehörden in die Mordserie des NSU dienen. Von der Partei hieß es:

*„Längst scheint es im Falle der ‚Zwickauer Zelle‘ nicht mehr um die schonungslose Aufklärung ihrer mutmaßlichen Bluttaten zu gehen, sondern um den Versuch etablierter Politiker und des linksdominierten Medienapparates, Verbindungen zwischen der NPD und dem mutmaßlichen Mörder-Trio herbeizuphantasieren.“*²⁸⁴

Der NPD-Funktionär Frank SCHWERDT hielt den NSU deshalb für „das lohnende Dauerthema“ und bezweifelte, dass „es überhaupt ein Interesse an konsequenter Aufklärung der Angelegenheit“ gebe.“ Für ihn stehe fest,

„daß bestimmten politischen Kreisen die Angelegenheit sehr willkommen ist, um ihr

*politisches Süppchen von der ‚rechten Gefahr‘ zu kochen.“*²⁸⁵

Ähnlich soll sich auch der NPD-Bundesvorsitzende APFEL während eines Landesparteitages der sächsischen NPD im Januar 2012 geäußert haben. Demnach sei die Verbotsdebatte, „durchsichtig und gegenstandslos“. Seiner Meinung nach könne eine Partei, „die nichts Verbotenes tut, auch nicht verboten werden.“²⁸⁶

*„Die etablierten Volksverräter wollten bloß auf kaltem Verbotswege eine nationale Kraft ausschalten, die durch ihr authentisches Anti-EU-Profil und durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde bei der Europawahl 2014 beste Chancen habe, gleich mehrere Abgeordnete ins Europaparlament zu entsenden.“*²⁸⁷

Ungeachtet der verbalen Distanzierungen verschiedener Parteifunktionäre und Parteigremien von den Taten des NSU waren im NPD-Umfeld dennoch einzelne Relativierungen auszumachen. So veröffentlichte der parteifreie NPD-Kandidat zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Hans PÜSCHEL, auf seiner Homepage einen Artikel mit der Überschrift „Sind die ‚Dönermörder‘ verfassungsgemäße Widerständler?“. Dort fragte er:

*„Vorausgesetzt, die beiden getöteten Uwes waren wirklich die Dönermörder, könnten sie sich dann auf das im § 20 (4) unseres Grundgesetzes festgeschriebene Recht auf Widerstand berufen?“*²⁸⁸

²⁸² Internetmeldung der NPD.

²⁸³ Internetmeldung der NPD.

²⁸⁴ Internetmeldung der NPD.

²⁸⁵ Internetmeldung ds-aktuell.

²⁸⁶ Internetmeldung der NPD Sachsen.

²⁸⁷ Internetmeldung der NPD Sachsen.

²⁸⁸ Internetmeldung.

Weiter hieß es dann relativierend im gleichen Artikel von PÜSCHEL:

„Haben die beiden Uwes bzw. ihre Gruppe in ihrer Not kein anderes Mittel mehr gewußt als den Mord? Ein Fazit aus Geschichte und Gegenwart läßt sich auf jeden Fall ziehen: Verfassungsbruch und Terror von oben werden immer Terror von unten provozieren!“²⁸⁹

Kurz darauf soll PÜSCHEL seine Sympathiebekundungen im Hinblick auf den NSU sogar noch verteidigt haben. In einem Medienbericht heißt es dazu „Der Hitler-Attentäter Georg Elser werde als Held gefeiert, so Püschel, ‚aber wenn jemand an anderer Stelle Widerstand leistet, passt es uns nicht.“²⁹⁰ Seine Zweifel über „das angebliche rechte ‚Terrornetzwerk‘ NSU“ und „den angeblichen ‚Döner-Morden‘ des NSU-Untergrundes“ brachte auch der NPD-Funktionär Karl RICHTER in einem Artikel der Publikation „Hier&Jetzt“ zum Ausdruck.²⁹¹ Er trat außerdem im Januar 2012 in München bei einer Demonstration von Rechtsextremisten als Redner auf, bei der nach Medienberichten auch die Melodie aus dem Bekennervideo des NSU abgespielt wurde.

Gleichzeitig ist – u. a. auch vor dem Hintergrund eines möglichen neuen NPD-Verbotsverfahrens – zu beobachten, dass die Partei mit Beginn der behördlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit dem NSU jedes Agieren, das sie oder einzelne Mitglieder in den Verdacht bringen könnte, Taten und Handeln des NSU gut zu heißen oder gar unterstützt zu haben, strikt vermeidet oder dementiert.

Als auf Drängen der Partei im November 2011 ein von der JN geplanter Vortrag mit dem ehemaligen Anführer der verbotenen Wehrsportgruppe Karl-Heinz HOFFMANN in Leipzig abgesagt worden war, führte dies zu Verwerfungen mit dem neonationalsozialistischen Spektrum. Zugleich brachte es der Partei den Vorwurf ein, „Distanzierungen und Schuldrituale“ abzuhalten und, wie im Falle von HOFFMANN oder auch dem Neonationalsozialisten Martin WIESE, „parteiamtliche Redeverbote“ zu verhängen. So hieß es in einer im Internet veröffentlichten Stellungnahme des Neonationalsozialisten Axel REITZ unter der Überschrift „Frischer Wind in der NPD“:

„Wiese und Hoffmann wurden für die NPD-Führung unbequem, da ihre Vergangenheit in den Systemmedien hätte dazu benutzt werden können eine angebliche Verbindung der Partei zu vermeintlich ‚rechtsterroristischen‘ Strukturen herbeizufantastieren. Bevor der Medienrummel rund um die sogenannten ‚Dönermorde‘ der sogenannten ‚NSU‘ losging, waren Wiese und Hoffmann freilich noch gern gesehene Gäste auf NPD-Veranstaltungen und im parteieigenen DS-Verlag wurde sogar Hoffmanns Buch über das Oktoberfestattentat von 1980 groß beworben und selbstredend auch vertrieben.“²⁹²

Neonationalsozialistische und subkulturelle rechtsextremistische Szene

Auch in der neonationalsozialistischen sowie der subkulturellen rechtsextremistischen Szene überwogen Verlautbarungen, die die Anschläge des NSU ablehnten. Aber auch hier fanden sich verschwörungstheoretische Thesen sowie Reaktionen, die verhaltene

²⁸⁹ Internetmeldung.

²⁹⁰ Internetmeldung der taz.

²⁹¹ HIER&JETZT Heft 18, Sommer 2012.

²⁹² Internetseite NETZWERKMITTE. Schreibweise wie im Original.

Sympathien mit dem Terror-Trio und auch dem mutmaßlichen Unterstützerkreis erkennen ließen.

Die Argumentationsmuster, in denen die Rechtsextremisten ihre Zweifel an den offiziellen Darstellungen der Sicherheitsbehörden zum Ausdruck brachten, waren dabei unterschiedlich.

Während die Nationalen Sozialisten Crimmitschau auf ihrer Internetseite spekulierten „Zwickauer Terrorzelle: Waren Döner-Mörder eine alte Stasi-Seilschaft?“²⁹³ hieß es in einem Internetbeitrag der Nationalen Sozialisten Lunzenau:

„Die Systemmedien überschlagen sich in den letzten Wochen förmlich zur vermeintlichen braunen Terrorzelle aus Zwickau. In gewohnter Manier stürzen sich die ‚Qualitätsjournalisten‘ auf dieses gefundene Fressen – was objektiv betrachtet – zum Himmel stinkt. Die ganze Geschichte passt vorne und hinten nicht. Die bekanntgewordenen Verflechtungen mit dem Verfassungsschutz lassen erahnen, was dahinter steckt.

Dennoch wird man nicht müde, größtmöglichen politischen Profit aus der NSU-Geschichte zu ziehen. Möglichst viele aufrechte Aktivisten werden durch die hanebüchensten Konstruktionen mit den Taten in Verbindung gebracht. Das Ziel ist klar: Eine ganze Bewegung soll kriminalisiert werden. Die Verbotsgeschreie für alle missliebigen Gruppierungen werden lauter...“²⁹⁴

Sogar Liedtexte rechtsextremistischer Bands widmeten sich in verschwörungstheoretischer Art und Weise dem Thema NSU. In einem Lied

der Band GERMANIA LIBERIA mit dem Titel „NSU“ hieß es beispielsweise:

„(...) Die Märchen; die man uns berichtet

haben sich in Lügen verdichtet

Häuserbrand – alles kaputt

doch angeblich fand man Beweise dort

Ob Schaffner, Tankwart oder du.... Ihr alle seid NSU

Ob Model, Hartzler oder eben du...alle sind NSU (...).“

Bei einer weiteren bei PC-RECORDS aus Chemnitz im Jahr 2012 erschienenen CD mit dem Titel „Solidarität Vol. 4“ liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass der Erlös der CD dem bekannten Rechtsextremisten und mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf W. zugute kommen soll. Die insgesamt 20 Musiktitel auf dem Sampler stammen von mehreren rechtsextremistischen Bands und Liedermachern und thematisieren „Repression“ und „Meinungsfreiheit“. Während PC-RECORDS auf seiner Internetseite lediglich angab, den Erlös der CD „wie immer, an gute Zwecke“ zu spenden, wurden Szeneangehörige aus Thüringen im Internet konkreter. Sie forderten zum Kauf der CD auf und behaupteten dabei, der Erlös komme dem inhaftierten W. zugute. Diesem ist offenbar sogar ein Titel der rechtsextremistischen Band „SKD“ aus Thüringen gewidmet, der die Textzeile „Freiheit für Wollé – wir stehen zu Dir“ enthält und welcher sich ebenfalls auf dem Sampler von PC-RECORDS befindet.

²⁹³ Internetmeldung der NATIONALEN SOZIALISTEN CRIMMITTSCHAU.

²⁹⁴ Internetmeldung der NATIONALEN SOZIALISTEN LUNZENAU.

Besonders menschenverachtend war ein T-Shirt gestaltet, welches den Aufdruck „Killer Döner nach Thüringer Art“ trug und bereits im November 2011 durch einen Berliner Szene-Vertrieb verbreitet wurde.

Beteiligung von Linksextremisten an der Debatte um den NSU

Sächsische Linksextremisten haben sich im Jahr 2012 in geringem Umfang an der Debatte um die rechtsextremistische Terrorzelle NSU beteiligt. Zwar gab es immer wieder einschlägige Wortmeldungen im Internet und eine öffentliche Aktion gegen die Terrorzelle. Die Wortmeldungen blieben aber vereinzelt, und die öffentliche Aktion erschöpfte sich in der Teilnahme an der insgesamt nicht extremistischen Demonstration „Ihr Geist spukt weiter – Gedenken an die Opfer rechter Übergriffe“ am 10. November in Zwickau. Ein bundesweiter „Aktionstag zum Andenken an die NSU-Opfer“ mit 3.500 Teilnehmern am 4. November fand dagegen keine erkennbare Resonanz bei den Linksextremisten in Sachsen. Gleiches gilt für eine Protestkundgebung gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz am 10. November in Köln, die ebenfalls im Zusammenhang mit dem Geschehen um den NSU stand und an welcher etwa 1.000 Personen teilnahmen.

Soweit sich Linksextremisten in Sachsen in die Debatte um die Terrorzelle NSU inhaltlich einbrachten, geschah dies regelmäßig in drastischer Form. Im Mittelpunkt stand der mit Vehemenz vorgetragene Vorwurf an den Staat, in die Taten des NSU verstrickt gewesen zu sein. Vor allem der Verfassungsschutz

soll mit einem „jahrelangen Verschweigen der Erkenntnisse ganz im Sinne der herrschenden Politik“²⁹⁵ gehandelt haben. Die UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA Dresden) berichtete von angeblichen Erkenntnissen, „wie sehr ‚Vater Staat‘ in den rechten Terror involviert war/ist“ und welche „perfiden Mittel und Wege (...) genutzt werden um Macht- und Herrschaftsinteressen zu verfolgen“²⁹⁶. Die ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ (AFA Görlitz) zog Parallelen zur NS-Zeit und forderte, „faschistische Organisationen und ihre staatlichen Unterstützer entschlossen zu bekämpfen und handlungsunfähig zu machen!“²⁹⁷. Damit befand sich die sächsische Szene im Gleichklang mit jener im übrigen Bundesgebiet. So sahen beispielsweise auch Berliner Linksextremisten den Staat im Zusammenhang mit der Terrorzelle NSU als „Teil des Problems, nicht der Lösung“. Dem folgte der Schluss, gegen „Nazis aller Couleur hilft nur der antifaschistische Selbstschutz. Auf den deutschen Staat samt seiner Behörden ist dabei nicht nur kein Verlass, er gehört schlicht mit auf den Müllhaufen der Geschichte. Erinnern heißt Kämpfen: Nazis, Staat, Verfassungsschutz – Angreifen, Zerschlagen, Auflösen!“²⁹⁸.

Argumentativ stützte sich die linksextremistische Szene in der Debatte um die Terrorzelle NSU auf den von ihr propagierten Antifaschismuskampf. Über eine entsprechende Diktion suchte sie Anschluss an die nicht extremistischen Kräfte der Gesellschaft, denen sie damit eine übereinstimmende Interessenlage

²⁹⁵ Aufruf zum bundesweiten Aktionstag gegen Repression am 8. Dezember .2012, Internetseite der KAMPAGNE 129EV.

²⁹⁶ Internetseite der URA DRESDEN, Ausdruck vom 11. Dezember 2012, Beitrag „Hinweise auf rechtsterroristische Aktivitäten (...)“.

²⁹⁷ Internetseite der AFA GÖRLITZ, Ausdruck vom 19. November 2012, Beitrag „09.11.2012: Gedenken an Pogromnacht“.

²⁹⁸ Internetseite <http://a2berlin.org/cms>, Beitrag „20 Jahre Silvio-Meier: Bundesweite Demonstration“.

suggerierte. Dafür nutzten Linksextremisten auch die berechnete öffentliche Empörung über die jahrelang unentdeckt gebliebenen Taten des NSU. Die Szene unterscheidet sich

„von den Akteuren der demokratischen Zivilgesellschaft (aber durch) die Analyse, dass Faschismus und faschistische Bewegungen nicht als Äußeres, der parlamentarischen Demokratie Wesensfremdes zu verstehen sind, sondern als daraus hervorgehend.“²⁹⁹

Ihre Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, zum Staat mit seinen Institutionen und zur bürgerlichen Gesellschaft offenbarten die sächsischen Akteure in der Debatte um die Terrorzelle NSU letztlich doch noch und besonders drastisch während der Gekundemonstration in Zwickau am 10. November. Dort skandierten sie Losungen wie „Nie wieder Deutschland“ und „Wir sind hier aus purer Feindschaft – gegen eure Volksgemeinschaft“³⁰⁰. Mit der zugleich geforderten Auflösung der Verfassungsschutzbehörden würde sich der für Linksextremisten vorteilhafte Effekt verbinden, im Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung noch mehr Handlungsfreiheit zu gewinnen.

Für das Jahr 2013 ist zu erwarten, dass Linksextremisten sich auch in Sachsen verstärkt in die Debatte um die Terrorzelle NSU einbringen werden. Nicht zuletzt der Strafprozess gegen Beate Zschäpe dürfte die Diskussion zu dem Thema weiter befeuern.

Beteiligung von Salafisten an der Debatte um den NSU

In salafistischen Kreisen um den Leipziger Imam Hassan DABBAGH spielte das Thema NSU eine untergeordnete Rolle. Der Imam versuchte allerdings, die Debatte um die Terrorzelle NSU für salafistische Belange auszunutzen. Dies belegen Veröffentlichungen im Internet. DABBAGH sprach davon, dass der Islam in Deutschland diskriminiert und angegriffen werde. Er warf insbesondere den Verfassungsschutzbehörden, Politikern und Pressevertretern in emotional gefärbten Reden vor, unter dem Begriff „Salafismus“ die Bekämpfung des Islam voran zu treiben. Hassan DABBAGH behauptete weiterhin, dass es in Deutschland eine gezielte Kampagne gegen Muslime gebe. In diesem Zusammenhang griff er das Thema NSU auf und fügte es in seine Verschwörungstheorien ein. So behauptete er beispielsweise im April 2012³⁰¹, dass der Islam in Deutschland auch deswegen bekämpft werde, um von der NSU-Mordserie abzulenken. Im November 2012 veröffentlichte DABBAGH ein ca. 14-minütiges Video³⁰², das sich fast ausschließlich mit diesem Thema beschäftigte. DABBAGH erklärte, dass nach der Aufdeckung der NSU-Zelle Ausländer und insbesondere Muslime gezielt durch den Verfassungsschutz verunglimpft würden, um von den Morden abzulenken. Weiterhin gab er an, dass der Verfassungsschutz an zwei bis drei Morden beteiligt gewesen sei und polizeiliche Ermittlungen in der Mordserie blockiere bzw. behindere. Die Wiedergutmachungszahlungen an die Angehörigen der Mordopfer bezeichnete DABBAGH in diesem Zusammenhang als Schweigegeld. Der Presse warf DABBAGH vor, nur unzureichend zum Thema NSU zu berichten. Im

²⁹⁹ ANTIFASCHISTISCHES INFOBLATT 77 4/2007, Beitrag „...Angriff!“.

³⁰⁰ Gemeint ist der demokratische Rechtsstaat.

³⁰¹ Beitrag „Was haben „Salafismus“, „Koran“-Verteilung & Günter Grass gemeinsam? (Scheich Hassan Dabbagh)“. Veröffentlicht auf YouTube.

³⁰² „Eine Stellungnahme zur NPD – Demo v. 01.11.2012 und NSU Morde von Scheich Hassan Dabbagh“, Veröffentlicht auf YouTube.

Gegensatz dazu würde schon bei geringsten Vergehen von Muslimen umfassend informiert und gleichzeitig der Islam pauschal negativ dargestellt werden. Außerdem behauptete DABBAGH, dass Muslime in unserer Gesellschaft bewusst zum Feindbild aufgebaut würden. Diesbezüglich verglich er den NSU-Komplex mit den Anschlügen vom 11. September 2001 in New York. Dabei glaubte er Ähnlichkeiten und dementsprechend einen Beweis für eine geheimdienstliche Verschwörung zu erkennen, welche in erster Linie gegen alle Muslime gerichtet sei.

Fazit

Auch wenn es nuancierte Unterschiede in den Reaktionen der extremistischen Phänomenbereiche auf die Verbrechen des NSU gibt, ihr gemeinsamer Nenner ist der verschwörungstheoretische Versuch, den Staat als die eigentliche Kraft hinter der Mordserie darzustellen. Im Ergebnis instrumentalisieren Extremisten aller Phänomenbereiche die Verbrechen des NSU für ihre Zwecke.

4.2 Extremisten zwischen Mitte der Gesellschaft und Gegenkultur

Vorbemerkung

Viele politische Akteure werben in der Mitte der Gesellschaft für ihre politischen Positionen. Dieser Prozess ist für unsere pluralistische Gesellschaft selbstverständlich, dient er doch der politischen Meinungs- und Willensbildung.

Auch die Feinde der Demokratie haben zunehmend erkannt, welchen hohen Stellenwert die gesellschaftliche Mitte für die Umsetzung ihrer antidemokratischen Ziele besitzt. Deshalb versuchen Extremisten verschiedener Couleur,

verstärkt in diese einzudringen, tragfähige und dauerhafte Brücken dorthin zu schlagen, um ihren weltanschaulichen Positionen Normalität zu verleihen und ihre politischen Ziele schließlich dort wünschenswert zu machen.

Welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen Extremisten für ihr Agieren vorfinden und welche Handlungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten sich für sie daraus ergeben, sollen die zentralen Fragen des folgenden Beitrages sein.

4.2.1 Rechtsextremismus

Positionen und Strategie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

Innerhalb des Rechtsextremismus ist es insbesondere die NPD, die als Partei mit strategischen

Konzepten um die Mitte der Gesellschaft, oder in ihrer Diktion um die „Mitte des Volkes“ wirbt.

Vor allem seit dem Landtagswahlkampf 2004 bemühte sich die sächsische NPD – unter

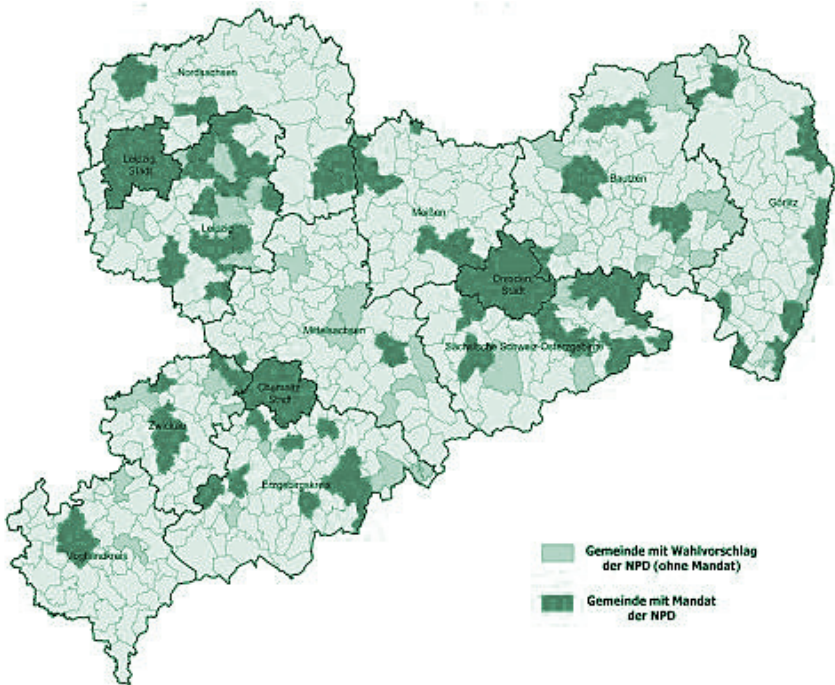
scheinbarem Verzicht auf extremistische Positionen – immer wieder, sozialpolitische Themenfelder zu belegen. Die Absicht bestand darin, sich unzufriedenen Bürgern als „einzige echte Oppositionspartei“ zu präsentieren. Man wolle, so der Anspruch, „den Platz als Anwalt der sozial Schwachen entschlossen besetzen“³⁰³.

Diesen vereinzelt Bemühungen versuchte die NPD, durch ihr strategisches Konzept des „Sächsischen Weges“ im Jahr 2009 feste Konturen und Planmäßigkeit zu verleihen. Dieser Kurs favorisiert – ohne extremistische Grundpositionen zu verlassen – vergleichsweise moderate politische Aussagen. Er zielt darauf ab, möglichst neue Anhängerschaften aus der Mitte der Gesellschaft anzusprechen. Der Anspruch, den

die Partei mit diesem strategischen Konzept erhebt, ist sehr hoch. Er besteht darin, „die NPD ohne inhaltliche Anpassung fest in der Mitte des Volkes zu etablieren.“³⁰⁴

Für die Umsetzung dieser Zielstellung stellt deren regionale Verankerung in der Erfahrungswelt der Bürger einen unverzichtbaren strategischen Schritt dar. Die kommunale Präsenz bildet für die NPD ein Fundament, welches ihr ein bürgernahes Agieren ermöglicht. Denn, so der Bundesvorsitzende Holger APFEL, durch kommunale Verwurzelung werde die NPD für die Menschen vor Ort von einem Medienphänomen zu einer Partei mit Gesicht.

Es verwundert deshalb nicht, dass die NPD sich für die Kommunalwahlen 2009 hohe Ziele



³⁰³ DEUTSCHE STIMME, Ausgabe April/2006, S. 5.

³⁰⁴ Internetseite DEUTSCHLANDECHO.

gesetzt hatte. Sie erhob den Anspruch, über 100 neue Kommunalwahlmandate zu erreichen. Wahlslogans wie „Familie fördern! An die Zukunft denken!“, „Aus dem Volk ... Für das Volk! Für eine volksnahe Politik!“ oder „Arbeit-Familie-Heimat!“ unterstreichen das Bemühen um einen bürgernahen Wahlkampf. Mit 74 Mandaten in 63 Ortschaften (von insgesamt 109, in denen die NPD Kandidaten stellte) blieb die Partei zwar deutlich unter ihrer Zielstellung und wurde damit ihrem Anspruch nicht gerecht. Jedoch konnte sie im Vergleich zum Jahr 2004 (26 Mandate) ihr Resultat verdreifachen. Dadurch ist die NPD im kommunalen Bereich beachtlich vertreten und besitzt auch eine wichtige Basis, die ihr die Möglichkeit einer scheinbar bürgernahen Politik eröffnet. Die Partei erzielte damit allerdings nur ca. 1 % der in Sachsen zu vergebenden kommunalen Mandate.

Dagegen stellt der erneute Einzug in Stadt- und Gemeinderäte in 14 Städten und Gemeinden im Jahr 2009 (in 109 hatte die Partei kandidiert), in denen sie bereits 2004 über Mandate verfügte, schon eher einen Erfolg dar. Die Partei konnte ihre kommunale Präsenz nicht nur ausbauen sondern eine bereits bestehende Verankerung weiter festigen. Die Festigung weist darauf hin, dass kommunalpolitische Präsenz von Rechtsextremisten – zumindest von einem Teil der Bürger – gewollt wird. Die NPD agiert jedoch überall völlig isoliert. Keiner der demokratischen kommunalpolitischen Akteure akzeptiert sie als politischen Partner.

Die NPD besaß im Jahr 2009 eine Stärke von 800 Mitgliedern und war mit 13 Kreisverbänden flächendeckend in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten vertreten. Das ermöglichte ihr, eine entsprechende Anzahl von Kandidaten aus den

eigenen Reihen sowie von den mit der NPD kooperierenden FREIEN KRÄFTEN zu stellen. Insofern lässt sich deshalb die numerische Stärke, verbunden mit einer ausgebauten Struktur, als wichtige Einflussgröße ausmachen, die Rechtsextremisten eine Brücke in die „Mitte der Gesellschaft“ ermöglichen könnte. Wenn sich die NPD auch seit den Kommunalwahlen 2004 und 2009 in einigen Städten und Gemeinden zumindest quantitativ im politischen Raum platzieren konnte, so ist allerdings für eine dauerhafte Verankerung vor allem die Qualität der politischen Arbeit der Mandatsträger ausschlaggebend. Zwar treten vor allem seit den Kommunalwahlen 2008/2009 in einigen Regionen NPD-Mandatsträger engagiert in den Stadt- und Gemeinderäten auf. Jedoch geht es der Partei nicht vordergründig um eine konstruktive Sacharbeit. Vielmehr zielt ihre Strategie darauf ab, die „kommunalpolitische Bühne“ gezielt zu nutzen, um eine größere Aufmerksamkeit der Medien zu erreichen. Der Vorsitzende der KOMMUNALPOLITISCHEN VEREINIGUNG (KPV) NPD formulierte in diesem Zusammenhang recht deutlich: „Unser Tun ist rein taktisch ausgelegt, solange bis der Staat von alleine an seinen unsinnigen Spielregeln kollabiert.“³⁰⁵

Dass es der NPD weniger um eine nutzbringende Kommunalpolitik, sondern eher um ihr Image geht, zeigte sich u.a. daran, dass sie mit populistisch geprägten Anträgen versucht, in der Öffentlichkeit das Bild einer scheinbar bürgernahen und normalen Partei zu erzeugen. Inwieweit sie mit dieser Strategie Erfolg hat, werden die Ergebnisse der nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2014 zeigen. Erst dann lassen sich auch verlässliche Aussagen darüber treffen, ob und inwiefern sie auch in der Fläche Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft finden wird.

³⁰⁵ Aussage des KPV-Vorsitzenden.

Die Rolle des vorpolitischen Raumes

Für einen Brückenschlag in die gesellschaftliche Mitte hat für die NPD neben dem politischen Raum die Besetzung des vorpolitischen Raumes – also des Raums außerhalb politischer Strukturen, wie Parteien oder Parlamente – eine wichtige strategische Bedeutung. Damit beachtet die Partei vor allem, gegen die weitgehende Distanzierung der etablierten Medienlandschaft vorzugehen. Sie will dabei Akteure installieren, die dem Bürger dann für die politische Agitation aus seiner Alltagswelt bekannt sind. Die Vermittlung rechtsextremistischer Denkmuster an Außenstehende und somit auch ein Brückenschlag, kann durch eine Kombination mit für die Bevölkerung relevanten Themen und Kampagnen geschehen.

Rechtsextremistische Kampagnen fordern den demokratischen Staat und die Zivilgesellschaft heraus. Im Rahmen der Kampagnen rücken Rechtsextremisten Aussagen in den Vordergrund, die in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sein sollen. Darüber hinaus erzeugen sie Aufmerksamkeit, schaffen Vertrauen in die eigene Glaubwürdigkeit und können ein Anschlusshandeln auslösen. Diese Kampagnen stehen immer im Zusammenhang mit einem für die Bevölkerung relevanten Thema. Themen dienen als Vehikel, Kampagnen sollen Türen öffnen. Ihr möglicher Resonanzboden kann dabei weit über rechtsextremistische Kreise hinausreichen. In Sachsen sind es im Wesentlichen zwei große Kampagnen, die exemplarisch für diese Bemühungen der NPD stehen. Das sind die Aktionen gegen „Asylmissbrauch und Islamisierung“ sowie gegen „Kindesmissbrauch“.

Vor allem eine vermeintliche „Islamisierung Deutschlands“ ist für die NPD erklärtermaßen

ein „Türöffner“, um Menschen außerhalb der eigenen Reihen zu erreichen. So fanden vom 30. Oktober bis 3. November 2012 in verschiedenen sächsischen Städten zahlreiche Kundgebungen unter dem Motto „Einmal Sachsen und zurück – Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung stoppen“ statt.

Die Aktionen führte die NPD überwiegend in unmittelbarer Nähe zu Asylbewerberheimen und Moscheen durch, die als „Ausgangspunkte der Überfremdung“ und „Schaltzentralen der Islamisierung“ bezeichnet wurden. Mit dieser Veranstaltung habe man – so das positive Fazit der Veranstalter – hunderttausende Sachsen erreicht. Die tatsächliche Faktenlage zu den Veranstaltungen zeigt jedoch, dass der Landesvorstand mit seiner Einschätzung jenseits der Realität lag und damit lediglich eine mediale Aufmerksamkeit erreichen wollte. Die Aktionen wurden kaum öffentlich wahrgenommen, und die Teilnehmerzahlen blieben mit 40 bis 50 Personen niedrig. Zweifellos kann das Thema Islamisierung Menschen außerhalb des Rechtsextremismus ansprechen. Die marginale Resonanz und der ausbleibende Zuspruch der Bevölkerung weisen aber darauf hin, dass die NPD als rechtsextremistische Partei von der breiten Öffentlichkeit abgelehnt wird.

Etwas andere Akzente zeigen sich, wenn NPD-Aktivisten unter einer Bürgerinitiative auftreten, um die Stigmatisierung durch einen offen erkennbaren NPD-Bezug zu vermeiden. Darüber hinaus suggeriert diese Form des Auftretens, aus der „Mitte der Gesellschaft“ heraus zu agieren. So sammelten führende NPD-Funktionäre im Januar 2011 in Kamenz (Landkreis Bautzen) unter dem Deckmantel einer so genannten „Bürgerinitiative direkte Demokratie“ Unterschriften gegen ein geplantes Asylbewerberheim. Nachdem der Stadtrat

ein Bürgerbegehren ablehnte, protestierte ein NPD-Stadtrat mit 100 Anhängern lautstark gegen diesen Beschluss. Wenn auch die NPD-Aktivisten mit ihrem Vorhaben scheiterten, so brachten sie sich dennoch mit dieser Initiative in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Die NPD sieht in Bürgerinitiativen durchaus ein taugliches taktisches Mittel, um zu agieren.

Künftig wird man stärker damit rechnen müssen, dass in Sachsen Rechtsextremisten unter dem Deckmantel solcher Initiativen handeln. Sie benötigen dabei „Tarnkappen“, um den Bürger im vorpolitischen Raum in gewünschtem Maße zu erreichen.

Dass sich mit dieser Vorgehensweise vereinzelt Erwartungen der NPD erfüllen, zeigte sich deutlich bei der Kampagne gegen Kindesmissbrauch Anfang September 2012 in Riesa. Die NPD griff damit ein emotional sehr aufgeladenes Thema auf und versuchte insbesondere besorgte Eltern zu erreichen. Für die Aktion in Riesa mobilisierte die NPD über Facebook. Binnen kurzer Zeit fanden sich 380 Teilnehmer ein, wobei davon ausgegangen werden kann, dass ein großer Teil davon keinen rechtsextremistischen Bezug aufwies. Kampagnethemen mit scheinbar nicht extremistischen Themen dienen Rechtsextremisten häufig dazu, ihre eigentlichen Ziele zu verschleiern. So sind Themen wie „Asylmissbrauch“, „Islamisierung“ und selbst „Kindesmissbrauch“ Chiffren für die ausländerfeindliche und antisemitische Ideologie von Rechtsextremisten.

Moderne Kommunikationsmittel, wie Internet-Netzwerke, werden für Rechtsextremisten zunehmend ein wichtiges Mittel sein, um im vorpolitischen Raum bürgernah zu agieren. In diesem Zusammenhang stellte ein Funktionär des sächsischen NPD-Landesverbandes fest,

„dass Facebook als eine niederschwellige Kontaktmöglichkeit eine ganz entscheidende Rolle spielt, um sich anonym an den netten Rechten von nebenan wenden zu können. So werden Vorurteile abgebaut und ortsnahe Kontaktnetze aufgebaut.“³⁰⁶

Neben den Kampagnen stellt auch das von der Partei immer wieder angeregte Engagement, in unpolitischen Vereinen mitzuarbeiten, eine Möglichkeit dar, um mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten. Dort sollen NPD-Aktivisten Gesicht zeigen, um Vorbehalte gegenüber der Partei abzubauen. Der NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL forderte auf dem Landesparteitag am 25. Oktober 2009, dass jeder Einzelne noch stärker als bisher am gesellschaftlichen Leben teilnehmen solle. Beispielhaft dafür nannte er Sozialverbände, Sportvereine oder Schöffenvorgerichte.³⁰⁷ So versuchten Aktivisten der NPD in Zittau und Dresden, Schöffämter zu besetzen, scheiterten schließlich jedoch mit ihrem Vorhaben. Drei bereits zu Schöffen berufene NPD-Vertreter wurden von der Richterliste gestrichen. Ohne Frage ist dies ein Beispiel dafür, wie durch rechtzeitiges Handeln ein Brückenschlag in die gesellschaftliche Mitte verhindert werden kann.

Die NPD buhlt zwar um Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft und bedient sich zum Teil ihrer Umgangsformen, Spielregeln und Kommunikationsformen. Ihre „Tarnkappe“ ist jedoch zu löchrig, um als eine lediglich rechtpopulistische Partei wahrgenommen zu werden und damit eine ernsthafte Chance für einen erfolgreichen Brückenschlag zur Mitte zu haben.

³⁰⁶ Internetseite des NPD-Landesverbandes Sachsen.

³⁰⁷ Internetseite des NPD-Landesverbandes Sachsen.

Die Rolle des Sports als mögliche Brücke in die gesellschaftliche Mitte

Rechtsextremisten versuchen auch über den Sport, in die gesellschaftliche Mitte einzudringen. Diese Bemühungen beschränken sich nicht nur auf eine bestimmte Partei, Organisation oder Struktur, sondern zeigen sich in allen Facetten des Rechtsextremismus. Schon auf Grund seines hohen gesamtgesellschaftlichen Stellenwertes stellt der Sport für sie ein wichtiges Betätigungsfeld dar. Er dient ihnen als Mittel, die Zivilgesellschaft zu erreichen und zu beeinflussen. Durch ihr Engagement im Sport versuchen sie, nicht nur die Sympathie der örtlichen Bevölkerung zu gewinnen, sondern ihre Weltanschauung als eine ganz normale Meinung zu präsentieren. Unter den Sportarten zeigt sich eine erhebliche Dominanz des Fußballs. Das muss nicht verwundern, ist doch die öffentliche Wahrnehmung dieser Sportart deutlich höher als bei anderen Disziplinen. In der Masse können dort Hemmungen schneller fallen und rechtsextremistische Parolen auf neutrale Zuschauer überspringen. Im Rahmen von Sportveranstaltungen werden deshalb oft Fußballplätze für die Artikulation rechtsextremistischer Positionen genutzt. Exemplarisch dafür, wie der Sport für rechtsextremistische Propaganda missbraucht werden kann, steht eine Aktion im Leipziger Bruno Plache Stadion am 5. Februar 2006. Während des Spiels formierten sich ca. 40 Anhänger aus dem Umfeld eines Leipziger Fußballclubs zu einem Hakenkreuz. Zudem lautete ein Schlachtruf: „Wir sind Lokisten, Mörder und Faschisten.“

Vor allem die NPD versucht, anlässlich internationaler Fußballturniere unter den Anhängern für sich zu werben. Bereits 2006 wurde – damals durch die NPD auf Bundesebene – während der WM-Endrunde in Deutschland ein WM-Planer herausgegeben. Auf Grund strafrechtlicher Relevanz der ersten Version erwirkte der Deutsche Fußballbund eine einstweilige Verfügung gegen dessen Verbreitung. Wenn auch die zweite Ausgabe keinen strafbaren Inhalt hatte, wurde dennoch unterschwellig rechtsextremistische Ideologie verbreitet. Auch die Fußball-WM 2010 wurde von der Partei zum Anlass genommen, Propagandamaterial in Form des Aufklebers „DEUTSCHLAND WELTMEISTER DER HERZEN“ zu verbreiten.



NPD-Aufkleber.



Fußballkalender der NPD.

Die Popularität sportlicher Großveranstaltungen wird auch von der rechtsextremistischen Musikszene genutzt, um sich zu präsentieren und potenziellen Szenenachwuchs unter den Fußballanhängern zu rekrutieren. Beispielsweise wurden anlässlich der Fußball-WM 2006 sowie zur Fußball-WM 2010 so genannte Sampler herausgebracht. Das im Jahr 2006 veröffentlichte Liedgut hatte eine solch hohe strafrechtliche Relevanz, dass es verboten und beschlagnahmt wurde.

Neben der gezielten Ansprache von Fußballanhängern über Werbung oder Musik spielen Fußballturniere für Rechtsextremisten eine wesentliche Rolle. Einerseits stellen sie ein Angebot für die attraktive Freizeitgestaltung der eigenen Mitglieder dar und dienen insofern dem Zusammenhalt der Szene. Andererseits sind solche Turniere auch für Interessenten außerhalb der eigenen Klientel offen und dienen somit der Werbung von Neumitgliedern oder zielen auf Akzeptanz in der Öffentlichkeit ab. So zogen nach einem Fußballturnier am 28. Mai 2012 im Muldental die Veranstalter das Resümee:

„Ansonsten war es ein guter Tag für die Gemeinschaft teilweise wirkte der Platz für zahlreiche Passanten, Dank der vielen anwesenden Kinder, wie ein kleines Familienfest. Und das ist auch gut so.“³⁰⁸

Neben dem Fußball besitzen auch Kampfsportarten wachsende Popularität in der rechtsextremistischen Szene. Das entspricht ihrem Selbstverständnis, in welchen Eigenschaften, wie Härte, Wehrhaftigkeit und Stärke, sie einen zentralen Platz einnehmen. Das zeigte sich deutlich bei einer Kampfsportveranstaltung im Großraum Dresden, die Rechtsextremisten Ende November 2010 unter dem Motto „LEBEN HEIBT KAMPF“ veranstalteten. Der Kampfsport ist für Rechtsextremisten ein Element, mit dem sie sich von der Alltagskultur abgrenzen wollen. Rein symbolisch stellt für sie dieser Kampf ein Kampf gegen das politische System der Bundesrepublik dar. So hieß es im Internet im Zusammenhang mit solchen Events:

Man betrachtet sich „nicht mehr als Teil der kranken Masse“, sondern sei „immun gegen alles, was vom herrschenden System der BRD gefördert und gefordert wird.“ Es wird weiter ausgeführt, dass man die Aktivität als den „Kampf ums Ganze (...) um die Existenz eines Volkes“ betrachtet. Das Fazit lautet: „Wir verkörpern das Gesunde, Wehrhafte, Starke, den Widerstand“ und sind die „letzte Anhäufung gesunden deutschen Lebens.“³⁰⁹

Dies entspricht der rechtsextremistischen Forderung nach einer „Volksgemeinschaft“, der ein menschenverachtender Rassismus und Antisemitismus innewohnt.

³⁰⁸ Internetseite AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN. Schreibweise wie im Original.

³⁰⁹ Internetseite SPREELICHTER.

Insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner kann dem Einsatz von Kampfsporttechniken einerseits zur Verteidigung, andererseits aber auch als Angriffsmittel ohne Waffen künftig eine noch größere Rolle zukommen.

Ein ganz anderer Akzent zeigte sich bei einer Kampfsportveranstaltung, die am 29. September 2012 unter dem Motto „Sachsen kämpft“ in Schildau stattfand. Im Gegensatz zu der o. a. Veranstaltung im Jahr 2010, die ausschließlich durch und für die rechtsextremistische Szene organisiert worden war, wirkten Rechtsextremisten bei der Planung und Durchführung dieser Veranstaltung mit Nichtextremisten zusammen, erreichten dafür aber einen wesentlich größeren Personenkreis.

Rechtsextremistische subkulturelle Szene und Gegenkultur

Rechtsextremisten außerhalb des Parteienbereiches lehnen eine politische Arbeit in den Parlamenten ab. Sie favorisieren eine außerparlamentarische Opposition, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern und klammern im Gegensatz zur NPD einen parlamentarischen Weg aus. Diese Position wurde auch durch sächsische Aktivisten deutlich formuliert: „Eines ist uns klar, ein Politikwechsel wird nicht im Parlament durchgesetzt, sondern auf der Straße und in den Betrieben.“ Auf Grund ihres Selbstverständnisses ist vorrangig der vopolitische Raum relevant. Dagegen wird die Nutzung des politischen Raumes für einen „Brückenschlag“ in die Mitte der Gesellschaft kaum ins Kalkül gezogen.

Bei der Besetzung des vopolitischen Raumes zeigen sich bei dieser Fraktion des Rechtsextremismus

Tendenzen, die auf eine Abgrenzung von der Gegenwartskultur abzielen und auf die Bildung einer Gegenkultur hinweisen. Diese Gegenkultur setzt sich hauptsächlich aus der rechtsextremistischen Konzertszene sowie den rechtsextremistischen Vertrieben, aber auch aus dem Neonationalsozialismus zusammen. Beide bilden eine Einheit, geben ihr den Rahmen und verleihen ihr Inhalt.

Schon auf Grund ihrer Funktion trägt die Musik zur Entwicklung einer Gegenkultur bei. Sie dient einerseits der Integration ihrer Angehörigen sowie der Stabilisierung, und andererseits zur Abgrenzung gegenüber dem Rest der Gesellschaft. Wesentliche Indikatoren, an denen sich die Bedeutung der Musik ausmachen lässt, sind die Anzahl der Bands, der Konzerte sowie der Konzertteilnehmer.

Seit Jahren bewegen sich die Szene-Aktivitäten bezüglich der Planung und Durchführung rechtsextremistischer Konzerte in Sachsen auf hohem Niveau. Das vitale Interesse der Szene an Konzerten zeigt sich vor allem daran, dass seit dem Jahr 2003 mit großem Abstand die meisten Konzerte in Sachsen stattgefunden haben. Die Mehrzahl der Veranstaltungen (ca. 92%) fand in so genannten Szeneobjekten statt, die einen wesentlichen Bestandteil der Logistik bilden. So war der Rückgang des Konzertgeschehens in Sachsen im Jahr 2012 auch im Wesentlichen dem Wegfall des Veranstaltungsobjekts in Rothenburg, OT Geheege, geschuldet (vgl. Beitrag II.1.5.1).

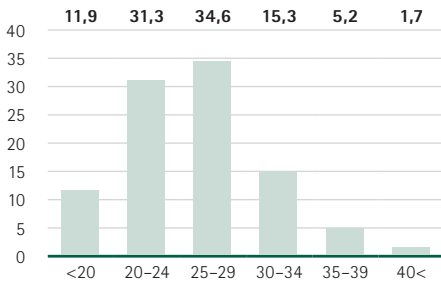
Des Weiteren waren in Sachsen in den letzten drei Jahren bundesweit die meisten rechtsextremistischen Musikgruppen ansässig.

Die über Jahre hinweg hohe Anzahl der Konzerte und Bands zeigt nicht nur den Stellenwert, sondern auch die Akzeptanz, die die sächsische Musikszene und deren Organisatoren

bundesweit besitzen. Gleichzeitig weist diese Entwicklung auch darauf hin, dass sich ein Bedarf für dieses Genre entwickelt hat.

Die durchschnittliche Teilnehmerzahl der letzten Jahre liegt bei ca. 140 bis 190 Personen. Berücksichtigt man deren Altersstruktur, dann wird ersichtlich, dass die Konzertszene keine Jugendszene ist. Denn mit einem Anteil von 81% umfasst sie die Altersklassen der 20 bis 35-jährigen und damit die der Jungerwachsenen/Erwachsenen.

Altersstruktur der Konzertteilnehmer in Prozent



Die Altersstruktur der Konzertteilnehmer zeigt auch, dass sich über die Jahre ein konstanter und fester Träger dieser Musikkultur – und de facto einer Gegenkultur – herausgebildet hat.

Während sich die Veranstalter rechtsextremistischer Konzerte ganz bewusst als Gegenkultur verstehen und entsprechend in Szene setzen, sucht die mit der Konzertszene eng verzahnte rechtsextremistische Vertriebszene durchaus den Brückenschlag zu nicht extremistischen Kundenkreisen. Vertriebe decken den Bedarf der Szeneangehörigen nach einschlägiger Musik, Bekleidung, Druckerzeugnissen und Schmuck. Auch bei den rechtsextremistischen Vertrieben nimmt Sachsen einen Spitzenplatz ein, was auf eine starke

Nachfrage an Szeneartikeln schließen lässt. Die Nutzer dieser Angebote gehören – analog zu den Konzertbesuchern – der Altersklasse der Jungerwachsenen/Erwachsenen an, wobei von einer Schnittmenge mit den Konzertteilnehmern ausgegangen werden muss. Sie sind zwischen 20 und 30 Jahre alt und stellen mit 70% den Hauptanteil der Kunden. Wie die Entwicklung des Sortiments zeigt, orientieren sich die Vertriebe mit ihrem Angebot zunehmend an den Ansprüchen und am Geschmack dieser Altersklassen.

Waren die Vertriebe der 1990er Jahre noch einseitig auf den Verkauf von rechtsextremistischen Tonträgern ausgerichtet, so ist gegenwärtig ein deutlich breiteres Sortiment im Angebot. Die Palette umfasst neben Tonträgern hauptsächlich Textilien. Im Zuge der Ausdehnung des Sortimentes werden seit einiger Zeit auch Kosmetik, Schmuck sowie Babykleidung offeriert. Einerseits weist die Entwicklung des Warenangebotes darauf hin, dass die Kunden bereits seit längerer Zeit der Szene angehören, mit ihr gewachsen sind und dauerhaft einen festen Stamm bilden. Andererseits berücksichtigt ein einseitiger Zuschnitt auf die subkulturelle Szene auf Dauer nur einen begrenzten Kundenkreis. Ein Wachstum des Vertriebsnetzes wird deshalb durch Gründung weiterer Gewerbe ohne vordergründig erkennbare politisch-ideologische Zielrichtung verfolgt, so dass gewissermaßen „unpolitische“ Standbeine der Unternehmen entstanden sind. Mit der Verbreiterung des Angebotes – vor allem mit unpolitischen Textilangeboten – wird auch eine Ausweitung des Kundenpotenzials außerhalb des Rechtsextremismus angestrebt. In Bezug auf unpolitische Angebote äußerte ein Aktivist in einem Internet-Forum dazu:

„Wenn es Leute in den Laden, und damit in Kontakt mit „uns“ bringt, sehe ich da nicht sooo das Problem. Hauptsache, es wird dann auch erkenntlich, wer,

bzw. *was wir sind. Wenn die Mainstream-Läden unsere Waren boykottieren, holen wir die Mainstream-Kunden halt in unsere Läden.*" (Schreibweise wie im Original.)

Somit stellen die Vertriebe auch wesentliche „Brücken“ dar, die vor allem junge Leute aus der Mitte der Gesellschaft in die rechtsextremistische Szene führen können.

Die rechtsextremistischen Vertriebe erwirtschaften beachtliche finanzielle Mittel für die rechtsextremistische Szene. Der Betreiber des Vertriebs PC-RECORDS äußerte beispielsweise dazu, dass finanziell aus diesem Zweig „genug Kohle in die politische Arbeit fließt.“ Das Renommee einzelner Vertriebsunternehmen innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene bemisst sich auch an dem Grad der Szene-Unterstützung.

Konzertszene und Vertriebe als Bestandteile einer sich entwickelnden Gegenkultur haben auch ein Netz persönlicher und sozialer Beziehungen hervorgebracht, die ein Funktionieren der Szene ermöglicht und diese zunehmend unabhängig von unserer Gesellschaft macht. Wie es im Fanzine FREIES CHEMNITZ dazu heißt, will man die Kontakte untereinander nutzen, um sich unabhängiger zu machen und die Strukturen zu stärken, aber vor allem um dem „System“ Geld zu entziehen.

Die Konzertszene bildet gemeinsam mit den Vertrieben eine Gegenkultur, die nicht nur parallel zu unserer Gegenwartskultur existiert, sondern auch zunehmend unabhängig von dieser agiert.

Darüber hinaus benötigt eine funktionierende Gegenkultur auch geistig-kulturelle Inhalte. Eine kulturelle Tradition bildet dabei den

gemeinsamen identitätsstiftenden Nenner. Inhaltlich geprägt wird sie durch Rückgriffe auf archaisches Kulturgut. Als eine politische Bewegung versteht sich der Rechtsextremismus auch als Anti-Bewegung. Rechtsextremisten besitzen antidemokratische und antipluralistische Positionen. Deshalb lehnen sie auch die geistes- und kulturgeschichtlichen Traditionen der Demokratie wie Christentum, Humanismus oder Aufklärung ab. Archaisches wird von ihnen als Gegenpol, als Gegenkultur zum Bestehenden gesehen, wobei man sich oft an der nordisch-germanischen Mythologie orientiert.

Deutlich zeigt sich diese Position in dem Song „Germanische Klänge“, der bis 2011 aktiven sächsischen Band ASATRU (Asensöhne/Göttersöhne):

„Wir haben uns mit den Göttern verbündet, um Euch das Fürchten und die Angst zu lehren. (...) Wir sind das Gegenteil von Eurer Welt, aufrecht und stolz und ungezwungen. (...) verachtende Lieder für Euren Gott gesungen. Unsere Götter schützen andere Werte.“



Cover der Debüt-CD „Same“ von ASATRU.



Cover der CD „Sachsonia“ von SACHSONIA.

Für den Zusammenhalt der Szene sind gemeinsame Wurzeln und Traditionen notwendig, über die man sich identifiziert. Es wird eine Ahnenreihe konstruiert, die ihren Ursprung im nordischen Mythos hat. Eine imaginäre Ahnenreihe von auserwählten und kämpferischen Männerbünden fungiert dabei als Identitätsangebot. Die Spanne reicht von den Göttern über die Wikinger bis hin zu den Wehrmachtssoldaten und der SS, die als gemeinsame Vorfahren idealisiert werden. Gleichzeitig grenzt man sich dadurch auch bewusst von unserer Gegenwartskultur ab.

Im Freistaat Sachsen hat sich somit ein kultureller Mikrokosmos herausgebildet, der durch Rechtsextremisten besetzt ist, parallel zu unserer Gegenwartskultur existiert und auch unabhängig von unserer Gesellschaft zu funktionieren beginnt. Vor allem die Musik, die Ablehnung demokratischer Werte sowie der Rückgriff auf Traditionen, deren Wurzeln im Heidentum liegen, sind weltanschauliche

und kulturelle Klammern, die die Träger dieser Gegenwartskultur zusammenhalten. Auf die „Mitte der Gesellschaft“ beziehen sich diese Facetten des Rechtsextremismus nur mit Verachtung und nur mit dem Angebot, diese zu verlassen, um sich ihnen anzuschließen.

Gegenkultur aus neonationalsozialistischer Perspektive

Auf die Schaffung einer Gegenwartskultur konzentrieren sich die neonationalsozialistisch ausgerichteten JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) sowie die neonationalsozialistische Szene insgesamt. Im Gegensatz zur subkulturell geprägten Konzert- und Vertriebszene sind diese stärker politisch ausgerichtet, so dass sich deren angestrebte „Parallelwelt“ oder Gegenwartskultur mit einer konkreten politischen Option verbindet. Als NEONATIONALSOZIALISTEN sind sie stark antikapitalistisch orientiert und streben nach einer „Volksgemeinschaft“ auf der Grundlage eines „nationalen Sozialismus“. Bereits 1995 nahm die JN für sich in Anspruch, „die Volksgemeinschaft, die wir in einer neuen nationalistischen Ordnung verwirklichen wollen, bereits in den eigenen Reihen vorzuleben“. Ausgehend von diesem Grundsatz verstehen sie sich als „Kampfgemeinschaft im vopolitischen Raum“ und streben die Schaffung von Parallelstrukturen zum „System“ an. Deshalb zielt die JN darauf ab, innerhalb unserer Gegenwartskultur Alternativen anzubieten, um – wie es heißt – eine „Art Staat im Staate“ zu bilden.³¹⁰ Diese Alternativen zur Schaffung einer „Parallelwelt“ sehen die JN-Aktivisten in verschiedenen Veranstaltungen und einem entsprechenden Freizeitangebot, wobei in deren Rahmen eine funktionierende „Volksgemeinschaft“ vorgelebt werden soll, um vor allem Jugendliche

³¹⁰ Beitrag „Die organisierte Volksfront – Die JN im Kampf um den vopolitischen Raum“, in DER AKTIVIST, Nr. 1/2009.

außerhalb der eigenen Klientel zu überzeugen. Beispielsweise heißt es anlässlich eines „Kameradschaftslaufes“ des sächsischen JN- Stützpunktes Muldental dazu:

„Der aufmerksame Beobachter konnte wahre Freude in den Gesichtern der jungen Kameraden erblicken. Viele waren das erste Mal bei einer Veranstaltung der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN dabei und, nach so vielen guten Eindrücken von dieser kleinen ‚Parallelwelt‘ abseits der BRD (...), sicher auch nicht das letzte Mal.“³¹¹

Wie die Aktivitäten, Initiativen sowie das Selbstverständnis der JN-Aktivisten zeigen, zielt deren Strategie auf eine kulturelle Transformation ab. Deutlich zeigt sich diese Option im Ziel und Anliegen der „IG-Familienkreis“. Wie es im Jahr 2010 auf der Homepage der Bundes-JN hieß, stellt dieser für die Initiatoren eine „Alternative zum derzeitigen bundesrepublikanischen Alltag dar.“ Dort sollen – so die Absicht – „(...) Menschen, die entweder noch nicht in die JN hinein – oder aber aus dem Jugendalter herausgewachsen sind, trotzdem die Gelegenheit zur Gemeinschaft geboten werden.“ Innerhalb des Familienkreises solle dann der „eigene Nachwuchs in unserer eigenen Kultur heranwachsen“. Wenn auch in Sachsen keine konkreten Veranstaltungen des „Familienkreises“ bekannt wurden, so haben dennoch bisweilen Kinder und Jugendliche an JN-Veranstaltungen teilgenommen. So berichten die JN-Muldental, dass es im Rahmen eines Erntedankfestes im Herbst 2009 u.a. viel „Spiel und Spaß für die anwesenden Kinder“ gegeben habe.

Diese Veranstaltungen werden aus dem Blickwinkel der JN publiziert, und die Initiatoren sind bemüht, ein aus ihrer Sicht möglichst positives Bild zu

vermitteln. Für die Beurteilung ist deshalb auch ein erhebliches Maß an Quellenkritik angebracht. Ohne Frage besitzen die JN konturierte strategische Vorstellungen, wie und mit welchen Mitteln vor allem junge Leute aus der gesellschaftlichen Mitte heraus rekrutiert werden können. Jedoch sind sie – wie ihre Mutterpartei NPD – denselben gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt, die von einer Ächtung des Rechtsextremismus geprägt sind, so dass eine Mobilisierung über die eigenen Reihen hinaus wenig erfolgreich sein dürfte.

Die Orientierung auf eine Gegenkultur zeigt sich auch in der seit einigen Jahren von NEONATIONALSOZIALISTEN betriebenen „Volkstodkampagne“ sowie der „Unsterblichkeitskampagne“. Im Rahmen dieser Kampagnen wird in der Öffentlichkeit ein düsteres Endzeitszenario beschrieben, in dem das deutsche Volk als „Volksgemeinschaft“ im Begriff ist auszusterben. Dabei berufen sie sich auf den demographischen Wandel, Migrationsthemen, einen vermeintlichen Werteverfall und die „Volksgemeinschaft“. Letztere bildet dabei den zentralen Bezugspunkt, und insofern bieten NEONATIONALSOZIALISTEN die Volksgemeinschaft als letzte und einzige Möglichkeit an, den drohenden „Volkstod“ abzuwenden. Oft wird dies auch, wie eine „Unsterblichkeitsaktion“ am 25. März 2012 in Colditz (Landkreis Leipzig) zeigt, mit der Forderung nach einem „Nationalen Sozialismus“ verknüpft.

Deutlich wird aber auch, dass im Gegensatz zur NPD der Rechtsextremismus als Gegenkultur zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung von relativer personeller Stabilität geprägt ist. Das Original scheint aktuell attraktiver zu sein als die Mimikry.

³¹¹ Internetseite des JN-Stützpunktes Muldental.

4.2.2 Linksextremismus

Der Linksextremismus im Freistaat Sachsen wird durch die autonome Szene dominiert. Sie stellt unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen dar. Bei der autonomen Szene war von 2004 bis 2010 ein stetiger Anstieg des Personenpotenzials zu verzeichnen. Bis 2010 ist damit die Anzahl der AUTONOMEN um mehr als ein Drittel auf 370 Personen gestiegen, blieb bis 2011 konstant und verringerte sich 2012 auf 340 Personen. Dagegen besitzen die vier linksextremistischen Parteien mit einem Gesamtpotenzial von 250 Mitgliedern eine eher marginale Bedeutung. Ihre bisweilen eng am orthodoxen Marxismus orientierte Programmatik dürfte kaum eine inhaltliche Grundlage bieten, welche Akzeptanz in breiten Kreisen der Bevölkerung hervorruft.

Dagegen eignet sich der Antifaschismus als ein wichtiges Themen- und Aktionsfeld der autonomen Szene besonders für einen Brückenschlag in das demokratische Lager. Der Antifaschismus ist der Demokratie inhärent und die Ablehnung rechtsextremistischer Positionen ist ein gesamtgesellschaftliches Gemeingut.

Ursprünglich lehnten AUTONOME ein gemeinsames Vorgehen autonomer und zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen rechtsextremistische Tendenzen ihrem Selbstverständnis entsprechend kategorisch ab. Darüber hinaus dominierte in Sachsen bis 2008/2009 eine „antideutsche Strömung“ die Szene, die die Wurzeln des Faschismus und des Rechtsextremismus ausschließlich bei den Deutschen selbst suchten. Diese Position schloss von vornherein Bündnisse mit demokratischen Kräften aus. Die Aktionen am 13. Februar anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg richteten sich deshalb nicht nur gegen den Rechtsextremismus sondern gleichermaßen

auch gegen das „Opfergedenken“ der Zivilgesellschaft.

Erst mit dem Bedeutungsverlust der Antideutschen entstand die entscheidende Bedingung, im Rahmen des „Antifaschismuskampfes“ Bündnisse mit Nichtextremisten einzugehen. Insofern stellen die Jahre 2008/2009 durchaus eine Zäsur dar. Nunmehr dominierte in Dresden jene Fraktion der autonomen Szene, die einen taktischen Konsens mit demokratischen Kräften suchte.

Die Bündnispolitik der AUTONOMEN hat vorrangig taktische Gründe. Ebenso liegen ihr aber auch strategische Überlegungen zugrunde. Durch Bündnisse mit Kräften der „gesellschaftlichen Mitte“ lassen sich Maßnahmen von Polizei oder Justiz auf Grund von Gesetzesverstößen leichter als „Repressionsmaßnahmen“ skandalisieren und in der Öffentlichkeit angreifen. Auch im Rahmen des „Antifaschismuskampfes“ zielen AUTONOME – wie alle Linksextremisten – im Kern auf die Überwindung des „herrschenden Systems“. Dazu heißt es:

„Wenn wir heute zusammen mit vielen Menschen Nazis zurückdrängen, haben wir klassenkämpferische Linke mehr Raum, um unsere revolutionäre Organisation voranzutreiben. Wir müssen nach wie vor das Ziel vor Augen haben, die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden.“

Diese bündnisorientierte Strategie wurde schrittweise ausgebaut. Es gelang eine noch immer tragfähige Brücke in die „Mitte der Gesellschaft“ zu schlagen.

Der Grundstein für diese Brücke wurde mit dem 2008 gegründeten und von Linksextremisten

dominierten Bündnis „no pasarán!“ gelegt. Dieses Bündnis initiierte im Herbst 2009 seinerseits ein Aktionsbündnis mit Nichtextremisten und konnte auf dieser Grundlage erstmals auch bündnisgestützte Massenblockaden in seinen Planungen berücksichtigen.

Grundlage dieses strömungsübergreifenden, in seiner Gesamtheit nicht extremistischen Aktionsbündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ war seit 2010 ein so genannter „Aktionskonsens“, der die Einbeziehung auch von gewaltbereiten Linksextremisten rechtfertigte, da er eine Abgrenzung zu gewaltsamen Aktionsformen ausschloss.

Auf dieser Basis agierten am 13. Februar 2010 erstmals Linksextremisten zusammen mit nicht extremistischen Gegnern eines rechtsextremistischen Aufzugs.



Sitzblockade am 13. Februar 2010 in Dresden.
Foto: actionpress.

Trotz der gewalttätigen Ausschreitungen am 13. Februar 2010 übernahm das Aktionsbündnis den Aktionskonsens auch für 2011 und distanzierte sich nicht von Straf- und Gewalttaten. Das Bündnis – so heißt es auf dessen Internetseite –

„... ist solidarisch mit allen, die im Zusammenhang mit dem 19. Februar von Repressionen betroffen sind, (...) Auch nach den Blockaden stehen wir zusammen. Wir lassen uns nicht spalten!“

Das zeigt, dass entweder Linksextremisten innerhalb des Bündnisses erheblichen Einfluss ausüben und das demokratische Spektrum in ihrem Sinne instrumentalisieren können oder dass demokratische Kräfte des Bündnisses bereit sind, den von den Extremisten geforderten politischen Preis für deren Unterstützung zu zahlen, da sie anderenfalls ihre Erfolgsaussichten als zu gering bewerten.

Dass auch 2012 AUTONOME erneut unter dem Dach des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ dem aus ihrer Sicht bewährten bündnispolitischen Konzept der Vorjahre folgen und agieren konnten, weist darauf hin, dass Linksextremisten unter dem „Deckmantel“ des Antifaschismus eine tragfähige Brücke in die gesellschaftliche Mitte schlagen konnten. Deutlich wird aber auch, dass Teile des demokratischen Lagers offenbar bereit sind, im Rahmen des Antifaschismus Allianzen mit Extremisten einzugehen. Die Grenzlinien zwischen dem legitimen und notwendigen zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus einerseits und linksextremistischen Bestrebungen andererseits drohen dadurch verwischt zu werden.

Im Vergleich zur autonomen Szene Dresden distanzieren sich Leipziger AUTONOME noch nicht mit derselben Klarheit von ihren antideutschen Positionen, obschon sie diese Auffassungen zunehmend weniger offensiv vertreten. Daher ist das Bestreben, Bündnisse mit Nichtextremisten einzugehen, bei ihnen weniger ausgeprägt. Doch auch sie ließen im Rahmen einer

von Februar 2011 bis Juni 2012 durchgeführten insgesamt nicht extremistischen Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazizentrum in Leipzig!“ entsprechende Tendenzen erkennen. Ziel der Kampagne, an der sich sowohl demokratische Kräfte als auch Linksextremisten beteiligten, war die Schließung eines von Rechtsextremisten genutzten Objektes in Leipzig. Unter dem Einfluss der Linksextremisten beabsichtigt die Kampagne – so deren strategische Position –, die seit der Etablierung des Objekts stattfindenden Auseinandersetzungen zu verbreitern und zu verschärfen. Ihr Ziel, die Schließung des Objektes, konnte die Kampagne nicht umsetzen. Eine mögliche Ursache könnte die weniger entwickelte Bündnisfähigkeit der Leipziger AUTONOMEN gewesen sein. Im Gegensatz zum Dresdner Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ konnte offenbar kein Konsens über den Ausschluss gewalttätiger Aktionen im Zusammenhang mit Bündnisaktivitäten erreicht werden. Anscheinend war die Leipziger autonome Szene zu einem Gewaltverzicht innerhalb des Bündnisses nicht bereit, denn im Rahmen demonstrativer Aktionen der Kampagne kam es zu Straf- und Gewalttaten.

Daraus ergeben sich insofern Konsequenzen für die Demokratie als sich innerhalb solcher Bündnisse das Kräfteverhältnis zwischen Demokraten und Extremisten ändern kann. Linksextremisten geht es auch darum, ihre Ausgrenzung zu unterlaufen und sich in das Spektrum der akzeptierten politischen Auffassungen zu integrieren. Sie wollen unter dem Schutz der Zivilgesellschaft und der allgemein akzeptierten Ablehnung von Rechtsextremisten ihre eigenen antidemokratischen Ziele verschleiern und sich mittels Bündnissen als scheinbar demokratische Gegner des Rechtsextremismus etablieren. Das kann durchaus dazu führen, dass sich der Fokus der Extremismusbekämpfung nur auf

den Rechtsextremismus konzentriert, sie selbst aber davon ausgespart bleiben. Dazu sichern sie sich die Unterstützung ihrer Bündnispartner, die sie bei gemeinsamen Aktionen gegen den Rechtsextremismus gewonnen haben, und setzen ihre Bündnisstrategie fort. In diese Richtung haben sich auch Aktivisten der Dresdener autonomen Szene deutlich positioniert, denn Dresden sei ein Vorbild dafür, „wie Extremismuspolitik erfolgreich unterlaufen und zurückgedrängt werden kann“.

Wenn auch die Allianz zwischen Linksextremisten und demokratischen Kräften gegenwärtig nur anlassbezogen, temporär und im Wesentlichen auf den Ort Dresden und das Ereignis 13. Februar beschränkt ist, könnte dies dennoch zur Folge haben, dass sich die öffentliche Wahrnehmung der an solchen Bündnissen beteiligten Linksextremisten dahingehend wandelt, dass der Linksextremismus dann lediglich als eine radikale, aber durch die Entschiedenheit des Protestes gegen Rechts als eine für die Mitte der Gesellschaft akzeptable politische Sichtweise angesehen werden könnte. Dadurch besteht auch die Möglichkeit, dass auch auf anderen Politikfeldern zunehmend Bündnisse zwischen Linksextremisten und Demokraten eingegangen werden.

Koalitionen mit Linksextremisten können aber mittel- oder längerfristig auch dazu führen, dass diese zunehmend gesellschaftliche Akzeptanz finden und schließlich dauerhaft in die „gesellschaftliche Mitte“ integriert werden. Das eröffnet ihnen schließlich die Möglichkeit, ihren extremistischen Positionen Normalität zu verleihen und ihre politischen Ziele dort salonfähig zu machen.

4.2.3 Salafismus

Salafisten sehen sich in ihrem Selbstverständnis als Gottes Statthalter auf Erden. Sie erheben für sich den Anspruch, den einzig wahren islamischen Glauben zu praktizieren. Dieser ist gekennzeichnet durch eine buchstabengetreue Befolgung des als Gottes unverfälschte Wort begriffenen Korans und die bedingungslose Ausrichtung des Glaubens an der Lebenspraxis des Propheten Muhammad, seinen Gefährten zu Lebzeiten, deren Nachfolgern und der zweiten Nachfolger-Generation. Die historische Nähe dieser „edlen und frommen Vorfahren“ (im Arabischen „al-Salaf al-Salih“) zu Muhammad und damit verbunden der Anteilnahme an seinen unmittelbaren Lehren dient zur Begründung des absoluten Wahrheitsanspruchs der salafistischen Glaubenslehre durch ihre Anhänger. Die richtige Praktizierung des Glaubens ist daher für Salafisten immer ein zentrales Thema bei der Ausübung ihrer Religion. Dass diese rückwärtsgewandte salafistische Strömung innerhalb des Islams dabei mit dem Hier und Heute kollidiert, ergibt sich von selbst.

Salafisten nehmen sich als etwas Besonderes wahr, als etwas, das sich klar vom Mainstream abhebt und unterscheidet. Sie suchen nicht die Mitte und wollen auch kein Teil von ihr sein. Nach ihrem Glaubensverständnis führt der breite und bequeme Weg, auf dem die Massen, also die Menschen der Mitte, unterwegs sind,

in das Verderben. Sure 6:116 im Koran besagt, sich der Mehrheit anzuschließen bedeutet, in die Irre zu gehen. Nur der schmale und steinige Weg ermöglicht den Zutritt zum Paradies. Schon daraus ergibt sich, dass für Salafisten ein an die Mitte der Gesellschaft und an die hiesige Werte- und Rechtsordnung angepasstes Leben schlichtweg nicht möglich ist. Ein entsprechendes Leben würde für sie einer Gotteslästerung gleichkommen.

Salafisten stehen insofern am Rand der Gesellschaft und sehen sich dabei in einer höheren Mission. Mit missionarischem Eifer versuchen sie, neue Anhänger zu gewinnen. Sie verteilen Korane, salafistische Broschüren und Flugblätter in städtischen Zentren. Sie veranstalten Kundgebungen, Seminare und Infostände. Sie sind überaus präsent in der islamischen Landschaft der Bundesrepublik, wenngleich ihre recht geringe Anhängerzahl von ca. 4.500 Personen im Vergleich zu anderen islamistischen Gruppen deutschlandweit nicht im Verhältnis zu ihrer öffentlichen Präsenz steht. Salafisten bezwecken mit derlei Aktivitäten nicht, sich gesellschaftlich stärker in der Mitte zu verankern, sondern Menschen von dort zu entwurzeln und sie im Sinne des Salafismus zu orientieren. Mitunter gefallen sie sich regelrecht in der Rolle der Benachteiligten und Ausgegrenzten und stellen sich gezielt als Opfer dar.

4.2.4 Fazit und Ausblick

Extremisten benötigen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu ändern, ein Potenzial, das weit über die eigene Klientel hinausreicht. Deshalb

versuchen sie, sich in der gesellschaftlichen Mitte zu etablieren, um Akzeptanz zu finden und extremistische Positionen zur Normalität werden zu lassen.

Wenn sich auch Extremisten – gleich welcher Art – in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates einig sind, so bieten sich ihnen dennoch unterschiedliche Voraussetzungen für die Umsetzung ihrer politischen Ziele. Die Erscheinungsformen des Extremismus, seine Struktur, das unterschiedliche Selbstverständnis der einzelnen Fraktionen, aber vor allem die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, lassen sich zwar als wesentliche Größen für eine Einflussnahme auf die Zivilgesellschaft ausmachen. Aber erst durch die Wechselwirkung dieser Einflussgrößen eröffnen sich für die Extremisten reale Handlungsmöglichkeiten um die Bevölkerung außerhalb der eigenen Reihen zu erreichen und schließlich Akzeptanz zu finden.

Von allen extremistischen Parteien im Freistaat Sachsen besitzt die rechtsextremistische NPD die günstigsten Ausgangsbedingungen für einen möglichen „Brückenschlag“ in die Mitte der Gesellschaft. Beim Kampf um die gesellschaftliche Mitte auf parlamentarischem Wege, also im politischen Raum, ist sie im gesamten extremistischen Lager konkurrenzlos und hat somit eine starke Wettbewerbsposition inne. Akzeptanz in der „Mitte des Volkes“ entspricht ihrer Zielsetzung und ihrem Selbstverständnis. Mit dem Vier-Säulen-Konzept besitzt die **NPD** eine fest konturierte Strategie, deren Zielvorgabe in einer politischen und gesellschaftlichen Etablierung besteht.

Ihre relative numerische Stärke und eine flächendeckende Struktur versetzt sie dazu noch in die Lage, im politischen Raum zu agieren und eröffnet der Partei die Möglichkeit, in die gesellschaftliche Mitte vorzudringen.

Künftig wird die NPD entsprechend ihrer Strategie bemüht sein, ihre strukturelle Verankerung in den Kommunen zu behaupten. Nur dies

könnte ihr einen dauerhaften Brückenschlag in die gesellschaftliche Mitte auf lokaler Ebene sichern.

Entscheidend für einen solchen Brückenschlag ist auch, wie die „Mitte der Gesellschaft“ auf den Rechtsextremismus reagiert. Geprägt ist die Reaktion durch Ablehnung, denn bei Veranstaltungen, bei denen die NPD öffentlich als Akteur auftritt, erreicht sie zwar eine Aufmerksamkeit der Medien, von der Bevölkerung wird sie aber weitgehend ignoriert. Ebenfalls sind sich alle demokratischen Akteure in der Ablehnung dieser Partei einig. Nur wenn sie inkognito und mit für die Bürger relevanten Themen für Veranstaltungen wirbt, vermag sie Potenzial außerhalb der eigenen Reihen zu mobilisieren und wird deshalb diese Strategie fortsetzen. Inwieweit sie aber damit Akzeptanz außerhalb des Rechtsextremismus findet und sich verankern kann, bleibt noch abzuwarten.

Mit einer – auch dauerhaften – Positionierung einzelner Personen in der gesellschaftlichen Mitte kann in den ländlichen Regionen gerechnet werden. Aktivisten und Funktionäre der NPD, die in Großstädten eine eher randständige Existenz führen, sind im ländlichen Raum in Einzelfällen Bestandteil der Mitte der Gesellschaft und werden dort akzeptiert. Die Gründe dafür liegen in deren sozialer Stellung innerhalb der dörflichen Gemeinschaft, aber auch in sozialen Bindungen und nachbarschaftlichen Beziehungen, die im ländlichen Milieu enger und intensiver sind als in den Städten. In diesen Regionen agieren NPD-Mitglieder, die dem Bürger vor allem bei Wahlkämpfen aus seiner unmittelbaren Alltagswelt bekannt sind.

Rechtsextremisten außerhalb des Parteiensbereiches lehnen auf Grund ihres Selbstverständnisses nicht nur parlamentarische

Arbeit, sondern generell Werte, Normen und Traditionen, die unsere Gesellschaft kennzeichnen, konsequent ab. Im Gegensatz zur NPD wollen sie in der Regel deshalb auch nicht zur gesellschaftlichen Mitte gehören oder von ihr anerkannt werden. Diese Fraktion des Rechtsextremismus zielt eher auf eine Abgrenzung zur Gegenwartskultur und der Bildung einer Gegenkultur ab.

Wie die NPD, so wird auch diese Fraktion des Rechtsextremismus gesellschaftlich geächtet. Im Gegensatz zur Partei benötigt sie aber die gesellschaftliche Mitte nicht, um sich zu etablieren. Das macht ihre Stärke gegenüber der NPD aus, zeigt aber auch gleichzeitig die Brisanz, die hierin steckt. Mit den Menschen, die diese Kultur „pflegen“, hat sich ein fester Träger etabliert, der das Funktionieren dieser „Parallelwelt“ außerhalb und relativ unabhängig von unserer Gesellschaft gewährleistet. Die Altersstruktur und die sozialen Beziehungen weisen darauf hin, dass die in dieser Kultur vorherrschenden Werte und Normen bereits tradiert werden. Der gegenwärtige Trend zeigt, dass mit einer Ausbreitung und einer weiteren Festigung gerechnet werden muss.

Im Bereich des **Linksextremismus** liegt die Besetzung des politischen Raumes und somit die Möglichkeit eines Brückenschlages durch linksextremistische Parteien auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahlen und unzureichender Parteistrukturen in weiter Ferne.

Dagegen lassen es die sich der linksextremistischen autonomen Szene bietenden Rahmenbedingungen zu, eine Brücke in das demokratische Lager zu bauen und sich dort zu verankern. Ein entscheidendes Kriterium dafür ist das Themen- und Aktionsfeld „Antifaschismus“. Mit diesem Thema erzielen sie

Akzeptanz in der gesellschaftlichen Mitte und gehen in diesem Rahmen Bündnisse mit Demokraten ein. Deutlich wird auch, dass diese Bündnisorientierung nicht einseitig sondern gegenseitig ist. Die öffentliche Positionierung gegen Aktionen der Rechtsextremisten lässt auch Teile des demokratischen Lagers bereitwillig Allianzen mit Linksextremisten eingehen. Da dies auch von Teilen der gesellschaftlichen Eliten akzeptiert wird, dürfte die Position der linksextremistischen Akteure innerhalb dieses Bündnisses auch dauerhaft gestärkt werden. Wenn auch ereignisbezogen und regional auf Dresden begrenzt, so zeigt der lange Zeitraum und die Kontinuität, dass Linksextremisten in der gesellschaftlichen Mitte Fuß fassen konnten und sich auf diesem Feld eine stabile Zusammenarbeit zwischen Demokraten und Extremisten entwickelt hat. Ohne Frage ist eine breite Front gegen Rechtsextremismus notwendig. Die Gefahr solcher Bündnisse besteht aber darin, dass Linksextremisten nicht nur ein Bestandteil innerhalb der gesellschaftlichen Mitte werden, sondern auch linksextremistische Positionen darin Eingang finden und die Grenzlinie zwischen Demokraten und Extremisten zunehmend aufweicht.

Im Gegensatz zum Rechts- und Linksextremismus stellt der **Salafismus** eine Form des Extremismus dar, der religiös geprägt ist. Schon allein auf Grund ihres Selbstverständnisses und ihres Anspruchs, den sie erheben sowie ihrer stark rückwärtsgewandten Orientierung sind Salafisten mit der gesellschaftlichen Mitte kaum konsensfähig. Da Salafisten all diejenigen, die nicht ihren weltanschaulichen und religiösen Positionen sowie ihren Regeln folgen, nicht nur ausgrenzen, sondern generell meiden, kommt für sie eine Integration in der gesellschaftlichen Mitte nicht in Betracht. Ihre Strategie besteht darin, missionierend – in Form von Koranverteilungen und Verbreitung

salafistischer Schriften – zu wirken, um Menschen aus der Mitte der Gesellschaft in ein salafistisches Milieu zu ziehen. Dabei zeigen sich Ähnlichkeiten mit jener Fraktion des Rechtsextremismus, die eine Gegenkultur ausgebildet hat. Beide lehnen demokratische Normen und Traditionen konsequent ab und sehen sich außerhalb der Gesellschaft. Wenn auch die salafistische Szene mit 4.500 Personen in

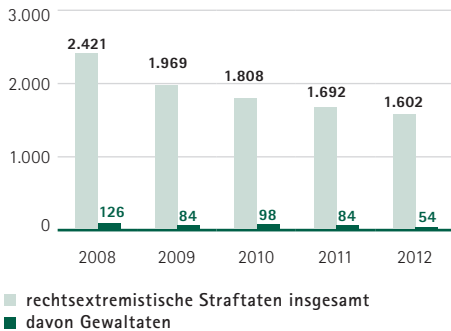
der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise gering ausfällt, so kann sich dennoch – ähnlich wie im Rechtsextremismus – bei fortlaufender und konsequenter Umsetzung dieser Strategie innerhalb unserer Gesellschaft durchaus eine salafistisch geprägte Gegenkultur entwickeln, in der ausschließlich eigene Gesetze und auf der Scharia beruhende Regeln gelten.

5. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund

5.1 Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Der seit einigen Jahren im Freistaat Sachsen feststellbare Rückgang der rechtsextremistischen Straftaten setzte sich im Jahr 2012 weiter fort. Mit 1.602 Delikten sank diese Zahl nochmals um ca. 5% (2011: 1.692). Auch die Anzahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte verringerte sich deutlich um ca. 36% auf 54 Taten (2011: 84). Der Anteil der Gewalttaten an den rechtsextremistischen Straftaten betrug damit im Jahr 2012 etwa 3% (2011: ca 5%).

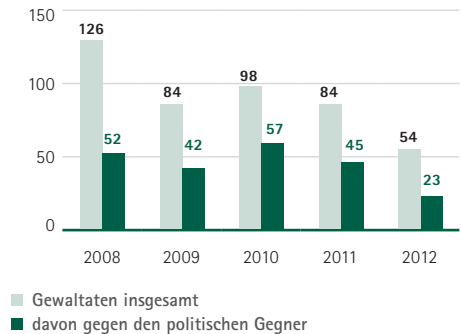
Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Rechtsextremisten im Jahr 2012 noch deutlicher als in 2011 aus.

Die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte sank im Jahr 2012 geringfügig auf 22 (2011: 23). Ihr Anteil an den rechtsextremistischen Gewaltdelikten betrug damit ca. 41% (2011: 27%).

Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren sind die gegen den politischen Gegner gerichteten Gewalttaten mit ca. 43% auf unter die Hälfte aller rechtsextremistischen Gewalttaten gesunken (2011: 54%, 2010: 58%). Dabei fiel der Rückgang der konfrontativen Gewalt durch

Regionale Schwerpunkte bei den rechtsextremistischen Straftaten waren auch im Jahr 2012 die Städte Dresden und Leipzig. Der Anteil der dort festgestellten rechtsextremistischen Straftaten beträgt sachsenweit ca. 23%, wobei in beiden Städten ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war: in Dresden von 281

auf 189 (d. h. um ca. 33 %) und in Leipzig von 187 auf 178 (um etwa 5 %).

In Dresden wurden gegenüber den beiden Vorjahren zudem deutlich weniger rechts-extremistische Gewalttaten registriert. So wurden dort im Jahr 2012 sechs derartige Delikte verübt; im Jahr zuvor waren es noch 37 (2010: 20). Die meisten Gewalttaten (jeweils acht) wiesen die Städte Chemnitz und Leipzig auf, gefolgt von den Landkreisen Nordsachsen und Zwickau mit je sieben.

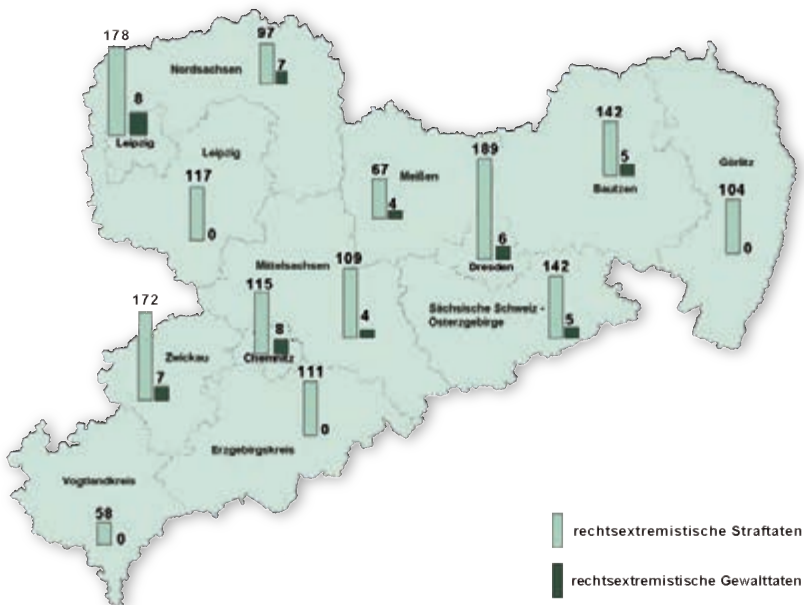
Die meisten rechtsextremistischen Propagandadelikte wurden in Dresden registriert (153 Taten; ca. 12 %). Es folgen Leipzig mit 140 (ca. 11 %) und der Landkreis Zwickau mit 138 derartigen Delikten (ca. 11 %).

Auch wenn die Gesamtzahl der rechts-extremistischen Gewaltstraftaten im Freistaat Sachsen insgesamt rückläufig ist, lässt sich dennoch in den Landkreisen Zwickau und Bautzen ein Anstieg rechtsextremistischer Gewalt feststellen (Landkreis Zwickau: 2011: fünf; 2012: sieben; Landkreis Bautzen: 2011: drei, 2012: fünf).

Von 131 fremdenfeindlichen Vorfällen wurden 25 im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge festgestellt (ca. 19 %). Auch in Dresden mit 18 und Leipzig mit 16 fiel die Anzahl dieser Delikte gegenüber den übrigen Landkreisen bzw. der Stadt Chemnitz relativ hoch aus.

Zu antisemitischen Straftaten (insgesamt 56) kam es vor allem im Landkreis Leipzig (10) und in den Städten Dresden und Chemnitz (jeweils acht).

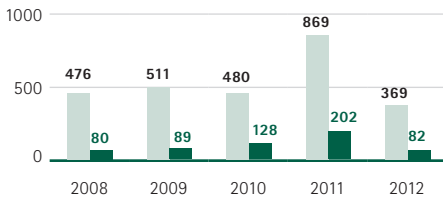
Regionale Verteilung der Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen



5.2 Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Im Jahr 2012 war im Freistaat Sachsen ein deutlicher Rückgang sowohl bei den Straf- als auch bei den Gewalttaten des linksextremistischen Spektrums zu verzeichnen. So ging die Anzahl der Straftaten um ca. 54% auf 396 Delikte (2011: 869) zurück. Die Anzahl der Gewaltdelikte verringerte sich um ca. 59% auf 82 Fälle (2011: 202). Im Bereich Linksextremismus betrug der Anteil der Gewalttaten an den Straftaten ca. 21% (2011: ca. 23%) und ging damit leicht zurück.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



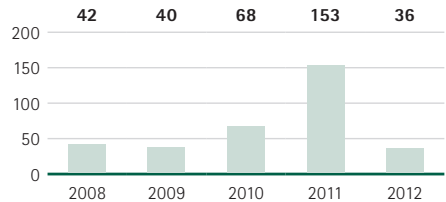
■ linksextremistische Straftaten insgesamt
■ davon Gewalttaten

Der deutliche Rückgang der linksextremistisch motivierten Gewalttaten im Jahr 2012 in Sachsen steht im Zusammenhang mit den jährlichen Aktivitäten von Extremisten anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945. So kam es am 13. Februar 2012 im Umfeld des von Rechtsextremisten durchgeführten Trauermarsches nicht zu den massiven Gewaltausbrüchen von Linksextremisten wie noch im Vorjahr. Aufgrund von

Blockaden von Aufmarschgegnern musste die Demonstrationsroute der Rechtsextremisten verkürzt werden, was von Linksextremisten als Erfolg gewertet wurde.

Mit 36 von insgesamt 82 linksextremistischen Gewalttaten wurden im Jahr 2012 deutlich weniger Gewalttaten verübt, die sich gegen den politischen Gegner richteten. Der Anteil dieser Delikte betrug damit ca. 44% gegenüber etwa 76% im Jahr 2011.

Anzahl der von Linksextremisten gegen den politischen Gegner gerichteten Gewalttaten³¹²



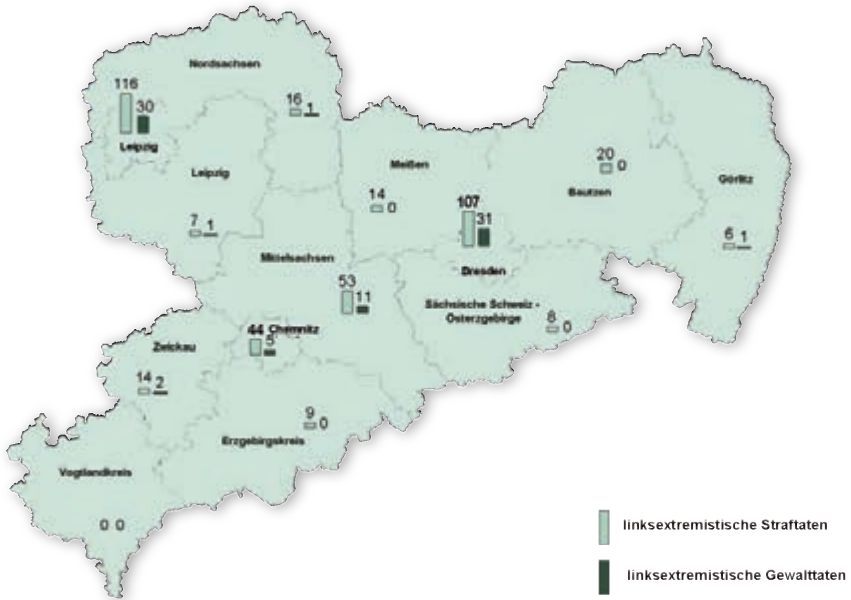
Von den insgesamt 396 (2011: 869) linksextremistischen Straftaten wurden 161 (2011: 598) während Demonstrationen verübt. Damit verringerte sich der Anteil der bei Demonstrationen verübten Straftaten auf ca. 41% (2011: 69%). Bei 49 dieser Delikte handelte es sich um Gewalttaten (2011: 164). Damit ging der Anteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen verübten Gewalttaten an der Gesamtzahl der im Freistaat Sachsen verübten linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte gegenüber dem Vorjahr auf ca. 30% zurück (2011: ca. 81%).

³¹² Quelle: LKA Sachsen, „Politisch motivierte Kriminalität im Freistaat Sachsen“ jeweils für die Jahre 2008, 2009, 2010, 2011 und 2012.

Die meisten der linksextremistisch motivierten Straftaten (einschließlich Gewalttaten) wurden in Sachsen im Jahr 2012 in den Städten Dresden und Leipzig registriert. Mit 116 Delikten in Leipzig und 107 in Dresden beträgt ihr Anteil sachsenweit ca. 56%. Mit deutlichem Abstand folgen Chemnitz mit 44 und der Landkreis Mittelsachsen mit 35 Delikten.

Auch die meisten linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte wurden in Dresden (31) und Leipzig (30) verübt. Dies entspricht einem Anteil von ca. 74% an den in Sachsen im Jahr 2012 festgestellten linksextremistischen Gewalttaten.

Regionale Verteilung der Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen

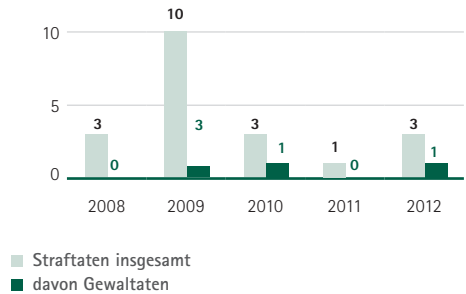


5.3 Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Im Jahr 2012 wurden drei Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund registriert (2011: eine). Bei einem dieser Delikte handelte es sich um eine Gewalttat (2011: keine).

Damit blieb die Anzahl ausländerextremistischer Delikte im Freistaat Sachsen weiterhin gering.

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund



Eine der festgestellten Straftaten stand im Zusammenhang mit Spendensammlungen des Verantwortlichen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) für das Gebiet Sachsen.

III Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben

1. Spionageabwehr

Als Spionage wird die Tätigkeit für den Nachrichtendienst einer fremden Macht bezeichnet, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist. Die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik,

Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, erfolgt zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden. Soweit Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, kommt eine Strafbarkeit gemäß §§ 93 ff. StGB in Betracht.

1.1 Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste

1.1.1 Chinesische Nachrichtendienste

Wie bereits in den zurückliegenden Jahren war die Volksrepublik China auch 2012 weiter auf dem Weg zur ökonomischen Weltmacht und bestrebt, ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Verbunden ist diese Entwicklung mit einer wirtschaftlichen Öffnung des Landes. Gleichzeitig versucht die Kommunistische Partei Chinas aber ihren Machtanspruch im Inneren des Landes mit allen Mitteln zu sichern. Die Informationsfreiheit der Bevölkerung bleibt eingeschränkt. Die in Opposition zur Regierung stehenden Gruppen, ethnischen Minderheiten sowie die Meditationsbewegung Falun Gong

werden von den Sicherheitsorganen verfolgt und unterdrückt. Die Überwachung dieser als staatsfeindlich definierten Organisationen und deren Infiltration endet nicht an der chinesischen Grenze, sondern erstreckt sich auch auf die jeweiligen Gastländer wie die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist neben der im wirtschaftlichen Bereich betriebenen Informationsbeschaffung das zweite Hauptaufgabengebiet chinesischer Nachrichtendienste. Hauptakteur ist dabei das als In- und Auslandsdienst strukturierte Ministerium für Staatssicherheit (MSS³¹³). Dessen Angehörige

³¹³ MSS = Ministry for State Security.

sind in den chinesischen Zentralen und an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland getarnt als Diplomaten, Mitarbeiter oder Journalisten in so genannten Legalresidenturen präsent.

Deutsche Firmen und Hochschuleinrichtungen stehen aufgrund ihrer Innovationskraft weiterhin im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste. Neben der Auswertung frei verfügbarer sowie nachrichtendienstlicher Informationen werden auch Kontakte zu Personen mit interessanten Zugangsmöglichkeiten geknüpft

und mit dem Ziel einer langfristigen Beziehung ausgebaut. In Gesprächen wird dann versucht, auch an Informationen und Hintergründerkenntnisse mit nachrichtendienstlichem Bezug zu gelangen.



Banner des Ministeriums für öffentliche Sicherheit (MÖS³¹⁴).

Quelle: Internetseite des MÖS.

1.1.2 Russische Nachrichtendienste

Nach wie vor sind russische Nachrichtendienste in Deutschland aktiv, um Erkenntnisse über Politik, Militär und Wirtschaft in Deutschland zu gewinnen. Konkretes Beispiel hierfür ist ein Ehepaar, das im Oktober 2011 in Baden-Württemberg und Hessen festgenommen wurde.



Banner des russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR.

Quelle: Internetseite des SWR.

Die beiden Eheleute stehen im Verdacht, für den russischen Auslandsnachrichtendienst SWR³¹⁵ die politische und militärpolitische Strategie der EU und der NATO ausspioniert und dazu u. a. einen niederländischen Agenten geführt zu haben, der im niederländischen Außenministerium Zugriff auf amtliche Dokumente über EU- und NATO-Angelegenheiten hatte. Darüber hinaus beschafften sie auch Erkenntnisse aus dem politisch-gesellschaftlichen Bereich über allgemein- und sicherheitspolitische Aspekte mit Bezug zu Russland.

Beide – noch vom sowjetischen KGB eingeschleust – lebten bereits seit mehr als 20 Jahren mit falschen Ausweispapieren unter der Legende einer österreichischen Staatsangehörigkeit mit südamerikanischer Herkunft in Deutschland. Sie wurden über Agentenfunk von ihrer Führungsstelle in Russland geführt und übermittelten Informationen über so genannte tote Briefkästen, per Satellitenübertragung und über ein Internetvideoportal. Für ihre Agententätigkeit erhielten sie in den

³¹³ MSS = Ministry for State Security.

³¹⁴ MÖS = nationale Polizeibehörde der Volksrepublik China, die mit der Überwachung des Post-, Fernmelde- und Internetverkehrs sowie der Kontrolle und Überwachung von Ausländern und von Medien befasst ist.

³¹⁵ SWR = „Служба Внешней Разведки Росийской Федерзии“.

letzten Jahren knapp 100.000 Euro pro Jahr. Die Bundesanwaltschaft hat am 14. September 2012 gegen beide Personen Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit und mittelbarer Falschbeurkundung erhoben. Bezüge zum Freistaat Sachsen haben die Ermittlungen jedoch nicht erkennen lassen.

Das Beispiel zeigt deutlich, dass russische Nachrichtendienste auch gegenwärtig noch aufwendige nachrichtendienstliche Operationen durchführen. Es ist deshalb zu erwarten, dass sie auch weiterhin versuchen werden, illegale Informationen in bzw. von Deutschland zu beschaffen.

1.1.3 Nachrichtendienste aus dem arabischen Raum

Nach wie vor versuchen mehrere Nachrichtendienste aus dem arabischen Raum in Deutschland lebende Oppositionelle ihrer Heimatländer und deren Verbindungen auszuspähen.

Trotz des syrischen Bürgerkriegs sind verstärkte Aktivitäten der syrischen Nachrichtendienste auch in Deutschland zu verzeichnen. Sie spähen hier lebende syrische Oppositionelle sowie deren Organisationen, Regimekritiker, Asylbewerber und Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften aus und versuchen, deren Verhalten zu beeinflussen.

Zwei im Februar 2012 festgenommene Agenten eines syrischen Nachrichtendienstes haben planmäßig syrische Oppositionelle in Deutschland und deren Aktivitäten, insbesondere regimekritische Kundgebungen, ausgespäht. Einer der beiden bewarb sich zudem – gesteuert von seinen nachrichtendienstlichen Auftraggebern – für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, vorzugsweise für eine Stelle beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Am 23. Juli 2012 und am 25. September 2012 wurde von der Bundesanwaltschaft Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit

und Verstoßes gegen das Staatsangehörigkeitsgesetz gegen sie erhoben.

Außerdem wurde am 9. Mai 2012 ein deutscher und zugleich marokkanischer Staatsangehöriger von der Bundesanwaltschaft wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für den marokkanischen Nachrichtendienst angeklagt. Der Angeklagte hat in Deutschland für seine nachrichtendienstlichen Auftraggeber vor allem marokkanische Oppositionelle und Anhänger der „Frente Polisario“, einer Befreiungsbewegung für die Westsahara, ausgespäht. Er erhielt im Jahr 2011 einen Agentenlohn von 22.800 Euro, den er durch Rechnungen über angebliche Werbeveranstaltungen für die staatliche marokkanische Fluggesellschaft zu verschleiern suchte.

Bezüge zum Freistaat Sachsen haben die Ermittlungsverfahren nicht ergeben.

Bei arabischen Ländern, in denen die Proteste, Aufstände und Revolutionen gegen autoritär herrschende Regime und die politischen und sozialen Strukturen dieser Länder (sog. „Arabischer Frühling“) erfolgreich waren und deren staatliche Strukturen derzeit neu strukturiert und personell neu besetzt werden, ist

eine Verringerung von nachrichtendienstlichen Aktivitäten in Deutschland zu verzeichnen.

Angesichts der instabilen Lage in mehreren arabischen Ländern ist auch in Zukunft zu erwarten, dass deren Nachrichtendienste in Deutschland versuchen werden, Informationen über oppositionelle Aktivitäten zu erheben, um die jeweiligen Regime zu unterstützen. Sollten

bisher wenig betroffene arabische Staaten von derartigen Protestbewegungen erfasst werden, ist insoweit mit einem Ansteigen von Spionageaktivitäten zu rechnen. Inwieweit die Verringerung nachrichtendienstlicher Aktivitäten bei Staaten, die von tiefgreifenden Umwälzungen betroffen sind, nachhaltig sein wird, bleibt abzuwarten.

1.2 Wirtschaftsspionage/Wirtschaftsschutz

Die Bereiche Wirtschaftsspionage, illegaler Wissenstransfer und Proliferation (siehe unten Punkt 1.3) bilden neben der Ausspähung hiesiger politischer Entscheidungsträger, der Beobachtung in Deutschland lebender Oppositioneller und deren Organisationen aus den jeweiligen Ländern ein Betätigungsfeld ausländischer Nachrichtendienste. Ziel ist es, wirtschaftlich schneller zu wachsen als andere Staaten und so über ein Mehr an Wirtschaftsmacht auch größeren politischen Einfluss ausüben zu können. Wirtschaftsspionage ist dabei ein zwar unerlaubtes, doch vielfach genutztes Mittel, einen wirtschaftlichen Vorsprung zu erreichen.

Eine wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes ist daher der Schutz einheimischer Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlicher Institutionen vor Spionage. Im Jahr 2012 führte das LfV Sachsen die Kontakte zu Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Privatpersonen fort. In Sensibilisierungsgesprächen sowie bei fünf Vortragsveranstaltungen wurde über die Arbeitsweise und die Interessen fremder Nachrichtendienste aufgeklärt. Darin eingeschlossen ist die Beratung zu präventiven Maßnahmen.

Wirtschaftsschutz stellt sich als gemeinschaftliche Aufgabe dar. Die Gefahren für die Wirtschaft infolge von Wirtschaftsspionage erfordern eine neue, ganzheitliche Herangehensweise, um dem wachsenden Sicherheitsbedürfnis unserer Unternehmen Rechnung zu tragen.

Von der Polizei des Freistaates Sachsen und dem „Sächsischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V.“ (SVSW) wurde mit Unterstützung des „Wirtschaftsjournals“ das Präventionsangebot „Sicheres Unternehmen“ initiiert. Das LfV Sachsen ist hier beratend tätig. Es handelt sich dabei um ein kostenloses Beratungsangebot zum Schutz und zur Sicherheit von kleinen und mittleren Unternehmen. Im Jahr 2012 wurden durch das LfV Sachsen zwei Firmen an das Projekt vermittelt.



Logo des Präventionsangebotes „Sicheres Unternehmen“.

Ziel dieses Angebotes ist die Sensibilisierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen für die Themen „Wirtschaftskriminalität und

-spionage" durch das Erstellen einer umfassenden Analyse zum Sicherheitsstatus und zu bestehenden Sicherheitslücken. Die Schwerpunkte des Beratungsangebotes liegen dabei auf Objekt-, Personal-, Organisations- und IT-Sicherheit. Nähere Informationen finden sich unter www.polizei.sachsen.de/zentral/7241.htm

Internetattacken

Spionage mittels Internet ist effizient, kostengünstig und birgt nur ein geringes Entdeckungs- und Verfolgungsrisiko. Die Bedrohung durch solche so genannten „electronic attacks“

ist nach wie vor hoch. Dabei werden mit Viren infizierte Dokumente zu verschiedenen Themen versandt oder Trojaner in firmeninterne Netzwerke geschleust. Oftmals werden diese Attacken von einem so genannten „social engineering“ begleitet, d. h., es wird eine zwischenmenschliche Beziehung zu einer anderen Person mit dem Ziel hergestellt, diese zur Preisgabe vertraulicher Informationen zu veranlassen. Menschliche Eigenschaften wie Hilfsbereitschaft, Eitelkeit, Vertrauen, Angst oder Respekt vor Autoritäten (z. B. Behörden oder Personen, die sich auf einen Vorgesetzten berufen) werden ausgenutzt und Einzelpersonen manipuliert.

1.3 Proliferation

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen (z. B. Raketen und Drohnen), einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows.

Kooperationen in Wissenschaft und Forschung sind solange erwünscht, wie sie nicht missbräuchlich genutzt werden. So genannte Risikostaaten (z. B. Iran, Nordkorea, Syrien, Pakistan) können den freien Austausch zwischen Institutionen dazu nutzen, sich so das Know-how zu verschaffen, das sie in die Lage versetzt, Technologien für Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme zu entwickeln. Nicht nur Forschungseinrichtungen sind das Ziel der Beschaffungsbemühungen der Risikostaaten, sondern auch zahlreiche Unternehmen der Spitzentechnologie. Mit meist konspirativen Methoden wird versucht, die gesetzlichen Ausfuhrbestimmungen zu umgehen. Dazu

gehören beispielsweise auch die Abwicklung von Lieferungen über Firmen in Drittländern, der Missbrauch von im Export unerfahrenen Lieferanten oder auch die Aufteilung der Lieferung in viele unverdächtige Einzelteile.

Im August 2012 hat die Bundesanwaltschaft mehrere deutsche und iranische Staatsangehörige wegen des dringenden Verdachts des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz in Hamburg, Oldenburg (Niedersachsen) und Weimar (Thüringen) festnehmen lassen sowie Wohn- und Geschäftsräume durchsucht. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, gegen das Iran-Embargo verstoßen zu haben. Spezialventile sollten nicht zu den als Endabnehmer angegebenen Tarnfirmen in der Türkei und Aserbaidschan, sondern in den Iran für den Bau eines Schwerwasserreaktors geliefert werden. Mit den weiteren Ermittlungen wurde das Zollkriminalamt beauftragt.

2. Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben

Geheimsschutz gehört zu den unverzichtbaren Regularien des Rechtsstaates. Er soll gewährleisten, dass geheimhaltungsbedürftige Informationen aus Verschlusssachen (VS) nicht an Unbefugte gelangen.

Verschlusssachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Die Darstellungsform reicht vom gesprochenen Wort über Schriftstücke und Zeichnungen bis zu elektronischen Datenträgern und technischen Einrichtungen. Verschlusssachen werden je nach dem erforderlichen Schutz in die Geheimhaltungsgrade STRENG GEHEIM, GEHEIM,

VS-VERTRAULICH und VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft. Die Bearbeitung von Verschlusssachen wird als sicherheitsempfindliche Tätigkeit bezeichnet, welche besonderen Regularien des materiellen und persönlichen Geheimsschutzes unterliegt. Diese sind in der Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung über die Behandlung von Verschlusssachen (Verschlusssachenanweisung – VSA) und im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) geregelt. Der Geheimsschutz ist in einen personellen und einen materiellen Bereich gegliedert.

2.1 Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimsschutz) und Sabotageschutzüberprüfungen

Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimsschutz)

Der personelle Geheimsschutz gewährleistet auf der Grundlage des Sächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SächsSÜG) mit dem Mittel der Sicherheitsüberprüfung, dass der Zugang zu Verschlusssachen bzw. die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit auf Personen beschränkt wird, bei denen kein Sicherheitsrisiko vorliegt.

■ Ein Sicherheitsrisiko liegt gemäß § 5 Abs. 1 Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz vor, wenn tatsächliche Anhaltspunkte

- Zweifel an der Zuverlässigkeit der betroffenen Person bei der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit,
- eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs- und Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste oder

Zweifel am Bekenntnis der betroffenen Person zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung

begründen. In diesem Sinne kann ein Sicherheitsrisiko auch aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte in Bezug auf andere Personen,

insbesondere zum Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten, vorliegen.

Werden bei einer Sicherheitsüberprüfung sicherheitserhebliche Erkenntnisse – z.B. Straftaten, Hinweise auf übermäßigen Alkoholgenuss, Hinweise auf Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung etc. – bekannt, wird geprüft, ob sich daraus ein Anhaltspunkt für ein Sicherheitsrisiko ergibt.

Zuständig für die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung ist die öffentliche Stelle, z.B. eine Behörde, bei der die sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausgeübt wird. Auch für Personen in Wirtschaftsunternehmen, die im Rahmen staatlicher Aufträge von sächsischen Behörden mit Verschlusssachen umgehen, werden Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt. In diesen Fällen ist die Landesdirektion Sachsen zuständig.

Das LfV Sachsen fungiert im Auftrag der zuständigen Stelle als mitwirkende Behörde bei der Sicherheitsüberprüfung. Die vorgesehene sicherheitsempfindliche Tätigkeit bestimmt die Art der durchzuführenden Sicherheitsüberprüfung (§§ 8 bis 10 SächsSÜG).

Sabotageschutzüberprüfungen

Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002 der vorbeugende personelle Sabotageschutz konstituiert.

Anders als beim personellen Geheimschutz, der dem Schutz staatlicher Verschlusssachen

dient, soll durch den personellen Sabotageschutz der Schutz lebenswichtiger Einrichtungen vor Sabotage gewährleistet werden.

In der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Feststellung lebenswichtiger Einrichtungen im Freistaat Sachsen (Sächsische Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung) vom 22. September 2010 wurden lebenswichtige Einrichtungen im Sinne des Sabotageschutzes bestimmt. Gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG handelt es sich dabei um Einrichtungen,

- deren Beeinträchtigung aufgrund ihrer kurzfristig nicht ersetzbaren Produktion oder Dienstleistung die Versorgung großer Teile der Bevölkerung ernsthaft und nachhaltig gefährden kann,
- deren Beeinträchtigung aufgrund der ihnen anhaftenden betrieblichen Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann oder
- die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind und deren Beeinträchtigung erhebliche Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung und somit Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung hervorrufen können.

Personen, die an einer sicherheitsempfindlichen Stelle in einer lebenswichtigen Einrichtung beschäftigt werden, üben nach dem SächsSÜG eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit aus und müssen sich daher einer einfachen Sicherheitsüberprüfung (Ü1) gemäß § 8 SächsSÜG unterziehen.

2.2 Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz regelt neben der Herstellung, Kennzeichnung und Vervielfältigung von Verschlusssachen (VS) auch den Zugang hierzu sowie auch Aufbewahrung, Verwaltung, Transport und Vernichtung von VS. Auch werden Maßnahmen bei der Verletzung von Geheimschutzvorschriften festgelegt. Die einschlägigen Regelungen finden sich in der Verschlusssachenanweisung.

Die Mitarbeiter des Bereiches Materieller Geheimschutz des LfV Sachsen beraten öffentliche Stellen bei der Umsetzung der Bestimmungen der Verschlusssachenanweisung. So wurden im Jahr 2012 im Zuge der Einführung der bundesweiten Rechtsextremismusdatei

(RED) die am Verfahren teilnehmenden sächsischen Polizeidirektionen beraten. Dadurch konnten die erforderlichen Voraussetzungen für den sicheren Betrieb des Verfahrens in baulicher, technischer und organisatorischer Hinsicht geschaffen werden.

Wirtschaftsunternehmen, die VS-Aufträge sächsischer Landesbehörden realisieren sollen, werden in Zusammenarbeit mit der Landesdirektion Sachsen nach der Durchführung eines Geheimschutzverfahrens in die Geheimschutzbetreuung des Freistaates Sachsen überführt. In dem Geheimschutzverfahren werden sämtliche Maßnahmen, die dem Schutz und der Geheimhaltung von VS dienen, vorgegeben.

2.3 Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagungs- oder Ausschlussgründen

Das LfV Sachsen unterstützt andere Behörden bei der Überprüfung von Personen oder der Erteilung von Erlaubnissen auf der Grundlage folgender Gesetze:

- **Luftsicherheitsgesetz** (LuftSiG) – für Personen, die zum sicherheitsempfindlichen Bereich des Luftverkehrs Zutritt haben sollen.
- **Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe** (Sprengstoffgesetz – SprengG) – für Personen, die gewerbsmäßig, selbstständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung oder eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern mit explosionsgefährlichen Stoffen umgehen oder den Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen betreiben wollen.

- **Gesetz über die friedliche Verwendung von Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren** (Atomgesetz – AtG) – für Personen, die beim Umgang mit radioaktiven Stoffen oder bei der Beförderung von radioaktiven Stoffen oder bei der Errichtung oder dem Betrieb von Anlagen tätig sind.
- **Waffengesetz** (WaffG) – für Personen, die Umgang mit Waffen oder Munition haben.
- **Verordnung über das Bewachungsgewerbe** (Bewachungsverordnung – BewachV) – für Personen, die im Bewachungsgewerbe tätig sein sollen.

Auf Anfrage der zuständigen Behörden wird geprüft, ob Erkenntnisse vorliegen und diese gemäß den gesetzlichen Regelungen mitgeteilt werden dürfen. Im Jahr 2012 wurden insgesamt

5.935 Anfragen an das LfV Sachsen gestellt. Ein Schwerpunkt war das Bewachungsgewerbe mit 1.816 Anfragen. Für Sachsen gilt, dass für alle Antragsteller eine schriftliche Anfrage an das LfV Sachsen gestellt werden muss (Regelanfrage).

Des Weiteren unterstützt das LfV Sachsen, soweit gesetzlich vorgeschrieben, die zuständigen Ausländerbehörden bei der

- Prüfung von Ausschlussgründen bei **Einbürgerungsbewerbern** gemäß Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) und
- Prüfung von Versagungs- und Ausweisungsgründen vor **Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels** für Ausländer gemäß dem Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).

Neben der Mitteilung der offen verwertbaren Erkenntnisse an die Ausländerbehörden, beteiligt sich das LfV Sachsen in Einzelfällen an Sicherheitsbefragungen mit Ausländern. Im Jahr 2012 wurden vom LfV Sachsen 1.621 Anfragen zu Einbürgerungsbewerbern und 6.268 Anfragen in Aufenthaltsverfahren bearbeitet.

IV Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz auf einen Blick

Welche Aufgaben hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen?

Der Verfassungsschutz ist Garant der wehrhaften Demokratie. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, rechtzeitig vor Gefahren zu warnen, die unserem freiheitlichen Rechtsstaat – insbesondere durch Extremisten, Terroristen oder Spione – drohen.

Die konkreten Aufgaben ergeben sich aus dem „Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen“ (SächsVSG)³¹⁶. Dem LfV Sachsen obliegt demnach die Sammlung und Auswertung von Informationen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. In diesem Zusammenhang beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen aus den nachfolgend genannten Bereichen.

■ Extremistische Bestrebungen

Eine Bestrebung ist extremistisch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch politisch bestimmte Verhaltensweisen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen.

Bestrebungen dieser Art gehen insbesondere von rechts-, links- oder ausländerextremistischen

Gruppierungen aus. In § 3 Absatz 2 SächsVSG sind die obersten Verfassungsgrundsätze benannt. Der Verfassungsschutz dient somit dem Schutz des Kernbestandes der verfassungsmäßigen Ordnung.

Zudem beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sowie solche Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind.

Soweit extremistische Bestrebungen darauf abzielen, ihre Ziele mittels Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum Anderer, insbesondere durch schwere Straftaten nach § 129a Abs.1 Strafgesetzbuch (StGB), zu erreichen, haben sie einen terroristischen Charakter.

■ Spionageabwehr

Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

Auch die Beobachtung fortwirkender Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und

³¹⁶ Das SächsVSG ist abrufbar unter www.verfassungsschutz.sachsen.de.

Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie die mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer ist Bestandteil der Spionageabwehr.

Zudem ist die Aufklärung von Proliferation³¹⁷ Teil der Spionageabwehr.

Neben diesen Aufgaben nimmt das LfV Sachsen so genannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

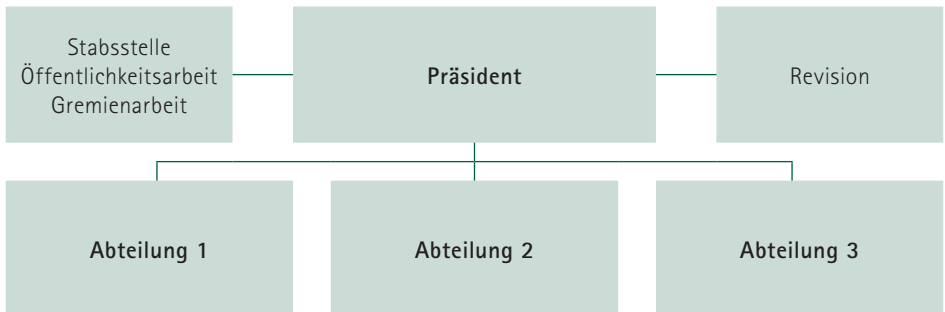
Ebenso wirkt das LfV Sachsen auf Ersuchen mit bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung im öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern und
- Überprüfungen, soweit diese gesetzlich vorgesehen sind, z.B. nach dem Aufenthalts-, dem Atom-, dem Sprengstoff- und dem Luftsicherheitsgesetz.

Wie ist das LfV Sachsen organisiert?

Das LfV Sachsen wurde am 3. November 1992 durch die Sächsische Staatsregierung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) errichtet.

Die Organisation stellt sich wie folgt dar:



³¹⁷ Als Proliferation wird die illegale Herstellung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie sowie Mitteln und Know-how zu deren Entwicklung und Herstellung bezeichnet.

Wie sammelt der Verfassungsschutz seine Informationen?

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Um verfassungswidrige Bestrebungen feststellen zu können, wertet der Verfassungsschutz u.a. Parteiprogramme, Satzungen, Publikationen, Flugblätter und Internetseiten, die Reden von Funktionären und anderes öffentliches Material aus. Außerdem bezieht er seine Informationen aus öffentlichen Veranstaltungen oder holt sie von anderen Behörden ein, soweit das SächsVSG oder andere Gesetze dies zulassen.

Bei im Verborgenen stattfindenden Aktivitäten ist der Verfassungsschutz gesetzlich ermächtigt, so genannte nachrichtendienstliche Mittel bei der Informationsgewinnung einzusetzen. Dabei ist er insbesondere an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln zählen:

- der Einsatz von Vertrauensleuten (V-Leuten), Informanten und Gewährspersonen, d. h. von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen oder logistische bzw. sonstige Hilfe leisten, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation, d.h. das verdeckte Beobachten von Personen und Objekten,
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verborgen werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen,

- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- die Wohnraumüberwachung.

Die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist ein sehr bedeutender Eingriff in das als Grundrecht geschützte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Grundgesetz [GG] und Art. 27 Sächsische Verfassung [SächsVerf]). Diese Maßnahme ist deshalb in einem besonderen Gesetz geregelt, dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10)³¹⁸. Demnach dürfen u.a. Telefongespräche nur mitgehört und aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z.B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant oder begangen werden bzw. wurden.

Der Präsident des LfV Sachsen muss einen entsprechenden Antrag beim SMI stellen. Nur der Staatsminister des Innern oder sein Stellvertreter können einen solchen Eingriff anordnen. Über die vorgesehenen Beschränkungsmaßnahmen wird die vom Sächsischen Landtag gewählte G 10-Kommission unterrichtet, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen entscheidet.

Das SächsVSG lässt in besonderen Fällen ebenfalls einen Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG und Art. 30 SächsVerf) zu. Zum Schutz dieses

³¹⁸ Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen sind unter www.verfassungsschutz.sachsen.de abrufbar.

Grundrechte sind die Voraussetzungen für eine Wohnraumüberwachung in einem gesonderten Paragraphen (§ 5a) des SächsVSG geregelt worden. Danach dürfen technische Mittel zur Informationsgewinnung in Wohnräumen nur dann verdeckt eingesetzt werden, wenn die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach dem G 10 vorliegen und darüber hinaus der verdeckte Einsatz zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

Zusätzlich wurden zur Gewährleistung der Grundrechte besondere Vorkehrungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung (Intimsphäre) und von Berufsgeheimnisträgern (z.B. Geistliche, Strafverteidiger) getroffen. Ebenso wurden zum Schutz der aus einer Wohnraumüberwachung gewonnenen Daten besonders restriktive Vorschriften zu deren Löschung und Übermittlung in das SächsVSG eingefügt.

Über die Anordnung einer Wohnraumüberwachung entscheidet auf Antrag des LfV Sachsen eine besondere Kammer des Landgerichtes. Zusätzlich ist die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages (PKK) über angeordnete Wohnraumüberwachungen zu unterrichten.

Was geschieht mit den Informationen, die das LfV Sachsen sammelt?

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert, d.h. sie werden gesichtet, geprüft und bewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage für die Berichterstattung des LfV Sachsen gegenüber:

- dem Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI),
- anderen Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern,
- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet der Bundeswehr wahrnimmt, und dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Auslandsaufklärung betreibt,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- der Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- zur Verhinderung bzw. Verfolgung von durch Extremisten, Terroristen und Spione begangenen Straftaten,
- zur Vorbereitung von Vereins- oder Parteiverboten,
- zur Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Aktivitäten.

Verfassungsschutz und Polizei

Verfassungsschutz und Polizei sind getrennt organisiert und mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet. Dieses Trennungsgebot ist in Artikel 83 Absatz 3 der Sächsischen Verfassung wie auch im § 1 Absatz 4 des Sächs-VSG verankert. Es besagt insbesondere, dass der Verfassungsschutz keiner Polizeibehörde angegliedert werden darf. Zudem gibt es keinen unbeschränkten Informationsaustausch untereinander. Auch stehen dem Verfassungsschutz Zwangsbefugnisse, wie sie der Polizei eingeräumt sind, nicht zu. Er darf also weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnahmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. Der Verfassungsschutz hat vielmehr reine Beobachtungsbefugnisse. Unabhängig davon sind Verfassungsschutz und Polizei – neben anderen Sicherheitsbehörden und Justiz – gefordert, die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu schützen und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Dies erfordert eine enge und bestmögliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen. Dabei steht das Trennungsgebot einer engen informationellen und frühzeitigen Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz nicht entgegen.

Welche Maßnahmen führt das LfV Sachsen im Rahmen seiner öffentlichen Berichterstattung durch?

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Sie stellt einen wichtigen Präventionsbeitrag dar und soll die

gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Die breite Öffentlichkeitsarbeit des LfV Sachsen umfasst deshalb vielfältige Maßnahmen, die für die Bedarfsträger kostenfrei sind. Dazu zählen:

I die Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

In Vorträgen und öffentlichen Diskussionsrunden informiert das LfV Sachsen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung – über politischen Extremismus allgemein und speziell über dessen Erscheinungsformen im Freistaat Sachsen sowie über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes. Solche Veranstaltungen werden vor allem an Schulen, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz und der Bundeswehr durchgeführt. Darüber hinaus werden zum Schutz von Forschung und Wirtschaft vor Spionage durch fremde Nachrichtendienste Firmen, Verbände und Forschungseinrichtungen in Vorträge über die Gefahren der Wirtschaftsspionage und Proliferation informiert und Handlungsempfehlungen gegeben.

I die Information kommunaler Verantwortungsträger

In Beratungsgesprächen informiert das LfV Sachsen kommunale Entscheidungsträger über regionale extremistische Bestrebungen und Aktivitäten, damit Gegenstrategien entwickelt werden können.

I **das „Forum starke Demokratie“**

Ziel des organisatorisch beim LfV angesiedelten Forums ist die Unterstützung vor allem örtlicher staatlicher und kommunaler Entscheidungsträger bei der Bekämpfung des Extremismus. Sie sollen in die Lage versetzt werden, extremistische Bestrebungen frühzeitig und möglichst sicher zu erkennen und die rechtlich und tatsächlich möglichen und gebotenen Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Zudem will das Forum die engere Zusammenarbeit von staatlichen bzw. kommunalen und nichtstaatlichen Trägern der Extremismusprävention fördern.

I **Fachtagungen**

Das LfV Sachsen führt gemeinsam mit der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg Fachtagungen zum Extremismus durch. Die Themen der beiden bisherigen Fachtagungen im August 2012 und im Januar 2013 lauteten:

- I „Verfassungsfeinde und das Kapital-Finanzströme im Rechtsextremismus“ und
- I „Rechtsextremismus zwischen ‚Mitte der Gesellschaft‘ und Gegenkultur“.

Referenten aus Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Medien diskutierten diese Themen mit jeweils über 170 Gästen aus Politik und Landesverwaltungen, Verfassungsschutz, Polizei, Vertretern der Kommunen und Landkreise sowie zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Fachtagungen dienen darüber hinaus auch der weiteren Vernetzung der maßgeblichen Akteure.

I **die Herausgabe von Broschüren**

Die präventive Aufklärung der Öffentlichkeit über den Extremismus erfolgt auch durch die Herausgabe entsprechender

Publikationen, die teilweise in Zusammenarbeit mit Verfassungsschutzbehörden anderer Länder erstellt wurden. Die Publikationen sind für Interessenten kostenlos. Sie können als Broschüre bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

I **die Internetpräsentation**

Das Web-Angebot des LfV Sachsen unter der Adresse <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de> beinhaltet Informationen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie Mitteilungen zu aktuellen Sachverhalten aus den Beobachtungsfeldern. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages anderer Verfassungsschutzbehörden. Außerdem können vom LfV Sachsen herausgegebene Broschüren heruntergeladen oder online bestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, per E-Mail über verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de Kontakt mit dem LfV Sachsen aufzunehmen.

I **die Pressearbeit**

Die Information der Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen erfolgt zudem über die Medien.

I **die Ausstellung „In guter Verfassung“³¹⁹**

Die gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erarbeitete interaktive Wanderausstellung richtet sich insbesondere an Jugendliche und an Lehrpersonal. Sie beantwortet u. a. folgende Fragen: Was bedeutet eigentlich „freiheitliche demokratische Grundordnung? Was macht unsere Demokratie konkret aus.“

³¹⁹ Die Inhalte der Ausstellung können auf der Internetseite <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/jgv.html> abgerufen werden.

Welche grundlegenden Elemente beinhaltet sie und wie schützt sie sich gegenüber denjenigen, die sie beseitigen wollen? Die Ausstellung bietet Lehrenden die Möglichkeit, Gemeinschaftskunde oder Politikunterricht erlebnisorientiert außerhalb von Klassen- oder Seminarräumen stattfinden zu lassen.

Wer kontrolliert das LfV Sachsen und welche Rechte haben Betroffene?

Das SMI kontrolliert als Fachaufsichtsbehörde die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.

Darüber hinaus finden Kontrollen statt durch:

I die PKK des Sächsischen Landtages

Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des SMI über das LfV Sachsen und hinsichtlich dessen Tätigkeit.

I die G 10-Kommission des Sächsischen Landtages

Diese Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem G 10, d. h. Maßnahmen der Brief-, Post- und Telekommunikationsüberwachung.

I den Sächsischen Datenschutzbeauftragten

Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Er prüft, ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt, verarbeitet oder übermittelt.

Jeder Bürger kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Erhebung

und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.

I den Sächsischen Rechnungshof

Er kontrolliert die Verwendung der Haushaltsmittel des LfV Sachsen.

I die Gerichte

Jeder Bürger hat das Recht, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn er geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein. Außerdem prüft ein Gericht die Zulässigkeit von Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.

I die Öffentlichkeit

Durch die Medienberichterstattung wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erfährt damit auch deren Kontrolle.

I interne Prüfungen

Auch im LfV Sachsen intern finden Kontrollen statt, so z. B. durch die Revision, den behördlichen Datenschutzbeauftragten, den G10-Aufsichtsbeamten sowie den Behördlichen Beauftragten für den Haushalt.

2. Glossar der Verfassungsschutzbehörden

Anti-Antifa

Unter dem Begriff „Anti-Antifa“ verfolgen Neonazis in Anlehnung an Terminologie und Vorgehensweise von Linksextremisten ein Konzept zur Erfassung und Veröffentlichung von Daten über politische Gegner. Mit der Begriffswahl wollen sie verdeutlichen, dass ihr Handeln eine Reaktion auf linksextremistische Aktivitäten darstellt und als solche auch militante Aktionsformen umfassen kann. Ihre Aktivitäten weisen bisher in der Regel einen propagandistischen Charakter auf und zielen vornehmlich auf die Verunsicherung des Gegners ab. Als Gegner werden dabei auch Angehörige der Sicherheitsbehörden angesehen.

ANTIDEUTSCHE

Anhänger einer antideutschen Ideologie bilden eine Besonderheit innerhalb der gewaltbereiten linksextremistischen Szene und tragen zu einer deutlichen Polarisierung im linksextremistischen Gefüge bei. Hauptbestandteil antideutscher Ideologie ist die bedingungslose Solidarität mit der Politik des Staates Israels und dem jüdischen Volk. ANTIDEUTSCHE sprechen sich – in Befürchtung eines neuerlichen, von Deutschland ausgehenden Holocaust – für eine massive Unterstützung des Staates Israels und des Judentums aus und stehen oft positiv zu den USA als deren Schutzmacht. ANTIDEUTSCHE befürchten ein Erstarken des deutschen Nationalismus und ein großdeutsches „Viertes Reich“, sie lehnen daher einen deutschen Nationalstaat insgesamt ab. Im linksextremistischen Umfeld treten ANTIDEUTSCHE verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor.

Antifa, autonome

Der „antifaschistische Kampf“ ist ein Hauptagitationsfeld von AUTONOMEN. Aus ihrer Sicht ist es geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. In autonomen Publikationen und Stellungnahmen wird für Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Kundgebungen geworben. Die Agitation richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und „Steckbriefe“ von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen auch anzugreifen. Im Rahmen der „antifaschistischen Selbsthilfe“ werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden.

Antifaschismus

„Antifaschismus“ als Begriff wird auch von Demokraten verwendet, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen. Mehrheitlich nehmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich in Anspruch. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern immer auch gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere Angehörige der Sicherheitsbehörden.

Ausländerextremismus

Extremistische Ausländerorganisationen verfolgen in Deutschland Ziele, die häufig durch

aktuelle Ereignisse und politische Entwicklungen in ihren Heimatländern bestimmt sind.

Entsprechend ihrer politischen Ausrichtung handelt es sich dabei zum Beispiel um linksextremistische Organisationen (z. B. die türkische REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI-FRONT (DHKP-C)), soweit sie in ihren Heimatländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches Herrschaftssystem anstreben oder um nationalistische Organisationen, die ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation haben und die Rechte anderer Völker missachten. Daneben gibt es separatistische Organisationen, die eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bereits bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates verfolgen. Die größte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ausländerextremistische Organisation in Deutschland ist nach wie vor die unter der Bezeichnung PKK bekannte ARBEITER-PARTEI KURDISTANS.

Derartige Organisationen unterliegen der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, wenn:

- sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten, indem sie hier z. B. versuchen, eine ihren Grundsätzen entsprechende Parallelgesellschaft zu errichten,
- sie ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- sie vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder unterstützen und dadurch auswärtige Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Staaten gefährden,
- sich ihre Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

AUTONOME

Kennzeichnend für die Bewegung der Autonomen, die über kein einheitliches ideologisches Konzept verfügt, ist die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen und Zwänge, die Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen und der Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen, wobei Gewalt von Autonomen grundsätzlich als Aktionsmittel („militante Politik“) akzeptiert ist. Autonome bilden den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials. Das Selbstverständnis der heterogenen autonomen Bewegung ist geprägt von Anti-Einstellungen („antikapitalistisch“, „antifaschistisch“, „antipatriarchal“). Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten. Eine klassische Form autonomer Gewalt ist die so genannte Massenmilitanz. Das sind Straßenkrawalle, die sich im Rahmen von Demonstrationen oder im Anschluss daran entwickeln. Hierbei kommt es regelmäßig auch zu Gewaltexzessen.

AUTONOME NATIONALISTEN

Mit den AUTONOMEN NATIONALISTEN trat in den letzten Jahren eine Strömung innerhalb des deutschen Neonationalsozialismus öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Angehörige der AUTONOMEN NATIONALISTEN traten oft mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte und politische Gegner auf, dies insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen, wo sich AUTONOME NATIONALISTEN bisweilen verummummt zu so genannten „Schwarzen Blöcken“ zusammenschlossen. Zudem übernahmen sie in Teilen Stilelemente anderer Jugendsubkulturen und traten ähnlich gekleidet auf wie militante Linksextremisten (AUTONOME). Innerhalb

der Neonazi-Szene waren AUTONOME NATIONALISTEN vor allem wegen ihres öffentlichen Erscheinungsbildes und ihrer Gewaltbereitschaft umstritten. In Sachsen traten AUTONOME NATIONALISTEN hauptsächlich als Aktionsform auf. In jüngerer Vergangenheit ist ein öffentlichkeitswirksames Auftreten von AUTONOMEN NATIONALISTEN im Freistaat Sachsen nicht mehr zu beobachten.

Bestrebungen, extremistische

Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Bestrebungen alle auf ein Ziel gerichtete Aktivitäten. Extremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Dazu gehören Vorbereitungshandlungen, Agitation und Gewaltakte.

Es ist zu unterscheiden zwischen

- Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen.

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist,

den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen.

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder eines Landesverfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen.

Extremismus/Radikalismus

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen „Extremismus“ und „Radikalismus“, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind z.B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung

ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, so lange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.

Fanzine

Der Begriff setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen und bezeichnet in der Regel subkulturelle Publikationen. In der rechtsextremistischen Szene informieren diese Publikationen über Musikgruppen, Tonträger, Konzerte sowie sonstige Szeneveranstaltungen. Aktivisten und rechtsextremistische Gruppierungen erhalten in Interviews Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Verbreitung ihres Gedankengutes. Das Medium verlor mit der Verlagerung der Kommunikation in das Internet sehr stark an Bedeutung. Zwar erscheinen weiterhin Fanzines, herausgegeben von zumeist langjährigen Szeneangehörigen, diese Publikationen haben jedoch eher traditionellen, nostalgischen Charakter, als dass sie der Information breiter Szenekreise dienen.

FREIE NATIONALISTEN/FREIE KRÄFTE

Das Konzept der FREIEN NATIONALISTEN (bzw. FREIE KRÄFTE) wurde Mitte der 1990er Jahre von Neonazis als Reaktion auf die zahlreichen Vereinsverbote entwickelt. Ziel war es, die zersplitterte neonazistische Szene unter Verzicht auf vereinsmäßige Strukturen („Organisierung ohne Organisation“) zu bündeln, ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig Verbotmaßnahmen zu verhindern. Ein Großteil der FREIEN NATIONALISTEN sammelte sich in rechtsextremistischen KAMERADSCHAFTEN. Ab Mitte der 2000er Jahre setzte ein erneuter Strukturwandel in

der Kameradschaftsszene ein, der von einer weiteren Lockerung der Organisationsstrukturen gekennzeichnet war. Damit wurde das Ziel verfolgt, dem Staat noch weniger Angriffsfläche zu bieten. Im Freistaat Sachsen ist jedoch zwischenzeitlich wieder der Trend hin zur Bildung festerer Strukturen zu beobachten, welche häufig unter wechselnden Namen in der Öffentlichkeit agieren.

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Damit ist nicht die Verfassung bzw. das Grundgesetz in seiner Gesamtheit gemeint, sondern die unabänderlichen obersten Wertprinzipien als Kernbestand der Demokratie. Diese fundamentalen Wertprinzipien bestimmen die Gesetzgebung des Bundes und der Länder, so auch die Verfassungsschutzgesetze.

Zu diesen Grundsätzen gehören folgende Verfassungsprinzipien:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch Organe der Gesetzgebung und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der als „normal“ erachteten Umwelt unterscheiden.

Die mit dieser Zuweisung typischerweise verbundenen vermeintlich minderwertigen Eigenschaften werden als Rechtfertigung für einschlägige Straftaten missbraucht. Insbesondere das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert.

Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)

Das GETZ wurde im November 2012 zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus, des Linksextremismus/-terrorismus, des Ausländerextremismus/-Terrorismus, der Spionage sowie der Proliferation eingerichtet. Im Rahmen des Gremiums tauschen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Informationen zu den genannten Phänomenbereichen aus. Dabei soll die Fachexpertise der Sicherheitsbehörden gebündelt und ein möglichst lückenloser Informationsfluss gewährleistet werden.

Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)

Im GIZ beobachten seit 2007 sprachkundige Experten der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder das Internet hinsichtlich islamistischer und islamistisch-terroristischer Inhalte.

Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

Das 2004 eingerichtete „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin-Treptow mit einer „Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle“ (NIAS) sowie

einer „Polizeilichen Informations- und Analysestelle“ (PIAS) konzentriert die Experten für Terrorismusabwehr der deutschen Sicherheitsbehörden an einem Ort. Im GTAZ sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Bundeskriminalamt (BKA), die Landeskriminalämter und der Bundesnachrichtendienst (BND) eingebunden. Weitere Teilnehmer sind Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Vertreter der Generalbundesanwaltschaft. Die Abstimmung von Bewertungen und Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird durch die dortige Zusammenarbeit erleichtert und beschleunigt.

Islamismus

Der Begriff des Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott (Allah) ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes (GG), insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Islamisten halten die Etablierung einer islamischen Gesellschaftsordnung für unabdingbar. Dieser Ordnung sollen letztlich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden.

Islamistische Organisationen – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen:

- Organisationen, die in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der

bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben. In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf propagandistischen Aktivitäten sowie der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.

- Andere islamistische Gruppierungen in Deutschland verfolgen eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie. Auch sie streben eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamischen Staatswesens an. Sie bemühen sich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie, ihren Anhängern in Deutschland größere Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen.

Islamistischer Terrorismus

Islamistischer Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für islamistische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Unter „Homegrown“-Terrorismus sind islamistische Strukturen oder Strukturansätze zu verstehen, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Die Personen sind zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen, stehen jedoch aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüber und erachten die Errichtung

einer islamistischen Gesellschaftsordnung für erstrebenswert. Gemeinsames Kennzeichen dieses Personenkreises ist, dass er von der pan-islamischen AL-QAIDA-Ideologie beeinflusst wird.

Lediglich ein sehr kleiner Teil zum Islam konvertierter Personen macht sich islamistisches Gedankengut zu eigen und engagiert sich für islamistische Ziele. Die Rolle von Konvertiten in islamistischen/islamistisch-terroristischen Strukturen erklärt sich u. a. aus der Motivation, sich gegenüber Glaubensbrüdern als besonders gute Muslime (hier: Islamisten) beweisen zu wollen. Sie weisen zudem aufgrund ihrer Kenntnis der westlichen Gegebenheiten strategische Vorteile auf.

Jihad

Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs ist „Anstrengung“ oder „Bemühung“. Es gibt zwei Formen des Jihad: die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (so genannter großer Jihad) oder der kämpferische Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (so genannter kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses Jihad ihren gewalttätigen Kampf/„heiligen Krieg“ gegen die angeblichen Feinde des Islam.

KAMERADSCHAFTEN, rechtsextremistische (im Freistaat Sachsen)

Bei KAMERADSCHAFTEN handelt sich um Gruppierungen, die

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation besitzen,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung aufweisen,
- eine zumindest rudimentäre Struktur besitzen und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonationalsozialistischen Grundorientierung haben.

Die KAMERADSCHAFTEN sind im Wesentlichen von zwei Formen bestimmt:

- Subkulturell geprägte KAMERADSCHAFTEN
Diese besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Dementsprechend beschränken sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den regionalen Bereich und oft auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten.
- Neonationalsozialistische KAMERADSCHAFTEN
Diese weisen klar erkennbare Führungsstrukturen auf und sind stark politisch ausgerichtet. In ihren weltanschaulichen Grundpositionen werden zunehmend anti-kapitalistische Elemente sichtbar. Gefordert werden ein Nationaler Sozialismus und die Volksgemeinschaft. Darüber hinaus bestehen auch kameradschaftsähnliche Strukturen, die in Sachsen u.a. unter wechselnden Bezeichnungen wie FREIE KRÄFTE, NATIONALE SOZIALISTEN etc. in Erscheinung treten. Dabei verwenden sie oft einen auf einen Ort oder eine Region hinweisenden Namenszusatz.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftliche“ Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao und andere,
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen,
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft,
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugte oder – je nach den konkreten Bedingungen – taktisch einzusetzende Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten: In Parteien oder anderen festgefügtten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten,
- AUTONOME, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre: In losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität an.

Mujahid

Als Mujahidin (Plural für: „Kämpfer im Jihad“) werden Islamisten bezeichnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich

- am „gewaltsamen Jihad“ selbst beteiligen oder beteiligt haben oder
- für die Teilnahme am „gewaltsamen Jihad“ ausbilden lassen oder bereits haben ausbilden lassen oder
- am „gewaltsamen Jihad“ beteiligt werden, z. B. auf Grund entsprechender Äußerungen.

Arabische Muslime verschiedener Nationalität stellen einen überproportional großen Teil der Mujahidin.

Neonazismus/Neonationalsozialismus

Der Neonationalsozialismus bezieht sich auf die Weltanschauung des „Dritten Reiches“ und macht diese zur Grundlage seiner politischen Zielvorstellungen. Elementare Bestandteile der neonationalsozialistischen Weltanschauung sind Nationalismus und Rassismus sowie die Forderung nach einem autoritären „Führerstaat“ unter Ausschaltung wesentlicher Elemente demokratischer Gewaltenteilung. Abgrenzungskriterien zum subkulturell geprägten Rechtsextremismus sind bei Neonazi-AktivistInnen der stärker ausgeprägte Wille zur politischen Arbeit sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit inhaltlichen Aspekten des Weltbildes der Neonationalsozialisten.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde zum 1. Januar 2001 eingeführt. Erfasst werden alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sog. klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und zentral durch das Bundeskriminalamt unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt.

Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- Politisch motivierte Kriminalität – rechts,
- Politisch motivierte Kriminalität – links,
- Politisch motivierte Ausländerkriminalität,
- Sonstige politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund.

Proliferation

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Waffenträgersystemen bzw. der zu deren Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-how.

Rechtsextremismus

Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Feinde des demokratischen Verfassungsstaates, sie haben ein autoritäres Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem nach dem Führerprinzip aufgebauten Staatswesen ausgeprägt ist. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ bestimme den Wert eines Menschen. Offener oder immanner Bestandteil aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist zudem der Antisemitismus. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

s. a. AUTONOME NATIONALISTEN, FANZINE, KAMERADSCHAFTEN, FREIE NATIONALISTEN/FREIE KRÄFTE,

Neonazismus/Neonationalsozialismus, Skinheads

Salafismus

Die salafistische Bewegung strebt eine Rückkehr zum Vorbild der „lauteren Vorfahren“ (as-salaf as-salih) und damit zu einem fiktiven „Urislam“ an. Zentrale Merkmale dieser Religionsinterpretation sind die strikte Konzentration auf Koran und Prophetentradition (sunnā) als handlungsweisende Texte, die Ablehnung aller Neuerungen, die als unvereinbar mit dem „wahren islamischen Geist“ gelten, das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes (tauhid), die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia) sowie eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften.

Viele der dabei vertretenen Ansichten kollidieren mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Skinheads, rechtsextremistische

Rechtsextremistische Skinheads sind immer noch ein geringer Bestandteil des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland, ihr Anteil und ihre Bedeutung sind im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen. Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt (s. auch Subkulturelle Rechtsextremisten). Das Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Skinheads entspricht heute nicht mehr dem eines typischen Skinheads in den 1980er und 1990er Jahren.

Spionage

Als Spionage wird die Tätigkeit für den Nachrichtendienst einer fremden Macht bezeichnet, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist. Die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, erfolgt

zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden. Soweit Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, kommt eine Strafbarkeit gemäß §§ 93 ff. StGB in Betracht.

Subkulturelle Rechtsextremisten

Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt und häufig mehr auf Freizeitgestaltung als auf politische Arbeit ausgerichtet. Auch verfügen die meisten subkulturellen Rechtsextremisten nicht über ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild. Sie vertreten jedoch rechtsextremistische Anschauungen, die sich in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigen. Subkulturelle Rechtsextremisten stellen ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und deren angebliche Überlegenheit in den Mittelpunkt und definieren ihre Feindbilder auf diese Weise. Die rassistische Einstellung wird mit dem Schlagwort „white power“ zusammengefasst. Die subkulturelle rechtsextremistische Szene zeichnet sich größtenteils durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus, die maßgeblich zu den rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten beiträgt.

Jugendliche finden auch über die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Subkultur und insbesondere über die für die Szene wichtige rechtsextremistische Musik Zugang zu einer nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankenwelt. Musik spielt nicht nur für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Bewegung eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Texte von rechtsextremistischen Musikgruppen prägen weltanschauliche Vorstellungen, Konzerte haben eine bedeutende Rolle für den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Szene. Oft sind Musik und Konzerte Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Parteien oder Neonazis,

die hierüber versuchen, Jugendliche an ihre politischen Vorstellungen heranzuführen. Weltweite Strömungen innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene mit einer szeneeigenen Bedeutung sind BLOOD&HONOUR und die HAMMERSKINS, beides rassistische Bewegungen, die ein elitäres Selbstverständnis pflegen. Vor allem BLOOD&HONOUR, dessen deutscher Zweig, die BLOOD&HONOUR-Division Deutschland, im Jahr 2000 durch den Bundesinnenminister verboten wurde, trat in der Vergangenheit immer wieder durch die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten in Erscheinung.

Spionageabwehr

Die Spionageabwehr beschäftigt sich mit der Aufklärung und Abwehr bzw. Verhinderung von Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste. Dazu sammelt sie Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und wertet sie aus, mit dem Ziel, Erkenntnisse über Struktur, Aktivitäten, Arbeitsmethoden, nachrichtendienstliche Mittel und Zielobjekte dieser Nachrichtendienste zu gewinnen.

Die Spionageabwehr gehört gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Terrorismus

Terrorismus ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Verfassungsfeindlich

Verfassungsfeindlich (= extremistisch) sind politische Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

s. a. verfassungswidrig

Verfassungsschutzbehörden

Das BVerfSchG verpflichtet Bund und Länder, eigene Verfassungsschutzbehörden aufzubauen. Der Bund kam dieser Pflicht durch Errichtung des BfV am 7. November 1950 nach. Die Länder folgten alsbald. Auch in den neuen Bundesländern wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands schrittweise Behörden für Verfassungsschutz aufgebaut, so dass es nun 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz in Deutschland gibt. Einige Länder errichteten eigenständige Verfassungsschutzbehörden, andere wiesen die Aufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes einer Abteilung ihres Innenministeriums/-senats zu. Hierfür gelten die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze der Länder.

Verfassungswidrig

Umgangssprachlich häufig synonym mit „verfassungsfeindlich“ zu finden.

Über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG).

Parteien sind verfassungswidrig, wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Es genügt nicht, wenn die Partei die freiheitliche demokratische Ordnung nicht anerkennt, sie ablehnt oder ihr andere Prinzipien entgegenhält. Es muss vielmehr

eine aktiv-kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung hinzukommen. Die Organisation muss also planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen und im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.

Wirtschaftsschutz

Als Wirtschaftsschutz werden staatliche Maßnahmen bezeichnet, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-how-Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage ist Teil der Spionage, der die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen beinhaltet. Betreibt hingegen ein konkurrierendes Unternehmen eine private Ausforschung, handelt es sich um Konkurrenzausspähung, die häufig auch Industriespionage genannt wird. In den Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörden fällt ausschließlich die Wirtschaftsspionage.

3. Gesetze

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992

Rechtsbereinigt mit Stand vom 28. Mai 2006

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt:

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Befugnisse
- § 5 Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel
- § 5a Besondere Befugnisse

Zweiter Abschnitt:

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 7a Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 8 Errichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt:

Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

- § 11 Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11a Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 12a Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vierter Abschnitt:

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

Fünfter Abschnitt:

Schlussbestimmung

- § 19 In-Kraft-Treten

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1

Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für

1. die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten der Nummer 1.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

§ 2

Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand

oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- 3a. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,
4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse

geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisaufnahme durch Unbefugte,

4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der für Einbürgerung zuständigen Behörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern sowie
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach den Nummern 1 und 2 sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, geregelt.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, dass Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren

Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.
4. Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt.

Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 4

Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5

Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur

heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Eine geringere Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte nach §§ 11 oder 11a gewonnen werden kann. Die Anwendung eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn der Zweck erreicht ist oder

sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(3) Wird der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen oder zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes oder der Einsatz eines Verfassungsschutzbediensteten, der unter einer ihm verliehenen, auf Dauer angelegten, veränderten Identität ermittelt, zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 länger als 72 Stunden dauern, ist dies unverzüglich der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuzeigen.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 11. Februar 2005 (BGBl. I S. 239, 241), in der jeweils geltenden Fassung, bleibt unberührt.

(5) *aufgehoben*

...

(11) *aufgehoben*

(12) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

§ 5a

Besondere Befugnisse

(1) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes und des

Artikels 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist nur zulässig, wenn die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 G 10 vorliegen und der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(2) Die Maßnahme darf sich nur gegen den Betroffenen richten und nur in Wohnungen des Betroffenen durchgeführt werden. In Wohnungen anderer Personen ist die Maßnahme nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass sich der Betroffene dort aufhält und die Maßnahme in Wohnungen des Betroffenen allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts führen würde.

(3) Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere zu der Art der zu überwachten Räume und dem Verhältnis der zu überwachten Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erfasst werden. Gespräche oder Handlungen in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(4) Die Maßnahme ist unverzüglich abzubrechen, wenn sich während der Überwachung erste Anhaltspunkte dafür ergeben, dass

Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Im Zweifel ist unverzüglich eine gerichtliche Entscheidung über den Abbruch der Maßnahme und eine Löschung der bisher erhobenen Daten herbeizuführen. Das anordnende Gericht ist über den Verlauf und die Ergebnisse der Maßnahme zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat das Gericht den Abbruch der Maßnahme unverzüglich anzuordnen, sofern das Landesamt für Verfassungsschutz die Maßnahme nicht bereits abgebrochen hat.

(5) Erkenntnisse über Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, dürfen nicht verwertet werden. Soweit ein Verwertungsverbot in Betracht kommt, hat das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich eine Entscheidung des anordnenden Gerichts über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse herbeizuführen.

(6) Die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhobenen Daten sind dergestalt zu kennzeichnen, dass jederzeit erkennbar bleibt, aus welchen Eingriffen sie stammen. Sie dürfen durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu keinen anderen Zwecken als der Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten, auf die Absatz 1 Anwendung findet, weiter verarbeitet werden. Eine Übermittlung darf nur unter den Voraussetzungen von § 12a erfolgen.

(7) In den Fällen des § 53 StPO ist eine Maßnahme nach Absatz 1 unzulässig. Ergibt sich während oder nach der Durchführung einer Maßnahme nach Absatz 1, dass ein Fall des § 53 StPO vorliegt, gelten Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 Satz 1 und § 7a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53a StPO dürfen aus einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnene Erkenntnisse nur verwendet werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Bedeutung des zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts steht.

(8) Auf Antrag des Landesamtes für Verfassungsschutz trifft die in § 74a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannte Kammer des Landgerichts, in dessen Bezirk das Landesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz hat, die Entscheidung über die Anordnung der Maßnahme nach Absatz 1. Die Maßnahme ist auf höchstens drei Monate zu befristen und kann um jeweils nicht mehr als drei Monate verlängert werden. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4c des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809, 2819), in der jeweils geltenden Fassung, entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ergeht ohne vorherige Anhörung des Betroffenen und bedarf zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an ihn. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch den Vorsitzenden getroffen werden. Dessen Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von der Kammer bestätigt wird.

(9) In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:

1. soweit bekannt, der Name und die Anschrift des Betroffenen, gegen den sich die Maßnahme richtet,

2. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, aufgrund derer die Maßnahme nach Absatz 1 angeordnet wird,
3. die zu überwachende Wohnung oder die zu überwachenden Wohnräume,
4. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,
5. die Erwartungen an die zu erhebenden Informationen.

In der Begründung der Anordnung oder Verlängerung sind deren Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte darzulegen. Insbesondere sind anzugeben:

1. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1,
2. die wesentlichen Erwägungen zur Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme,
3. die tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne des Absatzes 3 Satz 1.

(10) Die Betroffenen sind von den nach Absatz 1 durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme, im Fall des Absatzes 11 ohne Gefährdung der für den Verfassungsschutz tätigen Person, geschehen kann. Die Mitteilung obliegt dem Landesamt für Verfassungsschutz. Sind Daten aus Maßnahmen nach Absatz 1 an Dritte übermittelt worden, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger. Betroffene im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Betroffene, gegen die sich die Maßnahme nach § 5a richtet,
2. Inhaber und Bewohner der Wohnung, in der die Maßnahmen durchgeführt worden sind,
3. sonstige überwachte Personen.

Eine Unterrichtung von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 unterbleibt, wenn überwiegende schutzwürdige Belange anderer

Betroffener entgegenstehen oder die Identität von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden könnte. Erfolgt die Benachrichtigung nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der gerichtlichen Zustimmung. Die gerichtliche Entscheidung ist vorbehaltlich einer anderen gerichtlichen Anordnung jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf den verdeckten Einsatz technischer Mittel nach Absatz 1 ausschließlich zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen für den Verfassungsschutz tätigen Person anordnen. Eine weitere Verarbeitung der hierbei erhobenen Daten, insbesondere eine Übermittlung nach § 12a, ist nur zulässig, wenn die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nach Maßgabe von Satz 1 und Absatz 1 zuvor gerichtlich festgestellt worden ist; bei Gefahr im Verzug ist die gerichtliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. In diesen Fällen gelten die Absätze 5 bis 7 und 10 entsprechend.

(12) Auch nach Erledigung einer in den Absätzen 1 und 11 genannten Maßnahme können Betroffene binnen vier Wochen nach ihrer Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anordnung sowie der Art und Weise des Vollzugs beantragen. Über den Antrag entscheidet das Gericht, das über die Anordnung der Maßnahme entschieden hat. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft.

Zweiter Abschnitt

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht gespeichert

werden. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 angefallen sind. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7

Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 3a spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz oder sein Vertreter stellt fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten gespeicherten personenbezogenen Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden und die Daten für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen. Akten, in denen personenbezogene Daten gespeichert sind, sind zu vernichten, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.

(5) Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7a

Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat personenbezogene Daten, die durch eine Maßnahme nach § 5a erhoben wurden, unverzüglich zu löschen,

1. wenn Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst wurden,
2. wenn die Daten für die in § 5a Abs. 6 Satz 2 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind; soweit die Daten für eine gerichtliche Überprüfung nach § 5a Abs. 12 von Bedeutung sein können, ist die Löschung der Daten zurückzustellen, sie sind zu sperren und dürfen nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Im Falle von Satz 1 Nr. 2 hat die Prüfung der Erforderlichkeit der Datenspeicherung unverzüglich nach ihrer Erhebung und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten zu erfolgen. Die Erhebung und Löschung der Daten ist zu dokumentieren.

(2) Im Falle der Datenübermittlung nach § 12a prüft der Empfänger unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die Daten für die Zwecke, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind, noch erforderlich sind. Sind die Daten für die bestimmten Zwecke nicht mehr erforderlich, gilt Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 entsprechend. Die Löschung ist zu dokumentieren. Der Empfänger unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich über die erfolgte Löschung.

§ 8

Errichtungsanordnung

(1) Für jede beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner in § 2 genannten Aufgaben einzurichtende automatisierte Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind in einer Errichtungsanordnung festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer und
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Satz 1 Nr. 5 ist auf Personen zu beschränken, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. Die Errichtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Errichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Erforderlichkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9

Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftsverpflichtung

erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(1a) Auskunft aus Akten, die nicht zur Person des Betroffenen geführt werden, wird erteilt, soweit der Betroffene Angaben macht, die das Auffinden der Akten ermöglichen und der für die Erteilung der Auskunft erforderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem vom Betroffenen geltend gemachten Informationsinteresse steht. Satz 1 findet auf personenbezogene Daten in nichtautomatisierten Dateien, die nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind, entsprechende Anwendung.

- (2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit
1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
 2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
 3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
 4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie

sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt Übermittlungsvorschriften

§ 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 3a genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem

Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11

Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt

für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen. Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 G 10 genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 3 G 10 entsprechende Anwendung.

§ 11a

Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach

§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummern oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(6) Auskünfte nach den Absätzen 2 bis 5 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Vertreter, schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet der Staatsminister des Innern, im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter.

(7) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAGG 10) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 464), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313, 317), über die gemäß Absatz 6 beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug darf das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. In diesen Fällen ist die Unterrichtung innerhalb von zehn Tagen nachzuholen. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit der Einholung von Auskünften. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder für nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

(8) § 2 Abs. 2 SächsAGG 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten erstreckt.

(9) Für die Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftsgeber nicht mitgeteilt werden. Für die Mitteilungen an Betroffene findet § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(10) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 16) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes in Abständen von höchstens sechs Monaten über die nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

§ 12

Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch

den Empfänger aufrechtzuerhalten. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten zu übermitteln, wenn im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur Verhinderung oder Verfolgung folgender Straftaten erforderlich ist:

1. von Staatsschutzdelikten nach §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie von Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, der Motive der Täter oder deren Verbindungen zu einer Organisation zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, und
2. von Straftaten, die gegen das Leben oder in erheblichem Maße gegen die körperliche Unversehrtheit oder gegen Sach- und Vermögenswerte von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes,

zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht oder zur Gewährleistung der Sicherheit einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3329), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter zugestimmt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die

Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 12a

Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den in § 12 genannten Behörden nur zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Lebensgefahr oder einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, für Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für herausragende Sach- oder Vermögenswerte übermitteln. Für personenbezogene Daten nach § 5a Abs. 7 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass es sich um Gegenstände von bedeutendem Wert, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, um Gegenstände von kulturell herausragendem Wert oder um die in § 305 StGB genannten Bauwerke handeln muss.

(2) Zur Verfolgung von Straftaten darf das Landesamt für Verfassungsschutz unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen nur übermitteln, soweit die Voraussetzungen des § 100c StPO vorliegen und für die Straftat eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe angedroht wird.

(3) Die Übermittlung nach den Absätzen 1 und 2 ist nur zulässig, soweit

1. sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist,
2. nach eigenen Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz ausgeschlossen werden kann, dass der Empfänger die Daten für andere Zwecke nutzt,
3. die bisherige Kennzeichnung der Daten aufrechterhalten bleibt,
4. sichergestellt ist, dass der Empfänger § 7a Abs. 2 entsprechend anwendet, und
5. die Übermittlung an ausländische Behörden nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz erfolgt.

§ 13

Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11, 12 und 12a unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,

2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder

3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14

Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvermeidbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies

für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15

Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen personenbezogene Daten bekannt gegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

§ 16

Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Die Parlamentarische Kontrollkommission

wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Staatsregierung, endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17

Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch die Unterrichtung über die nach § 5 Abs. 3 und § 5a Abs. 1 und 10 angeordneten Maßnahmen und die nach § 5a Abs. 9 getroffenen Entscheidungen. Ebenso umfasst die Unterrichtung auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie das Herstellen des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217), in der jeweils geltenden Fassung. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18

Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz können im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen), das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt

Schlussbestimmung

§ 19

In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 16. Oktober 1992

Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz)

Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298),
zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Dezember (BGBl. I
S. 2576)

Hinweis: Mittelbare Änderung durch Artikel 6 Nr. 3 Buchstabe a des Gesetzes vom
7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2576) ist berücksichtigt

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Gegenstand des Gesetzes

(1) Es sind

1. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages,
2. der Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 des BND-Gesetzes auch zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 bis 7 und § 8 Abs. 1 Satz 1 bestimmten Zwecken

berechtigt, die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen, in den Fällen der Nummer 1 auch die dem Brief- oder Postgeheimnis unterliegenden Sendungen zu öffnen und einzusehen.

(2) Soweit Maßnahmen nach Absatz 1 von Behörden des Bundes durchgeführt werden, unterliegen sie der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium und durch eine besondere Kommission (G 10-Kommission).

§ 2

Pflichten der Anbieter von Post- und Telekommunikationsdiensten

(1) Wer geschäftsmäßig Postdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände des Postverkehrs zu erteilen und Sendungen, die ihm zum Einsammeln, Weiterleiten oder Ausliefern anvertraut sind, auszuhändigen. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat der berechtigten Stelle auf Verlangen die zur Vorbereitung einer Anordnung erforderlichen Auskünfte zu Postfächern zu erteilen, ohne dass es hierzu einer gesonderten Anordnung bedarf. Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände der nach Wirksamwerden der Anordnung durchgeführten Telekommunikation zu

erteilen, Sendungen, die ihm zur Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg anvertraut sind, auszuhändigen sowie die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen. § 8a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, § 4a des MAD-Gesetzes und § 2a des BND-Gesetzes bleiben unberührt. Ob und in welchem Umfang der nach Satz 3 Verpflichtete Vorkehrungen für die technische und organisatorische Umsetzung der Überwachungsmaßnahme zu treffen hat, bestimmt sich nach § 110 des Telekommunikationsgesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnung.

(2) Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat vor Durchführung einer beabsichtigten Beschränkungsmaßnahme unverzüglich die Personen, die mit der Durchführung der Maßnahme betraut werden sollen,

1. auszuwählen,
2. einer einfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen und
3. über Mitteilungsverbote nach § 17 sowie die Strafbarkeit eines Verstoßes nach § 18 zu belehren; die Belehrung ist aktenkundig zu machen.

Mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme dürfen nur Personen betraut werden, die nach Maßgabe des Satzes 1 überprüft und belehrt worden sind. Nach Zustimmung des Bundesministeriums des Innern kann der Behördenleiter der berechtigten Stelle oder dessen Stellvertreter die nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten schriftlich auffordern, die Beschränkungsmaßnahme bereits vor Abschluss der Sicherheitsüberprüfung durchzuführen. Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die Geheimenschutzmaßnahmen nach den Abschnitten 1.1 bis 1.4, 1.6, 2.1 und 2.3 bis 2.5 der Anlage 7

zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen vom 29. April 1994 (GMBl S. 674) getroffen werden.

(3) Die Sicherheitsüberprüfung nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 ist entsprechend dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchzuführen. Für Beschränkungsmaßnahmen einer Landesbehörde gilt dies nicht, soweit Rechtsvorschriften des Landes vergleichbare Bestimmungen enthalten; in diesem Fall sind die Rechtsvorschriften des Landes entsprechend anzuwenden. Zuständig ist bei Beschränkungsmaßnahmen von Bundesbehörden das Bundesministerium des Innern; im Übrigen sind die nach Landesrecht bestimmten Behörden zuständig. Soll mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme eine Person betraut werden, für die innerhalb der letzten fünf Jahre bereits eine gleich- oder höherwertige Sicherheitsüberprüfung nach Bundes- oder Landesrecht durchgeführt worden ist, soll von einer erneuten Sicherheitsüberprüfung abgesehen werden.

Abschnitt 2 Beschränkungen in Einzelfällen

§ 3 Voraussetzungen

(1) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand

1. Straftaten des Friedensverrats oder des Hochverrats (§§ 80 bis 83 des Strafgesetzbuches),

2. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84 bis 86, 87 bis 89a des Strafgesetzbuches, § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Vereinsgesetzes),
3. Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 94 bis 96, 97a bis 100a des Strafgesetzbuches),
4. Straftaten gegen die Landesverteidigung (§§ 109e bis 109g des Strafgesetzbuches),
5. Straftaten gegen die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages (§§ 87, 89, 94 bis 96, 98 bis 100, 109e bis 109g des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des NATO-Truppen-Schutzgesetzes),
6. Straftaten nach
 - a) den §§ 129a bis 130 des Strafgesetzbuches sowie
 - b) den §§ 211, 212, 239a, 239b, 306 bis 306c, 308 Abs. 1 bis 3, § 315 Abs. 3, § 316b Abs. 3 und § 316c Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches, soweit diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten, oder
7. Straftaten nach § 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes

plant, begeht oder begangen hat. Gleiches gilt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

(1a) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen für den Bundesnachrichtendienst auch für Telekommunikationsanschlüsse, die sich an Bord deutscher Schiffe außerhalb deutscher Hoheitsgewässer befinden, angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass jemand eine der in § 23a Abs. 1 und 3 des Zollfahndungsdienstgesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat.

(2) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Sie darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige ihren Anschluss benutzt. Maßnahmen, die sich auf Sendungen beziehen, sind nur hinsichtlich solcher Sendungen zulässig, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie von dem, gegen den sich die Anordnung richtet, herrühren oder für ihn bestimmt sind. Abgeordnetenpost von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Parlamente der Länder darf nicht in eine Maßnahme einbezogen werden, die sich gegen einen Dritten richtet.

§ 3a Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 sind unzulässig, soweit tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass durch sie allein Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst würden. Soweit im

Rahmen von Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 neben einer automatischen Aufzeichnung eine unmittelbare Kenntnisnahme erfolgt, ist die Maßnahme unverzüglich zu unterbrechen, soweit sich während der Überwachung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Inhalte, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Bestehen insoweit Zweifel, darf nur eine automatische Aufzeichnung fortgesetzt werden. Automatische Aufzeichnungen nach Satz 3 sind unverzüglich einem bestimmten Mitglied der G10-Kommission oder seinem Stellvertreter zur Entscheidung über die Verwertbarkeit oder Löschung der Daten vorzulegen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung. Die Entscheidung des Mitglieds der Kommission, dass eine Verwertung erfolgen darf, ist unverzüglich durch die Kommission zu bestätigen. Ist die Maßnahme nach Satz 2 unterbrochen worden, so darf sie für den Fall, dass sie nicht nach Satz 1 unzulässig ist, fortgeführt werden. Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung, die durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 erlangt worden sind, dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsachen der Erfassung der Daten und der Löschung sind zu dokumentieren. Die Dokumentation darf ausschließlich für Zwecke der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie ist zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich ist, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Dokumentation folgt.

§ 3b

Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen

(1) Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, die sich gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte Person richten und voraussichtlich Erkenntnisse erbringen würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, sind unzulässig. Dennoch erlangte Erkenntnisse dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung ist zu dokumentieren. Die Sätze 2 bis 3 gelten entsprechend, wenn durch eine Maßnahme, die sich nicht gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte Person richtet, von einer dort genannten Person Erkenntnisse erlangt werden, über die sie das Zeugnis verweigern dürfte.

(2) Soweit durch eine Beschränkung eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 3b oder Nr. 5 der Strafprozessordnung genannte Person betroffen wäre und dadurch voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, ist dies im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit unter Würdigung des öffentlichen Interesses an den von dieser Person wahrgenommenen Aufgaben und des Interesses an der Geheimhaltung der dieser Person anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen besonders zu berücksichtigen. Soweit hiernach geboten, ist die Maßnahme zu unterlassen oder, soweit dies nach der Art der Maßnahme möglich ist, zu beschränken.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, soweit die in § 53a der Strafprozessordnung Genannten das Zeugnis verweigern dürften.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, sofern die zeugnisverweigerungsberechtigte Person Verdächtiger im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 2 ist oder tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass sie dessen in § 3 Abs. 1 bezeichnete Bestrebungen durch Entgegennahme oder Weitergabe von Mitteilungen bewusst unterstützt.

§ 4

Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Übermittlungen, Zweckbindung

(1) Die erhebende Stelle prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen ihrer Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen. Die Löschung der Daten unterbleibt, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 1 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger

aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 1 Abs. 1 Nr. 1 und den in Absatz 4 genannten Zwecken verwendet werden.

(3) Der Behördenleiter oder sein Stellvertreter kann anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung einer Beschränkungsmaßnahme nicht zu gefährden, und die G 10-Kommission oder, soweit es sich um die Übermittlung durch eine Landesbehörde handelt, die nach Landesrecht zuständige Stelle zugestimmt hat. Bei Gefahr im Verzuge kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. Wird die Zustimmung versagt, ist die Kennzeichnung durch den Übermittlungsempfänger unverzüglich nachzuholen; die übermittelnde Behörde hat ihn hiervon zu unterrichten.

(4) Die Daten dürfen nur übermittelt werden

1. zur Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten, wenn
 - a) tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand eine der in § 3 Abs. 1 und 1a genannten Straftaten plant oder begeht,
 - b) bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine sonstige in § 7 Abs. 4 Satz 1 genannte Straftat plant oder begeht,
2. zur Verfolgung von Straftaten, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Nummer 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat, oder
3. zur Vorbereitung und Durchführung eines Verfahrens nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes oder einer Maßnahme nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,

soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich sind.

(5) Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unvermeidbarem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter der übermittelnden Stelle, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle unverzüglich über die erfolgte Löschung.

Abschnitt 3 **Strategische Beschränkungen**

§ 5

Voraussetzungen

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen, soweit eine gebündelte Übertragung erfolgt, angeordnet werden. Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Beschränkungen

nach Satz 1 sind nur zulässig zur Sammlung von Informationen über Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr

1. eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland,
2. der Begehung internationaler terroristischer Anschläge mit unmittelbarem Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
3. der internationalen Verbreitung von Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des unerlaubten Außenwirtschaftsverkehrs mit Waren, Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien in Fällen von erheblicher Bedeutung,
4. der unbefugten gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Verbringung von Betäubungsmitteln in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
5. der Beeinträchtigung der Geldwertstabilität im Euro-Währungsraum durch im Ausland begangene Geldfälschungen,
6. der international organisierten Geldwäsche in Fällen von erheblicher Bedeutung oder
7. des gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Einschleusens von ausländischen Personen in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland
 - a) bei unmittelbarem Bezug zu den Gefahrenbereichen nach Nr. 1 bis 3 oder
 - b) in Fällen, in denen eine erhebliche Anzahl geschleuster Personen betroffen ist, insbesondere wenn durch die Art der Schleusung von einer Gefahr für ihr Leib oder Leben auszugehen ist, oder
 - c) in Fällen von unmittelbarer oder mittelbarer Unterstützung oder Duldung durch ausländische öffentliche Stellen

rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen. In den Fällen von Satz 3 Nr. 1 dürfen Beschränkungen auch für Postverkehrsbeziehungen angeordnet werden; Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Bei Beschränkungen von Telekommunikationsbeziehungen darf der Bundesnachrichtendienst nur Suchbegriffe verwenden, die zur Aufklärung von Sachverhalten über den in der Anordnung bezeichneten Gefahrenbereich bestimmt und geeignet sind. Es dürfen keine Suchbegriffe verwendet werden, die

1. Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung bestimmter Telekommunikationsanschlüsse führen, oder
2. den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betreffen.

Dies gilt nicht für Telekommunikationsanschlüsse im Ausland, sofern ausgeschlossen werden kann, dass Anschlüsse, deren Inhaber oder regelmäßige Nutzer deutsche Staatsangehörige sind, gezielt erfasst werden. Die Durchführung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen.

§ 5a

Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

Durch Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 dürfen keine Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst werden. Sind durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst worden, dürfen diese nicht verwertet

werden. Sie sind unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. § 3a Satz 2 bis 7 gilt entsprechend. Die Tatsache der Erfassung der Daten und ihrer Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zum Zwecke der Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt.

§ 6

Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Zweckbindung

(1) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 5 Abs. 1 Satz 3 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres zu löschen, das dem Jahr der Protokollierung folgt. Außer in den Fällen der erstmaligen Prüfung nach Satz 1 unterbleibt die Löschung, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 2 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu

sperrten; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Zwecken und für Übermittlungen nach § 7 Abs. 1 bis 4 und § 7a verwendet werden.

(3) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen zur Prüfung der Relevanz erfasster Telekommunikationsverkehre auf Anordnung des nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministeriums die erhobenen Daten in einem automatisierten Verfahren mit bereits vorliegenden Rufnummern oder anderen Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse abgeglichen werden, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie in einem Zusammenhang mit dem Gefahrenbereich stehen, für den die Überwachungsmaßnahme angeordnet wurde. Zu diesem Abgleich darf der Bundesnachrichtendienst auch Rufnummern oder andere Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse im Inland verwenden. Die zu diesem Abgleich genutzten Daten dürfen nicht als Suchbegriffe im Sinne des § 5 Abs. 2 Satz 1 verwendet werden. Der Abgleich und die Gründe für die Verwendung der für den Abgleich genutzten Daten sind zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu vernichten.

§ 7

Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst

(1) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Gefahren übermittelt werden.

(2) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen an die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie an den Militärischen Abschirmdienst übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Daten erforderlich sind zur Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, oder
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht begründen.

(3) Durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 Nr. 3 erhobene personenbezogene Daten dürfen an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist

1. zur Aufklärung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr über Umstände, die für die Einhaltung von Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs von Bedeutung sind, oder

2. im Rahmen eines Verfahrens zur Erteilung einer ausfuhrrechtlichen Genehmigung oder zur Unterrichtung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr, soweit hierdurch eine Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Gütern begründet wird.

(4) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die mit polizeilichen Aufgaben betrauten Behörden übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand
 - a) Straftaten nach § 89a oder § 129a, auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1, sowie den §§ 146, 151 bis 152a oder § 261 des Strafgesetzbuches,
 - b) Straftaten nach § 34 Abs. 1 bis 6 und 8, § 35 des Außenwirtschaftsgesetzes, §§ 19 bis 21 oder § 22a Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen oder
 - c) Straftaten nach § 29a Abs. 1 Nr. 2, § 30 Abs. 1 Nr. 1, 4 oder § 30a des Betäubungsmittelgesetzes

plant oder begeht oder

2. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand

- a) Straftaten, die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 und 7, Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 1a dieses Gesetzes oder in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches bezeichnet sind,
- b) Straftaten nach den §§ 130, 232 Abs. 3, 4 oder Abs. 5 zweiter Halbsatz, §§ 249 bis 251, 255, 305a, 306 bis 306c, 307 Abs. 1 bis 3, § 308 Abs. 1 bis 4, § 309 Abs. 1 bis 5, §§ 313, 314, 315 Abs. 1, 3 oder Abs. 4, § 315b Abs. 3, §§ 316a, 316b Abs. 1 oder Abs. 3 oder § 316c Abs. 1 bis 3 des Strafgesetzbuches oder

- c) Straftaten nach § 96 Abs. 2, auch in Verbindung mit Absatz 4, und § 97 Abs. 1 bis 3 des Aufenthaltsgesetzes

plant oder begeht. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat.

(5) Die Übermittlung ist nur zulässig, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist. Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. § 4 Abs. 6 Satz 4 und § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 7a

Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst an ausländische öffentliche Stellen

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3 und 7 erhobene personenbezogene Daten

an die mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten ausländischen öffentlichen Stellen übermitteln, soweit

1. die Übermittlung zur Wahrung außen- oder sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland oder erheblicher Sicherheitsinteressen des ausländischen Staates erforderlich ist,
2. überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht entgegenstehen, insbesondere in dem ausländischen Staat ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist sowie davon auszugehen ist, dass die Verwendung der Daten durch den Empfänger in Einklang mit grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgt, und
3. das Prinzip der Gegenseitigkeit gewahrt ist.

Die Übermittlung bedarf der Zustimmung des Bundeskanzleramtes.

(2) Der Bundesnachrichtendienst darf unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3 und 7 erhobene personenbezogene Daten ferner im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) an Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der in deren Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich ist.

(3) Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren. Der Bundesnachrichtendienst führt einen Nachweis über den Zweck, die Veranlassung, die

Aktenfundstelle und die Empfänger der Übermittlungen nach Absatz 1 und 2. Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(4) Der Empfänger ist zu verpflichten,

1. die übermittelten Daten nur zu dem Zweck zu verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden,
2. eine angebrachte Kennzeichnung beizubehalten und
3. dem Bundesnachrichtendienst auf Ersuchen Auskunft über die Verwendung zu erteilen.

(5) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G10-Kommission über Übermittlungen nach Absatz 1 und 2.

(6) Das Parlamentarische Kontrollgremium ist in Abständen von höchstens sechs Monaten über die vorgenommenen Übermittlungen nach Absatz 1 und 2 zu unterrichten.

§ 8

Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 angeordnet werden, wenn dies erforderlich ist, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland rechtzeitig zu erkennen oder ihr zu begegnen und dadurch Belange der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar in besonderer Weise berührt sind.

(2) Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Die Zustimmung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder. Die Bestimmung tritt spätestens nach zwei Monaten außer Kraft. Eine erneute Bestimmung ist zulässig, soweit ihre Voraussetzungen fortbestehen.

(3) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Der Bundesnachrichtendienst darf nur Suchbegriffe verwenden, die zur Erlangung von Informationen über die in der Anordnung bezeichnete Gefahr bestimmt und geeignet sind. § 5 Abs. 2 Satz 2 bis 6 gilt entsprechend. Ist die Überwachungsmaßnahme erforderlich, um einer im Einzelfall bestehenden Gefahr für Leib oder Leben einer Person zu begegnen, dürfen die Suchbegriffe auch Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung der Rufnummer oder einer anderen Kennung des Telekommunikationsanschlusses dieser Person im Ausland führen.

(4) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten zu dem in Absatz 1 bestimmten Zweck erforderlich sind. Soweit die Daten für diesen Zweck nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. § 6 Abs. 1 Satz 4 und 5, Abs. 2 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die Daten dürfen nur

zu den in den Absätzen 1, 5 und 6 genannten Zwecken verwendet werden.

(5) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in Absatz 1 genannte Gefahr übermittelt werden.

(6) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass jemand eine Straftat plant oder begeht, die geeignet ist, zu der Entstehung oder Aufrechterhaltung der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr beizutragen. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat. § 7 Abs. 5 und 6 sowie § 7a Abs. 1 und 3 bis 6 gelten entsprechend.

Abschnitt 4 Verfahren

§ 9

Antrag

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Gesetz dürfen nur auf Antrag angeordnet werden.

(2) Antragsberechtigt sind im Rahmen ihres Geschäftsbereichs

1. das Bundesamt für Verfassungsschutz,
2. die Verfassungsschutzbehörden der Länder,
3. das Amt für den Militärischen Abschirmdienst und

4. der Bundesnachrichtendienst

durch den Behördenleiter oder seinen Stellvertreter.

(3) Der Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen. Er muss alle für die Anordnung erforderlichen Angaben enthalten. In den Fällen der §§ 3 und 8 hat der Antragsteller darzulegen, dass die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

§ 10

Anordnung

(1) Zuständig für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen ist bei Anträgen der Verfassungsschutzbehörden der Länder die zuständige oberste Landesbehörde, im Übrigen das Bundesministerium des Innern.

(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In ihr sind der Grund der Anordnung und die zur Überwachung berechnete Stelle anzugeben sowie Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme zu bestimmen.

(3) In den Fällen des § 3 muss die Anordnung denjenigen bezeichnen, gegen den sich die Beschränkungsmaßnahme richtet. Bei einer Überwachung der Telekommunikation ist auch die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zuzuordnen ist, anzugeben.

(4) In den Fällen der §§ 5 und 8 sind die Suchbegriffe in der Anordnung zu benennen. Ferner sind das Gebiet, über das Informationen gesammelt werden sollen, und die

Übertragungswege, die der Beschränkung unterliegen, zu bezeichnen. Weiterhin ist festzulegen, welcher Anteil der auf diesen Übertragungswegen zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität überwacht werden darf. In den Fällen des § 5 darf dieser Anteil höchstens 20 vom Hundert betragen.

(5) In den Fällen der §§ 3 und 5 ist die Anordnung auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.

(6) Die Anordnung ist dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten insoweit mitzuteilen, als dies erforderlich ist, um ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Mitteilung entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt werden kann.

(7) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die jeweilige Landesbehörde für Verfassungsschutz über die in deren Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen. Die Landesbehörden für Verfassungsschutz teilen dem Bundesamt für Verfassungsschutz die in ihrem Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen mit.

§ 11

Durchführung

(1) Die aus der Anordnung sich ergebenden Beschränkungsmaßnahmen sind unter Verantwortung der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist, und unter Aufsicht eines Bediensteten vorzunehmen, der die Befähigung zum Richteramt hat.

(2) Die Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden, wenn sie nicht mehr erforderlich sind oder die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vorliegen. Die Beendigung ist der Stelle, die die Anordnung getroffen hat, und dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten, dem die Anordnung mitgeteilt worden ist, anzuzeigen. Die Anzeige an den Verpflichteten entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt wurde.

(3) Postsendungen, die zur Öffnung und Einsichtnahme ausgehändigt worden sind, sind dem Postverkehr unverzüglich wieder zuzuführen. Telegramme dürfen dem Postverkehr nicht entzogen werden. Der zur Einsichtnahme berechtigten Stelle ist eine Abschrift des Telegramms zu übergeben.

§ 12

Mitteilungen an Betroffene

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach § 3 sind dem Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen. Die Mitteilung unterbleibt, solange eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung nicht ausgeschlossen werden kann oder solange der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes absehbar ist. Erfolgt die nach Satz 2 zurückgestellte Mitteilung nicht binnen zwölf Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der Zustimmung der G10-Kommission. Die G10-Kommission bestimmt die Dauer der weiteren Zurückstellung. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn die G10-Kommission einstimmig festgestellt hat, dass

1. eine der Voraussetzungen in Satz 2 auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch vorliegt,

2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft vorliegt und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 5 und 8, sofern die personenbezogenen Daten nicht unverzüglich gelöscht wurden. Die Frist von fünf Jahren beginnt mit der Erhebung der personenbezogenen Daten.

(3) Die Mitteilung obliegt der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist. Wurden personenbezogene Daten übermittelt, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger.

§ 13

Rechtsweg

Gegen die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 3 und 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 und ihren Vollzug ist der Rechtsweg vor der Mitteilung an den Betroffenen nicht zulässig.

Abschnitt 5

Kontrolle

§ 14

Parlamentarisches Kontrollgremium

(1) Das nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständige Bundesministerium unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium über die Durchführung dieses Gesetzes. Das Gremium erstattet dem

Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über Durchführung sowie Art und Umfang der Maßnahmen nach den §§ 3, 5, 7a und 8; dabei sind die Grundsätze des § 10 Absatz 1 des Kontrollgremiumsgesetzes zu beachten.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann die Zustimmung zu Bestimmungen nach den §§ 5 und 8 durch den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums und seinen Stellvertreter vorläufig erteilt werden. Die Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist unverzüglich einzuholen. Die vorläufige Zustimmung tritt spätestens nach zwei Wochen außer Kraft.

§ 15

G 10-Kommission

(1) Die G 10-Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und drei Beisitzern sowie vier stellvertretenden Mitgliedern, die an den Sitzungen mit Rede- und Fragerecht teilnehmen können. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Mitglieder der G 10-Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie nehmen ein öffentliches Ehrenamt wahr und werden von dem Parlamentarischen Kontrollgremium nach Anhörung der Bundesregierung für die Dauer einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit der Maßgabe bestellt, dass ihre Amtszeit erst mit der Neubestimmung der Mitglieder der Kommission, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf der Wahlperiode endet.

(2) Die Beratungen der G 10-Kommission sind geheim. Die Mitglieder der Kommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der

Kommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Kommission.

(3) Der G 10-Kommission ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen; sie ist im Einzelplan des Deutschen Bundestages gesondert auszuweisen. Der Kommission sind Mitarbeiter mit technischem Sachverstand zur Verfügung zu stellen.

(4) Die G 10-Kommission tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bedarf. Vor der Zustimmung ist die Bundesregierung zu hören.

(5) Die G 10-Kommission entscheidet von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Die Kontrollbefugnis der Kommission erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach diesem Gesetz erlangten personenbezogenen Daten durch Nachrichtendienste des Bundes einschließlich der Entscheidung über die Mitteilung an Betroffene. Der Kommission und ihren Mitarbeitern ist dabei insbesondere

1. Auskunft zu ihren Fragen zu erteilen,
2. Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme, zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Beschränkungsmaßnahme stehen, und
3. jederzeit Zutritt in alle Diensträume zu gewähren.

Die Kommission kann dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur

Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes geben.

(6) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzuge kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das zuständige Bundesministerium unverzüglich aufzuheben. In den Fällen des § 8 tritt die Anordnung außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter bestätigt wird. Die Bestätigung der Kommission ist unverzüglich nachzuholen.

(7) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über Mitteilungen von Bundesbehörden nach § 12 Abs. 1 und 2 oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, ist diese unverzüglich vorzunehmen. § 12 Abs. 3 Satz 2 bleibt unberührt, soweit das Benehmen einer Landesbehörde erforderlich ist.

§ 16

Parlamentarische Kontrolle in den Ländern

Durch den Landesgesetzgeber wird die parlamentarische Kontrolle der nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständigen obersten Landesbehörden und die Überprüfung der von ihnen angeordneten Beschränkungsmaßnahmen geregelt. Personenbezogene Daten dürfen nur dann an Landesbehörden übermittelt werden, wenn

die Kontrolle ihrer Verarbeitung und Nutzung durch den Landesgesetzgeber geregelt ist.

Abschnitt 6

Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17

Mitteilungsverbote

(1) Wird die Telekommunikation nach diesem Gesetz oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozessordnung überwacht, darf diese Tatsache von Personen, die Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(2) Wird die Aushändigung von Sendungen nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 angeordnet, darf diese Tatsache von Personen, die zur Aushändigung verpflichtet oder mit der Sendungsübermittlung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(3) Erfolgt ein Auskunftersuchen oder eine Auskunftserteilung nach § 2 Abs. 1, darf diese Tatsache oder der Inhalt des Ersuchens oder der erteilten Auskunft von Personen, die zur Beantwortung verpflichtet oder mit der Beantwortung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

§ 18

Straftaten

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 17 eine Mitteilung macht.

§ 19

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 2 eine Person betraut oder
3. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 3 nicht sicherstellt, dass eine Geheimschutzmaßnahme getroffen wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzehntausend Euro geahndet werden.

(3) Bußgeldbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach § 10 Abs. 1 zuständige Stelle.

Abschnitt 7

Schlussvorschriften

§ 20

Entschädigung

Die nach § 1 Abs. 1 berechtigten Stellen haben für die Leistungen nach § 2 Abs. 1 eine Entschädigung zu gewähren, deren Umfang sich nach § 23 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes bemisst. In den Fällen der §§ 5 und 8 ist eine Entschädigung zu vereinbaren, deren Höhe sich an den nachgewiesenen tatsächlichen Kosten orientiert.

§ 21

Einschränkung von Grundrechten

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird durch dieses Gesetz eingeschränkt.

Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10)

Vom 16. Oktober 1992

Rechtsbereinigt mit Stand vom 9. September 2003

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Oberste Landesbehörde nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390, 3391), ist das Staatsministerium des Innern. Die Anordnung ist durch den Staatsminister des Innern oder seinen Stellvertreter zu unterzeichnen.

(2) Antragsberechtigt nach § 9 Abs. 2 G 10 ist der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen oder sein Stellvertreter.

§ 2

(1) Das Sächsische Staatsministerium des Innern unterrichtet eine Kommission des Landtags über die nach § 1 Abs. 1 G 10 angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen bereits vor Unterrichtung der Kommission, die innerhalb von zehn Tagen nachzuholen ist, anordnen. Die Kommission ist auch zuständige Stelle im Sinne von § 4 Abs. 3 Satz 1 G 10. Die Kommission entscheidet von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden über die Zulässigkeit

und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, sind unverzüglich aufzuheben.

(2) Die Kontrollbefugnis erstreckt sich auf die gesamte Verarbeitung der nach dem Artikel 10-Gesetz erlangten personenbezogenen Daten, einschließlich der Entscheidung über die Mitteilung an Betroffene. Der Kommission ist dabei insbesondere Auskunft zu ihren Fragen zu erteilen, Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme, die im Zusammenhang mit den Beschränkungsmaßnahmen stehen, zu gewähren, sowie jederzeit Zutritt zu allen Diensträumen zu gewähren. Sie kann hierzu Mitarbeiter der Kommission hinzuziehen. Die Kommission kann dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten Gelegenheit zur Stellungnahme zu Fragen des Datenschutzes geben.

(3) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme die Kommission über die von ihm gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 und 2 G 10 vorgenommenen Mitteilungen an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Lässt sich in diesem Zeitpunkt noch nicht beurteilen, ob eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung ausgeschlossen werden kann, ist die Mitteilung vorzunehmen, sobald dies der Fall ist. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn die Kommission festgestellt hat, dass

1. diese Voraussetzung auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch nicht eingetreten ist,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht eintreten wird und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen.

Wurden personenbezogene Daten übermittelt, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger.

§ 3

(1) Die Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss oder die erste Staatsprüfung im Sinne der §§ 5 bis 6 des Deutschen Richtergesetzes oder einen nach Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 8 Buchst. y) gg) des Einigungsvertrages gleichgestellten Abschluss abgelegt hat, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder der Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie werden vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder für die Dauer einer Wahlperiode bestellt und bleiben nach Ablauf der Wahlperiode im Amt, bis eine neue Kommission bestellt ist. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Die Kommission trifft ihre Entscheidungen mehrheitlich. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter bestellt.

(3) Die Beratungen der Kommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt

geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

(4) Der Kommission ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen.

§ 4

Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission auf Aufforderung, mindestens aber zweimal im Jahr, über Maßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz und nach § 5 Abs. 4 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 5

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 des Grundgesetzes und nach Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen werden durch dieses Gesetz eingeschränkt.

§ 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 16. Oktober 1992

Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG)

= Artikel 1 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Vom 19. Februar 2004

Rechtsbereinigt mit Stand vom 1. März 2012

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Zweck und Anwendungsbereich
- § 2 Betroffener Personenkreis
- § 3 Zuständigkeit
- § 4 Verschlussachen
- § 5 Sicherheitsrisiken, sicherheits-
erhebliche Erkenntnisse
- § 6 Rechte der betroffenen Person;
Rechte der in die Sicherheitsüber-
prüfung einbezogenen Person

Abschnitt 2

Überprüfungsarten

- § 7 Arten der Sicherheitsüberprüfung
- § 8 Einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü 1)
- § 9 Erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü 2)
- § 10 Erweiterte Sicherheitsüberprüfung
mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3)

Abschnitt 3

Datenerhebung und Verfahren

- § 11 Befugnis zur Datenerhebung
- § 12 Maßnahmen der zuständigen Stelle
und der mitwirkenden Behörde
- § 13 Sicherheitserklärung
- § 14 Abschluss der Sicherheitsüberprüfung
- § 15 Vorläufige Zuweisung einer sicher-
heitsempfindlichen Tätigkeit

- § 16 Unterrichtung durch die per-
sonalverwaltende Stelle
- § 17 Sicherheitserhebliche Erkenntnisse nach
Abschluss der Sicherheitsüberprüfung
- § 18 Aktualisierung der Sicherheitserklä-
rung, Wiederholungsüberprüfung

Abschnitt 4

Akten über die Sicherheitsüberprüfung; Datenverarbeitung

- § 19 Sicherheitsakte und Sicher-
heitsüberprüfungsakte
- § 20 Aufbewahren und Vernich-
ten der Unterlagen
- § 21 Speichern, Verändern und Nutzen
personenbezogener Daten in Dateien
- § 22 Übermittlung und Zweckbindung
- § 23 Berichtigen, Löschen und Sper-
ren personenbezogener Daten
- § 24 Auskunft

Abschnitt 5

Sicherheitsüberprüfungen im nicht-öffent- lichen Bereich

- § 25 Anwendungsbereich
- § 26 Zuständigkeit
- § 27 Sicherheitserklärung
- § 28 Abschluss der Sicherheitsüber-
prüfung; Weitergabe sicher-
heitserheblicher Erkenntnisse
- § 29 Aktualisierung der Sicherheitserklärung

- § 30 Übermittlung von Informationen über persönliche und arbeitsrechtliche Verhältnisse
- § 31 Sicherheitsakte der nicht-öffentlichen Stelle
- § 32 Datenverarbeitung, -nutzung und -berichtigung in automatisierten Dateien

Abschnitt 6

Reisebeschränkungen und Schlussvorschriften

- § 33 Reisebeschränkungen
- § 34 Rechtsverordnung
- § 35 Allgemeine Verwaltungsvorschriften
- § 36 Geltung des Sächsischen Datenschutzgesetzes
- § 37 Einschränkung von Grundrechten
- § 38 Sicherheitsüberprüfung kommunaler Bediensteter

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Voraussetzungen und das Verfahren zur Überprüfung einer Person, die von der zuständigen Stelle mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden soll (Sicherheitsüberprüfung) oder bereits betraut worden ist (Wiederholungsüberprüfung). Zweck der Überprüfung ist es, den Zugang zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit auf Personen zu beschränken, bei denen kein Sicherheitsrisiko vorliegt.

(2) Dieses Gesetz gilt für Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Freistaates Sachsen, der Gemeinden, der Landkreise sowie der sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen

unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Dieses Gesetz gilt außerdem für die im Landtag vertretenen politischen Parteien nach Artikel 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

(3) Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit übt aus, wer

1. Zugang zu Verschlussachen hat oder ihn sich verschaffen kann, die STRENG GEHEIM, GEHEIM oder VS-VERTRAULICH eingestuft sind,
2. Zugang zu entsprechenden Verschlussachen ausländischer, über- oder zwischenstaatlicher Stellen hat oder ihn sich verschaffen kann, wenn die Bundesrepublik Deutschland oder der Freistaat Sachsen verpflichtet ist, nur sicherheitsüberprüfte Personen hierzu zuzulassen,
3. in einer öffentlichen Stelle oder in einem Teil von ihr tätig ist, die/der aufgrund des Umfangs und der Bedeutung dort anfallender Verschlussachen von der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde oder obersten Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern ganz oder teilweise zum Sicherheitsbereich mit dem Erfordernis einer Sicherheitsüberprüfung nach §§ 8, 9 oder 10 erklärt worden ist,
4. an einer sicherheitsempfindlichen Stelle in einer durch Rechtsverordnung der Staatsregierung gemäß § 34 bestimmten lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung tätig ist oder werden soll. Lebenswichtig sind Einrichtungen,
 - a) deren Beeinträchtigung aufgrund ihrer kurzfristig nicht ersetzbaren Produktion oder Dienstleistung die Versorgung großer Teile der Bevölkerung ernsthaft und nachhaltig gefährden kann,
 - b) deren Beeinträchtigung sich aufgrund der ihnen anhaftenden betrieblichen

Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann oder

- c) die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind und deren Beeinträchtigung erhebliche Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung und somit Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen lassen würde.

Verteidigungswichtig sind Einrichtungen, die der Herstellung oder Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen und deren Beeinträchtigung aufgrund

- a) fehlender kurzfristiger Ersetzbarkeit die Funktionsfähigkeit, insbesondere die Ausrüstung, Führung und Unterstützung der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie der zivilen Verteidigung, oder
b) der ihnen anhaftenden betrieblichen Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung

erheblich gefährden kann. Sicherheitsempfindliche Stelle ist die kleinste selbstständig handelnde Organisationseinheit innerhalb einer lebensoder verteidigungswichtigen Einrichtung, die vor unberechtigtem Zugang geschützt ist und von der im Falle der Beeinträchtigung eine erhebliche Gefahr für die in den Sätzen 2 und 3 genannten Schutzgüter ausgeht.

(4) Dieses Gesetz gilt nicht

1. für die Abgeordneten des Landtages sowie die Mitglieder der Staatsregierung,
2. für Richter, soweit sie Aufgaben der Rechtsprechung wahrnehmen und
3. für ausländische Staatsangehörige, die in der Bundesrepublik Deutschland im Interesse zwischenstaatlicher Einrichtungen und Stellen eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit nach § 1 Abs. 3 Nr. 2 ausüben sollen.

(5) Für nicht-öffentliche Stellen einschließlich der nicht im Landtag vertretenen politischen Parteien nach Artikel 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gilt dieses Gesetz nach Maßgabe des Fünften Abschnitts.

§ 2

Betroffener Personenkreis

(1) Eine Person, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit im Sinne des § 1 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 betraut werden soll (betroffene Person), ist vorher einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Die Sicherheitsüberprüfung bedarf der Zustimmung der betroffenen Person, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit darf erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres übertragen werden. Auf eine Sicherheitsüberprüfung nach diesem Gesetz kann verzichtet werden, wenn für die betroffene Person vor weniger als fünf Jahren eine gleich- oder höherwertige Sicherheitsüberprüfung durchgeführt worden ist.

(2) Der volljährige Ehegatte, der Lebenspartner oder der volljährige Partner, mit dem die betroffene Person in einer auf Dauer angelegten Gemeinschaft lebt (Lebensgefährte), soll in die Sicherheitsüberprüfung nach §§ 9 und 10 einbezogen werden. Über Ausnahmen entscheidet die zuständige Stelle. Im Falle der Einbeziehung ist die Zustimmung des Ehegatten, des Lebenspartners oder des Lebensgefährten erforderlich. Geht die betroffene Person die Ehe während oder erst nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung ein oder begründet sie die Lebenspartnerschaft oder die auf Dauer angelegte Gemeinschaft in dem entsprechenden Zeitraum, ist die zuständige Stelle darüber zu unterrichten, um die Einbeziehung des Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten

in die Sicherheitsüberprüfung nachholen zu können. Das Gleiche gilt bei später eintretender Volljährigkeit des Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten.

(3) Zustimmungen nach den Absätzen 1 und 2 sind schriftlich, aber nicht in elektronischer Form zu erteilen.

§ 3

Zuständigkeit

(1) Sofern sich aus den folgenden Absätzen und § 26 nichts anderes ergibt, ist zuständige Stelle für die Sicherheitsüberprüfung

1. die öffentliche Stelle, die einer Person eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zuweisen, übertragen oder sie dazu ermächtigen will,
2. die Partei selbst bei den im Landtag vertretenen politischen Parteien im Sinne von Artikel 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

(2) Für die Sicherheitsüberprüfungen sind zuständig

1. die obersten Landesbehörden in Bezug auf die Leiter und deren jeweilige Stellvertreter der unmittelbar nachgeordneten Behörden und Dienststellen sowie
2. das Staatsministerium des Innern in Bezug auf den Präsidenten und die Vizepräsidenten der Landesdirektion Sachsen.

Die Staatsministerien können für ihren Geschäftsbereich durch Rechtsverordnung bestimmen, dass sie für die Sicherheitsüberprüfungen bei Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen, die ihnen nachgeordnet sind, zuständig sind.

(3) Die Rechtsaufsichtsbehörde ist zuständig für die Sicherheitsüberprüfung

1. der Landräte, der Bürgermeister sowie der sonstigen Leiter öffentlicher Stellen, deren Träger eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist, welche der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterliegt,
2. der Geheimschutzbeauftragten der Gemeinden und Landkreise sowie sonstiger öffentlicher Stellen, deren Träger eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist, welche der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterliegt.

(4) Die Verwaltung des Landtages ist zuständig für die Sicherheitsüberprüfung der Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten und der Fraktionen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz führt Sicherheitsüberprüfungen bei Bewerbern und Mitarbeitern des eigenen Dienstes nach den Vorschriften dieses Gesetzes allein durch. Die Sicherheitsüberprüfung des Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz und seines Stellvertreters obliegt dem Staatsministerium des Innern.

(6) Mitwirkende Behörde bei der Sicherheitsüberprüfung ist das Landesamt für Verfassungsschutz, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall die Mitwirkung einer anderen Verfassungsschutzbehörde veranlasst.

(7) Die Sicherheitsüberprüfung nach diesem Gesetz ist von einer von der Personalverwaltung getrennten Organisationseinheit wahrzunehmen (Geheimschutzbeauftragter).³²⁰

³²⁰ § 3 geä. durch Artikel 18 des G vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S 138, 159) und durch Artikel 21 des G vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S 130, 142)

§ 4

Verschlussachen

(1) Verschlussachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung eingestuft.

(2) Eine Verschlussache ist

1. STRENG GEHEIM, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte den Bestand oder lebenswichtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden kann,
2. GEHEIM, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen kann,
3. VS-VERTRAULICH, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder schädlich sein kann,
4. VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, wenn die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann.

§ 5

Sicherheitsrisiken, sicherheitserhebliche Erkenntnisse

(1) Ein Sicherheitsrisiko im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn tatsächliche Anhaltspunkte

1. Zweifel an der Zuverlässigkeit der betroffenen Person bei der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit,

2. eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs- und Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste oder

3. Zweifel am Bekenntnis der betroffenen Person zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung

begründen. Ein Sicherheitsrisiko im Sinne des Satzes 1 kann auch aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zu anderen Personen, insbesondere zum Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten, vorliegen.

(2) Eine Erkenntnis ist sicherheitserheblich, wenn sich aus ihr ein Anhaltspunkt für ein Sicherheitsrisiko ergibt.

§ 6

Rechte der betroffenen Person; Rechte der in die Sicherheitsüberprüfung einbezogenen Person

(1) Im Rahmen der Durchführung der Sicherheitsüberprüfung kann die betroffene Person Angaben verweigern, die für sie, nahe Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung (StPO) oder für den in die Sicherheitsüberprüfung einbezogenen Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten die Gefahr strafrechtlicher oder disziplinarischer Verfolgung, der Entlassung oder Kündigung begründen könnten. Über das Verweigerungsrecht ist sie zu belehren.

(2) Vor Ablehnung der Zulassung zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit ist der betroffenen Person Gelegenheit einzuräumen, sich persönlich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern. Die betroffene Person kann zur Anhörung mit einem anwaltlichen Beistand erscheinen. Die Anhörung erfolgt in einer Weise,

die den Quellenschutz gewährleistet und den schutzwürdigen Interessen von Personen, die im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung befragt oder in diese einbezogen werden, Rechnung trägt. Sie unterbleibt, wenn sie einen erheblichen Nachteil für die Sicherheit des Bundes oder eines Landes zur Folge hätte, insbesondere bei Sicherheitsüberprüfungen der Bewerber für das Landesamt für Verfassungsschutz, und deswegen das Interesse an der Auskunftserteilung zurücktreten muss.

(3) Wird der Ehegatte, Lebenspartner oder Lebensgefährte in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen, gilt Absatz 1 entsprechend. Liegen in der Person des Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten Anhaltspunkte vor, die ein Sicherheitsrisiko begründen, ist dieser Gelegenheit zu geben, sich vor der Ablehnung der Zulassung der betroffenen Person zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit persönlich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern. Absatz 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auch im Fall der Ablehnung einer Weiterbeschäftigung in einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit anzuwenden.

Abschnitt 2 **Überprüfungsarten**

§ 7

Arten der Sicherheitsüberprüfung

(1) Entsprechend der vorgesehenen sicherheitsempfindlichen Tätigkeit wird entweder eine

1. einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü 1) oder
2. erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü 2) oder
3. erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3) durchgeführt.

(2) Ergeben sich bei der Sicherheitsüberprüfung sicherheitserhebliche Erkenntnisse, die nur durch Maßnahmen der nächsthöheren Art der Sicherheitsüberprüfung geklärt werden können, kann die zuständige Stelle mit Zustimmung der betroffenen Person und der einbezogenen Person die nächsthöhere Art der Sicherheitsüberprüfung anordnen. § 12 Abs. 5 bleibt unberührt.

§ 8

Einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü 1)

(1) Die einfache Sicherheitsüberprüfung ist für Personen durchzuführen, die

1. Zugang zu VS-VERTRAULICH eingestuften Verschlusssachen erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können oder
2. eine Tätigkeit in entsprechend eingestuften Bereichen nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 wahrnehmen sollen oder
3. Tätigkeiten in Bereichen nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 wahrnehmen sollen.

(2) In den Fällen von Absatz 1 Nr. 2 kann die zuständige Stelle von der Sicherheitsüberprüfung absehen, wenn Art oder Dauer der Tätigkeit dies zulassen.

§ 9

Erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü 2)

Eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung ist für Personen durchzuführen, die

1. Zugang zu GEHEIM eingestuften Verschlusssachen erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können oder
2. Zugang zu einer hohen Anzahl VS-VERTRAULICH eingestuften Verschlusssachen erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können oder

3. eine Tätigkeit in entsprechend eingestuften Bereichen nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 wahrnehmen sollen, soweit nicht die zuständige Stelle im Einzelfall nach Art und Dauer der Tätigkeit eine Sicherheitsüberprüfung nach § 8 für ausreichend hält.

§ 10

Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3)

Eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen ist für Personen durchzuführen, die

1. Zugang zu STRENG GEHEIM eingestuften Verschlusssachen erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können oder
2. Zugang zu einer hohen Anzahl GEHEIM eingestuften Verschlusssachen erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können oder
3. eine Tätigkeit in entsprechend eingestuften Bereichen nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 wahrnehmen sollen oder
4. beim Landesamt für Verfassungsschutz oder bei der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes tätig werden sollen,

soweit nicht die zuständige Stelle im Einzelfall nach Art und Dauer der Tätigkeit eine Sicherheitsüberprüfung nach § 8 oder § 9 für ausreichend hält.

Abschnitt 3

Datenerhebung und Verfahren

§ 11

Befugnis zur Datenerhebung

(1) Die zuständige Stelle und die mitwirkende Behörde dürfen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben

nach diesem Gesetz erforderlichen personenbezogenen Daten einschließlich der Daten nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330), in der jeweils geltenden Fassung, erheben. Die betroffene Person sowie die sonstigen zu befragenden Personen und nicht-öffentlichen Stellen sind auf den Zweck der Erhebung, die Auskunftspflichten nach diesem Gesetz und auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht, im Übrigen auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben hinzuweisen. Bei Sicherheitsüberprüfungen der in § 3 Abs. 5 Satz 1 genannten Personen kann die Angabe der erhebenden Stelle gegenüber den sonstigen zu befragenden Personen oder nicht-öffentlichen Stellen unterbleiben, wenn dies zum Schutz der betroffenen Person oder des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

(2) Die zuständige Stelle erhebt die personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person und bei dem in die Sicherheitsüberprüfung einbezogenen Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten. Reicht diese Erhebung nicht aus oder stehen schutzwürdige Interessen der betroffenen Person oder ihres Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten entgegen, können andere geeignete volljährige Personen oder Stellen befragt werden. § 6 Abs. 1 ist entsprechend anzuwenden.

§ 12

Maßnahmen der zuständigen Stelle und der mitwirkenden Behörde

(1) Bei der Sicherheitsüberprüfung nach § 8 trifft die mitwirkende Behörde folgende Maßnahmen:

1. sicherheitsmäßige Bewertung der Angaben in der Sicherheitserklärung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder,
2. Einholung einer unbeschränkten Auskunft aus dem Bundeszentralregister, Ersuchen um eine Datenübermittlung aus dem zentralen staatsanwaltlichen Verfahrensregister und, soweit es im Einzelfall sachdienlich erscheint, aus dem Ausländerzentralregister,
3. Anfragen unter Beteiligung der Landeskriminalämter an die Polizeidienststellen der Wohnsitze der betroffenen Person, in der Regel beschränkt auf die letzten fünf Jahre, und an die Grenzschutzdirektion, das Bundeskriminalamt und die Nachrichtendienste des Bundes.

(2) Bei der Sicherheitsüberprüfung nach § 9 prüft die mitwirkende Behörde zusätzlich zu den in Absatz 1 genannten Maßnahmen die Identität der betroffenen Person. Wird der Ehegatte, Lebenspartner oder der Lebensgefährte in die Sicherheitsüberprüfung gemäß § 2 Abs. 2 einbezogen, trifft die mitwirkende Behörde bezüglich der einzubeziehenden Person die in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen.

(3) Bei der Sicherheitsüberprüfung nach § 10 befragt die mitwirkende Behörde zusätzlich die von der betroffenen Person in ihrer Sicherheitserklärung angegebenen Referenzpersonen und weitere geeignete Auskunftspersonen, um zu prüfen, ob die Angaben der betroffenen Person zutreffen und ob tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die auf ein Sicherheitsrisiko schließen lassen.

(4) Die zuständige Stelle fragt zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit der betroffenen Person oder der einbezogenen

Person für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik an, wenn die betroffene Person oder die einbezogene Person vor dem 1. Januar 1970 geboren wurde oder Anhaltspunkte für eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vorliegen. Ergibt die Anfrage sicherheitserhebliche Erkenntnisse, werden diese von der zuständigen Stelle zur Bewertung an die mitwirkende Behörde übermittelt.

(5) Soweit es eine sicherheitserhebliche Erkenntnis erfordert und die Befragung der betroffenen Person oder des Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten nicht ausreicht oder ihr schutzwürdige Interessen entgegenstehen, kann die mitwirkende Behörde neben den Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 weitere geeignete Auskunftspersonen oder andere geeignete Stellen, insbesondere Staatsanwaltschaften oder Gerichte, befragen oder Einzelmaßnahmen der nächsthöheren Art der Sicherheitsüberprüfung durchführen.

§ 13 Sicherheitserklärung

(1) In der Sicherheitserklärung sind von der betroffenen Person anzugeben:

1. Familiennamen, auch frühere, Vornamen und Geschlecht,
2. Geburtsdatum und Geburtsort,
3. Staatsangehörigkeit, auch frühere und weitere Staatsangehörigkeiten,
4. Familienstand,
5. Wohnsitze und Aufenthalte von längerer Dauer als zwei Monate, und zwar im Inland

- in den vergangenen fünf Jahren, im Ausland ab dem 18. Lebensjahr,
6. ausgeübter Beruf,
 7. Arbeitgeber und dessen Anschrift,
 8. Anzahl der Kinder,
 9. im Haushalt lebende Personen über 18 Jahre (Namen, auch frühere, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort und Verhältnis zu dieser Person),
 10. Eltern, Stief- oder Pflegeeltern (Namen, auch frühere, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz),
 11. Ausbildungs- und Beschäftigungszeiten, Wehr- oder Zivildienstzeiten mit Angabe der Funktion, Ausbildungsstätten, Beschäftigungsstellen sowie deren Anschriften; bei Bürgern der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik unter Beifügung einer beglaubigten Kopie des Ausweises für Arbeits- und Sozialversicherung (ausgenommen sind Teile, die medizinische Angaben und Gesundheitsdaten enthalten),
 12. Nummer des Personalausweises oder Reisepasses,
 13. Angaben über in den vergangenen fünf Jahren durchgeführte Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und ob zurzeit die finanziellen Verpflichtungen erfüllt werden können,
 14. anhängige Straf- und Disziplinarverfahren,
 15. Angaben zu Wohnsitzen, Aufhalten, Reisen, nahen Angehörigen und sonstigen Beziehungen in und zu Staaten, in denen nach Feststellung des Bundesministeriums des Innern als Nationale Sicherheitsbehörde besondere Sicherheitsrisiken für die mit sicherheitsempfindlicher Tätigkeit befassten Personen zu besorgen sind,
 16. Kontakte zu ausländischen Nachrichtendiensten oder zu Nachrichtendiensten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, auch solche, die auf einen Anbahnungs- und Werbungsversuch hindeuten können,
 17. Beziehungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen,
 18. herausgehobene Funktionen innerhalb der Parteien, Massenorganisationen, bewaffneten Organe, Behörden oder Betriebe der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik,
 19. Tätigkeiten für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der DDR, die Verwaltung Aufklärung im Ministerium für Nationale Verteidigung oder das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik,
 20. zwei Auskunftspersonen zur Identitätsprüfung des Betroffenen nur bei der Sicherheitsüberprüfung nach §§ 9 und 10 (Namen, Vornamen, Anschrift und Verhältnis zur Person),
 21. drei Referenzpersonen (Namen, Vornamen, Beruf, berufliche und private Anschrift und Rufnummern sowie zeitlicher Beginn der Bekanntschaft) nur bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 10 sowie
 22. Angaben zu früheren Sicherheitsüberprüfungen.
- Der Erklärung sind zwei aktuelle Lichtbilder mit der Angabe des Jahres der Aufnahme beizufügen.
- (2) Bei der Sicherheitsüberprüfung nach § 8 entfallen die Angaben zu Absatz 1 Nr. 8, 11 und 12 und die Pflicht, Lichtbilder beizubringen; Absatz 1 Nr. 10 entfällt, soweit die dort genannten Personen nicht mit der betroffenen Person in einem Haushalt leben. Zur Person des Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten der betroffenen Person sind mit dessen Zustimmung die in Absatz 1 Nr. 1 bis 4, 16 bis 19 genannten Daten anzugeben. Ergeben sich aus der Sicherheitserklärung oder aufgrund der

Abfrage aus einer der in § 6 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217) geändert worden ist, genannten Verbunddateien sicherheitsrelevante Erkenntnisse über den Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten der betroffenen Person, sind weitere Überprüfungsmaßnahmen nur zulässig, wenn der Ehegatte, Lebenspartner oder Lebensgefährtin mit seiner Zustimmung in die erweiterte Sicherheitsüberprüfung einbezogen wird.

(3) Wird der Ehegatte, Lebenspartner oder Lebensgefährtin in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen, sind zusätzlich für diesen die in Absatz 1 Nr. 5 bis 7, 12 bis 15 genannten Daten anzugeben.

(4) Bei Sicherheitsüberprüfungen der in § 3 Abs. 5 Satz 1 genannten Personen sind zusätzlich die Wohnsitze und Aufenthalte seit der Geburt, die Geschwister und Kinder (Namen, auch frühere, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Wohnsitze), abgeschlossene Straf- und Disziplinarverfahren sowie alle Kontakte zu ausländischen Nachrichtendiensten oder zu Nachrichtendiensten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik anzugeben.

(5) Die Sicherheitserklärung ist von der betroffenen Person der zuständigen Stelle zuzuleiten. Diese prüft die Angaben auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit. Zu diesem Zweck kann die Personalakte eingesehen werden. Die zuständige Stelle leitet die Sicherheitserklärung an die mitwirkende Behörde weiter und beauftragt diese,

eine Sicherheitsüberprüfung durchzuführen, es sei denn, die zuständige Stelle hat bereits bei der Prüfung der Sicherheitserklärung festgestellt, dass ein Sicherheitsrisiko vorliegt, das einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit entgegensteht. Die mitwirkende Behörde kann mit Zustimmung der zuständigen Stelle und der betroffenen Person in die Personalakte Einsicht nehmen, wenn dies zur Klärung oder Beurteilung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse unerlässlich ist.

§ 14

Abschluss der Sicherheitsüberprüfung

(1) Kommt die mitwirkende Behörde zu dem Ergebnis, dass kein Sicherheitsrisiko nach § 5 Abs. 1 vorliegt, teilt sie dies der zuständigen Stelle mit. Fallen Erkenntnisse an, die kein Sicherheitsrisiko begründen, aber weiterhin sicherheitsrelevant sind, werden diese mitgeteilt.

(2) Kommt die mitwirkende Behörde zu dem Ergebnis, dass ein Sicherheitsrisiko vorliegt, unterrichtet sie die zuständige Stelle schriftlich unter Darlegung der Gründe und ihrer Bewertung. Bei nachgeordneten Stellen erfolgt die Unterrichtung über die oberste Landesbehörde.

(3) Die zuständige Stelle entscheidet, ob ein Sicherheitsrisiko vorliegt, das der Ausübung der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit durch die betroffene Person entgegensteht. Im Zweifel hat das Sicherheitsinteresse Vorrang vor anderen Belangen. § 6 Abs. 2 und 3 Satz 2 und 3 ist zu beachten.

(4) Lehnt die zuständige Stelle nach erfolgter Anhörung die Betrauung mit der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit ab, teilt sie dies der betroffenen Person mit.

§ 15

Vorläufige Zuweisung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit

Die zuständige Stelle kann in Ausnahmefällen abweichend von § 2 Abs. 1 die sicherheitsempfindliche Tätigkeit der betroffenen Person vor Abschluss der Sicherheitsüberprüfung erlauben, wenn die mitwirkende Behörde

1. bei der einfachen Sicherheitsüberprüfung die Angaben in der Sicherheitserklärung unter Berücksichtigung der eigenen Erkenntnisse bewertet hat oder
2. bei der erweiterten Sicherheitsüberprüfung und bei der erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen die Maßnahmen der nächstniederen Art der Sicherheitsüberprüfung abgeschlossen hat und sich daraus keine tatsächlichen Anhaltspunkte für ein Sicherheitsrisiko ergeben haben.

§ 16

Unterrichtung durch die personalverwaltende Stelle

Die personalverwaltende Stelle unterrichtet die für die Sicherheitsüberprüfung zuständige Stelle unverzüglich über die persönlichen, dienstlichen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse der Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben, soweit sie für deren sicherheitsmäßige Beurteilung erheblich sind. Dazu zählen insbesondere:

1. Umsetzung, Abordnung, Versetzung und Ausscheiden,
2. Änderungen des Familienstandes, des Namens, eines Wohnsitzes und der Staatsangehörigkeit,
3. Anhaltspunkte für geistige oder seelische Störungen, für Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenmissbrauch,

4. Anhaltspunkte für Überschuldung, insbesondere Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse,
5. Straf- und Disziplinarsachen sowie dienst- und arbeitsrechtliche Maßnahmen.

§ 17

Sicherheitserhebliche Erkenntnisse nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfung

(1) Die zuständige Stelle und die mitwirkende Behörde haben sich unverzüglich gegenseitig zu unterrichten, wenn sicherheitserhebliche Erkenntnisse über die betroffene Person oder den in die Sicherheitsüberprüfung einbezogenen Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten bekannt werden oder sich mitgeteilte Erkenntnisse als unrichtig erweisen.

(2) Die mitwirkende Behörde prüft die sicherheitserheblichen Erkenntnisse und stellt fest, ob ein Sicherheitsrisiko nach § 5 Abs. 1 vorliegt, und unterrichtet die zuständige Stelle über das Ergebnis ihrer Prüfung. Im Übrigen ist § 14 Abs. 3 und 4 entsprechend anzuwenden.

§ 18

Aktualisierung der Sicherheitserklärung, Wiederholungsüberprüfung

(1) Die Sicherheitserklärung ist der betroffenen Person, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausübt, in der Regel alle fünf Jahre erneut zuzuleiten und im Falle eingetretener Veränderungen von dieser zu ergänzen.

(2) Bei sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten nach § 10 ist in der Regel im Abstand von zehn Jahren eine Wiederholungsüberprüfung einzuleiten. Im Übrigen kann die zuständige

Stelle eine Wiederholungsüberprüfung einleiten, wenn sicherheitserhebliche Erkenntnisse dies nahe legen. Das Verfahren bei der Wiederholungsüberprüfung entspricht dem der Erstüberprüfung; von einer erneuten Identitätsprüfung kann abgesehen werden. Die Wiederholungsüberprüfung bedarf der Zustimmung der betroffenen Person, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, und der Zustimmung ihres Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten, falls er einbezogen wird. § 2 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

Abschnitt 4

Akten über die Sicherheitsüberprüfung; Datenverarbeitung

§ 19

Sicherheitsakte und Sicherheitsüberprüfungsakte

(1) Die zuständige Stelle führt über die betroffene Person eine Sicherheitsakte, in die alle die Sicherheitsüberprüfung betreffenden Informationen aufzunehmen sind.

(2) Informationen über die persönlichen, dienstlichen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse der Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit befasst sind, sind zur Sicherheitsakte zu nehmen, soweit sie für die sicherheitsmäßige Beurteilung erheblich sind. Dazu zählen insbesondere:

1. Zuweisung, Übertragung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit, die dazu erteilte Ermächtigung sowie deren Änderungen und Beendigung,
2. Umsetzung, Abordnung, Versetzung und Ausscheiden,

3. Änderungen des Familienstandes, des Namens, eines Wohnsitzes und der Staatsangehörigkeit,
4. Anhaltspunkte für geistige oder seelische Störungen, für Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenmissbrauch,
5. Anhaltspunkte für Überschuldung, insbesondere Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse,
6. Straf- und Disziplinarsachen sowie dienst- und arbeitsrechtliche Maßnahmen.

(3) Die Sicherheitsakte ist keine Personalakte. Sie ist gesondert zu führen und darf weder der personalverwaltenden Stelle noch der betroffenen Person zugänglich gemacht werden; § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bleibt unberührt. Im Falle des Wechsels der Dienststelle, des Dienstherrn oder des Arbeitgebers ist die Sicherheitsakte an die neue Beschäftigungsstelle abzugeben, wenn auch dort eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausgeübt werden soll.

(4) Die mitwirkende Behörde führt über die betroffene Person eine Sicherheitsüberprüfungsakte, in die aufzunehmen sind:

1. Informationen, die die Sicherheitsüberprüfung, die durchgeführten Maßnahmen und das Ergebnis betreffen,
2. Nichtaufnahme oder Ausscheiden aus der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit sowie
3. Änderungen des Familienstandes, des Namens, eines Wohnsitzes und der Staatsangehörigkeit.

Die in Absatz 2 Nr. 4 bis 6 genannten Daten sind zur Sicherheitsüberprüfungsakte zu nehmen, wenn sie sicherheitserheblich sind.

(5) Die zuständige Stelle ist verpflichtet, die in Absatz 4 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2 genannten Daten unverzüglich der mitwirkenden Behörde

zu übermitteln. Die Übermittlung der in Absatz 4 Satz 1 Nr. 2 genannten Daten erfolgt nach den in § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 festgelegten Fristen.

§ 20

Aufbewahren und Vernichten der Unterlagen

(1) Die Unterlagen über die Sicherheitsüberprüfung sind gesondert aufzubewahren und gegen unbefugten Zugriff zu schützen.

(2) Die Unterlagen über die Sicherheitsüberprüfung sind bei der zuständigen Stelle innerhalb eines Jahres zu vernichten, wenn die betroffene Person keine sicherheitsempfindliche Tätigkeit aufnimmt, es sei denn, die betroffene Person willigt in die weitere Aufbewahrung ein. Im Übrigen sind die Unterlagen über die Sicherheitsüberprüfung bei der zuständigen Stelle fünf Jahre nach dem Ausscheiden aus der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit zu vernichten, es sei denn, die betroffene Person willigt in die weitere Aufbewahrung ein oder es ist beabsichtigt, der betroffenen Person in absehbarer Zeit erneut eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zuzuweisen, zu übertragen oder sie dazu zu ermächtigen.

(3) Die Unterlagen über die Sicherheitsüberprüfung bei der mitwirkenden Behörde sind nach den in § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 genannten Fristen zu vernichten. Gleiches gilt bezüglich der Unterlagen zu den in § 3 Abs. 5 genannten Personen.

(4) Die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsArchivG) vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung, bleiben unberührt.

§ 21

Speichern, Verändern und Nutzen personenbezogener Daten in Dateien

(1) Die zuständige Stelle darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz die in § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 und 22 genannten personenbezogenen Daten der betroffenen Person, ihre Aktenfundstelle und die der mitwirkenden Behörde, sowie die Bezeichnung der Beschäftigungsstelle, Verfügungen zur Bearbeitung des Vorganges und beteiligte Behörden in Dateien speichern, verändern und nutzen.

(2) Die mitwirkende Behörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben

1. die in § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 und 22 genannten personenbezogenen Daten der betroffenen Person und des in die Sicherheitsüberprüfung einbezogenen Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten und die Aktenfundstelle,
2. Verfügungen zur Bearbeitung des Vorgangs sowie
3. sicherheitserhebliche Erkenntnisse und Erkenntnisse, die ein Sicherheitsrisiko begründen,

speichern, verändern und nutzen. Die Daten nach Nummer 1 dürfen auch in den nach § 6 BVerfSchG zulässigen Verbunddateien gespeichert werden.

§ 22

Übermittlung und Zweckbindung

(1) Die zuständige Stelle darf personenbezogene Daten nur an öffentliche Stellen übermitteln, soweit dies

1. für die mit der Sicherheitsüberprüfung verfolgten Zwecke, insbesondere zur

Durchführung dienst- oder arbeitsrechtlicher Maßnahmen zum Zwecke der Gewährleistung des Verschlusssachenschutzes,

2. aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zur Verfolgung von Straftaten nach § 100c Abs. 1 Nr. 3 StPO oder §§ 331, 333 StGB oder
3. für die Zwecke eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses erforderlich ist.

(2) Die mitwirkende Behörde darf personenbezogene Daten an andere öffentliche Stellen nur übermitteln, soweit dies

1. für die mit der Sicherheitsüberprüfung verfolgten Zwecke,
2. aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zur Verfolgung von Straftaten nach § 100c Abs. 1 Nr. 3 StPO oder §§ 331, 333 StGB,
3. zur Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, oder zur Aufklärung sonstiger Bestrebungen im Sinne von § 2 SächsVS. von erheblicher Bedeutung oder
4. für die Zwecke eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses erforderlich ist.

(3) Die Übermittlung unterbleibt, soweit gesetzliche Übermittlungsverbote entgegenstehen.

(4) Der Empfänger darf die übermittelten personenbezogenen Daten nur für den Zweck speichern, verändern und nutzen, zu dem sie ihm übermittelt worden sind.

§ 23

Berichtigen, Löschen und Sperren personenbezogener Daten

(1) Die zuständige Stelle und die mitwirkende Behörde haben personenbezogene Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind. Wird festgestellt, dass personenbezogene Daten unrichtig sind oder wird ihre Richtigkeit von der betroffenen Person bestritten, ist dies, soweit sich die personenbezogenen Daten in Akten befinden, dort zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) In Dateien gespeicherte personenbezogene Daten sind zu löschen

1. von der zuständigen Stelle
 - a) innerhalb eines Jahres, wenn die betroffene Person keine sicherheitsempfindliche Tätigkeit aufnimmt, es sei denn, die betroffene Person willigt in die weitere Speicherung ein,
 - b) nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Ausscheiden der betroffenen Person aus der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit, es sei denn, die betroffene Person willigt in die weitere Speicherung ein oder es ist beabsichtigt, der betroffenen Person in absehbarer Zeit eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zuzuweisen, zu übertragen oder sie dazu zu ermächtigen,
2. von der mitwirkenden Behörde
 - a) bei einfachen Sicherheitsüberprüfungen nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Ausscheiden der betroffenen Person aus der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit,
 - b) bei den übrigen Überprüfungsarten nach Ablauf von zehn Jahren nach den in Nummer 1 genannten Fristen,
 - c) die nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 gespeicherten Daten, wenn feststeht, dass die betroffene Person keine sicherheitsempfindliche

Tätigkeit aufnimmt oder aus ihr ausgeschlossen ist.

Im Übrigen sind in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig ist.

(3) Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person verarbeitet und genutzt werden.

§ 24

Auskunft

(1) Der anfragenden Person ist von der zuständigen Stelle auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung zu ihr gespeicherten Daten zu erteilen.

(2) Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen. Bezieht sich die Auskunftserteilung auf personenbezogene Daten, die von der mitwirkenden Behörde übermittelt wurden, ist sie nur mit deren Zustimmung zulässig.

(3) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. die Auskunft die ordnungsgemäße Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben gefährden würde,
2. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
3. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der

überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen

und deswegen das Interesse des Anfragenden an der Auskunftserteilung zurücktreten muss.

(4) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit durch die Mitteilung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe der mit der Auskunftsverweigerung verfolgte Zweck gefährdet würde. In diesem Falle sind die Gründe für die Auskunftsverweigerung aktenkundig zu machen. Die anfragende Person ist auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden kann.

(5) Wird dem Anfragenden keine Auskunft erteilt, ist sie auf sein Verlangen dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten zu erteilen, soweit nicht die jeweils zuständige oberste Landesbehörde im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Die Mitteilung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an den Anfragenden darf keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der speichernden Stelle zulassen, sofern diese nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

(6) Für die Auskunftserteilung und die Zustimmung nach Absatz 2 durch die mitwirkende Behörde gilt § 9 SächsVSG.

Abschnitt 5

Sicherheitsüberprüfungen im nicht-öffentlichen Bereich

§ 25

Anwendungsbereich

Bei Sicherheitsüberprüfungen von betroffenen Personen, die von der zuständigen Stelle zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit nach § 1 Abs. 3 Nr. 1 bis 3 ermächtigt oder mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 bei einer nicht-öffentlichen Stelle betraut werden sollen, gelten die folgenden Regelungen.

§ 26

Zuständigkeit

(1) Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ist die gemäß § 25 zuständige Stelle, soweit nicht die Landesdirektion Sachsen zuständig ist. Die Landesdirektion Sachsen ist zuständig bei Sicherheitsüberprüfungen von betroffenen Personen, die mit sicherheitsempfindlicher Tätigkeit nach § 1 Abs. 3 Nr. 1 bis 3 bei einer nicht-öffentlichen Stelle betraut werden sollen. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr übt die Fachaufsicht über die Landesdirektion Sachsen aus.

(2) Die Aufgaben der nicht-öffentlichen Stelle nach diesem Gesetz sind grundsätzlich von einer von der Personalverwaltung getrennten Organisationseinheit wahrzunehmen. Die zuständige Stelle kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen, wenn die nicht-öffentliche Stelle zur Aufgabentrennung nach Satz 1 insbesondere aus organisatorischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage ist und sich verpflichtet hat, die ihr in der Sicherheitsüberprüfung

bekannt gewordenen Daten des Betroffenen oder von Dritten nur für die damit verfolgten Zwecke zu verarbeiten.³²¹

§ 27

Sicherheitserklärung

(1) Abweichend von § 13 Abs. 5 Satz 1 leitet die betroffene Person ihre Sicherheitserklärung der nicht-öffentlichen Stelle zu, in der sie beschäftigt ist. Im Falle der Einbeziehung des Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten fügt sie dessen Zustimmung bei. Die nicht-öffentliche Stelle prüft die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben und darf, soweit dies erforderlich ist, die Personalunterlagen beziehen. Sie gibt die Sicherheitserklärung an die zuständige Stelle weiter und teilt dieser vorhandene sicherheitserhebliche Erkenntnisse mit.

(2) Ist eine Ausnahme von dem Grundsatz der getrennten Aufgabenwahrnehmung im Sinne des § 26 Abs. 2 Satz 2 zugelassen, leitet die betroffene Person die Sicherheitserklärung unmittelbar der zuständigen Stelle zu. Im Falle der Einbeziehung des Ehegatten, Lebenspartners oder Lebensgefährten fügt sie dessen Zustimmung bei. Die zuständige Stelle überprüft in diesem Falle die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben. Sie darf hierzu die Personalunterlagen beziehen.

³²¹ § 26 geä. durch Artikel 18 des G vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S 138, 159) und durch Artikel 21 des G vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S 130, 142)

§ 28

Abschluss der Sicherheitsüberprüfung; Weitergabe sicherheitserheblicher Erkenntnisse

Die zuständige Stelle unterrichtet die nicht-öffentliche Stelle nur darüber, dass die betroffene Person zur sicherheitsempfindlichen Tätigkeit ermächtigt oder nicht ermächtigt wird. Erkenntnisse, die die Ablehnung der Ermächtigung zur sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betreffen, dürfen nicht mitgeteilt werden. Zur Gewährleistung des Geheimnisses können sicherheitserhebliche Erkenntnisse an die nicht-öffentliche Stelle übermittelt werden. Sie dürfen von ihr ausschließlich zu diesem Zweck genutzt werden. Die nicht-öffentliche Stelle hat die zuständige Stelle unverzüglich zu unterrichten, wenn sicherheitserhebliche Erkenntnisse über die betroffene Person oder den in die Sicherheitsüberprüfung einbezogenen Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten bekannt werden.

§ 29

Aktualisierung der Sicherheitserklärung

(1) Die nicht-öffentliche Stelle leitet der betroffenen Person, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausübt, auf Anforderung der zuständigen Stelle die Sicherheitserklärung in der Regel alle fünf Jahre erneut zu.

(2) Die betroffene Person hat die in der Sicherheitserklärung angegebenen Daten im Falle eingetretener Veränderungen zu ergänzen. Die zuständige Stelle beauftragt die mitwirkende Behörde, die Maßnahmen nach § 12 Abs. 1 Nr. 2 und 3 erneut durchzuführen.

§ 30

Übermittlung von Informationen über persönliche und arbeitsrechtliche Verhältnisse

Die nicht-öffentliche Stelle hat der zuständigen Stelle das Ausscheiden aus sicherheitsempfindlicher Tätigkeit, Änderungen des Familienstandes, des Namens, eines Wohnsitzes und der Staatsangehörigkeit unverzüglich mitzuteilen.

§ 31

Sicherheitsakte der nicht-öffentlichen Stelle

Für die Sicherheitsakte in der nicht-öffentlichen Stelle gelten die Vorschriften dieses Gesetzes über die Sicherheitsakte entsprechend mit der Maßgabe, dass die Sicherheitsakte der nicht-öffentlichen Stelle bei einem Wechsel des Arbeitgebers nicht abgegeben wird.

§ 32

Datenverarbeitung, -nutzung und -berichtigung in automatisierten Dateien

Die nicht-öffentliche Stelle darf die nach diesem Gesetz zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten der betroffenen Person in automatisierten Dateien speichern, verändern und nutzen. Die für die zuständige Stelle geltenden Vorschriften zur Berichtigung, Löschung und Sperrung finden Anwendung.

Abschnitt 6

Reisebeschränkungen und Schlussvorschriften

§ 33

Reisebeschränkungen

(1) Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben, die eine Sicherheitsüberprüfung nach §§ 9 und 10 erfordert, können verpflichtet werden, Dienst- und Privatreisen in oder durch Staaten, für die besondere Sicherheitsregelungen gelten, der zuständigen Stelle unmittelbar oder dieser über die nicht-öffentliche Stelle rechtzeitig vorher anzuzeigen. Die Verpflichtung kann auch für die Zeit nach dem Ausscheiden aus der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit angeordnet werden.

(2) Die Reise kann von der zuständigen Stelle untersagt werden, wenn Anhaltspunkte zur Person oder eine besonders sicherheitsempfindliche Tätigkeit vorliegen, die eine erhebliche Gefährdung durch fremde Nachrichtendienste erwarten lassen.

(3) Ergeben sich bei einer Reise in und durch Staaten, für die besondere Sicherheitsregelungen gelten, Anhaltspunkte, die auf einen Anbahnungs- und Werbungsversuch fremder Nachrichtendienste hindeuten können, ist die zuständige Stelle nach Abschluss der Reise unverzüglich zu unterrichten.

§ 34

Rechtsverordnung

Die Staatsregierung bestimmt durch Rechtsverordnung die lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen im Sinne des § 1 Abs. 3 Nr. 4.

§ 35

Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Das Staatsministerium des Innern erlässt die allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung dieses Gesetzes.

§ 36

Geltung des Sächsischen Datenschutzgesetzes

Die §§ 3, 6 bis 10, 17, 26, 38 und 39 SächsDSG finden in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Für die Datenschutzkontrolle der durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen nach diesem Gesetz gespeicherten personenbezogenen Daten gelten die §§ 24, 27 bis 29 SächsDSG in der jeweils geltenden Fassung.

§ 37

Einschränkung von Grundrechten

Durch Maßnahmen aufgrund dieses Gesetzes kann im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) sowie in das Recht auf freie Ausreise (Artikel 2 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 15 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingegriffen werden.

§ 38

Sicherheitsüberprüfung kommunaler Bediensteter

Der Freistaat Sachsen gewährt den Landkreisen 0,009 EUR und den Kreisfreien Städten 0,0005 EUR jährlich je Einwohner für die Sicherheitsüberprüfung kommunaler Bediensteter.

V Stichwortverzeichnis

A	
AAE, Peer Lennart	42
AK ANTIFA	145, 180
AK ANTIFA IM LIBERTÄREN NETZWERK DRESDEN	180
AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE (AE)	21, 102
AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN	50, 97
AKTIONSBÜNDNIS LEIPZIG	23, 24, 25, 113, 114
AKTIONSBURO NORDSACHSEN	123
ALLGEMEINES SYNDIKAT DRESDEN.....	159, 160, 189
AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ (AG GÖRLITZ)	105, 106
ALTERMEDIA	28
ANARCHISTEN	13, 139, 173, 174, 259
ANTIANTIFA GÖRLITZ	105
ANTIDEUTSCHE	12, 145, 146, 253
ANTIFA KLEIN-PARIS (AKP)	146
ANTIFA LAUSITZ	190, 191
Antifaschismus	144, 146, 148, 153, 167, 173, 179, 180, 182, 186, 189, 225, 226, 230, 253
ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ	188
ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ (AFA GÖRLITZ)	190, 211
ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK)	188
ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE- BURGSTÄDT (ANTIFA RGB)	189
ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSGRUPPE DRESDEN (AFA DRESDEN).....	181, 182
ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN (ALB)	186
ANTIFASCHISTISCHE LINKE INTERNATIONAL	144
ANTIFASCHISTISCHES INFOBLATT	212
APFEL, Holger	16, 27, 28, 30, 36, 38, 40, 41, 43, 44, 45, 46, 48, 50, 54, 55, 59, 88, 92, 104, 114, 117, 132, 207, 208
ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)	193
ARYAN HOPE	72, 112
ASATRU	223
AS-SUNNA-VERLAG	198
AUTONOME	3, 11, 12, 27, 90, 137, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 162, 170, 172, 173, 175, 176, 177, 178, 180, 183, 184, 185, 186, 187, 190, 225, 226, 227, 254, 255, 259, 260
AUTONOME ANTIFA WESTERZGEBIRGE (AAWE)	190
AUTONOME NATIONALISTEN (AN) ..	11, 27, 90, 254, 255, 260
AUTONOME NATIONALISTEN AUE (AN Aue).....	102, 103
AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE	186, 187
B	
BARNY	72, 95
BAUR, Jens	63, 100
BEIER, Mirko	117
BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V.....	32, 85
BLICKPUNKT SACHSEN	53, 85, 86
BLITZKRIEG	72, 95
BLUTZEUGEN	72
BÖHNHARDT, Uwe	206
BOOT BOYS GÖRLITZ	21, 105
Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“	147, 162, 170, 184, 185, 186, 187, 226, 227,
BÜNDNIS NATIONALER AKTIVISTEN IM RAUM SÄCHSISCHE SCHWEIZ	127
C	
CIFTCI, Seyfudin	197
D	
DABBAGH, Hassan	197, 198, 212
DEATH ON HORIZON	72
DER AKTIVIST	23, 58
DER ROTE AUFBAU.....	167, 170
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)	137, 161, 163, 169, 172, 183, 186
DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH	79, 81, 118

DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V.....	200	FREIE KRÄFTE MITTELSACHSEN	119
DEUTSCHLANDECHO	214	FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ	21
DIE LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG	108, 119	FREIE NATIONALISTEN	21, 96, 120, 256, 260
DIE RECHTE	48, 280	FREIE NATIONALISTEN FREIBERG	21
DIE ROTE FAHNE	172	FREIES CHEMNITZ	84, 222
DIE ROTE HILFE	155, 156, 172	FREIES NETZ MITTE	20
DIREKTE AKTION	158, 159	FREIE STRUKTUREN	96
DIVISION DÖBELN	120	FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK)	199
DONARS GROLL	76, 93	FREUNDESKREIS UDO VOIGT	132
DORNBRACH, Pierre	59, 63	FRONT RECORDS	81, 112
DRACHENKOPF	103	FÜR IMMER UND EWIG	84, 85
DRESDEN	2, 3, 11, 21, 26, 27, 31, 38, 49, 50, 51, 52, 55, 56, 61, 62, 63, 73, 74, 75, 79, 82, 88, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 105, 114, 116, 133, 134, 136, 138, 140, 141, 143, 145, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 168, 170, 171, 172, 173, 174, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 189, 197, 200, 201, 211, 217, 219, 225, 226, 227, 230, 233, 234, 235, 236, 281, 299	G	
E		GANSEL, Jürgen	36, 44, 53, 116
EASTSIDE	73, 112	Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“	69, 107, 108
EINLADUNG ZUM PARADIES e.V. (EZP).....	197	GATTER, Jens	61
F		GEGENSTANDPUNKT (GSp)	171, 179
FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM).....	199, 200, 202, 204	Geheimschutz	4, 242, 243, 244
FREIE AKTIVISTEN	96, 105	GEITHAINER SPRACHROHR	85
FREIE AKTIVISTEN GÖRLITZ	105	GERMANIA LIBERA	73, 135
FREIE ANTINATIONALISTISCHE ORGANISATION CHEMNITZ (Fanoc)	148	H	
FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)....	136, 137, 144, 158, 159, 160, 170, 172, 179, 184, 189	HAMMERSKINS	67, 68, 262
FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION (FAU)	3, 137, 158, 170	HEIMATTREUES LEIPZIG	113, 114
FREIE KRÄFTE	20, 21, 28, 49, 93, 94, 105, 110, 126, 133, 256, 259, 260	HIER & JETZT	32, 85
FREIE KRÄFTE DRESDEN (FKD)	21	HOFFMANN, Karl-Heinz	209
FREIE KRÄFTE FROHBURG	110	HOOLIGANS, NAZIS UND RASSISTEN (HOONARA)	79, 95
FREIE KRÄFTE KOHRENER LAND	110	HOPE FOR THE WEAK	71, 73, 101
FREIE KRÄFTE LEIPZIG	21	I	
		INFORMATION DES KOMMUNISTISCHEN AKTIONS- BÜNDNIS DRESDEN (KAD)	163
		INKUBATION	73, 74, 123
		INTERIM	139, 144, 152, 153, 171, 172
		INTERNATIONAL COORDINATION OF REVOLUTIONARY PARTIES AND ORGANIZATIONS (ICOR)	168
		INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (IAA) ..	3, 136, 137, 144, 158, 172
		INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL)	186
		J	
		JN ELBLAND	117

JN GEITHAIN	111
JN MULDENTAL	111
JN NORDSACHSEN	100, 125
JN SÄCHSISCHE SCHWEIZ	96, 128
JN-STÜTZPUNKT MULDENTAL	110
JN-STÜTZPUNKT NORDSACHSEN	57, 125
JUGEND PLAUEN (AJPL)	192
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) 2, 27, 29, 30, 55, 85, 91, 94, 99, 103, 106, 110, 114, 116, 117, 122, 124, 127, 131, 134	
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO)	100
JUNGE WELT	172

K

KALLWEIT, Patrick	59, 60
KAMERADSCHAFTEN	10, 11, 20, 131, 256, 258, 259, 260
KAMERADSCHAFTH OELSNITZ	130, 131
Kampagne „Einmal Sachsen und zurück – Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung stoppen“	51, 91, 94, 132, 216
Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazi-Zentrum in Leipzig“	157, 176, 179, 191, 227
Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“	60, 61
Kampagne „Identität-Sachsen“	57, 62
Kampagne „Raus aus dem Euro“	44, 45, 46, 51, 103, 124
Kampagne „Sachsens Demokratie“	147, 149
Kampagne „Werde unsterblich“	11, 22, 121, 131
Kampagne „Wir arbeiten – Brüssel kassiert. Raus aus dem Euro“	50, 92, 131
KAMPAGNE 129EV	158
KLARTEXT	85
KNAPE, Andy	55, 58, 59, 60
KOMALEN CIWANEN.....	200, 202
KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV)	30
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) ..	163, 170, 179, 184
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)	137, 139, 163, 165, 171, 191
KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD)	163, 171
KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA (KON-KURD)	202

KÖNIG, Mathias	111
KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK)	198
KO-VERSAND	133
KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK)	199
KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V.	200
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V.....	200

L

LANDSER	119
LEFT-ACTION	151, 175
LEIPZIGER ANTIFA (LeA)	143, 177
LÖFFLER, Mario	16, 27, 30, 48, 49, 54, 104

M

MARXISTISCHE GRUPPE	179
MARXISTISCHES FORUM	171, 172
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	137, 168, 171, 172, 183, 186
MAUERBLÜMCHEN	28
MEENEN, Uwe	28, 49
MILLATU IBRAHIM	196, 197
MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND)	30
MOILER	73, 104
MONACO, Julian	59, 60, 63
MOSHPIT	71, 74
MÜLLER, Maik	98
MUNDLOS, Uwe	206

N

NATIONALE AKTIVISTEN	105
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK)	199
NATIONALER BILDUNGSKREIS (NBK)	60
NATIONALER JUGENDBLOCK e. V. (NJB)	107
NATIONALER WIDERSTAND	20, 134
NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND.....	22
NATIONALER WIDERSTAND LIMBACH.....	133, 134
NATIONALE SOZIALISTEN	20, 21, 93, 96, 109, 111, 119, 121, 122, 133, 259
NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC)	21, 93
NATIONALE SOZIALISTEN CRIMMITSCHAU	133
NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (NS-DÖBELN)	21, 119

NATIONALE SOZIALISTEN ERZGEBIRGE	96
NATIONALE SOZIALISTEN GEITHAIN	21, 109
NATIONALE SOZIALISTEN LUNZENAU (NS LUNZENAU)	121, 122
NATIONALE SOZIALISTEN MULDENTAL	111
NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU (NSZ)	21, 133
NATIONALES VERSANDHAUS	82
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	27, 30, 84, 91, 94, 99, 103, 106, 110, 114, 116, 122, 124, 127, 131, 134, 207
NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (NSDAP)	24, 37 f., 43
NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU) 3, 182, 206	
NAUMANN, Tommy	115
NEONATIONALSOZIALISTEN 2, 9, 10, 11, 16, 17, 18, 20, 22, 24, 25, 26, 27, 29, 33, 45, 48, 49, 53, 55, 60, 87, 88, 89, 93, 96, 99, 102, 105, 108, 109, 113, 115, 116, 119, 122, 123, 126, 129, 131, 133, 136, 175, 207, 209, 223, 224, 260	
NETZWERKMITTE	98, 99
NEW SOCIETY	94, 95
NORDLICHT	133
NORDSACHSENVERSAND	82, 126

O

ÖCALAN, Abdullah	198, 201, 203, 204
ODIN-VERSAND	129
OPOS-RECORDS	79, 82, 83, 101, 102
ORTHODOX-KOMMUNISTISCHE BESTREBUNGEN	13
OTWIN	74
OVERDRESSED	74, 123

P

PASTÖRS, Udo	45, 114
PC-RECORDS	79, 83, 95, 210, 211, 222
PHASE 2	142, 143, 172
PINSELSTRICHE	25, 26, 121
PLAN B	126
PRIORITÄT	74, 101
Proliferation	4, 240, 241, 247, 250, 257, 260
PÜSCHEL, Hans	209

R

RAACK, Sebastian	82
RACIAL PURITY	75, 101
RAC´N´ROLL TEUFEL	74, 135
RADIKALE LINKE (RL Nürnberg).....	186
RAHMEL, Yves	83
REBELL	168
RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH	131
REGENER, Michael	119
REICHSIDEOLOGEN	88, 89
REPRO-MEDIEN	79, 83, 92
REVOLUTIONÄRE AKTIONSZELLEN (RAZ).....	147
REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ)	20, 21, 130
REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND (RNJ Vogtland).....	130
REVOLUTIONÄRER FREUNDSCHAFTSBUND e. V. (RFB).....	163, 164, 183
RICHTER, Karl	43, 59, 81, 92, 209
RICHTER, Simon	43, 59, 81, 92, 209
RICHTER, Thorsten	43, 59, 81, 92, 209
RING NATIONALER FRAUEN (RNF) ...	10, 11, 30, 31, 39, 96, 100, 103, 114
ROHLEDER, Frank	132
ROMMEL	75
ROTE FAHNE	168, 171
ROTE HILFE e. V. (RH).....	136, 152, 155, 170, 179
ROTE HILFE DEUTSCHLAND (RHD).....	155
ROTE HILFE DRESDEN (RH Dresden)	157, 183, 184
ROTFUCHS – TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND.....	172
ROTFUCHS e. V.	183
ROTFUCHS-FÖRDERVEREIN e. V.....	163, 172, 179, 190, 191
ROTER STURM	172
RZEHACZEK, Paul	55, 61, 63, 65, 123, 125

S

Sabotageschutz	4, 237, 242, 243
SACHSENBLUT	75, 123
SACHSONIA	75, 101, 223
Salafisten ..	193, 194, 195, 196, 197, 205, 212, 228, 231
Salafistische Bestrebungen	3, 193, 204
SATTELBERG, Thomas	55, 128

SCENARIO LOK	115
SCHÄFER, Michael	59, 60, 63
SCHEFFLER, Maik	28, 50, 55, 59, 92, 110, 124
SCHILDAUER JUNGS	126
SCHIMMER, Arne	208
SCHLESISCHE JUNGS	107
SCHRATT	76, 135
Schulhof-CD	64, 65
SCHWARZER ORDEN VOGTLAND	131
SCHWERDT, Frank	208
SELBSTSTELLER	66, 76, 93, 119
Seriöse Radikalität.....	27, 40, 48
SERXWEBUN	198
Sicherheitsüberprüfung 242, 243, 265, 267, 271, 283, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318	
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS).....	128
SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ)	161
Spionage	237, 240, 241, 250, 257, 261, 263
SPREELICHTER	26, 131
STAHLHELM	86
STAHLWERK	75
STIMME VON UND FÜR ELBE-SAALE	172
STORMFRONT	68
STURM	122, 172
STURMKRIEGER	75, 95
SUBKULTURELLE RECHTSEXTREMISTEN	2, 65, 261
SYNDIKAT DER REGION CHEMNITZ/ERZGEBIRGSKREIS. 158, 189	
SZYMANSKI, Holger	30, 49, 54, 55

T

T.H.O.R.....	104
TERRORCREW MULDENTAL (TCM)	112
THE GRANITS	76, 93, 119
THEMATIK	76, 115, 124, 150, 152, 182
THE STORE	80, 129
TRIPP, Manuel	85, 109

U

ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND	77, 133
UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA (URA DRESDEN) ... 145, 180, 211	

UNION DER FREIEN FRAUEN (YJA)	202
UNSERE ZEIT (UZ)	172

V

VERBOTEN	66, 77, 88, 104, 130
VIVA SAXONIA	87
VOGEL, Pierre	197
VOIGT, Udo	28, 41, 49, 55, 132
VOLKSNAH	77
Volkstod-Kampagne	11, 61, 224
VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG)	198, 199, 200
VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN	155, 156

W

W.U.T. (WHITE UNITED TERROR)	77
WHITE RESISTANCE	77, 104, 135
WIDERSTAND OELSNITZ	130, 131
WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG.....	77, 78
WIESE, Martin	209
WORCH, Christian	48
WORTGEWANDT ARGUMENTE FÜR MANDATS- UND FUNKTIONSTRÄGER	37, 42, 43

Y

YENI ÖZGÜR POLITIKA	199, 201, 205
---------------------------	---------------

Z

ZSCHÄPE, Beate	206, 212
----------------------	----------

VI Abkürzungsverzeichnis

A		E	
AAK	ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT	ERNK	NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS
AAWE	AUTONOME ANTIFA WESTERZGEBIRGE		
AE	AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE	F	
AFA DRESDEN	ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSGRUPPE DRESDEN	Fanoc	FREIE ANTINATIONALISTISCHE ORGANISATION CHEMNITZ
AFA GÖRLITZ	ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ	FAU	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION
AG GÖRLITZ	AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ	FAU-IAA	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION
AJPL	ANTIFA JUGEND PLAUEN	FKD	FREIE KRÄFTE DRESDEN
AK ANTIFA	AK ANTIFA IM LIBERTÄREN NETZWERK DRESDEN	FN	FREIE NATIONALISTEN
AKP	ANTIFA KLEIN-PARIS		
ALB	ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN	G	
AN	AUTONOME NATIONALISTEN	GAZ	Gemeinsames Abwehrzentrum
AN Aue	AUTONOME NATIONALISTEN AUE	GETAZ	Gemeinsames Extremismus und Terrorismus Abwehrzentrum des Bundes und der Länder
ANTIFA RGB	ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT	GIZ	Gemeinsames Internetzentrum
		GSP	GEGENSTANDPUNKT
B		GTAZ	Gemeinsames Terrorismusab- wehrzentrum
BfV	Bundesamt für Verfassungs- schutz		
BKA	Bundeskriminalamt	H	
BND	Bundesnachrichtendienst	HooNARA	Hooligans, Nazis und Rassisten
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	HPG	VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE
C			
CDK	KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA	I	
D		IAA	INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION
DKP	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI	ICOR	INTERNATIONAL COORDINATION OF REVOLUTIONARY PARTIES AND ORGANIZATIONS
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION	IL	INTERVENTIONISTISCHE LINKE

J		NSU	NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND
JLO	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V.	NSZ	NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU
JN	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN	O	
K		OAZ	Operatives Abwehrzentrum Extremismus
KABD	KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND DEUTSCHLANDS	P	
KAD	KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN	PIAS	Polizeiliche Informations- und Analysestelle
KADEK	FREIHEITS- UND DEMOKRAKIEKONGRESS KURDISTANS	PKK	ARBEITERPARTEI KURDISTANS
KCK	VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS	PMK	Politisch motivierte Kriminalität
KKK	GEMEINSCHAFT DER KOMMUNEN IN KURDISTAN	R	
KONGRA GEL	VOLSKONGRESS KURDISTANS	RAF	ROTE ARMEE FRAKTION
KON-KURD	KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA	RAZ	REVOLUTIONÄRE AKTIONSZELLEN
KPD	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	RED	Rechtsextremismusdatei
KPF	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE	RF	ROTE FAHNE
KPV	KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG	RFB	REVOLUTIONÄRER FREUNDSCHAFTS- BUND e.V.
M		RH	ROTE HILFE e. V.
MAD	Militärischer Abschirmdienst	RHD	ROTE HILFE DEUTSCHLANDS
MF	MARXISTISCHES FORUM	RL	RADIKALE LINKE
MLPD	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	RNF	RING NATIONALER FRAUEN
MND	MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN	RNJ	REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND
N		S	
NIAS	Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle	SAV	SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE e. V.
NJB	NATIONALER JUGENDBLOCK e.V.	SDAJ	SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND
NPD	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	SED	SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCH- LANDS
NS	NATIONALE SOZIALISTEN	SVSW	SÄCHSISCHER VERBAND FÜR SICHERHEIT IN DER WIRTSCHAFT e. V.
NS-Boys	NEW SOCIETY	T	
NSC	NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ	TAK	FREIHEITSFALKEN KURDISTANS
NSDAP	NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI	TCM	TERRORCREW MULDENTAL
		U	
		URA DRESDEN	UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN

UZ	UNSERE ZEIT
Y	
YDK	KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION
YEK-KOM	FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V.
YJA	UNION DER FREIEN FRAUEN

VII Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder

A	166, 174, 187, 188, 189, 192, 200, 210, 222, 233, 234, 236
Afghanistan	196
Ägypten	193, 196
Annaberg-Buchholz (Erzgebirgskreis)	103
Aserbaidschan	241
Aue-Schwarzenberg (Erzgebirgskreis)	103
Australien	80
B	
Bad Hersfeld (Hessen)	96
Bad Lausick (Landkreis Leipzig)	110
Bad Nenndorf (Niedersachsen)	103
Bad Schlema (Erzgebirgskreis)	103
Bautzen (Landkreis Bautzen)	2, 21, 24, 50,55, 61, 78, 83, 89, 91, 92, 93, 190, 191, 217, 233
Bayern	98, 118, 130, 131, 207
Berlin	30, 96, 108, 147, 151, 163, 165, 168, 178, 184, 186, 190, 197, 198, 204, 257
Bonn (Nordrhein-Westfalen)	197, 203, 204
Borna (Landkreis Leipzig)	109, 110
Brandenburg	45, 60, 63, 83, 101, 108, 120, 152, 251
Brand-Erbisdorf OT Gränitz	123
Brandis (Landkreis Leipzig)	110, 112
Bremen	197
Brüssel	50, 92, 131
Burgstädt (Landkreis Mittelsachsen)	151, 153, 175, 189, 190
C	
Celle (Niedersachsen)	96
Chemnitz	2, 3, 21, 31, 49, 51, 53,72, 75, 79, 83, 84, 93, 94, 95, 96, 103, 110, 119, 133, 140, 145, 147, 148, 156, 158, 160, 161,
	166, 174, 187, 188, 189, 192, 200, 210, 222, 233, 234, 236
China	237, 238
Coburg (Bayern)	96
Colditz (Landkreis Leipzig)	22, 110, 225
Connewitz (Stadtteil in Leipzig)	150, 153, 175, 177, 178
Coswig (Landkreis Meißen)	117
Crimmitschau (Landkreis Zwickau)	133, 134, 210
D	
Delitzsch (Landkreis Nordsachsen)	23, 64, 123, 124, 125, 191
Dessau (Sachsen-Anhalt)	103, 127
Dippoldiswalde (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)	128
Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)	21, 73, 119, 120, 122, 123
Dortmund (Nordrhein-Westfalen)	22, 45, 114
Dresden	2, 3, 11, 21, 26, 27, 31, 38, 49,0, 51, 52, 55, 56, 61, 62, 63, 73, 74, 75, 79, 82, 88, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 105, 114, 116, 133, 134, 136, 138, 140, 141, 143, 145, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 168, 170, 171, 172, 173, 174, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 189, 197, 200, 201, 211, 217, 219, 225, 226, 227, 230, 233, 234, 235, 236, 281, 299
E	
Eilenburg (Landkreis Nordsachsen)	21, 82, 123, 124, 125, 126
Erfurt (Thüringen)	30, 186

Erzgebirgskreis21, 73, 76, 77, 102,
 103, 104, 158, 189
 Essen (Nordrhein-Westfalen) 161
 Europa 12, 47, 54, 67, 80, 106, 131, 145, 198, 202

F

Falkenhain (Landkreis Leipzig) 79, 81
 Finnland 96
 Frankfurt am Main (Hessen) 145, 158, 161
 Frankreich 96, 202, 203, 204
 Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) 21, 75, 119,
 120, 121, 122
 Freital (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzge-
 birge) 128
 Frohburg (Landkreis Leipzig) 108, 110

G

Geithain (Landkreis Leipzig)21, 57, 88, 108, 109,
 110, 111
 Gelenau (Erzgebirgskreis) 103
 Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) 168
 Georgien 199
 Geringswalde (Landkreis Mittelsachsen) 189, 190
 Geyer (Erzgebirgskreis) 103
 Glauchau (Landkreis Zwickau) 73
 Göda (Landkreis Bautzen)91
 Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterz-
 gebirge) 82, 128, 129
 Gohrisch (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)
 82, 128, 129
 Görlitz (Landkreis Görlitz)2, 21, 23, 24,
 48, 54, 56, 69, 86, 104, 105, 106, 107, 108,
 167, 175, 190, 191, 211
 Göttingen (Niedersachsen) 144, 148, 155, 156
 Gröditz (Landkreis Meißen) 116, 117
 Großbothen (Landkreis Leipzig) 110
 Großbröhrsdorf (Landkreis Bautzen) 89, 91
 Großrückerswalde (Erzgebirgskreis) 103

H

Hainichen-Striegistal (Landkreis Mittelsachsen) .
 122

Hamburg 204, 241
 Hessen 60, 145, 151, 158, 161, 238
 Hohenwussen (Gemeinde Naundorf, Landkreis
 Nordsachsen) 111
 Holland 96
 Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) 21, 24, 89,
 90, 91, 135, 151, 181

I

Iran 201, 241

J

Jahnsdorf (Erzgebirgskreis) 103

K

Kamenz (Landkreis Bautzen) 55, 91, 217
 Kirchheim (Thüringen) 59
 Kohren-Sahlis (Landkreis Leipzig) 108, 110
 Köln (Nordrhein-Westfalen) 204, 206, 211
 Königstein (Landkreis Sächsische Schweiz-
 Osterzgebirge) 128

L

Landkreis Bautzen 2, 21, 24, 55, 78,
 83, 89, 91, 92, 93, 217, 233
 Landkreis Görlitz 2, 21, 24, 48, 56, 69,
 104, 105, 106, 107, 108
 Landkreis Leipzig 21, 22, 23, 49, 57, 65, 72,
 79, 81, 108, 110, 111, 112, 225, 234
 Landkreis Meißen 2, 31, 57, 76, 81, 115, 116,
 117, 118, 119
 Landkreis Mittelsachsen 2, 21, 22, 73, 74, 75, 119,
 122, 123, 151, 153, 190, 236
 Landkreis Nordsachsen .2, 21, 23, 64, 70, 74, 82, 111,
 123, 124, 125, 135
 Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge .21,
 56, 80, 82, 126, 128, 129, 234
 Landkreis Zwickau 3, 21, 57, 74, 76, 77, 133, 134, 135,
 192, 233
 Laubegast (Stadtteil in Dresden) 101
 Lauchhammer (Brandenburg) 83, 101

Leipzig 2, 3, 21, 22, 23, 24, 25, 31, 35,
 46, 49, 53, 57, 61, 62, 65, 72, 76, 77, 79,
 81, 96, 108, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 119, 123, 135,
 136, 138, 140, 142, 145, 146, 150, 151, 153, 156, 157,
 158, 160, 161, 163, 166, 168, 170, 171, 174, 175, 176,
 177, 178, 179, 180, 187, 189, 191, 197, 200, 201, 205,
 209, 225, 227, 233, 234, 236
 Leisnig (Landkreis Mittelsachsen) 22, 121
 Leuben (Stadtteil in Dresden) 101
 Liebschützberg (Landkreis Nordsachsen) .. 61, 124
 Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) 134
 Löbnitz (Erzgebirgskreis) 103
 Lunzenau (Landkreis Mittelsachsen) 121, 122, 210

M

Machern (Landkreis Leipzig) 110
 Mainleus-Schwarzach (Bayern) 98
 Marseille (Frankreich) 204
 Mecklenburg-Vorpommern .., 32, 34, 35, 46, 73, 88,
 97, 118
 Meerane (Landkreis Zwickau) 134
 Meiningen (Thüringen) 97
 Meißen (Landkreis Meißen) . 2, 31, 53, 54, 57, 76, 81,
 86, 115, 116, 117, 118, 119
 Mittelherwigsdorf (Landkreis Görlitz) 107
 Mittweida (Landkreis Mittelsachsen) 122, 189
 Mühlau (Landkreis Mittelsachsen) 122
 Muldentäl 23, 65, 110, 111, 112, 219, 224
 München (Bayern) 171, 197, 206, 207, 209
 Mutzschen (Landkreis Leipzig) 110, 111
 Mylau (Vogtlandkreis) 133

N

Netzschkau (Vogtlandkreis) 133
 Neuruppin (Brandenburg) 96
 Neustadt (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterz-
 gebirge) 128, 182
 New York (USA) 213
 Niedersedlitz (Stadtteil in Dresden) 99
 Niesky (Landkreis Görlitz) 107
 Nordkorea 241

Nordrhein-Westfalen 45, 46, 76, 88, 114, 130, 161,
 168, 204
 Norwegen 96

O

Oberlausitz 76, 77, 163, 191
 Oelsnitz (Vogtlandkreis) 130, 131
 Olbernhau (Erzgebirgskreis) 103
 Oldenburg (Niedersachsen) 241
 Oschatz (Landkreis Nordsachsen) 124, 125

P

Pakistan 196, 241
 Parthenstein (Landkreis Leipzig) 110
 Pasewalk (Mecklenburg-Vorpommern) 46
 Pforzheim (Baden-Württemberg) 96
 Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzge-
 birge) 80, 128
 Plagwitz (Stadtteil in Leipzig) 150, 177
 Plauen (Vogtlandkreis) 121, 130, 131, 132,
 133, 135, 175, 191, 192

R

Radeberg (Landkreis Bautzen) 78, 83, 89, 91, 92
 Radebeul (Landkreis Meißen) 117
 Reichenbach (Vogtlandkreis) 131, 132
 Reinhardtsdorf-Schöna (Landkreis Sächsische
 Schweiz-Osterzgebirge) 128
 Rheinland-Pfalz 60
 Riesa (Landkreis Meißen) 31, 53, 55, 59,
 76, 81, 116, 117, 118, 119, 135, 149, 150, 217
 Rochlitz (Landkreis Mittelsachsen) ... 122, 189, 190
 Rothenburg, Ortsteil Geheege (Landkreis Görlitz)
 69, 89, 106, 107, 221
 Russland 96, 238

S

Saarland 45, 46
 Sachsen-Anhalt 103, 123, 127, 168, 172, 207, 209
 Sächsische Schweiz . 2, 21, 56, 62, 80, 82, 91, 96, 100,
 126, 127, 128, 129, 135, 234
 Schildau (Landkreis Nordsachsen) 26, 126, 220

Schkeuditz (Landkreis Nordsachsen)	123
Schleswig-Holstein	39, 45
Schneeberg (Erzgebirgskreis)	76, 103
Schweden	66, 96
Sebnitz (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)	128
Sinning (Bayern)	118
Solingen (Nordrhein-Westfalen)	197
Stollberg (Erzgebirgskreis)	103
Straßburg (Frankreich)	202, 203, 204
Strehla (Landkreis Meißen)	53, 117
Syrien	201, 241

T

Thallwitz (Landkreis Leipzig)	110
Thüringen	30, 45, 59, 74, 97, 103, 114, 130, 168, 172, 207, 211, 241
Tolkewitz (Stadtteil in Dresden)	101
Torgau (Landkreis Nordsachsen) ...	70, 74, 123, 125, 126
Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen)	70, 74, 123, 125, 126
Trebsen (Landkreis Leipzig)	110, 111
Türkei	198, 199, 200, 201, 203, 205, 206, 241

U

USA	67, 80, 199, 253
-----------	------------------

V

Viereck (Mecklenburg-Vorpommern)	97
Vogtland	77, 88, 130, 131, 133
Vogtlandkreis ...	3, 21, 129, 130, 131, 132, 133, 191, 192

W

Weimar (Thüringen)	96, 103, 241
Weinböhla (Landkreis Meißen)	117
Weinheim (Baden-Württemberg)	30
Werdau (Landkreis Zwickau)	57, 134
Wunsiedel (Bayern)	130
Wurzen (Landkreis Leipzig) ...	57, 72, 73, 81, 110, 111

Z

Zittau (Landkreis Görlitz)	56, 105, 106, 107, 217
Zschopau (Erzgebirgskreis)	103
Zwickau (Landkreis Zwickau)	3, 21, 57, 74, 76, 77, 133, 134, 135, 161, 182, 192, 201, 206, 210, 211, 212, 233

Bitte senden Sie uns kostenlos folgendes Informationsmaterial zu:

(Zutreffendes bitte ankreuzen und Stückzahl angeben)

(Hinweis: Postfachversand leider nicht möglich)

- _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 2012
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Jugend im Fokus von Rechtsextremisten“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Rechtsextremismus zwischen ‚Mitte der Gesellschaft‘ und Gegenkultur“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Islamismus“
- _____ Exemplar/e des Faltblattes „Verfassungsschutz im Blickpunkt“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Kommunen für Freiheit und Demokratie“
- _____ Flyer zur Wanderausstellung „In guter Verfassung“

Alle genannten Broschüren können auch unter der Internetadresse <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de> heruntergeladen werden.

Absender:

Bitte
ausreichend
frankieren

**Landesamt für
Verfassungsschutz Sachsen
Neuländer Straße 60**

01129 Dresden

Absender:

Bitte
ausreichend
frankieren

Landesamt für
Verfassungsschutz Sachsen
Neuländer Straße 60

01129 Dresden

Bitte senden Sie uns kostenlos folgendes Informationsmaterial zu:

(Zutreffendes bitte ankreuzen und Stückzahl angeben)

(Hinweis: Postfachversand leider nicht möglich)

- _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 2012
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Jugend im Fokus von Rechtsextremisten“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Rechtsextremismus zwischen ‚Mitte der Gesellschaft‘ und Gegenkultur“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Islamismus“
- _____ Exemplar/e des Faltblattes „Verfassungsschutz im Blickpunkt“
- _____ Exemplar/e der Broschüre „Kommunen für Freiheit und Demokratie“
- _____ Flyer zur Wanderausstellung „In guter Verfassung“

Alle genannten Broschüren können auch unter der Internetadresse
<http://www.verfassungsschutz.sachsen.de> heruntergeladen werden.

Herausgeber und Redaktion:

Sächsisches Staatsministerium des Innern und
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Gestaltung und Satz:

SV SAXONIA VERLAG für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH/
SAXONIA Werbeagentur – www.saxonia-werbeagentur.de

Redaktionsschluss:

31. Dezember 2012

Auflage:

8.000 Stück

Druck:

Stoba Druck GmbH

Bezug:

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden beim:
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Telefon: +49 351 85850
Telefax: +49 351 8585500
E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
www.verfassungsschutz.sachsen.de

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

